

Nr. 17 Dezember 2003

Wandel und Kontinuität in den Transformationsländern Ost- und Südosteuropas

Ergebnisbericht

Forschungsverbund Ost- und Südosteuropa (forost)
Redaktion: Helga Schubert
ISBN 3-9809264-1-9

© **forost, München**

Abdruck oder vergleichbare Verwendung von Arbeiten des Forschungsverbunds Ost- und Südosteuropa ist auch in Auszügen nur mit vorheriger schriftlicher Genehmigung der Geschäftsstelle gestattet.



Inhaltsverzeichnis

Vorbemerkung	5
Teil I: Transformation vor dem Hintergrund der Osterweiterung der EU Leitidee: Vertrauen	7
Kapitel 1: Alltagskultur im Sozialismus; Praktiken und Strategien des Alltagslebens in den sozialistischen Ländern und ihre Folgen für die Transformation <i>Klaus Roth / Marketa Spiritova sowie 11 internationale Mitarbeiter</i>	15
Kapitel 2 Neue Migrationen aus Osteuropa und den Nachfolgestaaten der UdSSR nach Deutschland: Ursachen, Tendenzen und Konsequenzen <i>Hermann Clement / Barbara Dietz</i>	18
Kapitel 3: Die Bedeutung der Verfassungsgerichtsbarkeit <i>Rainer Arnold</i>	27
Kapitel 4 Justizreformen in Osteuropa als Teil der Systemtransformation <i>Friedrich-Christian Schroeder / Stefanie Solotych u.a</i>	30
Kapitel 5 Auswirkungen der Privatisierung von Staatsbetrieben in der Tschechischen Republik und Ungarn <i>Jörg Maier / Bruno Lukas / Franziska Schaft / Patrizia Schläger-Zirlik</i>	32
Kapitel 6 Rolle des Bankensektors für die Unternehmensfinanzierung und – Restrukturierung in den Transformationsländern. <i>Monika Schnitzer / Christa Hainz</i>	43
Kapitel 7 Perspektiven der Währungsbeziehungen zwischen der Europäischen Währungsunion (EWU) und den mittel- und osteuropäischen EU- Beitrittskandidaten <i>Hermann Clement / Roman Cech / Richard Frensch</i>	47
Teil II: Kulturen im Postsozialismus: Voraussetzungen und Veränderungen	53
Kapitel 8 Untersuchungen zum Sprachbewusstsein in Kroatien <i>Peter Rehder / Miloš Sedmidubský / Boris Neusius</i>	63
Kapitel 9 Die Rolle der Geschichte und des Geschichtsbewusstseins in der Ukraine nach dem Zerfall der Sowjetunion <i>Ekkehard Völkl / Christian Seidl</i>	67

Kapitel 10 Das Bild Europas in den Schulbüchern der Ukraine. Von den bisherigen Stereotypen zu neuen Sichtweisen <i>Ekkehard Völkl / Aleksandr Ivanov</i>	70
Kapitel 11 Sprach-, Literatur- und Kulturwechsel in Mittel- und Osteuropa (nach 1968) Kennwort: 'Kulturwechsel' <i>Walter Koschmal / Petra Huber / Dalibor Dobiáš</i>	73
Kapitel 12 Das Deutschland- und das Russlandbild in der polnischen Nachkriegsliteratur im Spannungsgefüge zwischen Bruch und Kontinuität <i>Heinz Kneip / Sylwia Jarzembowska</i>	79
Kapitel 13 Kulturverständnis im postsozialistischen Russland: Modelle und Traditionen <i>Leonid Luks / Aleksei Rybakov</i>	82
Kapitel 14 Kirchen im Spannungsfeld politischer Transformationen. Soziokulturelle Wirkungsgefüge der Kirchen in der Ukraine von 1944 bis zur Gegenwart <i>Horst Glassl / Katrin Boeckh</i>	84
Teil III: Nationale Identität, ethnischer Pluralismus und internationale Beziehungen	89
Kapitel 15 Datenbank zur Minderheitenproblematik und zu den ethnischen Gruppen Südosteuropas "Ethnodoc" <i>Gerhard Seewann / Edvin Pezo</i>	90
Kapitel 16 Informationsserver "Quellen und Materialien zur Beziehungs- und Integrationsgeschichte in Ostmittel- und Südosteuropa im 20. Jahrhundert unter besonderer Berücksichtigung Ungarns, der Minderheitenfrage und der europäischen Integration" <i>Ralf Thomas Göllner / Andreas Schmidt-Schweizer</i>	95
Kapitel 17 Sprachkultur und Sprachkultivierung in Osteuropa: Analyse und paradigmatischer Vergleich <i>Albrecht Greule und Nina Janich / Ludmila Teslia</i>	102
Kapitel 18 Die deutsch-bulgarischen Wirtschaftsbeziehungen 1918-1944 und ihre Bedeutung für die Kooperation zwischen der Bundesrepublik und dem postsozialistischen Bulgarien <i>Edgar Hösch / Markus Wien / Vladimir Zlatarski</i>	108
Anhang	111
Veranstaltungen und Publikationen	

Vorbemerkung

Der Forschungsverbund Ost- und Südosteuropa wurde im April 2001 vom Bayerischen Staatsministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst mit der Zielsetzung gegründet, den Verlauf und möglichen Brüche des Wandlungsprozesses in den ehemals sowjetischen Staaten wissenschaftlich zu untersuchen. Mitarbeiter aus vier Universitäten (Bayreuth, Eichstätt, München und Regensburg), sowie vier außeruniversitäre Forschungsinstitute in München (Institut für Ostrecht, Osteuropa-Institut, Südost-Institut und Ungarisches Institut) wurden unter gemeinsamer Thematik und Zielsetzung zusammengefasst.

Die Geschichte Europas ist im Laufe der Jahrhunderte nicht gerade durch Einheit und Frieden gekennzeichnet. Noch im 20. Jahrhundert lag es in Trümmern und wurde dann fast ein halbes Jahrhundert durch eine Mauer geteilt und einen kalten Krieg geprägt. In dieser Zeit wirkten sozialistische Werte und Organisationsstrukturen tief auf politische, wirtschaftliche, gesellschaftliche und kulturelle Prozesse ein. Derartige Spuren lassen sich nicht mit Dekreten und politischen Entschlüssen beseitigen. In den Generationen und Ländern des gegenwärtigen Europa bestehen viele unterschiedliche Bilder und Vorstellungen von Europa, von Freund und Feind, Nähe und Ferne nebeneinander. Ein geeintes, friedliches und demokratisches Europa benötigt deshalb mehr als einen "aquis communautaire". Wirtschaft, Politik und Gesetzgebung aber auch Sprache und Kultur, Wertsysteme und die jeweiligen Perspektiven voneinander, sind Realitäten von denen Erfolg oder Misserfolg des europäischen Zusammenwachsens abhängen.

Der Forschungsverbund forost hat Fragestellungen aus all diesen Themenfeldern und für die wichtigsten Länder des ehemaligen "Ostblocks" analysiert. Veränderungsprozesse in den sogenannten Transformationsländern wurden auf ihre Erfolge und Schwierigkeiten hin untersucht und auf ihre Möglichkeiten und Chancen überprüft.

Die Verbundarbeit gliederte sich in 18 Einzelprojekte, die vom ersten Tag an in thematischen Gruppierungen zusammen gefasst wurden. In der so realisierten projektübergreifenden Arbeit konnten – nach anfänglichen Schwierigkeiten – viele Grenzen überschritten oder doch jedenfalls durchlässiger gemacht werden:

- In der Gruppenarbeit lernten Projekte aus unterschiedlichen Universitäten und außeruniversitären Forschungsinstituten über die eigenen Institutionen hinaus zu kooperieren.
- Die problemorientierte Zusammensetzung der Gruppen erforderte den Dialog zwischen Disziplinen und
- der Bezug zu den Realitäten europäischer Integration schärfte Blick und Verständnis für die Schwierigkeit selektive wissenschaftliche Erkenntnisse in eine historisch und gesellschaftspolitisch höchst komplexe Situation einzubringen.

Gemeinsame Veranstaltungen und methodischer Austausch förderten zusätzlich die Kommunikations- und Kooperationsfähigkeit. Außerdem konnten im Laufe der zwei Forschungsjahre viele – ebenfalls interdisziplinäre – Kontakte mit Universitäten und Institutionen in den osteuropäischen Partnerländern aufgebaut bzw. intensiviert werden.

Die Gruppierungen sind in den drei Teilen des vorliegenden Bandes wiedergespiegelt. Die Ergebnisse der Gruppenarbeit und der jeweils spezifische Fokus, der die Einzelprojekte in

den Gruppen verband, ist in den Vorbemerkungen der Gruppensprecher zusammen gefasst. Die einzelnen Ergebnisberichte versuchen in ihrer internen Gliederungslogik die Vergleichbarkeit der Arbeiten und deren inneren Bezüge deutlich zu machen.

Die vorliegende Zusammenfassung versucht die komplexen Zusammenhänge und Ergebnisse der einzelnen Projekte in allgemeinverständlicher Sprache auf ihre Kernaussagen zu reduzieren und so einen schnellen Überblick über Problemfelder zu ermöglichen. Dass das auf Kosten der Tiefenschärfe und vieler Detailergebnisse gehen muss, versteht sich von selbst. Andere forost-Arbeiten und ausführliche Projektberichte können dem interessierten Leser dieses Defizit ausgleichen.

Seit Juni 2003 wird die Arbeit von forost in leicht veränderter Besetzung mit Fokus auf die Beitrittsländer und die spezifische Problematik der EU-Integration fortgeführt.

*München, November 2003
Helga Schubert*

Teil I: Transformation vor dem Hintergrund der Osterweiterung der EU Leitidee: Vertrauen

Hermann Clement

Einführung

Mit dem "Fall des Eisernen Vorhangs" und der Auflösung der sozialistischen Systeme wurde zunächst der Sieg von Freiheit und Demokratie gefeiert. Für die Betroffenen war damit aber nicht nur eitel Sonnenschein verbunden. Der Übergang von einer sozialistischen Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung zu einer Demokratie und Marktwirtschaft sowie die Annäherung der ehemaligen "Ostblock-Länder" an die EU hat in den Transformationsländern viele Institutionen, Wirtschaftsmechanismen, Verhaltensformen und eingespielte Informations- und Entscheidungswege "auf den Müllhaufen der Geschichte" verfrachtet. Aber auch noch höchst lebendige Einrichtungen (z. B. Banken, Staatsanwaltschaft, Branchenministerien) oder auch ganz neu entstandene Institutionen wie z.B. die Kapitalmärkte müssen mit den Schwierigkeiten des Wechsels von der alten in die neue Gesellschaftsordnung klarkommen. Ein Systemwechsel und damit die Preisgabe von Gewohntem sind niemals leicht, auch nicht, wenn es ein Aufbruch in die Freiheit ist!

Für die beteiligten Menschen in diesen Ländern bedeutet es, dass ihnen vertraute Institutionen verloren gehen, dass sie ihre Tätigkeiten und Rollen ändern und zum Teil ganz neu definieren müssen, dass alte, eingeübte Verhaltensweisen nicht mehr den Anforderungen der neuen Zeit entsprechen. Solche Übergangszeiten sind schwierig: Die neuen Institutionen und Instrumente sind vielfach fremd, es fehlt an vertrauten Verhaltensnormen und oft auch an notwendigen Informationen und Erklärungen. Zu all den internen Neuerungen kommt noch der schnelle Prozess der Annäherung an die EU, mit ihren vielen unbekanntem Regelungen – die ja selbst uns, die wir über Jahrzehnte in diesen Prozess eingebunden waren, noch fremd sind - und einem verlockend hohen Lebensstandard. Eine hohe Unsicherheit bei der Bevölkerung in den Ländern Ost- und Südosteuropas ist die unausweichliche Folge. Entsprechend hoch sind die realen oder auch nur befürchteten Risiken bei den zu treffenden Entscheidungen. Die zunehmende Durchlässigkeit der Grenzen und die "nähere Nachbarschaft", die sich aus der geplanten EU-Erweiterung entwickelt, bleiben auch für das westliche Europa nicht folgenlos. Risiko und Verunsicherung müssen – wie schon im wiedervereinigten Deutschland – so auch im (wieder-)vereinigten Europa grenzüberschreitend bewältigt werden.

Angesichts der eigenen Schwierigkeiten sich an globale Veränderungen anzupassen, ist deshalb keine westliche Arroganz angebracht, sondern es sind gemeinsame und solidarische Anstrengungen zur Gestaltung des vereinten Europa nötig. Nur eine gemeinsame Zielsetzung und Solidarität kann diesen Prozess für die nächsten Generationen als erfolgreiche historische Wegmarke definieren.

Die forost-Projekte der Gruppe I haben über zwei Jahre diese Veränderungen an einzelnen Beispielen untersucht. Es ging darum zu klären,

- wie sich Bevölkerung und Betriebe in der Zeit der Umstellung an neue Wertesysteme und Verhaltensweisen anpassen mussten und müssen,

- welche Institutionen neu geschaffen wurden bzw. wie sie ihre Funktion verändert haben,
- wie sich der rechtliche Rahmen für die neuen gesellschaftlichen Regeln und im Verhältnis von Staat und Bevölkerung definiert und
- welchen Einfluss dies auf die Wirtschaftsbeziehungen und das Verhalten der Bevölkerung bzw. einzelner Gruppen hat.

Erst wenn genügend Vertrauen in die neuen Institutionen und Mechanismen aufgebaut ist, werden sie akzeptiert und können effektiv funktionieren. und erst dann wird sich das (Risiko)-Verhalten entsprechend verändern. Und erst wenn Risikobereitschaft und Vertrauen in der notwendigen Balance sind, wenn die Gleichzeitigkeit von Veränderung und Sicherheit möglich ist, erst dann wird man von einer gelungenen Transformation und Annäherung in einem gemeinsamen, vereinigten Europa reden können.

Das Verhalten von einzelnen Bevölkerungs- und Entscheidungsgruppen vor dem Hintergrund von einigen Jahrzehnten Sozialismus steht vor allem im Kapitel zu Fragen der Alltagskultur und den Auswirkungen der Privatisierung im Zentrum.

In **Kapitel 1** zur Alltagskultur im Sozialismus wurden die Auswirkungen des ehemals sozialistischen Alltagslebens auf den Veränderungsprozess nach der Wende untersucht. Anhand von Interviews und Archivarbeiten in sieben ehemals sozialistischen Staaten wird gezeigt, dass das sozialistische System nahezu alle Aspekte der Arbeit und des Arbeitslebens nachhaltig geprägt hat. Durch die Kooperation mit wissenschaftlichen Instituten in den post-sozialistischen Ländern und den Kontakten mit deren Mitarbeitern wurde auch dort großes Interesse geweckt, sich mit dem heiklen Thema "Nachwirkungen des Sozialismus" kritisch, aber auch rational auseinander zu setzen. Die Arbeit von forost konnte hier ganz wesentliche und in die Zukunft wirkende Anstöße geben.

Als Ergebnis lässt sich festhalten, dass das sozialistische System eine sehr spezielle Arbeitswirklichkeit (Arbeitspflicht, Arbeitsplatzsicherheit, geringe Effizienz und Motivation, usw.) geschaffen hat, auf die die Menschen mit entsprechenden Verhaltensweisen und Praktiken der Realitätsbewältigung (Anpassung, hohe Abwesenheitsraten, Alkoholismus, informelle Netzwerke, Nischen, Patronanz usw.) reagiert haben. Diese Verhaltensweisen sind noch heute, häufig unbewusst, in vielfacher Weise wirksam. Allerdings zeigen sich im "sozialistischen Erbe" deutliche Unterschiede zwischen den untersuchten Ländern, den Altersgruppen und den Bildungsschichten. Das Thema "Arbeit" ist bei allen Befragten in hohem Maße emotional besetzt - von traumatischen Erinnerungen an die damaligen Arbeitsbedingungen bis hin zu nostalgischer Verklärung der "sozialistischen Ordnung und Sicherheit".

Jede Firma, die heute in einem post-sozialistischen Land Mitarbeiter beschäftigt, tut deshalb gut daran, sich die Vorbedingungen des sozialistischen Arbeitslebens immer wieder ins Gedächtnis zu rufen. Grundlegende Einstellungen zur Arbeit (Leistungsbereitschaft, Arbeitsplatzsicherheit, Firmenloyalität, Hierarchie, Kollegialität, informelle soziale Beziehungen usw.) sind durch Jahrzehnte sozialistischer Arbeitserfahrung nachhaltig geprägt worden, vor allem bei jenen, die im sozialistischen Arbeitsleben aufgewachsen sind. Derartige Verhaltensweisen lassen sich nicht durch Erlasse, Regelungen und Appelle verändern, sondern nur durch sensible Vermittlung und wachsendes Vertrauen in die neuen Bedingungen.

In **Kapitel 2** konnte der Ansatz im 7. Kapitel entwickelte Ansatz der Risikoaversion auch als Teilaspekt für die Ursachen der erwarteten Ost-West-Migration nach der EU-Erweiterung verwendet werden. Es wurde angenommen, dass eine Migrationsentscheidung

in hohem Maße eine Risikoentscheidung ist. Das wichtigste und überraschende Resultat dieser modelltheoretischen Untersuchung ist, dass Auswanderung für einen großen Teil der Bevölkerung in diesen Ländern, niemals infrage kommen wird. Unabhängig davon wie hoch die Lohndifferenzen zwischen dem eigenen und dem möglichen Gastland sind. Dieses unerwartete Ergebnis kann mit Hilfe des entwickelten Modells theoretisch erklärt werden: Die betroffenen Personen vergleichen ihre relativ sicheren Einkommen zuhause mit der Chance, im Zuwanderungsland gar kein Einkommen zu erzielen. Das Risiko, kein Einkommen zu haben, ist ausreichend, einen erheblichen Teil der Bevölkerung davon abzuhalten, eine Migration überhaupt ins Auge zu fassen.

Aber auch davon unabhängig werden in diesem Kapitel die Hintergründe, Motive und Strukturen der neuen Migrationen aus diesen Regionen nach Deutschland untersucht. Umgekehrt werden die Folgen der Ost-West-Wanderungen für Deutschland, die möglichen demographischen Effekte und die Integration dieser Zuwanderer aus Osteuropa und der vormaligen UdSSR exemplarisch analysiert. Das Ergebnis zeigt, dass die rechtlichen Aufnahmebestimmungen eine entscheidende Richtgröße für die Ost-West-Wanderungen der achtziger und neunziger Jahre waren. Das erklärt die unterschiedliche Bedeutung der Asyl-, Flüchtlings- und Aussiedlermigration für das Ost-West-Wanderungsgeschehen in diesem Zeitraum. Ganz legale Arbeitsmigrationen nehmen im Vergleich dazu einen eher geringen Umfang ein. Folgende Faktoren sind für solche Wanderbewegung von Bedeutung:

- die (tatsächlichen bzw. die erwarteten) Lohndifferenzen,
- die Kosten der Migration,
- die individuelle Ausstattung mit Humankapital,
- die Risikoaversion,
- die Entwicklung von Kapital- und Versicherungsmärkten in den Herkunftsländern,
- die Bildung von helfenden Netzwerken für (potenzielle) Migranten,
- politische Krisen und ethnische Konflikte in den Transformationsstaaten

Die Frage, welche Folgen die Zuwanderungen für das Aufnahmeland Deutschland haben, baut auf einer Fallstudie auf, die die Auswirkung der Zuwanderung jüdischer Kontingentflüchtlinge auf die demographische Entwicklung der jüdischen Gemeinden in Deutschland untersucht. Im Ergebnis haben jüdische Gemeinden in Deutschland im Verlauf der neunziger Jahre durch die Zuwanderung aus der UdSSR stark zugenommen und sich gleichzeitig verjüngt. Diese Tendenz hielt jedoch nur bis zum Jahr 1996 an, obwohl die Nettozuwanderung aus der vormaligen UdSSR nahezu konstant blieb. Der Grund für diese Entwicklung liegt in der unverändert niedrigen Geburtenrate bei einer gleichwohl steigenden Bevölkerung.

Ein Teilaspekt der Untersuchung bezieht sich auch auf die Arbeitsmarkt- und die soziale Integration von (jugendlichen) Aussiedlern aus Osteuropa und der vormaligen UdSSR. Die meisten Aussiedler beziehen im Vergleich zu einheimischen Deutschen erheblich weniger Einkommen und tragen dabei höhere Risiken als diese bei der Suche nach einem Arbeitsplatz. Wie schon bei der ökonomischen, zeichneten sich auch bei der sozialen Integration vor allem der jugendlichen Aussiedler Brüche ab. Schlechte Sprachbeherrschung und der Minderheitenstatus, der bei Aussiedlerjugendlichen einerseits durch die eingeschränkten Chancen in der Aufnahmegesellschaft, andererseits durch die soziokulturelle Prägung des Herkunftslandes und teilweise durch den bikulturellen familiären Hintergrund bedingt ist, erhöhen die wahrgenommenen und realen Integrationsrisiken.

Die Ergebnisse der Studie geben viele konkrete Hinweise auf die mögliche Gestaltung der Migrationsregeln und der notwendigen Eingliederungshilfen und sind damit von höchster politischer Relevanz.

Den Veränderungen des rechtlichen Rahmens im Transformations- und Annäherungsprozess geht **Kapitel 3** nach. Im Vergleich der untersuchten Länder zeigte sich, dass die Probleme und Defizite der Justizsysteme der acht MOE-Staaten sehr ähnlich liegen. Am weitesten überwunden ist die gemeinsame Vergangenheit sozialistischer Rechtsstrukturen bei den vier europäischen Beitrittskandidaten Polen, Tschechien, Slowakei und Ungarn.

Die Justizreformen erfolgten nach der Wende in allen Ländern in mehreren Schritten: Zuerst mussten die nationalen Verfassungen geändert werden, um die Voraussetzungen der allgemeinen rechtsstaatlichen Garantien, der Unabhängigkeit der Richter und des freien Zugangs zur Justiz zu schaffen. Primäres Ziel der Gesetzgebung musste es sein, Vertrauen in rechtsstaatliche Garantien, in Gerichts- und Verwaltungsverfahren aufzubauen. Darüber hinaus sollte die Effizienz des Justizsystems wesentlich verbessert werden.

Die erste grundlegende Gesetzgebungswelle erfolgte im Zeitraum zwischen 1989/90 und 1994/95, weitere Detailregelungen setzten seit 1997 ein, und diese Stufe ist auch heute noch nicht vollständig abgeschlossen. Die wichtigsten Gesetzesänderungen sind in den Bereichen

- Gerichtsverfassungsgesetze,
- Verfassungsgerichtsbarkeit,
- Rechtsstellung des Justizpersonals,
- Selbstverwaltung der Justiz
- bessere Effizienz des Verfahrensrechts

zu erkennen. In Russland und Kroatien starteten die großen Strukturreformen aus unterschiedlichen Gründen später. In der Ukraine fehlt bisher ein geschlossenes Reformkonzept.

Offensichtlich ist der Bedeutungsgewinn der Gerichte beim Übergang zu einer Marktwirtschaft. Die Marktwirtschaft wird gelegentlich auch als Vertragswirtschaft bezeichnet und baut mit ihren privaten Eigentumsrechten und den horizontalen Vertragsbeziehungen in hohem Maße auf rechtsstaatlichen Prinzipien auf. Im Wesentlichen konnten die Gerichte in allen untersuchten Ländern als funktionsfähig eingestuft werden. Nur hinsichtlich der Unabhängigkeit der Gerichte und der Richter gibt es noch Zweifel. Wachsendes Rechtsbewusstsein der Bürger und Unternehmen ist insbesondere bei der Inanspruchnahme gerichtlichen Schutzes gegen die Verwaltung zu verzeichnen.

Defizite zeigen sich noch bei der fachlichen Aus- und Fortbildung der Richter, bei der praktischen Durchsetzung des geltenden Rechts in allen Instanzen, bei der effizienten Durchsetzung von Gerichtsentscheidungen bzw. bei der Ausbildung der Gerichtsvollzieher. Überlange Verfahrensdauer bereitet in allen Ländern Probleme. Auch die Korruption in der Justiz ist noch immer ein zentrales Problem.

In der Verfahrensgesetzgebung und bei der Vollstreckung von Urteilen sind trotz wesentlicher Fortschritte weitere Reformen nötig. Die Behandlung dieser Problematik wird in den nächsten Jahren fortgesetzt.

Alle Untersuchungen belegen, dass die Beitrittsländer trotz noch bestehender Mängel den richtigen Weg eingeschlagen haben und eine nicht mehr rückgängig zu machende Entwicklung zum Rechtsstaat eingesetzt hat. Aus den Ergebnissen lassen sich künftige Entwicklungen und Empfehlungen für eine integrationswirksame und konfliktreduzierende Politik ableiten, die sowohl für die Justizministerien der betroffenen Länder und

Deutschlands als auch für das Justizpersonal in den Gerichten und Staatsanwaltschaften sowie für Rechtsanwälte von großem Interesse sind. Aus den Untersuchungen kann Hilfestellung für die Wirtschaft, insbesondere für bayerische KMU bezüglich der Rechtssicherheit und Rechtsverfolgung in Osteuropa abgeleitet werden. Die Ergebnisse lassen sich unmittelbar in Beratung umsetzen.

Ein wichtiger Teilaspekt der juristischen Institutionenbildung und die Entwicklung von Vertrauen in den Rechtsstaat ist Thema von **Kapitel 4**. Die Verfassungsgerichtsbarkeit in verschiedenen Staaten Mittel- und Osteuropas wurde auf ihre Tauglichkeit hin überprüft, institutionell und funktionell zur Umgestaltung der ehemals kommunistischen Systeme in funktionierende Rechtsstaaten moderner Prägung beizutragen.

Die institutionelle Perspektive der Verfassungsgerichtsbarkeit in den neuen Demokratien mit eigenen Verfassungsgerichten liefert ein recht einheitliches Bild, was die Kontrolle übergreifender Normen angeht (Ausnahme Estland). Der Vorrang der Verfassung vor dem Gesetzgeber ist eindeutig abgesichert. Die Rechtsprechung der Verfassungsgerichte baut weitgehend auf einen wertorientierten Rechtsstaatsbegriff auf, der – wie das gegenwärtig gültige Europäische Verfassungsrecht – Menschenwürde und individuellen Freiheiten oberste Priorität einräumt. Dieser anthropozentrische Grundansatz, der den Mensch in den Mittelpunkt der Rechtsprechung stellt, wird gesichert durch ein System effektiven Grundrechtsschutzes. Die Verfassungsrechtsprechung in den untersuchten Ländern (Polen, Ungarn, die Tschechische Republik, Russland und die Baltischen Staaten) hat in weitem Umfang die im westlichen Europa gültigen Standards übernommen, wobei nicht selten der Rechtsprechung des deutschen Bundesverfassungsgerichts und des Straßburger Gerichtshofs Vorbild- und Leitfunktion zukommt. Inzwischen werden diese Standards von den osteuropäischen Verfassungsgerichten sogar oft deutlicher fortentwickelt als dies in traditionellen westeuropäischen Systemen der Fall ist.

Auch wenn politische Wirklichkeit und Verfassungsrechtsprechung noch erheblich auseinander klaffen, kann die Verfassungsrechtsprechung doch zu einer wichtigen Bewusstseinsveränderung beitragen, die Voraussetzung für eine inhaltliche und nicht nur formale Transformation der Systeme ist.

In *Kapitel 5* werden die Auswirkungen der Privatisierung von Staatsbetrieben auf die betrieblichen Strukturen und Verhaltensweisen untersucht. Privatisierung wurde sowohl in Ungarn als auch in der Tschechischen Republik als der Schlüssel für wirtschaftliche Umstrukturierung eingesetzt. Privatisierung ist eine der grundlegenden Voraussetzungen für den Wandel vom plan- zum marktwirtschaftlich handelnden Unternehmen. Dabei geht es nicht nur um den formalen Aspekt veränderter Eigentumsverhältnisse, sondern auch um die damit verbundene Umstrukturierung innerhalb der Unternehmen. Denn erst Unternehmen, die nach Effizienz und Funktionalität geordnet sind, werden in marktwirtschaftlichen Bedingungen durchsetzungs- und wettbewerbsfähig sein können. Privatisierung wird als Prozess verstanden, der einerseits Eigentumsverhältnisse und innerbetriebliche Strukturen verändert, andererseits aber auch Auswirkungen auf räumliche und regionale Strukturen hat bzw. diese verändert: Standortfragen, Kooperationen, Investitionen – wichtige ökonomische Parameter werden durch den Prozess der Privatisierung ausschlaggebend verändert.

Im Ergebnis zeigt sich, dass in beiden Ländern die Privatisierung kleinerer Unternehmen tendenziell schneller und problemloser abgelaufen ist als der Verkauf der großen Industriekomplexe. Besonders wichtigen Einfluss auf die betrieblichen Veränderungen scheint die Persönlichkeit, das Profil und/oder Motiv des neuen Eigentümers (bzw.

Investors) zu haben. Er prägt den Entwicklungsverlauf der Unternehmen entscheidend mit und beeinflusst damit in der Konsequenz auch andere regionale Entwicklungspotenziale.

Die neue Personalpolitik führte zu einem massiven Wandel der Arbeitskräftestruktur innerhalb der Unternehmen, das Aufkommen von "Outsourcing" bildete in nicht unwesentlichem Umfang den Anstoß für neue mittelständische Unternehmen, die die "Marktlücken" nutzten, und abhängig von Betriebsgröße, Branche und Anteil an ausländischem Kapital haben sich neue Marktstrukturen herausgebildet.

Kapitel 6 untersucht den Wandel im Bankensektor und seine Auswirkung auf die Wirtschaftsunternehmen. Die wesentlichen Ergebnisse lauten in Kürze:

In der ursprünglichen Diskussion wurde die Bedeutung bestehender und neuer Institutionen bei der politischen, sozialen und wirtschaftlichen Reform stark unterschätzt. Das zeigte sich schon bei der Analyse der angewendeten Privatisierungsstrategien. Die Wirkung von Privatisierung auf die Performance der Unternehmen hängt nicht nur von der gewählten Privatisierungsmethode ab, sondern ganz wesentlich auch von den institutionellen Rahmenbedingungen, wie dem Rechtssystem.

Das institutionelle Umfeld ist auch für die Entwicklung des Bankensektors von großer Bedeutung. Anhand eines Modells mit räumlichem Wettbewerb wurde gezeigt, dass die hohe Zahl an Markteintritten auf institutionelle Mängel, insbesondere bei der Rechtsdurchsetzung und den schlecht funktionierenden Sekundärmärkten, zurückgeführt werden kann. Eine Empfehlung für die Regulierung des Bankensektors, etwa bei der Übernahme von EU-Standards, lautet deshalb, bei Regulierungsmaßnahmen auch die Qualität der Institutionen mit einzubeziehen.

Die Schwäche der heimischen Banken erhöht die Bedeutung von ausländischem Kapital. Finanzmittel fließen nicht nur durch den Marktzutritt ausländischer Banken, sondern auch durch die Kreditvergabe ausländischer Banken im Rahmen so genannter Projektfinanzierungen. Zunächst überrascht die Vergabe von nahezu ungesicherten Krediten an Schuldner mit einem hohen Ausfallrisiko. Die Untersuchung in Rahmen eines vertragstheoretischen Modells zeigt jedoch, dass die Banken gerade dadurch den besten Anreiz erhalten, das politische Risiko zu reduzieren.

Die Wechselwirkung zwischen Wettbewerb, Effizienz und Stabilität des Bankensektors zeigt in den Transformationsländern sehr spezifische Ausprägung. Entgegen der theoretischen Vorhersage, wonach Wettbewerb sich positiv auf die Effizienz, aber negativ auf die Stabilität des Bankensystems auswirkt, zeigen die Ergebnisse der Untersuchung, dass sich der Bankensektor in den Transformationsländern sowohl durch geringe Effizienz als auch durch Instabilität auszeichnet. Dieser Zusammenhang ist für die weiteren Reformen des Bankensystems von großer Bedeutung.

In *Kapitel 7* wird untersucht, wie sich die Währungsbeziehungen in den Transformationsländern bei einer Annäherung an den Euroraum zu gestalten haben und welche Mechanismen dabei wirken. Es geht zum einen dabei um die Frage des realen Aufwertungsdrucks in diesen Ländern und zum andern darum, welche Rolle die Risikoeinschätzung in diesem Prozess spielt. Konkret heißt das:

- Wie beeinflusst der volatile nominale Wechselkurs den realen Wechselkurs und andere reale Variablen wie den Output, das Preisniveau und die Wohlfahrt im volkswirtschaftlichen Sinne?

- Wie wirken die Finanzmärkte und ein möglicher Beitritt zur Europäischen Währungsunion auf den Output, die Preise und die Wohlfahrt in kleinen offenen Volkswirtschaften der Beitrittskandidaten?
- Unter welchen Bedingungen wird in kleinen offenen Volkswirtschaften der Balassa-Samuelson-Effekt zum Problem?

Ein Basis-Modell dient als Grundlage für die Analyse. Dabei wird eine Bevölkerung unterstellt, die sich in ihrer Risikoaversion (Risikoscheu) unterscheidet. Das wichtigste Resultat dieses ersten Schrittes ist das gesicherte Argument, dass die Finanzmärkte die reale Wirtschaftsentwicklung beeinflussen. Sie verändern die Struktur, die relative Größe der Industrien und die relativen Preise der Güter einer Volkswirtschaft. Außerdem haben sie Einfluss auf den Lebensstandard jedes Einzelnen, auch derjenigen, die diese Einflüsse gar nicht wahrnehmen. Neu entstehende Institutionen haben also Rückwirkungen auf die gesamte wirtschaftliche Aktivität einer Volkswirtschaft, weil die allgemeinen Unsicherheiten groß sind. Der Vertrauensbildung kommt deshalb eine enorme Bedeutung zu.

Die zweite Frage war, wie sich kleine offene Volkswirtschaften, was auf die meisten Aufnahmekandidaten zutrifft, an die verschiedenen Wechselkursregime anpassen, die zur vollen Mitgliedschaft in der Europäischen Währungsunion (EWU) führen. Die unterschiedliche Risikowahrnehmung beeinflusst die relative Größe des Handels- und des Nicht-Handelssektors, ihre relativen Preise und damit auch die Terms of Trade. Im Ergebnis heißt das, dass nicht alle von einem Beitritt zur EWU profitieren werden. Zumindest kurzfristig werden Teile der Bevölkerung in den Beitrittsländern negative Einflüsse hinnehmen müssen. Nur auf der Basis eines langfristigen Vertrauens kann diese "Durststrecke" ohne innere Unruhen durchgestanden werden. Dieses Faktum muss von einer Politik, die die Mitgliedschaft befürwortet, im wahrsten Sinn des Wortes "in Rechnung gestellt" werden.

Das Risikoverhalten wurde auch im Zusammenhang mit den Untersuchungen zum Bankensektor untersucht. Am Beispiel der Filiale einer ausländischen Bank, die das Kredit- und Monitoringverhalten von Firmen heranzieht, um Kenntnisse über die allgemeinen geschäftlichen Bedingungen auf den Neuen Märkten der Beitrittskandidaten zu gewinnen, zeigte sich, dass die Bank die Kreditvergabe an Firmen in der Weise steuert, dass sie die aussagekräftigsten Informationen zur Risikominimierung erhält.

Fazit

Der Umbau der sozialistischen Strukturen und Verhaltensweisen nimmt erheblich mehr Zeit in Anspruch als zunächst geglaubt. Die Entwicklung "geht in die richtige Richtung", und der Aufbau der notwendigen formalen Institutionen ist z. T. schon weit fortgeschritten. Die Bevölkerung und die wirtschaftlichen Akteure passen sich aber mit Verzögerung an die neuen Bedingungen an. Überkommene sozialistische Verhaltensweisen lassen sich nur sehr langsam ablegen, neue Verhaltensweisen werden nur zögernd entwickelt. Je nachdem welchen sozialen Gruppen die Menschen angehören, ist dies allerdings sehr unterschiedlich ausgeprägt. Wie in jedem tief greifenden Transformationsprozess besteht ein starkes Vertrauensdefizit, das erst abgebaut werden muss, verbunden mit einer hohen Risikoaversion. Beides hat auf die verschiedensten Entscheidungen, die mit der Annäherung an die EU notwendig werden, erheblichen Einfluss.

Kapitel 1

Alltagskultur im Sozialismus; Praktiken und Strategien des Alltagslebens in den sozialistischen Ländern und ihre Folgen für die Transformation

*Klaus Roth / Marketa Spiritova
sowie 11 internationale Mitarbeiter*

Der postsozialistische Gesellschaftsumbau in Ost- und Südosteuropa ist stärker als erwartet geprägt durch Strukturen, Verhaltensweisen und Denkmuster aus der sozialistischen Periode. Um diesen Hintergrund zu verstehen ist es unerlässlich, die ideologischen Vorbedingungen und die historische Realität des Alltags im "Realsozialismus" vorurteilsfrei wahrzunehmen, um dessen Nachwirkungen erkennen zu können. Der kaum erforschte Alltag der sozialistischen Periode, aber auch die z.T. wieder aufgelebten vorsozialistischen traditionellen Verhaltensweisen und Denkmuster stand deshalb im Mittelpunkt dieser Untersuchung, um die Bedeutung dieser Verhaltensweisen für den Aufbau von Zivilgesellschaften und die neuen rechtlichen und wirtschaftlichen Strukturen einschätzen zu können. Im Mittelpunkt stand dabei der Bereich "Arbeit" und die Beziehung zwischen Arbeitswelt und Lebenswelt. Empirische Erhebungen in sieben postsozialistischen Ländern spürten dem Zusammenhang zwischen Transformationsproblemen und dem Erbe des Realsozialismus im Detail nach.

In allen Ländern waren die befragten Personen in hohem Maß emotional befangen. Besonders stark war das in der Generation zu beobachten, die im Sozialismus aufgewachsen ist. Fast niemandem gelang es, sich neutral mit dieser Zeit auseinanderzusetzen. Die Neigung die Berichte klar zu bewerten hing aufs Engste mit der beruflichen Stellung des Gesprächspartners vor und nach dem Umbruch zusammen. Die sozialistische wie auch die postsozialistische Periode wurde in den einzelnen Ländern bei vergleichbaren Generationen und Bildungsschichten tendenziell ähnlich beurteilt: Je älter die Befragten waren, desto positiver schätzten sie die Arbeitswelt der sozialistischen Periode ein. Mit Wehmut erinnern sich ältere Befragte (v.a. die mit einfacher Bildung) an das sozialistische Sozialsystem (Arbeitsplätze, Krankenversorgung, Ganztagschulen und Kindergärten), die geringe Kriminalität, Prämien, Auszeichnungen, Betriebsfeste und vom Betrieb organisierte und meist finanzierte Ferientaufenthalte. Eine sehr positive Rolle spielten hier auch die kleinen Arbeitskollektive (s.u.).

Im Gegensatz dazu verwiesen die Befragten immer wieder auf das "schwierigere Leben" im Postsozialismus, das von sozialer Unsicherheit, Gewalt und Konkurrenz am Arbeitsplatz begleitet sei. Die Tatsache, dass sich die Menschen in den ehemals sozialistischen Ländern "um nichts zu kümmern" brauchten, denn der Betrieb bzw. der Staat habe alles (Arbeit, Wohnung, Freizeitgestaltung) für sie erledigt, war häufig Teil dieser Verklärung. Zudem seien die Arbeiter und Angestellten in Betriebskollektive eingebunden gewesen, die die Übernahme individueller Verantwortung unmöglich aber auch unnötig machten und gleichzeitig soziokulturelle Funktionen erfüllten (Zusammenhalt des Kollektivs, Entspannung bei Konflikten, erleichterte Einführung von Neulingen am Arbeitsplatz). Die Parteistruktur habe den Menschen eine eindeutige ideologische und soziale Orientierung vorgegeben.

Der allmähliche Verlust der eigenen Verantwortlichkeit führte bei vielen unserer (v.a. älteren und ärmeren) Informanten zur Orientierungs- und Hilflosigkeit angesichts der

Transformation. Die Zerstörung der Partei- und damit der Betriebsstruktur wirkte sich sehr problematisch auf die heutigen Arbeitskollektive aus. Die Arbeiter und Angestellten müssen nun die gesamte Verantwortung für ihre eigenen Entscheidungen übernehmen und gerade die älteren von ihnen waren auf diesen Wandel nicht vorbereitet. Diese Unsicherheit und Orientierungslosigkeit äußerte sich vielfach auch in mangelnder Diskussionsbereitschaft: Häufig wagten es die ost- und südosteuropäischen Arbeiter, Angestellten und auch Akademiker nicht, ihre Ideen und Vorschläge am Arbeitsplatz zu äußern.

Ein weiteres sozialistisches Phänomen, das sich für die weiteren Untersuchungen als wichtig herausstellte, ist die Bedeutung der informellen Netzwerke innerhalb der kleinen Arbeitskollektive, die in der heutigen Arbeitswelt an Bedeutung verloren haben. Die geschlossenen Gruppen, die sich innerhalb der großen, von der Parteileitung erzwungenen Betriebskollektive gebildet hatten, dienten dem informellen Informationsaustausch und der gegenseitigen Unterstützung. Hier wurden die alltäglichen Sorgen geteilt, gegenüber der Partei- bzw. Betriebsleitung wurde zusammengehalten, Mangelwaren wurden getauscht und "organisiert", d.h. gestohlen. Basis für die offene Kommunikation und Solidarität innerhalb dieser informellen Kollektive war das persönliche Vertrauen. Die (z.T. nostalgisch gefärbten) Erinnerungen an "bessere Kollektive, wo mehr zusammengehalten wurde", müssen vor dem Hintergrund der gegenwärtigen gesellschaftlichen Veränderungen gesehen werden, wo individualistische Werte und persönlicher Erfolg im Vordergrund stehen. Das Vertrauen in einen kleinen informellen und überschaubaren Kreis von Menschen bei gleichzeitigem Misstrauen gegenüber der abstrakten Staatsmacht sind ein gewichtiges und potentiell krisenanfälliges Erbe des Sozialismus.

Nahezu alle Interviews zeigen eine ambivalente Beziehung zum Sozialismus - hier speziell zur sozialistischen Arbeitskultur. Die negative Sicht resultiert vor allem aus der Periode des Stalinismus und aus nationalen Katastrophen (wie der Niederschlagung der Aufstände in Ungarn und Polen, dem Einmarsch der Warschauer Pakt Truppen in die Tschechoslowakei und der Wirtschaftskrise in Jugoslawien in den 80er Jahren), wo sich die schlimmsten Seiten des "Realsozialismus" offenbarten. In solchen Ereignissen wurde das totalitäre System durchschaut und man versuchte, in den erwähnten informellen Netzwerken am Arbeitsplatz Halt und sich mit den politischen Gegebenheiten abzufinden.

Gerade aus diesen Erfahrungen resultieren auch die hohen Erwartungen an die Transformation, die sich nicht immer erfüllten. Die Resignation darüber äußert sich dann wieder in der erwähnten Nostalgie. Das ist allerdings stark abhängig von der heutigen beruflichen Stellung. Informanten mit einem hohen bis mittleren Einkommen betonen mehrheitlich die negativen Seiten des Sozialismus wie die Eingriffe der Partei in alle Bereiche des gesellschaftlichen Lebens (staatliche Erziehungsmechanismen), die schlechte Arbeitsmoral, geringe Normerfüllungen etc. Auch Befragte der jüngeren Generation sowie Angehörige der Intelligenz beurteilen die sozialistische Periode überwiegend negativ.

Die jüngere Generation, die noch keine eigene Arbeitserfahrung im Sozialismus hat, sieht weitaus optimistischer in die Zukunft, besonders vor dem Hintergrund der EU-Osterweiterung. Im Gegensatz zu ihren Eltern oder Großeltern war ihre Erziehung bereits weitgehend ideologiefrei, sie lernten Fremdsprachen (v.a. Englisch), erwarben Computerkenntnisse und machten als Au-Pair oder Student eigene Auslandserfahrungen. Sie scheinen also "gerüstet" für die Zukunft. Intellektuelle stehen, ungeachtet ihrer heutigen beruflichen und finanziellen Situation, dem Sozialismus fast durchweg sehr kritisch gegenüber, was u.a. daran liegt, dass viele von ihnen politisch verfolgt wurden und Repressalien ausgesetzt waren, die sich auf ihr Alltagsleben auswirkten (Arbeitsverbot, Strafversetzungen, Gefängnisstrafen). Früher als die meisten Arbeiter durchschauten sie die Propaganda des totalitären Systems, etwa die Betriebsfeiern als Mittel der Ideolo-

gisierung, und lehnten deshalb die von den Arbeitern geschätzten Sonderleistungen wie Prämien, Ferienheime etc. ab bzw. durften sie meistens gar nicht erst wahrnehmen.

Heute ist das Verhältnis zur sozialistischen Arbeits- und Alltagskultur ambivalent. Das zeigen die Erhebungen in den sieben Ländern. Auf der einen Seite steht eine tiefe Skepsis gegenüber jener Arbeits- und Alltagswelt. Als negative Faktoren werden immer wieder der Zwangscharakter und die Erziehungsmechanismen der sozialistischen Institutionen (Subbotnik, Betriebsfeste, sozialistischer Wettbewerb) erwähnt, aber auch der tiefe Graben zwischen Partei- bzw. Betriebsleitung einerseits und den Beschäftigten andererseits. Die Unterdrückung bestimmter Gruppen (bes. der Intellektuellen), die Mangelwirtschaft und die künstliche Beschäftigung, die widersinnige Normerfüllungen und niedrige Arbeitsmoral zur Folge hatte, sind Thema weiterer kritischer Anmerkungen.

Andererseits erinnern sich die Befragten gerne an ihre frühere Arbeitswelt. Die Gründe für diese Nostalgie (wie auch für den in manchen postsozialistischen Ländern schleppend verlaufenden Transformationsprozess) scheinen zumindest teilweise in jenen Verhaltensweisen und Strategien zu liegen, mit denen einst der sozialistische Alltag bewältigt wurde. Das waren insbesondere Anpassungsstrategien, die schweigende Anerkennung des totalitären Regimes und seiner Ausformungen wie etwa die sozialistischen Betriebskultur. Innerhalb des Systems richteten sich die Menschen ein, passten es ihren Bedürfnissen an und versuchten es im Kleinen für ihre Zwecke umzufunktionieren. Zu den bewährten Strategien gehörte das Umgehen von Verboten, das Vortäuschen von Arbeit, das unerlaubte Arbeiten für sich und Dritte sowie intensive Tauschbeziehungen und das "Organisieren" von Waren und Dienstleistungen. Voraussetzung hierfür war die positiv erlebte Verankerung in informellen Kollektiven bzw. Netzwerken der Arbeitskollegen.

Eine weitere Bewältigungsstrategie stellte die sog. Patronanz dar, d.h. ein Parteifunktionär stellte sich schützend vor seinen Bekannten, der Probleme mit dem Regime hatte. Viele Intellektuelle fanden auf diese Weise einen Arbeitsplatz. Diese beiden sozialen Institutionen (Netzwerke und Patronanz) sind auch nach der politischen Wende von Bedeutung, nur dass die Betroffenen oftmals ihre Rollen getauscht haben: Aus den Geschützten wurden Beschützer und umgekehrt. Möglicherweise erklärt sich daraus die hartnäckige Widerstandskraft mancher sozialistischer Institutionen, die allen Veränderungsversuchen zu widerstehen vermochten.

Eine weitere wichtige Strategie schließlich bildeten die sog. Nischen, der Rückzug ins Private abseits vom politischen Geschehen. Ob in informellen Netzwerken am Arbeitsplatz oder in der privaten Nische, Vertrauen war die wichtigste Voraussetzung für funktionierende Sozialbeziehungen und damit für einen leichteren Umgang mit den politischen und gesellschaftlichen Bedingungen. Der nostalgische Blick zurück gilt somit an erster Stelle dem damaligen (und heute vielfach vermissten) angehäuften sozialen Kapital aus Beziehungen, Freundschaften und Netzwerken. In der gegenwärtigen Phase der Umgestaltung ist noch eine weitere Strategie wirksam: die des Verdrängens und Vergessens, die eine kritische Auseinandersetzung mit dem Sozialismus zu vermeiden versucht.

Kapitel 2

Neue Migrationen aus Osteuropa und den Nachfolgestaaten der UdSSR nach Deutschland: Ursachen, Tendenzen und Konsequenzen

Hermann Clement / Barbara Dietz

Seit dem Ende der 80er Jahre stehen Migrationen aus Osteuropa und den Nachfolgestaaten der UdSSR nach die Integration der neuen Zuwanderer verstärkt in der Diskussion. Deshalb befasst sich dieses Kapitel nicht nur wissenschaftlich mit dieser Fragestellung sondern beachtet auch die politische und gesellschaftliche Relevanz des Themas - vordringlich im Kontext von Migrationssteuerung und Integrationsmaßnahmen.

Der politische Hintergrund der neuen Ost-West-Migrationen

Aus dem politischen Umbruch in Osteuropa und der SU resultierte seit dem Ende der achtziger Jahre größere Freizügigkeit und in der Folge neue Migrationen sowohl zwischen diesen Staaten als auch über deren Grenzen hinaus nach Westeuropa. Bevorzugtes Ziel der Emigranten sind die Mitgliedstaaten der Europäischen Union und an erster Stelle Deutschland. Hier sind allerdings Arbeitsmigrationen aus nicht EU-Staaten nur im Rahmen eng begrenzter rechtlicher Aufnahmekriterien möglich. Diese Aufnahmebedingungen sind die wesentliche Richtgröße für die Ost-West-Arbeitswanderungen nach Deutschland. Daneben kommt der Asyl-, Flüchtlings- und Aussiedlermigration im Ost-West-Wanderungsgeschehen nach Deutschland der achtziger und neunziger Jahren große Bedeutung zu. Legale Arbeitsmigrationen nehmen dagegen einen vergleichsweise geringen Raum ein. Sie wurden im Rahmen der politischen Transformation Osteuropas auf der Basis bilateraler Abkommen reguliert und in den meisten Fällen auf eine kurzfristige Erwerbstätigkeit begrenzt.

Die bilateralen Abkommen über Arbeitskräftemigrationen aus Osteuropa sind mit politischen und ökonomischen Zielen verbunden. Die wichtigsten sind, den Migrationsdruck auf Deutschland zu reduzieren, langfristige bzw. dauerhafte Zuwanderung zu vermeiden und illegale Arbeitsmigration zu verhindern. Zudem ist beabsichtigt mit osteuropäischen Arbeitsmigranten die Nachfrage nach saisonalen Arbeitskräften bzw. bestimmten Beschäftigungsgruppen in Deutschland zu befriedigen. Und schließlich beabsichtigt die Bundesregierung im Rahmen der EU-Osterweiterung die Wirtschaftskraft der Herkunftsländer über die (kurzfristige) Beschäftigung osteuropäischer Arbeitnehmer zu stärken.

Migrationsmotive: Theoretische Überlegungen

Ein in der ökonomischen (neoklassischen) Theorie traditionell vorgetragenes Argument für das Entstehen von Wanderbewegungen sind Lohndifferenzen zwischen verschiedenen Regionen bzw. Ländern. Regionale Lohndifferenzen – so die These – bewirken eine Wanderung von Arbeitskräften, die unter idealtypischen Bedingungen solange anhält, bis die Lohnunterschiede ausgeglichen sind. Werden individuelle Kosten-Nutzen-Erwägungen in

¹ Der Begriff "Osteuropa" fasst im Folgenden die zehn osteuropäischen EU-Beitrittskandidaten (Polen, Tschechien, Slowakei, Ungarn, Bulgarien, Rumänien, Slowenien, Estland, Lettland, Litauen) zusammen.

die Untersuchung einbezogen, erweitert die Humankapitaltheorie diese Argumentation. Dann hängt die Entscheidung das eigene Land zu verlassen davon ab, ob der erwartete Nutzen für das betroffene Individuum abzüglich der Kosten des Auswanderns (Reisekosten, Informationskosten, psychische Kosten) im potentiellen Zuwanderungsland größer sind als im Herkunftsland. Von diesem theoretischen Ansatz ausgehend erklärt die je individuelle Situation (z.B. Bildung, Berufserfahrung, Sprachkenntnisse) warum bestimmte Personen unter bestimmten Ausgangsbedingungen migrieren, andere aber im Herkunftsland bleiben.

Im Gegensatz zu den bislang vorgetragenen Argumenten der neoklassischen Theorie zeigt die neue Ökonomie der Migration, dass Wanderungen in vielen Fällen keine individuellen, sondern Haushalts- bzw. familiäre Entscheidungen sind. Danach werden nicht primär Lohndifferenzen sondern nicht oder schlecht funktionierende Kapital- und Versicherungsmärkte für Wanderungen verantwortlich gemacht. Die Migrationsentscheidung eines Haushaltes kann unter diesen Bedingungen als Portfoliostrategie zur Verbreitung des Familieneinkommens interpretiert werden.

Während sich ökonomische Migrationstheorien in erster Linie auf den wirtschaftlichen Kontext von Wanderungen beziehen, zeigen soziologische Ansätze, dass ethnische und/oder politische Diskriminierung, kriegerische Konflikte aber auch die Migrationspolitik der Sende- und Aufnahmeländer auslösende und verstärkende Faktoren internationaler Wanderungen sein können. Deutlich wird dies bei Flucht- und Asylbewegungen aber auch bei der Rückwanderung ethnischer Minderheiten in ihr vormaliges Herkunftsland - wofür die Aussiedlerzuwanderung aus Osteuropa und der vormaligen Sowjetunion nach Deutschland ein Beispiel ist. Typisch für solche Wanderungen - die in der Literatur auch Diaspora-Migrationen genannt werden - ist, dass sich das vormalige Herkunftsland in besondere Weise für die "Rückwanderer" einsetzt. Vielfach werden hierfür sogar eigene Gesetze und Bestimmungen erlassen, um die Aufnahme und Integration solcher Gruppen zu erleichtern.

Ein anderer soziologischer Erklärungsansatz, die Theorie der Migrationsnetzwerke, argumentiert, dass Migrationen aus verschiedensten Gründen (siehe oben) beginnen, wenn Wanderungsbewegungen aber eine gewisse Bedeutung erlangt haben, können sie eine eigene Dynamik entfalten und sich dann unabhängig von den auslösenden Gründen weiterentwickeln. Es entstehen im Laufe der Zeit Migrationsnetzwerke, die Kosten und Risiken der Wanderung senken und deshalb weitere Wanderungen wahrscheinlich machen. Durch die Analyse solcher Migrationsnetzwerke können potentielle Zuwanderungsregionen identifiziert und die soziale Struktur der Migranten im Zeitverlauf prognostiziert werden. Da Ost-West-Wanderungen auf deutscher Seite starken Restriktionen unterworfen sind, benötigen potentielle Migranten spezifische Informationen, Kontaktpersonen und Anknüpfungspunkte in Deutschland. Es ist also mehr als wahrscheinlich, dass Migrationsnetzwerke künftig eine wachsende Rolle für die Entwicklung der Ost-West-Migrationen spielen werden.

Im Ergebnis lassen sich folgende Faktoren – in je spezifischen Kombinationen - als ausschlaggebend für die Entwicklung der Ost-West-Wanderungen benennen:

- die (tatsächlichen bzw. die erwarteten) Lohndifferenzen,
- die Kosten der Migration,
- die individuelle Ausstattung mit Humankapital (Bildung etc.),
- die Risikoaversion,
- die Entwicklung der Kapital- und Versicherungsmärkte in den Herkunftsländern

- die Bildung von Migrationsnetzwerken.
- politische Krisen und ethnische Konflikte in den Transformationsstaaten

So können für die neuen Arbeitsmigrationen die Lohndifferenzen und Beschäftigungschancen ausschlaggebende Faktoren sein, während Aussiedler-, Flüchtlings- und Asylmigrationen ihre Dynamik vor dem Hintergrund der ethnischen und politischen Situation der jeweiligen Herkunftsländern und den rechtlichen Aufnahmebedingungen in Deutschland entfalten.

Umfang und Struktur der neuen Migrationen aus Osteuropa

Während die osteuropäischen Staaten seit dem Ende der achtziger Jahre die Ausreise ihrer Bürger schrittweise großzügiger gestalteten, war die Einwanderung in die Bundesrepublik Deutschland nur unter zunehmend restriktiven Bedingungen möglich. Arbeitsmigrationen waren in nahezu allen Fällen auf kurze Zeit begrenzt und basierten auf bilateralen Abkommen. Die Zuwanderung von Asylbewerbern und Aussiedlern unterlag engefassten Aufnahmekriterien, die in den letzten Jahren noch strikter formuliert wurden.

Bis 1993, als die grundlegende Änderung der Asyl- und Aussiedleraufnahme in Kraft trat, wurden die Wanderbewegungen fast ausschließlich von Asylbewerbern und Aussiedlern getragen. Nach 1993 wurden keine Asylanträge aus osteuropäischen Staaten mehr angenommen, weil die Herkunftsländer als sichere Staaten definiert worden waren. Von einer Verschärfung der Aufnahmebedingungen waren auch Aussiedler aus Osteuropa, d.h. aus Polen und Rumänien, betroffen. Mit Beginn des Jahres 1993 mussten sie ihre Diskriminierung aufgrund deutscher Abstammung individuell nachweisen. Ein solcher Nachweis war in Polen und Rumänien der neunziger Jahre nur selten zu erbringen und so verebbte die Aussiedlerbewegung aus diesen Herkunftsländern. Im Vergleich dazu stabilisierte sich die Zuwanderung von Arbeitsmigranten aus osteuropäischen Staaten - auf niedrigem Niveau - mit geringen jährlichen Schwankungen über die neunziger Jahre hinweg.

Zwischen 1989 und 1999 umfasste die Nettomigration aus Osteuropa 1,13 Millionen Personen, 60% davon Aussiedler. Diese Zahlen zeigen allerdings nur ein eingeschränktes Bild der Ost-West-Wanderung. Denn während bei anerkannte Aussiedler meist auf Dauer in Deutschland bleiben, kamen zwischen 1989 und 1999 2,27 Millionen osteuropäische Staatsbürger (ohne Aussiedler) nach Deutschland, von denen 1,82 Millionen das Land in diesem Zeitraum wieder verlassen haben. Das bedeutet, dass die "Bruttozuwanderung" nahezu fünfmal so hoch war wie die "Nettowanderung". Ein Bild, das typisch für kurzfristige, aber auch für Pendelmigrationen ist.

Asylbewerber und Arbeitsmigranten: Kennzeichen einzelner Herkunftsländer

Sowohl bei der Immigration von Arbeitsmigranten aus Osteuropa als auch bei der Zuwanderung von Asylbewerbern konnten deutliche Unterschiede im Bezug auf die Herkunftsländer festgestellt werden. Als Polen in den Achtziger Jahren das Kriegsrecht verhängte, bestimmten vor allem Asylbewerber die Wanderbewegungen, seit September 1989 mit der Übernahme einer nicht-kommunistischen Regierung spielen sie nahezu keine Rolle mehr. Auch die neuen Möglichkeiten im Rahmen von Vertragsarbeit in Deutschland eine Beschäftigung zu finden reduzierte die Anträge auf Asyl.

Dagegen entwickelte sich die Asylzuwanderung aus Rumänien und Bulgarien sehr viel dramatischer. In beiden Ländern begann sie im Jahr 1989, als Ausreisen durch die Libera-

lisierung der Pass-Systeme möglich wurden. In Bulgarien trugen vor allem die politische Instabilität und die krisenhafte ökonomische Entwicklung zur Asylwanderung bei. Auch ethnische Diskriminierung und Verfolgung, die vor allem die Gruppe der Roma in Rumänien betraf, wirkte sich auf die Zahl und Zusammensetzung der Asylbewerber aus.

Die Asylmigration aus der vormaligen Tschechoslowakei, aus Ungarn und den anderen osteuropäischen Staaten war nur von untergeordneter Bedeutung.

Bereits vor der Veränderung des Asylrechtes lag die Anerkennungsquote der osteuropäischen Asylbewerber, die in den späten achtziger und frühen neunziger Jahren nach Deutschland gekommen waren, unter einem Prozent. Die Asylwanderung, die zu Beginn der neunziger Jahre einen wesentlichen Anteil an Ost-West-Migrationen nach Deutschland gehabt hatte, wurde mit der Einführung des Asylkompromisses im Jahre 1993 nahezu bedeutungslos.

Auch bei den Ost-West-Arbeitswanderungen fallen deutliche Unterschiede zwischen den einzelnen Ländern auf:

Die meisten Arbeitsmigranten auf Basis eines bilateralen Vertrages kamen aus Polen während Rumänien, Tschechien, die Slowakei und Ungarn in diesem Kontext eher geringe Bedeutung hatten. Bulgarien und die anderen osteuropäischen Staaten spielten bei der Arbeitskräftewanderung so gut wie gar keine Rolle.

Verantwortlich hierfür sind sowohl wirtschaftliche, wie auch länderspezifische und migrationspolitische Faktoren. Lohnniveau und Lebensstandard macht Deutschland zwar generell zu einem attraktiven Zuwanderungsland für osteuropäische Arbeitskräfte, die Tradition der Arbeitsmigration ist allerdings in osteuropäischen Ländern unterschiedlich stark ausgeprägt. Zwischen Polen und Deutschland bestehen seit Jahrzehnten erheblich mehr Wanderbewegungen als beispielsweise zwischen Rumänien, Ungarn, Bulgarien und der Bundesrepublik. Durch die Reglementierung auf deutscher Seite sind bestimmte Voraussetzungen definiert. Dazu gehören z.B. Firmenkooperationen im Falle von Werkvertragsarbeitnehmern, was nicht in allen osteuropäischen Staaten gleichermaßen gegeben ist. Auch haben sich zwischen Deutschland und Polen im Laufe der Zeit vielschichtige Migrationsnetzwerke entwickelt, die weitere Wanderungen begünstigten. Während sich mit Rumänien und Ungarn erste Ansätze sichtbarer Migrationsbeziehungen herausbildeten, existieren derartige Netzwerke im Falle von Bulgarien noch kaum.

Individuelle Merkmale osteuropäischer Arbeitsmigranten

Wie fast immer bei internationalen Arbeitskräftewanderungen sind es vor allem junge Menschen, die der Arbeitsplatzchancen wegen ihre Länder verlassen. Die Ausbildung der osteuropäischen Arbeitnehmer ist auffallend hoch. Betrachtet man sozialversicherungspflichtige Beschäftigte liegt das Ausbildungsniveau der osteuropäischen Arbeitnehmer nicht nur über dem anderer ausländischer Beschäftigter, sondern auch über dem der Gesamtzahl der Beschäftigten in Deutschland. Dieses Ausbildungsniveau kann am Arbeitsplatz allerdings selten umgesetzt werden. Die Beschäftigung osteuropäischer Arbeitnehmer konzentrierte sich in Deutschland nachfragebedingt in erster Linie auf Wirtschaftssektoren, in denen der Ausländeranteil ohnehin hoch ist:

- private Haushalte,
- das Baugewerbe
- das Hotel- und Gaststättengewerbe.

Eine Ausnahme stellt die Landwirtschaft dar, wo nahezu alle Saisonarbeiter beschäftigt werden. Die meisten Arbeitnehmer aus Osteuropa haben in Bayern, Baden-Württemberg, Berlin und den industriellen Zentren Nordrhein-Westfalens eine Beschäftigung gefunden. Die Zahl der osteuropäischen Arbeitsmigranten in den neuen Bundesländern war trotz der geographischen Nähe unterdurchschnittlich.

Migrationen aus der vormaligen UdSSR

Mit dem Ende der achtziger Jahre war die Migration aus Ländern der ehemaligen Sowjetunion vor allem durch die Zuwanderung von Aussiedlern und jüdischen Kontingentflüchtlingen gekennzeichnet. Arbeitskräftebewegungen hatten dagegen - auch aufgrund fehlender Aufnahmechancen - kaum Gewicht.

Die Aussiedlerzuwanderung aus der vormaligen Sowjetunion erreichte im Jahre 1994 mit 213.000 Zuwanderern einen Höhepunkt und nahm mit der Einführung einer verbindlichen Sprachprüfung für Ausreisewillige (Mitte 1996) kontinuierlich ab. Trotz der formalen Zuwanderungsbegrenzungen waren zwischen 1989 und 2001 etwa 1,9 Millionen russland-deutscher Aussiedler in die Bundesrepublik gekommen. Damit stellte sie die bedeutendste Immigrantengruppe der neunziger Jahre dar. Die Aussiedler aus der vormaligen UdSSR sind im Vergleich zur deutschen Population erheblich jünger. Mangelnde Sprachkompetenz der russischen Aussiedler in Verbindung mit einer hier oft nicht anwendbaren schulischen und beruflichen Ausbildung erschwerte die wirtschaftliche und gesellschaftliche Integration vor allem der Jugendlichen allerdings in hohem Maß.

In den neunziger Jahren kamen zudem etwa 110.000 jüdischen Immigranten aus der vormaligen Sowjetunion nach Deutschland. Damit wurde Deutschland nach Israel und den USA zum drittgrößten Aufnahmeland jüdischer Emigranten aus der vormaligen UdSSR. Die weitaus meisten dieser Flüchtlinge kamen aus der Ukraine, Russland und dem Baltikum. Ihre Ausbildung im Herkunftsland ist überdurchschnittlich hoch. Geringe deutsche Sprachkenntnisse erschwerten allerdings die Umsetzung dieses Bildungsniveaus in angemessene Arbeitsplätze.

Osterweiterung und Zuwanderung

Vor dem Hintergrund der gravierenden Differenzen im Einkommensniveau und dem Lebensstandard zwischen den osteuropäischen Beitrittsstaaten und Deutschland wird für die kommenden Jahre allgemein eine verstärkte Wanderung von Arbeitskräften prognostiziert. Tatsächlich werden sich transnationale Wanderungsnetzwerke, die sich in den neunziger Jahren entwickelt haben, verstärkend auswirken. Die Tatsache, dass in den neunziger Jahren ca. 60% aller in den EU-Staaten erwerbstätigen Osteuropäer in Deutschland arbeiteten, wurde zudem als Indiz für ein im europäischen Vergleich überdurchschnittliches Immigrationspotential nach Deutschland gewertet. Politiker, Öffentlichkeit und Medien in Deutschland befürchteten deshalb, dass die EU-Osterweiterung zu einer nicht mehr tragbaren Arbeitsmigration aus osteuropäischen Staaten führen könnte.

Bereits Anfang der neunziger Jahre waren erste Überlegungen angestellt worden, welche Zuwanderungen zwischen Ost- und Westeuropa durch die Aufhebung der Ausreisebeschränkungen aus den postsozialistischen Transformationsländern zu erwarten wären. In einem Vergleich wurde das Ost-West-Wanderungsszenario der Migrationssituation zwischen Süd- und Nordeuropa gegenübergestellt, wo innerhalb von 20 Jahren (1950-1970) ca. 3% der Bevölkerung der südlichen Länder nach West- und Nordeuropa migrierten.

Unter der Annahme einer ähnlichen Wanderungsneigung der Osteuropäer würden ca. 3 Millionen osteuropäischer Migranten in einem Zeitraum von 15 Jahren nach der Aufhebung von Einreisebarrieren in den EU-Staaten zu erwarten sein. Damit würden jährlich ca. 200.000 osteuropäische Zuwanderer in alle EU-Länder kommen, dies entspräche etwa 0,08% der EU-Bevölkerung im Jahre 2001.

Im Anschluss an diese Studie legten eine Reihe von Experten weitere Schätzungen zu den potentiellen Migrationen als Folge der EU-Osterweiterung vor. Zur Anwendung kamen sowohl strukturierte als auch nicht-strukturierte ökonomische Schätzmodelle sowie Befragungen zur Migrationsneigung osteuropäischer Bürger in ihren Herkunftsstaaten. Aufgrund von Hypothesen, die in erster Linie aus der neoklassischen sowie der Humankapitaltheorie abgeleitet wurden, schätzten strukturierte ökonomische Untersuchungen das Migrationspotential in Osteuropa im Rückgriff auf die Erfahrungen der Wanderungen aus den Anwerbeländern. Die verschiedenen Prognosen bezüglich des Ost-West-Wanderungspotentials im Falle einer Freizügigkeit zeigen, dass zwischen 3% und 5% der Bevölkerung der osteuropäischen Beitrittsstaaten innerhalb von 10 bis 15 Jahren nach Westeuropa wandern würde. Der größte Teil dieser Migranten (die meisten Studien gehen von etwa zwei Drittel aus) werden für Deutschland erwartet. Unter dieser Voraussetzung wird geschätzt, dass 15 Jahre nach der EU-Osterweiterung etwa 2 bis 4 Millionen Osteuropäer in Deutschland leben werden. Obschon es infolge der EU-Osterweiterung zu deutlich stärkeren Ost-West-Migrationen nach Deutschland kommen wird, unterstützen wissenschaftliche Studien die These eines bedrohlichen Wanderungsszenarios somit nicht.

Demographische Auswirkungen der Zuwanderung von jüdischen Kontingentflüchtlingen

Welche Folgen haben Ost-West- Zuwanderungen für das Aufnahmeland Deutschland? In Kooperation mit Dr. Pawel Polian (Russian Academy of Science, Department of Geography in Moskau) und Dr. Uwe Lebok (Lehrstuhl für Demographie, Universität Rostock) wurde die Auswirkung der Zuwanderung jüdischer Kontingentflüchtlinge auf die demographische Entwicklung der jüdischen Gemeinden in Deutschland untersucht.

Ausgangsfrage war, ob die Zuwanderung jüdischer Kontingentflüchtlinge aus der vormaligen UdSSR, die zu einem starken Zuwachs der jüdischen Gemeinden in den neunziger Jahren geführt hatte, auch eine Verjüngung der bisher überalterten jüdischen Gemeinden bewirkt. Die jüdischen Gemeinden waren in den neunziger Jahren von 29.089 Mitgliedern im Jahre 1991 auf 87.756 Personen im Jahre 2001 angewachsen. Ein Vergleich mit dem natürlichen Bevölkerungswachstum der jüdischen Population führte diesen Anstieg allein auf die Zuwanderung aus der vormaligen UdSSR zurück. Ein mit dem Maß Billeter's J durchgeführter Altersvergleich zeigte, dass die jüdische Bevölkerung in Deutschland eine der ältesten weltweit ist. Aber im Unterschied zu anderen Populationen (unter anderem der Gesamtbevölkerung in Deutschland und Russland), deren Alterung im Laufe der neunziger Jahre zunahm, verjüngte sich die Altersstruktur der jüdischen Gemeinden in Deutschland in diesem Zeitraum. Dieser Verjüngungsprozess hielt bis 1996 an und war in erster Linie auf die Immigranten aus der vormaligen UdSSR zurückzuführen. Allerdings kehrte sich der Prozess der Verjüngung gegen Ende der neunziger Jahre wieder um, obwohl die Nettozuwanderung aus der vormaligen UdSSR nahezu konstant geblieben war. Ursache war die unverändert niedrige Geburtenrate bei steigenden Bevölkerungszahlen. Das bedeutet, dass ohne gleichzeitigen Geburtenanstieg langfristig durch Immigration keine Veränderungen der demographischen Alterung zu erreichen ist.

Die soziale und Arbeitsmarktintegration von Aussiedlern aus Osteuropa und der vormaligen UdSSR

Immigration wird zumeist danach bewertet, wie gut sich die Zuwanderer in Arbeitsmarkt und Gesellschaft des Aufnahmelandes integrieren. Die Aussiedlermigration ist unter anderem dadurch gekennzeichnet, dass ganze Familien auswandern. D.h. die Ausreise nach Deutschland wird als endgültig angesehen. Auch wenn wirtschaftliche Motive bei der Zuwanderung von Aussiedlern von großer Bedeutung sind, spielen familiäre, ethnische und politische Ausreisegründe eine wichtige Rolle. Im Vergleich mit den Arbeitsmigranten der Anwerbestaaten haben Aussiedler eine höhere Ausbildung und oft auch Berufserfahrung. Allerdings ist diese Bildung durch das (post)sozialistische System der Herkunftsländer geprägt, was ihre Arbeitsmarktchancen in der Marktwirtschaft naturgemäß erschwert. Die meisten Aussiedler der neunziger Jahre kamen fast ohne deutsche Sprachkenntnisse nach Deutschland vor allem weil in den späten 90er Jahren beinahe 75% aller Aussiedler zur Gruppe der nicht-deutschen Familienangehörigen gehören.

Meistens wird Integration bzw. Integrationserfolg danach bemessen, inwieweit Zuwanderer an Wirtschaft und Gesellschaft des Aufnahmelandes partizipieren können. Dies schließt ein, dass Immigranten nicht diskriminiert werden. Es geht also darum, ob die Einkommen oder die Risiken von Arbeitslosigkeit bei zugewanderten und einheimischen Beschäftigten vergleichbar sind und/oder ob die Einkommens- und Beschäftigungssituation herkunftsspezifisch voneinander abweichen.

Erwartungsgemäß befinden sich Aussiedler im Vergleich zu Einheimischen in einer ungünstigen Position: sie verdienen bis zu ca. 25% weniger und können vielfach ihre Ausbildung und Berufserfahrung nicht umsetzen.

Die Einkommensdeterminanten weisen bei Aussiedlern auf typische Zusammenhänge, aber auch auf einige Besonderheiten hin. Zwischen beruflicher Qualifikation und Einkommenshöhe besteht eine positive Verbindung, die aber nur dann zum Tragen kommt, wenn die Aussiedler in ihren ursprünglichen Ausbildungsberufen tätig sein können. Weil 45%-50% aber nicht entsprechend ihrer Qualifikation arbeiten, kann keineswegs von einem Integrationserfolg gesprochen werden. Sehr gute und gute deutsche Sprachkenntnisse wirken sich positiv auf die Einkommen aus. Zudem hat die Einbindung in Migrantennetzwerke meist positive Einkommenseffekte zur Folge. Je stärker sich die Aussiedler mit Deutschland identifizieren, desto höher fällt auch ihr Einkommen aus. Im Falle der Aussiedler also soziale Integration einen positiven Einfluss auf die wirtschaftliche Integration – hier gemessen an der Einkommenshöhe. Für Arbeitsmigranten aus den Anwerbeländern sind derartige Effekte nicht nachzuweisen. Neben Sprachkenntnissen und Ausbildung sind auch Alter und Geschlecht bestimmend für den Integrationserfolg. Frauen haben deutlich größere Schwierigkeiten einen Arbeitsplatz zu finden, jüngere Aussiedler größere Chancen als ihre älteren Kollegen.

Auch das Herkunftsland wirkt bestimmend auf den Integrationserfolg. Im Vergleich zu Aussiedlern aus Rumänien müssen Aussiedler aus der vormaligen Sowjetunion und Polen mit einer höheren Wahrscheinlichkeit arbeitslos zu werden, rechnen. Dies liegt sowohl an den kulturellen und sprachlichen Kompetenzen wie auch den spezifischen Migrantennetzwerken. Seit Jahrzehnten kommen Aussiedler aus Polen und der vormaligen Sowjetunion vorwiegend nach Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen, während Aussiedler aus Rumänien überwiegend nach Bayern und Baden-Württemberg wanderten, wo der Arbeitsmarkt günstigere Bedingungen aufweist. Auch hat die Mehrheit der rumänischen

Aussiedler in ihrem heimischen Umfeld deutsche Sprachkenntnisse über die Generationen aufrechterhalten.

Die Integration der jungen Aussiedler, die in den neunziger Jahren nach Deutschland gekommen waren, erwies sich als zunehmend riskant. Mangelnde Sprachkenntnisse und ein Minderheitenstatus, der bei Aussiedlerjugendlichen durch den bi-kulturellen familiären Hintergrund verstärkt wird, scheinen die Ursache zu sein. Der Minderheitenstatus wird in manchen Fällen durch Diskriminierung und den ausschließlichen Bezug auf die eigene Gruppe weiter verstärkt. In den letzten Jahren kam bei einer Reihe von jungen Aussiedlern wie auch bei anderen jugendlichen Zuwanderern die Bedrohung durch Armut und soziale Randständigkeit hinzu. Die Wohnbedingungen, das heißt das Leben in Wohnheimen oder in Sozialwohnungen in abgelegenen Stadtrandgebieten, erhöhen die Gefahr von Isolation. Andererseits verfügen junge Aussiedler häufig über stabile familiäre Beziehungen und stützende soziale Kontakte im eigenen Netzwerk, die ihnen bei der Bewältigung dieser Integrationsprobleme helfen.

Um zu verhindern, dass sich diese Integrationsproblematik fortschreibt, wird empfohlen, jungen Aussiedlern Orientierungs- und Entscheidungshilfen zu geben, um die Möglichkeiten der Schul- und Berufsbildung sowie der bestehenden Fördermaßnahmen zu nutzen. Ebenso wichtig ist die Unterstützung beim Lernen der deutschen Sprache und bei der Aus- und Berufsbildung. Die Familien der Aussiedlerjugendlichen müssen in diese Angebote einbezogen und deren materiellen Bedingungen berücksichtigt werden. Umgekehrt sollten sich die Angebote auf die konkrete Situation der Jugendlichen und ihre Peer Group Orientierung beziehen, die sich häufig auf die Gruppe von jungen Aussiedlern des gleichen Herkunftskontextes richtet.

Ergebnisse

- In den 80er und 90er Jahren waren die rechtlichen Aufnahmebestimmungen eine Richtgröße für die Ost-West-Wanderungen nach Deutschland. Der Schwerpunkt in dieser Zeit lag in der Asyl-, Flüchtlings- und Aussiedlermigration. Dagegen nahmen legale Arbeitsmigrationen einen vergleichsweise geringen Raum ein: sie wurden seit der politischen Transformation in Osteuropa auf der Basis bilateraler Abkommen reguliert und in den meisten Fällen auf eine kurzfristige Erwerbstätigkeit begrenzt.
- Bis 1993, als die grundlegende Änderung der Asyl- und Aussiedleraufnahme in Kraft trat, wurden die Migrationen aus Osteuropa und der vormaligen UdSSR vor allem von Aussiedlern, Asylbewerbern und Kontingentflüchtlingen getragen. Danach ging die Asyl- und Aussiedlerzuwanderung aus Osteuropa aufgrund rechtlicher Immigrationsbarrieren stark zurück, während die Migration von Aussiedlern und Kontingentflüchtlingen aus der vormaligen UdSSR anhielt. Im Vergleich dazu stabilisierte sich die Arbeitsmigration aus Osteuropa über die neunziger Jahre hinweg, wenn auch auf niedrigem Niveau.
- Ein Vergleich verschiedener Prognosen welche Wanderungen mit Einführung der Freizügigkeit zu erwarten sind, zeigte, dass 15 Jahre nach der EU-Osterweiterung zwischen 2 und 4 Millionen Osteuropäer in Deutschland leben dürften. Obschon es somit infolge der EU-Osterweiterung zu deutlich stärkeren Ost-West-Migrationen nach Deutschland kommen wird, ist dies keine Bestätigung der verbreiteten These eines bedrohlichen Wanderungsszenarios.

- Durch politisch definierte Aufnahmekriterien wurde die Zuwanderung vergleichsweise erfolgreich reguliert. Nur in wenigen heimischen Arbeitsmarktsektoren (vor allem dem Bausektor) ließ sich ein Konkurrenzdruck für die Gruppe der heimischen Geringqualifizierten identifizieren.
- die Zuwanderer haben im Bereich Arbeitsfindung bzw. Arbeitslosigkeit mit sehr viel höherem Risiko zu rechnen als einheimische Arbeitnehmer.
- Junge Aussiedler benötigen Orientierungs- und Entscheidungshilfen, Unterstützung beim Spracherwerb und der Ausbildung.
- Akzeptierende, interkultureller Ansätze bei der Integrationsarbeit mit jugendlichen Aussiedlern sind wichtige Hilfe für erfolgreiche Integration.

Kapitel 3: Die Bedeutung der Verfassungsgerichtsbarkeit

Rainer Arnold

Die Verfassungsgerichtsbarkeit in Polen, der Tschechischen Republik, Ungarn, der Russischen Föderation und den Baltischen Staaten leistet auf verfassungsrechtlicher Ebene einen wesentlichen Beitrag zur Umgestaltung der ehemals kommunistischen Systeme in funktionierende Rechtsstaaten moderner Prägung.

Kernstück der Verfassungsgerichtsbarkeit ist die Normenkontrolle, die in ihrer abstrakten und konkreten Form in diesen Staaten durchweg bekannt ist, wenngleich auch institutionelle Details divergieren. Ein wichtiger Sonderfall der Normenkontrolle ist die Popularklage (Ungarn), der durchaus gute Effizienz bescheinigt werden kann. Auch die (präventive) Überprüfung völkerrechtlicher Verträge anhand der nationalen Verfassung und die in manchen Staaten vorgesehene Prüfung von nationalen Gesetzen auf ihre Vereinbarkeit mit Völkerrecht sind Unterfälle der Normenkontrolle.

Die Verfassungsbeschwerde ist in manchen Systemen als eine individuell initiierte Normenkontrolle ausgestaltet (so die so genannte unechte Verfassungsbeschwerde in der Terminologie von G. Brunner), in anderen Systemen ist sie ähnlich der Verfassungsbeschwerde nach deutschem Recht. Rechtsvergleichend zeigt sich bei der Normenkontrolle eine deutliche Parallelität, jedenfalls in der Grundstruktur, zwischen den Modellen der untersuchten Staaten, aber auch zwischen den mittel- und osteuropäischen und den in den Mitgliedstaaten der EU anzutreffenden Erscheinungsformen.

Im Wesentlichen haben alle untersuchten Länder eine effiziente Verfassungsgerichtsbarkeit geschaffen, die auch in der Lage ist, den Transformationsanforderungen Rechnung zu tragen.

Inhaltliche Konzepte

Die von der Verfassungsgerichtsbarkeit in den untersuchten Staaten entwickelten Konzepte entsprechen denjenigen der westeuropäischen Länder durchaus; sie bieten Neuorientierung vor allem durch

- den Rechtsstaatsbegriff in Grundaussage und Einzelementen und
- die Strukturen des Grundrechtsschutzes.

In allen untersuchten Ländern hat die Rechtsprechung einen wertorientierten Rechtsstaatsbegriff herausgebildet, der den früheren rein formellen Ansatz überwindet und ein materiales Konzept des Rechtsstaats einführt, wie er in Westeuropa von Rechtsprechung und Doktrin anerkannt ist. Dass Rechtsstaatlichkeit und verfassungsrechtlicher Individualschutz interdependent sind, zeigt sich bei der Analyse der Verfassungsrechtsprechung deutlich. Trotz mancher Divergenzen sind die Einzelemente der Rechtsstaatlichkeit mit denjenigen des im Westen entwickelten Rechtsstaatsbegriffs durchaus vergleichbar.

Auch bei der Analyse der Rechtsprechung zum Grundrechtsschutz zeigt sich eine deutliche Parallele zum übrigen Europa. Das Niveau des Grundrechtsschutzes in den untersuchten Staaten Mittel- und Osteuropas hält einem Vergleich durchaus stand: Der Grundrechts-

schutz ist sachlich und personell umfassend ausgestaltet und insbesondere gegenüber dem Gesetzgeber abgesichert. Der Grundsatz der Verhältnismäßigkeit wird sogar deutlicher als in vielen EU-Mitgliedstaaten als wichtiges Korrektiv bei Eingriffen des Gesetzgebers in den Grundrechtsbereich erfasst und auch die Wesensgehaltsgarantie, die teilweise sogar im positiven Verfassungsrecht verankert ist, wird von den Verfassungsgerichten als besonders bedeutsam betrachtet. Dass auch hier keine endgültige Klärung dieses nur schwer zu bestimmenden Begriffs zu erwarten ist, kann nicht verwundern; schließlich wurde auch in der westlichen Dogmatik noch keine befriedigende Erklärung hierfür gefunden.

Vergleich der verfassungsgerichtlich entwickelten transformationsrelevanten Konzepte mit den international-rechtlichen Vorgaben, insbesondere mit der Europäischen Menschenrechtskonvention (EMRK)

Die Verfassungsgerichte in Mittel- und Osteuropa zeigen deutlich die Tendenz, zwischen der Auslegung der nationalen Verbürgungen einerseits und der EMRK und anderen internationalen Pakten, wie den Weltpakten der Vereinten Nationen, andererseits Kongruenz herzustellen. Selbst wenn die Verfassungsgerichte (wie z.B. in der Russischen Föderation) als Prüfungsmaßstab nur das Verfassungsrecht, nicht das Völkerrecht verwenden, wird als stützendes Argument häufig auf die EMRK (oder andere internationale Pakte) zurückgegriffen. Diese Angleichungstendenz findet sich auch in den "alten" Mitgliedstaaten des Europarats; auch hier kann mit Deutlichkeit eine weitreichende Harmonisierungswirkung insbesondere der EMRK festgestellt werden. Die Straßburger Konvention erscheint somit als ein wesentlicher Vermittler gemeinsamer Werte zwischen den traditionellen und den jungen Demokratien in Europa und trägt damit zur Herausbildung gemeinsamer europäischer Verfassungsstandards bei.

Gesamtbewertung

Die Verfassungsgerichtsbarkeit in Mittel- und Osteuropa leistet einen wichtigen Beitrag im Transformationsprozess. Sie kann, insbesondere über das Mittel der Normenkontrolle, strukturbildend auf den politischen Prozess einwirken. Zwischen Verfassungsanspruch und politischer Wirklichkeit besteht bisweilen aber noch eine deutliche Divergenz. Hier ist es verstärkt Aufgabe der Verfassungsgerichtsbarkeit, zur Realisierung der Transformationsziele beizutragen.

Die institutionelle Perspektive zeigt ein relativ homogenes System der Verfassungsgerichtsbarkeit in den neuen Demokratien, mit eigenen Verfassungsgerichten (Ausnahme Estland), die als Kernkompetenz die Normenkontrolle aufweisen. Damit wird der Vorrang der Verfassung vor dem Gesetzgeber instrumentell abgesichert. Die Rechtsprechung dieser Verfassungsgerichte hat weitgehend einen wertorientierten Rechtsstaatsbegriff entwickelt. Es spiegelt sich darin ein anthropozentrischer Grundansatz, wie er der Tendenz nach für das europäische Verfassungsrecht der Gegenwart charakteristisch ist. Menschenwürde und individuelle Freiheit, gesichert durch ein System effektiven Grundrechtsschutzes, gewinnen dabei entscheidende Bedeutung.

Die Verfassungsrechtsprechung in den untersuchten Ländern (Polen, Ungarn, die Tschechische Republik, Russland und die Baltischen Staaten) übernimmt weitgehend die Standards, die sich in Verfassungsrechtsprechung und Doktrin des "alten" Europa herausgebildet haben, wobei nicht selten der Rechtsprechung des deutschen Bundesverfassungsgerichts und des Straßburger Gerichtshofs Vorbild- und Leitfunktion zukommt.

Diese Standards werden von den Verfassungsgerichten der neuen Demokratien in ihrem anthropozentrischen Ansatz häufig deutlicher fortentwickelt als dies in traditionellen westeuropäischen Systemen der Fall ist.

Allerdings klaffen politische Wirklichkeit und Verfassungsrechtsprechung in ihrer idealistischen Perspektive nicht selten auseinander. Die Verfassungsrechtsprechung trägt in diesem Zusammenhang zu einer Bewusstseinsbildung bei, die statt einer nur formalen eine inhaltliche, von Politik und Gesellschaft getragene Transformation bewirkt.

Ergebnistransfer für die bayerische Wirtschaft

Für die bayerische Wirtschaft erscheint es sehr wichtig, die gegenwärtige verfassungsrechtliche Situation in Mittel- und Osteuropa zu kennen. Für eine gesicherte Unternehmenstätigkeit und ein günstiges Investitionsklima ist es unumgänglich, dass das Verfassungsrecht in diesen Staaten rechtsstaatliche Verhältnisse bewirkt, Rechtssicherheit und Vertrauensschutz gewährleistet und eine den westlichen Maßstäben entsprechende Garantie des Eigentums bietet. Wesentlich ist dabei auch, ob ein ausreichender gerichtlicher und insbesondere verfassungsgerichtlicher Schutz von Rechtsstaatlichkeit und Grundrechten existiert, der den Postulaten der Verfassung zur Realisierung verhilft.

Der Grad an Rechtsstaatlichkeit, an Effizienz des Grundrechtsschutzes und an Wirksamkeit der verfassungsgerichtlichen Kontrolle ist maßgebend für den Grad an wirtschaftlicher Sicherheit, die für unternehmerische Tätigkeit unerlässlich ist. Für die bayerische Wirtschaft ergibt sich für die Zukunft eine positive Perspektive aufgrund der Möglichkeit einer Anpassung der Gesetzgebung und der administrativen Praxis an die verfassungsrechtlichen Vorgaben. Auf dieser Grundlage kann durch die Ergebnisse des Forschungsprojekts eine Prognose für die künftige Entwicklung des Rechtszustands in diesen Staaten ermöglicht werden.

Kapitel 4 Justizreformen in Osteuropa als Teil der Systemtransformation

Friedrich-Christian Schroeder / Stefanie Solotych u.a

Die Rechtsreformen in Kroatien, Polen, Rumänien, der Russischen Föderation, der Slowakei, Tschechien, der Ukraine und Ungarn wurden vergleichend daraufhin untersucht, inwieweit überkommene rechtliche Strukturen überwunden wurden und das Justizwesen die Integration dieser Länder in den europäischen Wirtschaftsraum begünstigt oder behindert. Ein besonderes Augenmerk galt dem Aspekt der Rechtssicherheit für den Wirtschaftsverkehr sowie der Untersuchung der Beitrittsreife der Justiz in sechs erforschten Beitrittsländern am Vorabend der EU-Osterweiterung. Aus einem Rechtsvergleich mit dem deutschen Justizsystem wurden zusätzlich Anregungen für die deutsche Diskussion "Mehr Selbstverwaltung der Justiz" gewonnen.

Die Rolle der normativen und institutionellen Ebene des Justizwesens, Untersuchung der rechtsstaatlichen Garantieregeln und der Rechtskultur des jeweiligen Landes, die Reformen der juristischen Berufe (Richter, Rechtspfleger, Gerichtsvollzieher, Staatsanwälte, Rechtsanwälte, Rechtsberater und Notare) waren ebenfalls Teil der Untersuchung.²

Sowohl auf der Ebene der Gesetzgebung als auch für die Praxis zeigten sich ähnliche Probleme und Defizite der Justizsysteme aller acht MOE-Länder. Am besten konnten die ehemals sozialistischen Strukturen in Polen, Tschechien, der Slowakei und Ungarn überwunden werden. Die Reformschritte der Justiz erfolgten nach der Wende in allen Ländern in mehreren Schüben. Zuerst mussten die nationalen Verfassungen geändert werden, um die Voraussetzungen für allgemeine rechtsstaatliche Garantien, die Unabhängigkeit der Richter und freien Zugangs zur Justiz zu schaffen. Primäres Ziel der Gesetzgebung war Vertrauen in rechtsstaatliche Garantien, in Gerichts- und Verwaltungsverfahren zu schaffen. Darüber hinaus sollte die Effizienz der Justiz wesentlich verbessert werden.

Eine erste umfassende Gesetzgebungswelle zur Grundlagenreform erfolgte zwischen 1989/90 und 1994/95, eine weitere zur Detailregelung findet seit 1997 statt und ist noch nicht vollständig abgeschlossen. Die wichtigsten Gesetzesänderungen betreffen die Bereiche der Gerichtsverfassungsgesetze, der Verfassungsgerichtsbarkeit, der Rechtsstellung des Justizpersonals, der Selbstverwaltung der Justiz und der besseren Effizienz des Verfahrensrechts. In Russland und Kroatien starteten die großen Strukturreformen aus unterschiedlichen Gründen später. In der Ukraine fehlte bisher ein Reformkonzept.

Durch Privatisierung und Marktwirtschaft wurde die Bedeutung der Gerichte in den Beitrittsländern schnell erhöht. Sie haben sich als funktionsfähig erwiesen. Allerdings gibt es hinsichtlich der Unabhängigkeit der Gerichte und der Richter noch Zweifel. Eine Tendenz zum wachsenden Rechtsbewusstsein der Bürger und Unternehmen ist

² Die wichtigsten Zwischenergebnisse des Projekts sind in den folgenden Publikationen niedergelegt: "Justiz in Osteuropa: Ein aktueller Überblick" (Bohata, Gyulai-Schmidt, Leonhardt, Pintarić, v. Redecker, Solotych) "Die neue russische Strafprozessordnung – Durchbruch zum fairen Strafverfahren?" (Schroeder) und Sonderband "Justiz in Osteuropa" im JOR 43 (1/2002)

insbesondere bei der Inanspruchnahme des gerichtlichen Schutzes gegen die Verwaltung zu verzeichnen.

Defizite zeigen sich noch bei der fachlichen Aus- und Fortbildung der Richter, bei der praktischen Durchsetzung des geltenden Rechts in allen Instanzen, bei der effizienten Durchsetzung von Gerichtsentscheidungen bzw. bei der Ausbildung der Gerichtsvollzieher. Die Überlänge der Verfahrensdauer und die Korruption innerhalb der Justiz bereiten in allen Ländern noch Probleme. Weitere Reformen sind auch – trotz wesentlicher Fortschritte – in der Verfahrensgesetzgebung und der Vollstreckung von Urteilen notwendig. Dieser Problematik wird sich forost in seiner nächsten Arbeitsphase zuwenden.

Trotz dieser Defizite haben die Beitrittsländer sichtbar den richtigen Weg eingeschlagen. Innerhalb der verantwortlichen Verfassungs- und Justizorgane und -gremien besteht die Bereitschaft, aus den gemachten Erfahrungen zu lernen, so dass sich die Länder bereits sehr weit auf einem nicht mehr umkehrbaren Weg zum Rechtsstaat befinden.

Umsetzung dieser Ergebnisse

Aus den Ergebnissen der Forschungsarbeit lassen sich unmittelbar Empfehlungen für eine integrationswirksame und konfliktreduzierende Politik ableiten, die in konkreten Beratungsarbeiten für Ministerien und Institutionen entwickelt werden. Auch für die Wirtschaft, darunter auch für kleine und mittelständische bayerische Unternehmen, wird Beratung hinsichtlich Rechtssicherheit und Rechtsverfolgung in Osteuropa angeboten.

Kapitel 5

Auswirkungen der Privatisierung von Staatsbetrieben in der Tschechischen Republik und Ungarn

*Jörg Maier / Bruno Lukas / Franziska Schaft /
Patrizia Schläger-Zirlik*

Privatisierung bewirkt in räumlicher, sektoraler und funktionaler Hinsicht unmittelbar und mittelbar Strukturwandel. Die intra- und interregionalen Muster und Effekte der Privatisierung in Ungarn und der Tschechischen Republik wurden schwerpunktmäßig in ehemaligen Staatsbetrieben aus dem industriellen Sektor untersucht, einem Sektor, der für eine Volkswirtschaft nach wie vor eine wichtige Bedeutung einnimmt. Auf betrieblicher Ebene verändern Privatisierungsmaßnahmen innerbetriebliche Muster was dann wieder zu Rückwirkungen auf regionale Strukturen führt. Damit ergeben sich die folgenden Fragestellungen.

1. Wie gestaltet sich der Privatisierungsprozess in Ungarn und der Tschechischen Republik? Gibt es regionale und branchenspezifische Differenzierungen innerhalb dieses Prozesses?
2. Welche Faktoren hatten im Vorfeld bzw. im Verlauf der Privatisierung besonderen Einfluss auf die Unternehmensentwicklung?
3. Welche innerbetrieblichen Veränderungen traten im Zuge der Privatisierung bei den untersuchten Unternehmen auf?
4. Welche Konsequenzen ergeben sich aus der durch Privatisierung eingeleiteten betrieblichen Restrukturierung in einzelnen Regionen?
5. Führen derartige innerbetrieblichen Veränderungen zu unterschiedlichen Entwicklungsverläufen und entwickeln sich verschiedene Typen von ‚neuen‘ Unternehmen? Welche Konsequenzen ergeben sich daraus für die bayerische Wirtschaft?

Privatisierung war sowohl in Ungarn als auch in der Tschechischen Republik das Schlüsselinstrument der wirtschaftlichen Umstrukturierung. Privatisierung im engeren Sinne beinhaltet den Übergang von staatlichen oder öffentlichen Eigentumsrechten an Privatpersonen. In Anlehnung an Plattner³ wird Privatisierung als die Überführung ehemaliger sozialistischer Staatsunternehmen in privates Eigentum innerhalb eines den Sozialismus ablösenden marktwirtschaftlichen Systems verstanden. Dabei sind unter sozialistischen Staatsunternehmen solche Unternehmen zu verstehen, die zu sozialistischer Zeit durch Verstaatlichung vormals privater Unternehmen oder durch staatliche Neugründung entstanden sind. Die internen Strukturen dieser Staatsunternehmen sowie ihre regionalen, nationalen und internationalen Verflechtungen unterscheiden sich von westlichen Unternehmen marktwirtschaftlicher Prägung. Deshalb ist Privatisierung eine grundlegende Voraussetzung und wesentlicher Bestandteil der Unternehmenstransformation, also für den Wechsel vom plan- zum marktwirtschaftlich agierenden Unternehmen. Der eigentliche Sinn der Privatisierung besteht nach Lagemann⁴ darin,

3 PLATTNER (1996): Privatisierung in der Systemtransformation, S. 14

4 LAGEMANN (1995): Die Entwicklung mittelständischer Strukturen in den osteuropäischen Ländern, S. 11

durch die Veränderung der Eigentumsverhältnisse eine Umstrukturierung in den Unternehmen zu ermöglichen, um diese zu durchsetzungsfähigen Wettbewerbern unter marktwirtschaftlichen Bedingungen zu machen. Privatisierung ist im folgenden also als weitgefaster Prozess verstanden, dessen Auswirkungen sich in den Veränderungen der innerbetrieblichen Strukturen zeigen und der dadurch auf räumliche Strukturen rückwirkt bzw. diese verändert.

Industriepolitik und privates Unternehmertum in der Planwirtschaft

Um durch die Privatisierung hervorgerufene Veränderungen auf betrieblicher Ebene verstehen zu können, müssen zuerst die prägenden Strukturen der planwirtschaftlichen Vergangenheit für beide Länder begriffen werden.

Die Abkehr von der rigorosen Planwirtschaft nach stalinistischem Muster (die Ära von 1945-1960) begann in Ungarn schon unter der gemäßigten Reformpolitik von Kádár (1956-1985), der den ungarischen ‚Sonderweg‘ im Sozialismus einleitete. Neben der staatlichen "Ersten Wirtschaft" bildete sich mit der "Zweiten Wirtschaft" ein quasi-privatwirtschaftliches Segment heraus. Diese früh in die Zentralwirtschaft integrierten marktwirtschaftlichen Elemente und die Öffnung Ungarns nach Westen schon zu sozialistischer Zeit, erleichterten den Übergang zu einer demokratischen Marktwirtschaft. Die dynamische Entwicklung der Privatwirtschaft bereits in den 80er Jahren sorgte für einen gewissen Erfahrungsvorsprung in der Ausübung unternehmerischen Engagements bei den Bürgern. Während vor allem in der Anfangsphase der sozialistischen Ära durch die ideologiebedingte Förderung die Großunternehmen dominierten, hat sich im Zuge der Entwicklung der Zweiten Wirtschaft und dann natürlich nach dem Wandel, das Betriebsgrößenverhältnis in Richtung kleinere und mittlere Unternehmen umgekehrt.

Eine grundsätzlich andere Politik wurde in der heutigen Tschechischen Republik verfolgt, wo die betrieblichen Strukturen der Industrie und deren räumliche Standortmuster entscheidend beeinflusst wurden: Nach dem zweiten Weltkrieg richtete man sich am sowjetischen Wirtschaftsmodell aus, welches mit einer extremen Monopolisierung der Industriestruktur und einer Veränderung der räumlichen Strukturmuster verbunden war: Dies führte bereits Anfang der sechziger Jahre zu einer weitgehenden Auslöschung kleiner und mittlerer Betriebsgrößen. 1988 hatten nur 10% der Unternehmen weniger als 500 Beschäftigte. Anders als in Ungarn hatte der Privatsektor eine verschwindend geringe Bedeutung. Ein umfassendes Industrialisierungsprogramm zu Beginn der fünfziger Jahre zielte auf die Angleichung wirtschaftlicher und sozialer Standards zwischen den vergleichsweise industriell hoch entwickelten tschechischen und den weniger entwickelten slowakischen Landesteilen. Zwar wurden auch in der Tschechoslowakei verschieden Reformprogramme initiiert, sie erreichten aber keine vergleichbaren Ergebnisse wie in Ungarn.

Verlauf der Privatisierung

Die gesetzlichen Rahmenbedingungen für die Umwandlung der Staatsunternehmen in selbstverwaltete Unternehmen wurden in Ungarn bereits ab 1985 geschaffen. In der ersten "Privatisierungswelle" bzw. der "spontanen Privatisierung" Ende der 80er Jahre kam es zwar zu einer Umwandlung der Unternehmensformen, aber noch nicht zu einem realen Wechsel der Eigentümer. Nachdem es in dieser Phase der "unkontrollierten" Privatisierung verschiedentlich zu persönlicher Bereicherung gekommen war, wurden 1990 die

"Staatliche Vermögensagentur" ÁVP und 1992 zusätzlich die Staatsholding ÁV Rt. als Kontroll- und administrative Verwaltungsorgane gegründet. Beide waren direkt dem Privatisierungsminister beigeordnet. Die einzelnen Privatisierungsverfahren wurden in der Regel von eigens für diesen Zweck gegründeten Gesellschaften bzw. von durch die ÁPV ausgewählten Consulting-Gesellschaften durchgeführt (sog. dezentrale Privatisierung). Gleichzeitig hatten Unternehmen bis zu einer gewissen Größe auch die Möglichkeit, selbst Verhandlungen zu führen (Selbstprivatisierung).

Als Privatisierungsverfahren wurde in fast allen Fällen ein direkter Verkauf von gesamten Unternehmen oder einzelnen Unternehmenseinheiten an in- oder ausländische Investoren gewählt. Nach der "Spontanen Privatisierung" in den 80er Jahren wurden von 1990-1994 die relativ gut operierenden, marktfähigen Unternehmen verkauft, zwischen 1995-1997 wurden hauptsächlich Anteile national bedeutsamer Unternehmen an strategische Anleger verkauft (Privatisierung des "harten Kerns") und seit 1997 dominieren Börsentransaktionen. Gut zehn Jahre nach der politischen Wende 1989 war die Privatisierung in Ungarn größtenteils abgeschlossen.

In der heutigen Tschechischen Republik wurden zwischen Oktober 1990 und Ende Februar 1991 unter anderem drei Gesetze verabschiedet, welche die grundlegenden Rahmenbedingungen für den Transfer staatlichen Eigentums in private Hände setzten. Die Gesamtstrategie der Privatisierung setzte sich aus drei Teilkomponenten zusammen:

- Die Restitutionsgesetze hatten zum Ziel, widerrechtliche Enteignungen von Vermögen auf juristischem Wege zu begleichen.
- Die Kleine Privatisierung fokussierte sich in erster Linie auf die Sektoren Handel und Dienstleistungen mit dem Ziel, den wirtschaftlichen Mittelstand wiederzubeleben.
- Die Große Privatisierung insbesondere der staatlichen Industrieunternehmen bildet die umfassendste Privatisierungsmaßnahme zur Herstellung eines funktionsfähigen Wettbewerbs auf dem Güter- und Kapitalmarkt.
- Für die Umsetzung der Privatisierung waren neben dem – Mitte der neunziger Jahre aufgelösten – Privatisierungsministerium verschiedene staatliche Organe (Branchenministerien, Finanzministerium, Fond für Nationalvermögen) aber auch die Unternehmensleitung der zu privatisierenden Staatsbetriebe (Einreichung eines Basisprivatisierungsprojektes) verantwortlich. Folgende *Privatisierungsverfahren* wurden im Rahmen der Großen Privatisierung angewandt:
 - Umwandlung in eine Aktiengesellschaft und Privatisierung der Aktien, insbesondere im Tausch gegen Coupons,
 - Direktverkauf an einen Investor,
 - öffentliche Ausschreibungen und Auktionen,
 - kostenloser Transfer an Gemeinden
 - Transfer an öffentliche Organisationen wie etwa Sozialversicherungen.

Die Privatisierungserlöse durch internationale Investoren stiegen in den letzten Jahren an. Auch wenn die Privatisierung in weiten Teilen als abgeschlossen gilt, standen 2001 noch strategische Bereiche wie das Fernmeldewesen, der Energiesektor, Teile der chemischen Industrie und die letzten staatlich kontrollierten Banken zur Privatisierung aus.

Strukturelle und regionale Auswirkungen der Privatisierung

Tendenziell verlief in beiden Ländern die Privatisierung kleinerer Unternehmen schneller und problemloser ab als der Verkauf der großen Industriekomplexe. Die Großbetriebe wurden vielfach im Vorfeld der Veräußerung in mehrere Unternehmenseinheiten aufgeteilt und dann getrennt privatisiert. Im Zuge der Privatisierung haben sich die Betriebsgrößenstrukturen deutlich verändert. In allen vier Untersuchungsregionen dominieren eindeutig die kleinen und mittleren Unternehmen (KMU).

Gemeinsam mit der Einführung der Marktwirtschaft hat die Privatisierung zwei Entwicklungen angestoßen: Einen grundlegender Wandel der Eigentumsverhältnisse und einen sektoralen Strukturwandel in der Wirtschaft. Der Anteil des Privatsektors am BIP im Jahr 2000 betrug in Ungarn 80%, in der Tschechischen Republik rund 75%. Damit haben sich die Eigentumsverhältnisse komplett umgekehrt, was für eine insgesamt sehr erfolgreiche Privatisierung trotz der Probleme in einzelnen Branchen spricht. Während die staatlichen Betriebe und Genossenschaften seit 1988 auf dem Rückzug sind, entwickelte sich die Zahl der privatwirtschaftlichen Unternehmensformen (AGs, GmbHs usw.) sowie die Zahl der Selbstständigen ausgesprochen rasant.

Bislang noch nicht privatisierte Unternehmen sind nicht in spezifischen Regionen zu finden, sondern beziehen sich auf ganz bestimmte Sektoren der Wirtschaft oder vereinzelte Unternehmen. Gleichzeitig verliert der industrielle Bereich insbesondere in Budapest und Prag im Zuge eines nachholenden sektoralen Strukturwandels an Bedeutung, während im Dienstleistungssektor die stärksten Beschäftigungszuwächse zu beobachten sind. In der grenznahen Untersuchungsregion Westböhmen verzeichnet der sekundäre Sektor Beschäftigungszuwächse.

Die Privatisierung wurde in Ungarn von sehr vielen Auslandsinvestoren genutzt. Einerseits beschleunigte das die Modernisierung der ungarischen Wirtschaft und deren Einbindung in internationale Wirtschaftskreisläufe, andererseits birgt diese Entwicklung auch die Gefahr einer gewissen Abhängigkeit vom Ausland. Steigende Lohnkosten und die zunehmende Konkurrenzsituation haben zwar bereits erste Schließungen und auch Verlagerungen von Unternehmen mit lohnintensiver Produktion in Länder mit niedrigerem Lohnniveau bewirkt, die Anteile ausländischer Kapitalbeteiligung in bereits vorhandenen Unternehmen steigen jedoch kontinuierlich weiter. Damit verfestigt sich die Position der ausländischen Investoren in der ungarischen Wirtschaft.

Auch in der Tschechischen Republik ist der Anteil der ausländischen Direktinvestitionen (ADI) in den letzten Jahren stetig angestiegen. Mit Umsetzung des Privatisierungsprogramms in der ersten Hälfte der neunziger Jahre wurden Anfragen ausländischer Direktinvestitionen auf der politischen Ebene noch zurückhaltend beantwortet, weil man einen Ausverkauf der nationalen Wirtschaft befürchtete.⁵ Anders als in Ungarn, setzte man in der Tschechischen Republik also zunächst auf eigene Restrukturierungskapazitäten. Heute sind rund 40 % aller ausländischen Unternehmen im Umkreis von Prag angesiedelt.

Der Privatisierungs- und Umstrukturierungsprozess ehemals staatlicher Unternehmen, und die hohe Zahl von Unternehmen, die am Ende ihres Produktlebenszyklus stehen, haben in den grenznahen Gebieten der Tschechischen Republik und Ungarn in den letzten Jahren zu einem Anstieg der Arbeitslosenquoten geführt. Seit Einführung der Marktwirtschaft bestimmt der Markt den Wert von Standorten und Branchen, weshalb sich offenbar in den beiden untersuchten Ländern die Rolle der Hauptstadt gegenüber dem restlichen Land

⁵ FRANZEN, W. (2000): Zehn Jahre Transformationsprozess, S. 124

weiter verstärkt. Insbesondere in Ungarn ist eine überdurchschnittliche Entwicklung der westlichen Landesteile zu verzeichnen.

Einflussfaktoren betrieblicher Veränderungen

Die Einflussfaktoren sind – wie die Analyse der Unternehmensbiographien in den vier Untersuchungsräumen zeigt – sehr vielfältig und komplex miteinander verknüpft. Ein besonders gewichtiger Faktor ist das Profil/Motiv des neuen Eigentümers (bzw. Investors) den Entwicklungsverlauf der Unternehmen zu prägen. Eine Gewichtung der ermittelten Einflussfaktoren ist wegen der geringen Fallzahl nicht möglich; auch wirken sich die Faktoren in den einzelnen Unternehmen unterschiedlich stark aus.

Der Staat nimmt im Privatisierungsverlauf indirekt Einfluss über die Gestaltung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen und die Gestaltung des Privatisierungsprogramms. Direkt tritt er im Falle Ungarns in Form der AVÜ bzw. ÁPV bei der Auswahl der zu privatisierenden Firmen und der Interessenten bzw. der Privatisierungsmethode (Tender) auf. Auch in der Tschechischen Republik nahm der Staat besonderen Einfluss auf den Privatisierungsweg und zwar durch die Auswahl der eingereichten Privatisierungsprojekte. Zusätzlich hat sich in der Tschechischen Republik gezeigt, dass auch die Privatisierungsmethode (Couponprivatisierung) bzw. unmittelbar daraus resultierende Eigentumsmuster die betriebliche Restrukturierung beeinflussen können. Wegen Kapitalmangel bleibt beiden Staaten allerdings sehr wenig Raum für die Subventionierung von beschäftigungsstarken Großbetrieben. Nur bei wenigen Unternehmen von nationaler/strategischer Bedeutung wird staatlich eingegriffen. In der Tschechischen Republik z.B. mit dem Programm zur Revitalisierung der tschechischen Industrie.

Die Banken, noch bis Ende der neunziger Jahre in staatlichem Besitz, stellen einen besonderen Aspekt in der tschechischen Privatisierung dar. Diese Institutionen nehmen als Anteilseigner und Kreditgeber eine Doppelfunktion ein und müssen deshalb als wichtiger Privatisierungsfaktor in die Betrachtung einbezogen werden. Ihre Kreditpolitik ist von besonderer Bedeutung für die Entwicklung und wirtschaftliche Transformation der privatisierten Staatsbetriebe. Bereits im Vorfeld der Privatisierung stand für die Mehrzahl der Privatisierer die Frage nach der künftigen Finanzierung der Betriebe im Vordergrund, was bereits die Wahl der Privatisierungsmethode beeinflusste. Heute ist die Kreditvergabepolitik im Zuge der Bankenreform restriktiver geworden, was häufig die Kapazitäten für Umstrukturierung verringert. Auch in Ungarn ist anzunehmen, dass dem Bankensystem, d. h. den Staatsbanken und den Handelsbanken als Kreditgeber eine Schlüsselrolle bei Investitionen zukommt. Ihre Funktionsfähigkeit und ihre Mitarbeit beeinflussen den Privatisierungs- und Transformationsprozess entscheidend. Für das einzelne Unternehmen ist die Rolle der Banken nicht so hoch zu bewerten. In keinem der untersuchten Fallbeispiele wurde den Banken eine besondere Rolle im Privatisierungsprozess zugesprochen.

Auch die Weltwirtschaftskonjunktur, die sich ja weitgehend unabhängig vom Privatisierungsprozess in Ungarn und der Tschechischen Republik entwickelt, hat durch ihren Einfluss vor allem auf die unternehmerischen Entscheidungen potentieller Auslandsinvestoren indirekte Auswirkungen auf die Privatisierung. Eindeutig ist ihr Einfluss allerdings nicht zu bestimmen. Die Rolle der Auslandsinvestitionen wird sowohl von den als gut bewerteten Investitions-Rahmenbedingungen; wie auch von Markt- und Konjunkturlage abhängig und lässt sich von Faktoren leiten, die von der Privatisierungskulisse in den einzelnen Transformationsländern offenbar weitgehend unabhängig

sind. Deshalb darf Privatisierung nicht allein als Auslöser für die Veränderungen der Unternehmenstätigkeit gesehen werden. Die wirtschaftliche Liberalisierung und der damit verbundene Wettbewerbsdruck haben die Unternehmenstätigkeit maßgeblich mitbestimmt. Auch muss die makroökonomische Situation eine gewisse Stabilität und positive Grundtendenz ausstrahlen, um nachhaltig (ausländische) Investoren anzulocken.

Innerbetriebliche Veränderungen im Zuge der Privatisierung und deren räumliche Auswirkungen

Leichte Verschiebung der Märkte

Die mit der Privatisierung verknüpften Veränderungen der Beschaffungs- und Absatzmärkte sind als räumliche Resultate der Unternehmenstransformation zu werten. Zu sozialistischer Zeit waren die meisten der untersuchten Betriebe sehr stark in das Netzwerk der RGW-Staaten eingebunden. Import und Export erfolgten in der Regel über entsprechende Firmen; größter Markt war die ehemalige Sowjetunion.

Nach dem Zusammenbruch des sowjetischen Marktes bzw. nach der Wirtschaftskrise in Russland mussten die Betriebe neue Absatzmärkte für ihre Produkte erschließen. Nach der Privatisierung öffneten sich die meisten privatisierten Betriebe in Ungarn zwar auch westlichen Märkten, aber noch immer dominiert der nationale Absatzmarkt – gerade auch bei Betrieben, die durch Verkauf an einen ausländischen Investor privatisiert wurden. Tendenziell agieren Großunternehmen eher auf nationalen Märkten, KMU eher auf lokalen und regionalen Märkten; offenbar spielt hier dabei auch die Branche bzw. der Spezialisierungsgrad eine große Rolle.

In der Tschechische Republik verschoben sich die Märkte der befragten (privatisierten) Unternehmen im Rahmen der Transformation zwar leicht nach Westen, der dominierende Absatz- und Beschaffungsmarkt ist aber noch immer die Tschechische Republik. Verflechtungen mit dem Ausland bestehen im Rahmen der Beschaffungstätigkeit, sind aber quantitativ schwach ausgeprägt. Die Beschaffung im Ausland wird größtenteils als zu kostenaufwendig angesehen, um sie längerfristig zu etablieren bzw. weiter zu intensivieren. Allerdings bilden auch Einfuhrbeschränkungen ein häufig genanntes Hindernis. Im Bereich der Verteilung zeigte sich, dass Unternehmen im Standort Pilsen im Vergleich zu Prag tendenziell einen größeren Anteil ihrer Produktion exportieren.

Beschäftigtenreduktion

Die wohl deutlichste Konsequenz des Systemwechsels für die industrielle Produktion ist der massive Rückgang der Beschäftigten im Sektor insgesamt aber auch innerhalb der einzelnen Betriebe. Verringerung der Mitarbeiterzahl auf ein Viertel der ursprünglichen Größe ist in beiden Untersuchungsländern keine Seltenheit. Insgesamt gesehen ergibt sich eine Verkleinerung der Unternehmensgrößen. Eine der Ursachen ist die Aufteilung der staatlichen Großbetriebe in mehrere Einzelunternehmen, vermehrtes Outsourcing oder der Verkauf unrentabler Einheiten, eine andere der innerbetriebliche Abbau von Arbeitsplätzen. Das liegt zum einen am sektoralen Strukturwandel und der für sozialistische Zeit typischen Überbeschäftigung; andererseits ergibt er sich aber auch aus der nachholenden Modernisierung, die ja häufig mit Automatisierung verbunden ist. In beiden untersuchten Ländern zählen Verwaltung, Unternehmensführung aber auch die Produktion oder Leistungen wie Versorgung und Reinigung zu den Bereichen der intensivsten Reduktion.

Teilweise wird der Stellenabbau durch Aufbau oder Weiterentwicklung neuer Aufgabengebiete, wie etwa Außendienst oder Marketing usw. kompensiert. In der Konsequenz verzeichnet man einen massiven Wandel der Arbeitskräftestruktur innerhalb der Unternehmen.

In allen vier Untersuchungsstandorten steigt mit der Privatisierung der Anteil der Angestellten gegenüber den Arbeitern, das allgemeine Qualifizierungsniveau und insgesamt die Fluktuation der Mitarbeiter. In der Tschechischen Republik wurde außerdem deutlich, dass die untersuchten Unternehmen eng mit den regionalen Arbeitsmärkten an ihren Betriebsstandorten verbunden sind und das dort vorhandene lokale Arbeitskräftepotential nutzen.

Ein Aspekt, der in direktem Zusammenhang mit dem höheren Qualifikationsniveau steht, ist der Anstieg der Löhne und Gehälter. Gleichzeitig haben sich aber auch die Anforderungen an die Mitarbeiter erhöht. So gesehen kommt es zu einer Selektion von Mitarbeitern, bei der schlecht qualifizierten oder älteren Arbeitskräften wenig Chancen eingeräumt werden. Auch wenn teilweise Sozialprogramme den Privatisierungsprozess begleiten oder sogar zur Auflage gemacht wurden, hielten sich gerade ausländische Investoren nicht immer an die Vorgaben/Abmachungen.

Verkauf und Schließung von Betriebseinheiten

Der Verkauf oder die Schließung von Betriebseinheiten ist ein in beiden Ländern häufig beobachteter Prozess. Entweder findet die Reduzierung bereits im Zuge der Privatisierung oder im Rahmen der anschließenden betrieblichen Restrukturierung statt. In der Tschechischen Republik haben die Hälfte der befragten Unternehmen derartige Maßnahmen durchgeführt. Dabei wurden sowohl produktionsergänzende Einheiten (z.B. Werkstätten, Zulieferer) wie auch produktionsexterne Betriebseinheiten (sozialbetriebliche Einrichtungen) oder einzelne Produktionsbereiche verkauft.

In Ungarn wurden unrentable Einheiten schon im Vorfeld der Privatisierung geschlossen oder solche Unternehmensbereiche wurden gar nicht erst privatisiert, weil sich kein Investor fand. In einigen Fällen kam es durch Zentralisierung bzw. Reduktion der Anzahl von Filialen zu Standortschließungen. Hauptargument bei Schließungen ist die wirtschaftliche Rentabilität. In Einzelfällen haben sich im Umfeld der privatisierten Betriebe neue mittelständische Unternehmen gebildet. Insgesamt führen Maßnahmen bei denen es sich um die Schließung produktionsergänzender Einheiten handelt immer auch zu einem Abbau innerbetrieblicher Sozialleistungen und tragen zu einer Verschlechterung des sozialen Infrastrukturangebots an den Mikrostandorten bei, das häufig von diesen Unternehmen unterhalten wurde.

Ausgliederung von Betriebseinheiten (Outsourcing)

In Ungarn lässt sich feststellen, dass durch die Auslagerung von sekundären (Vertrieb, Logistik) oder tertiären Geschäftsfeldern (Betriebskantine, Gebäudeinstandhaltung usw.) neue Unternehmen gegründet werden konnten, weil entsprechende Nachfrage auftrat. Neben den Feldern Distribution/Lieferung/Logistik gab es Outsourcing sehr häufig auch bei der Gebäudeinstandhaltung oder anderen Dienstleistungsbereichen.

Auch die empirischen Erhebungen in der Tschechischen Republik bestätigen diese Entwicklung: Knapp die Hälfte der Unternehmen führten Outsourcingmassnahmen durch. Auch hier mehrheitlich in tertiären Geschäftsfeldern. Die Auslagerung von Produktionseinheiten oder Teilbereichen der Produktion ist hier dagegen eher selten, was z.T. auf die häufig kritisierte Unzuverlässigkeit der Geschäftspartner zurückzuführen ist. Die Auswir-

kungen auf die Standorte sind vielfältig: Einerseits kam es zu gezielten strategischen Netzwerkbildungen oder Unternehmensneugründungen. Die Qualität dieser Entwicklungen muss allerdings differenziert betrachtet werden. Die ausgelagerten Aufgabenbereiche werden entweder unmittelbar an Produzenten oder Dienstleister am Mikrostandort oder an Unternehmen im regionalen Einzugsbereich abgegeben. Der überwiegende Teil des Outsourcings bezieht sich auf unternehmensnahe Dienstleistungen und Bereiche, deshalb erhöhen sich die Vernetzungen privatisierter Staatsbetriebe im unmittelbaren Wirtschaftsraum besonders mit Partnerfirmen aus dem tertiären Sektor.

Kooperationen

Im Zuge der Transformation haben die Unternehmen in der Tschechischen Republik Kooperationsformen eingerichtet, die hinsichtlich ihrer Qualität und Intensität stark variieren. Kooperationen mit ausländischen Unternehmen dominieren, wobei die ehemaligen Staatsbetriebe häufig die Rolle des Zwischen- und Lohnfertigers, insbesondere für deutsche Unternehmen übernehmen. Qualitativ anspruchsvolle Partnerschaften – etwa im Bereich der Forschung und Entwicklung waren seltener zu beobachten. D.h. die Chance für Know-how Transfer wird wenig wahrgenommen. Die nationalen und internationalen Vernetzungen haben aber auch zu strukturellen Abhängigkeiten zwischen Unternehmen geführt.

Auch die befragten Betriebe in Ungarn haben nur in wenigen Fällen eine qualifizierte Kooperation in strategisch wichtigen Unternehmensfeldern errichtet. Allerdings stellen gerade in Ungarn und teilweise auch in der Tschechischen Republik in vielen Betrieben die ausländischen Investoren das Management. Man kann deshalb trotzdem von einem Know-how-Transfer ausgehen, allein schon weil inzwischen in nahezu allen befragten Betrieben sowohl eine Anpassung der Produktionsanlagentechnik als auch der organisationsstrukturellen Prozesse realisiert werden konnte.

Existenzgründungen

Die Privatisierung ehemaliger Staatsbetriebe hat an beiden Untersuchungsstandorten der Tschechischen Republik zu Existenzgründungen ehemaliger Beschäftigter geführt. Diese Dynamik hat starke Auswirkungen auf die Beschäftigungssituation in der Region und den Mikrostandorten. Die Existenzgründer sind in den unterschiedlichsten Branchen tätig, sowohl im tertiären als auch im sekundären Bereich. Über die Intensität dieses Gründungsprozesses lassen sich allerdings keine verbindliche Aussagen machen. In Ungarn stehen die Existenzgründungen häufig in Zusammenhang mit der bereits erwähnten Auslagerung sekundärer oder tertiärer Geschäftsfelder. Teilweise mit Unterstützung der früheren Firma bauten sich ehemalige Beschäftigte ein eigenes Unternehmen auf – z.B. durch Übernahme des früher betriebseigenen Fuhrparks – und stehen nach wie vor in Geschäftsverbindung mit dem ehemaligen Arbeitgeber.

Die ‚neuen‘ Unternehmen

Trotz der Komplexität von Einflussfaktoren und Auswirkungen, die im Zuge der Privatisierung in den einzelnen Unternehmen gewirkt haben, lassen sich gewisse ‚Regelmäßigkeiten‘ bzw. Häufungen von Entwicklungspfaden bei den untersuchten Fallbeispielen erkennen. Dabei zeigen sich in den beiden untersuchten Länder erstaunliche Parallelen. Eine Typisierung (Tab. 1) zeigt eine Übersicht über das Spektrum potentieller

Partner – oder auch Konkurrenzunternehmen für das benachbarte Ausland – also für die deutsche bzw. bayerische Wirtschaft. Die vergleichende Analyse der "Biographien" privatisierter Staatsbetriebe ergab für Ungarn sechs, für die Tschechische Republik insgesamt fünf verschiedene Unternehmenstypen.

Tab. 1 Unternehmenstypen und ihre Zukunftsperspektive

Untersuchungsraum	Transformationsgewinner	Transformationsverlierer
Tschechische Republik	<ul style="list-style-type: none"> • Die schrittweisen Erneuerer, • die Progressiven. 	<ul style="list-style-type: none"> • die Reaktiven, • die Abhängigen, • die Experimentierer.
Ungarn	<ul style="list-style-type: none"> • die progressiven Anpassungsfähigen • die strukturinnovativen reaktiven Anpassungsfähigen • die flexiblen Spezialisten in Nischensegmenten, • die flexiblen Neugründer. 	<ul style="list-style-type: none"> • die strukturkonservierenden Betriebe, • Lohnfertiger in altindustrialisierten Branchen.

Quelle: Eigene Darstellung, Bayreuth 2003

Trotz leicht abweichender Typisierungskategorien, die auch Unterschieden in der Datenbasis entspringen, wird bei der Betrachtung der durch die Privatisierung ‚erneuerten‘ Unternehmen deutlich, dass sich in beiden Ländern offenbar eine den westlichen Industrieländern vergleichbare Betriebsstruktur herausbildet hat. Neben einigen wenigen international tätigen Großbetrieben etablieren sich viele kleine und mittlere Unternehmen, die in Nischensegmenten flexibel Spezialprodukte fertigen, oder mit konventionellen Produkten hauptsächlich den Binnenmarkt bedienen. Eine spezielle Gruppe von rein auf den europäischen Markt konzentrierten Exportunternehmen in größerem Stil ist (noch) nicht absehbar.

Die Gruppe der Gewinner ist gekennzeichnet durch eine wettbewerbsfähige Produktpalette, die mittels modernisierter Fertigungstechnik auf relativ hohem qualitativem Niveau produziert wird. Die Einbindung in nationale oder internationale Unternehmensnetzwerke bzw. die strategische Bearbeitung westlicher und östlicher Märkte sind ebenso wie die Wettbewerbssituation als Push-Faktoren wirksam. Die erforderlichen Investitionen werden entweder durch das Engagement ausländischer Kapitaleigner oder staatliche Subventionen ermöglicht.

Der Mangel an eben diesen Push-Faktoren – Investitionskapital, technisches Know-how und progressives Management, Netzwerkbeziehungen und Innovationspotential – lässt bei den ‚Verlierern‘ eine begrenzte Überlebensperspektive vermuten. Der nun spürbare Wettbewerbsdruck wirkt hier nicht als Push-Faktor, sondern trägt im Gegenteil zu einem stetigen Niedergang bei. Die zunehmende Leistungsfähigkeit ungarischer und tschechischer Gewinner-Unternehmen die zunehmende Qualität und damit internationale Wettbewerbsfähigkeit ihrer Produkte sowie die zunehmende Stärke der Inlandsmärkte ist ein zentraler Faktor für die aufkommende Konkurrenzsituation mit den bisherigen Transformationsländern.

Zusammenfassung der Ergebnisse

Der Privatisierungsprozess weist in Ungarn und der Tschechischen Republik hinsichtlich Verfahren und Ablauf grundlegende Unterschiede auf. Bisher noch nicht privatisierte Unternehmen sind in keinem bestimmten Regionstypus zu finden, sondern beziehen sich auf bestimmte Sektoren der Wirtschaft oder spezifische Unternehmen. Gleichzeitig verliert der industrielle Bereich insbesondere in Budapest und Prag im Zuge eines nachholenden sektoralen Strukturwandels an Bedeutung. Der Privatisierungs- und Restrukturierungsprozess ehemals staatlicher Unternehmen trägt in beiden Ländern zu einem Anstieg der Arbeitslosenquoten bei. Die Einflussfaktoren der betrieblichen Veränderung sind vielfältig und komplex miteinander verknüpft. Ein besonders gewichtiger Faktor ist das Profil/Motiv des neuen Eigentümers bzw. Investors, der den Entwicklungsverlauf der Unternehmen prägt.

Betriebliche Maßnahmen im Zusammenhang mit Privatisierung haben neue wirtschaftsgeographische bzw. räumliche Muster erzeugt. So führt z.B. eine neue Personalpolitik zu einem Wandel der Arbeitskräftestruktur innerhalb der Unternehmen und Regionen. Die Abstoßung von Betriebseinheiten trägt zu einer Verkleinerung der Betriebsgrößen bei, fördert in manchen Bereichen den Abbau innerbetrieblicher Sozialleistungen und bewirkt die Reduktion des sozialen Infrastrukturangebots an den Mikrostandorten. Zusätzlich haben sich in den Untersuchungsregionen durch Outsourcing-Massnahmen und Existenzgründungen ehemaliger Mitarbeiter neue mittelständische Unternehmen gebildet.

Die von uns getroffene Typisierung der ‚neuen‘ Unternehmen zeigt das Spektrum potentieller Partner bzw. Konkurrenzunternehmen für die deutsche/ bayerische Wirtschaft. Die wachsende Leistungsfähigkeit ungarischer und tschechischer ‚Gewinner‘-Unternehmen, die zunehmende Qualität und damit internationale Wettbewerbsfähigkeit ihrer Produkte sowie die wachsende Stärke der Inlandsmärkte ist ein zentraler Faktor für die aufkommende Konkurrenzsituation zwischen den Transformationsländern und ausländischen Wirtschaftsräumen.

Insbesondere bayerische KMUs im Grenzraum könnten aufgrund der relativen Standortnähe von diesen Entwicklungen betroffen sein. Allerdings zeugen die länderübergreifenden betrieblichen Verflechtungen bisher eher von positiven Auswirkungen für die bayerische Wirtschaft: In 174 von 700 tschechischen Betrieben steckt deutsches Kapital; in Ungarn sind 1200 Firmen durch deutsches Kapital maßgeblich geprägt; die bayerischen Direktinvestitionen in den südöstlichen Beitrittsstaaten beliefen sich zwischen 1989 bis 2000 auf über fünf Mrd. Euro.⁶ Dieses Investitionskapital trägt spürbar zur Modernisierung der Wirtschaft bei und eröffnet der deutschen Exportwirtschaft durch steigende Kaufkraft weitere Absatzfelder.

Auf der Beschaffungsseite zeigen die Ergebnisse der empirischen Untersuchungen sowohl in ungarischen wie auch tschechischen Betrieben eine Dominanz des Inlandsmarktes. Daraus lässt sich schließen, dass die Qualität der ungarischen und tschechischen Produktion durch eine nachholende Entwicklung in den 90er Jahren deutlich gestiegen ist. Damit kann zunehmend auf westliche Güter und Dienstleistungen, die nach dem Zusammenbruch des sozialistischen Systems die entstehenden Engpässe kompensiert hatten, verzichtet werden. Bestätigt wird diese These durch das Verhalten der ausländischen Unternehmen bzw. der Unternehmen mit ausländischen Anteilen, die ebenso wie die ungarischen und tschechischen Unternehmen bei der Beschaffung mehrheitlich auf das Angebot des Inlandsmarktes zurückgreifen.

6 HUMMEL (2002): Tarifpolitik ohne Grenzen

Nach Einschätzung der deutschen Auslandshandelskammern und Repräsentanzen in den mittel- und osteuropäischen Ländern wird sich der deutsche Kapitalbestand weiter erhöhen. Die Aktivitäten verlagern sich immer stärker aus den Hauptstädten der größeren Länder hinaus in die Regionen, bei den Nachbarn Deutschlands auch sehr stark in den grenznahen Bereich. Für vertiefte Kooperation und Investition geeignet erscheinen vor allem die Branchen

- Elektronik/Industrieelektronik/Medizintechnik
- Kraftfahrzeugbau
- Maschinen- und Metallbau
- Lebensmittelindustrie
- Umweltschutz/-technik
- Telekommunikation
- Leichtindustrie/Textilien/Bekleidung/Holzverarbeitung
- Handel und Finanzdienstleistungen.⁷

Sowohl in Ungarn als auch in der Tschechischen Republik sind mittlerweile Informations- und Vermittlungsnetzwerke aufgebaut, die ausländischen Interessenten Hilfe und Unterstützung bei geplanten Investitionen anbieten. Wichtige Partner sind die deutsch-ungarische bzw. deutsch-tschechische Industrie- und Handelskammern, die einerseits regelmäßige Konjunkturberichte und Konjunkturumfragen veröffentlichen und andererseits konkrete Kooperationsprojekte betreuen. Staatlicherseits liegt der Fokus auf der Investitionsförderung und, nachdem der Verkauf der ehemals staatlichen Betriebe weitestgehend abgeschlossen ist, auf dem Ausbau und der Vermarktung von Industrieparks. In der Tschechischen Republik wurde mit Czech Invest eine Agentur gegründet, die sich konkret um die Akquise ausländischen Kapitals bemüht.

7 DEUTSCHER INDUSTRIE- UND HANDELSTAG: Positionspapier des Deutschen Industrie- und Handelstags zur EU-Osterweiterung

Kapitel 6

Rolle des Bankensektors für die Unternehmensfinanzierung und –restrukturierung in den Transformationsländern.

Monika Schnitzer / Christa Hainz

Wie wirkt sich die Bankenprivatisierung auf die Restrukturierung des Bankensektors aus? Jede Analyse der Bankenprivatisierung muss unvollständig bleiben, wenn sie nicht in eine umfassendere Betrachtung der Unternehmensprivatisierung in den Transformationsländern eingebettet und durch diese fundiert werden kann. Also stellt sich die Frage nach dem Erfolg der Privatisierungsanstrengungen allgemein und wovon dieser abhängt. Schnell wird bei dieser Untersuchung die besondere Bedeutung der im jeweiligen Land etablierten Institutionen offensichtlich. Aus der Bedeutung der Institutionen leitet sich Frage nach dem Einfluss von Institutionen auf den Markteintritt von Banken ab. Wie sich herausstellt, erfüllt der heimische Bankensektor, nicht zuletzt wegen erheblicher Defizite im institutionellen Bereich die Aufgabe einer ausreichenden Kapitalversorgung für Unternehmen bei weitem noch nicht. Deshalb kommt der Projektfinanzierung durch ausländische Banken große Bedeutung zu. Der Bankensektor in den Transformationsländern zeichnet sich nicht nur durch eine geringe Leistungsfähigkeit, sondern auch durch Instabilität aus. Es gilt also den Zusammenhang zwischen Wettbewerb, Effizienz und Stabilität des Bankensektors zu untersuchen.

Privatisierungserfolg und Institutionen

Eine genauere Betrachtung unterschiedlicher Theorien zur Privatisierung ergibt, dass Privatisierung nicht notwendigerweise zu den erhofften Effizienzsteigerungen führt. Zwei wichtige Argumente für Privatisierung stammen aus der theoretischen Literatur. Zum einen verfolgen Politiker, die staatliche Unternehmen führen, auch eigene Ziele, die nicht immer mit denen des Unternehmens identisch sind. Zum anderen kann der Staat durch Privatisierung die produktive Effizienz erhöhen, indem er z.B. auf den direkten Zugang zu Informationen über den Unternehmenserfolg verzichtet und sich so verpflichtet, das Unternehmen auch in schwierigen Zeiten keine finanzielle Unterstützung zu gewähren.

Allerdings kann man mit beiden Argumenten auch erklären, weshalb die erhofften Effizienzsteigerungen nicht immer eingetreten sind. Einerseits wird ein Politiker, der sich bei der Führung eines staatlichen Unternehmens von eigennützigem Ziele leiten lässt, dies möglicherweise auch bei der Wahl der Privatisierungsmethode tun. Andererseits bestimmt das institutionelle Umfeld, welche Anreize die Unternehmensführung ihren Managern gibt, und zwar in staatlichen genauso wie in privaten Unternehmen.

Empirische Studien zeigen, dass die Privatisierung in den mittel- und osteuropäischen Staaten überwiegend positive Wirkungen auf die Unternehmen hat. In den GUS-Staaten ist dieser positive Effekt allerdings keineswegs gesichert. Generell führte eine Privatisierung an "Outsider" zu deutlich besseren Ergebnissen als die Privatisierung an "Insider". Wesentliches Kriterium für den Erfolg von Privatisierung sind die institutionellen Rahmenbedingungen: erst wenn ein gewisser Schwellenwert an institutionellen Voraussetzungen erreicht ist, hat Privatisierung einen positiven Einfluss auf die Performance der Unternehmen.

Einfluss von Institutionen auf Markteintritt von Banken

Welche Faktoren bestimmen das Markteintrittsverhalten der Banken? Um diese Faktoren zu analysieren, müssen die Kreditverträge genauer betrachtet werden. Zumeist werden besicherte Kredite vergeben. Allerdings entstehen bei der Kreditbesicherung (u. U. erhebliche) Kosten, da die Liquidation der Vermögensgegenstände wegen des noch unzureichenden Systems der Vertragsdurchsetzung und wegen der schlecht funktionierenden Sekundär-Märkte meist erhebliche Einbussen verursachen. Der beobachtete starke Markteintritt zu Beginn eines Transformationsprozesses lässt sich folgender Maßen erklären: Die einzelnen Banken verfügen über unterschiedliche Fähigkeiten bei der Vertragsdurchsetzung bzw. beim Verkauf der Vermögensgegenstände. In einer Transformationsökonomie lassen sich die schwierigen institutionellen Rahmenbedingungen nutzen, um hohe Gewinne zu erzielen. Deshalb kommt es zu zahlreichen Bankenneugründungen. Damit erklärt sich aber auch, weshalb die Zahl der Banken im Verlauf des Transformationsprozesses tendenziell zurückgehen sollte.

Umgekehrt können aber auch zu wenige Markteintritte möglich sein. Diese Situation tritt dann ein, wenn die Fixkosten im Vergleich zu den Kosten der Kreditbesicherung (die mit steigender Qualität des institutionellen Umfeldes abnehmen) zu hoch sind. Weil die Fixkosten auch von Regulierungsvorschriften beeinflusst werden, ergeben sich wichtige Politikimplikationen: Die durch die Regulierung verursachten Kosten müssen in Relation zum institutionellen Umfeld gesehen werden. Dies ist besonders für die Osterweiterung der EU von Bedeutung. In den Beitrittsländern funktionieren zahlreiche Institutionen noch nicht so effizient wie in der bisherigen EU. Deshalb muss genau geprüft werden, ob nicht durch die Übernahme der Regulierungsvorschriften aus der EU ein negativer Effekt auf den Bankensektor entsteht, indem entweder Markteintritt verhindert oder aber Marktaustritt besonders attraktiv wird.

Projektfinanzierung durch ausländische Banken

Mit dem Schlagwort "overbanked but underserviced" wird auch die unzureichende Kreditvergabe durch die heimischen Banken erfasst. Bei einer Analyse der Kapitalzuflüsse fällt auf, dass nicht nur durch den Markteintritt sondern auch im Rahmen so genannter Projektfinanzierungen umfangreiche Finanzmittel in die Transformationsländer fließen. Durch Projektfinanzierungen werden typischerweise sehr große Vorhaben, wie der Bau von Infrastruktureinrichtungen oder der Abbau von natürlichen Ressourcen, mit einem hohen Anteil an Fremdkapital finanziert.

Durch Marktzutritt, wie den Aufbau bzw. die Übernahme eines eigenständigen Filialnetzes, könnten sich auch Auswirkungen für den Wettbewerb zwischen den Banken ergeben. Projektfinanzierungen hingegen sind eher als komplementäre Leistungen der westlichen Banken zu sehen, weil die meist unterkapitalisierten Banken in den Transformationsländern nicht in der Lage sind, große Investitionsvorhaben zu finanzieren.

Erstaunlich bei Projektfinanzierungen ist der hohe Anteil der Kreditfinanzierung am gesamten Investitionsvolumen, insbesondere vor dem Hintergrund des hohen Risikos in den Transformationsländern. Ein hoher Verschuldungsgrad gibt den Banken genug Anreiz, um sich für eine erfolgreiche Umsetzung des Projektes zu engagieren. Für Manager, die sich sehr stark am verfügbaren Cash Flow orientieren, impliziert dagegen eine umfangreiche Haftung, wie sie durch die Vergabe von Unternehmenskrediten mit umfassender Besicherung erreicht wird, einen starken Anreiz sich anzustrengen.

Diese Wechselwirkung zwischen Haftung und Anreizen für Unternehmen einerseits und Banken andererseits erklärt, warum vor allem Projekte mit hohem politischen Risiko über Projektfinanzierung durchgeführt werden. Zu den an der Finanzierung beteiligten Banken gehören immer auch Internationale Organisationen, wie die Weltbank, oder Förderbanken, wie die deutsche Kreditanstalt für Wiederaufbau. Sie können Druck ausüben, falls die erfolgreiche Realisierung des Projektes durch politische Maßnahmen gefährdet wird. Der begrenzte Rückgriff, den die Projektfinanzierung vorsieht, liefert den besten Anreiz dazu. Die Kredite, die von inländischen Banken gegeben werden, sind dagegen in der Regel umfangreich besichert. Inländische Banken können den Erfolg eines Projektes also wesentlich schlechter sichern, beispielsweise durch das Monitoring nach der Kreditvergabe. Angesichts der geringen Fähigkeiten inländischer Banken ist die Kreditbesicherung die effizienteste Lösung für das bestehende Anreizproblem im Unternehmen.

Zusammenhang zwischen Effizienz und Stabilität

Transformationsländer zeichnen sich durch geringe Effizienz wie auch relativ hohe Instabilität aus. In theoretischen Beiträgen, die sich mit dem Einlagengeschäft der Banken befassen, wird ein negativer Zusammenhang zwischen Wettbewerb und Stabilität gezeigt. Andererseits wird in den statischen Modellen ein trade-off zwischen Wettbewerb, der die Kreditkosten senkt, und Stabilität festgestellt.

Beide Zusammenhänge, zwischen Wettbewerb und Stabilität wie auch zwischen Wettbewerb und Effizienz, wurden bisher statistisch betrachtet. In einer langfristigen Perspektive könnte jedoch eine positive Beziehung zwischen Bankenwettbewerb – der ja zu geringeren Kreditkosten führt – und der Umstrukturierung von Unternehmen festgestellt werden. Mehr Umstrukturierung verbessert die Qualität der finanzierten Projekte und erhöht damit die Stabilität des Bankensektors. Über diesen Wirkungsmechanismus lässt sich die bislang unbefriedigende Situation in den Transformationsländern erklären, wo der Bankensektor sich durch geringe Effizienz und hohe Instabilität auszeichnet. Neben der noch bestehenden Dominanz staatlicher Banken, dem hohen Anteil an Not leidenden Krediten und der unzureichenden Regulierung ist das besonders auf zu geringen Wettbewerb zurückzuführen.

Zusammenfassung der Ergebnisse

Nach dreizehn Jahren Transformation wird zunehmend klarer, dass in der ursprünglichen Reformdiskussion die Bedeutung des institutionellen Umfeldes unterschätzt wurde. Die Wirkung von Privatisierung auf die Performance der Unternehmen hängt nicht nur von der gewählten Privatisierungsmethode ab, sondern ganz wesentlich auch von den institutionellen Rahmenbedingungen, wie z.B. dem Rechtssystem.

Dies gilt insbesondere für die Entwicklung des Bankensektors. Die hohe Zahl an Markteintritten kann auf die Defizite bei den Institutionen, insbesondere bei der Rechtsdurchsetzung und den schlecht funktionierenden Sekundärmärkten, zurückgeführt werden. Regulierungsmaßnahmen sollten deshalb auch die Qualität der Institutionen berücksichtigen.

Wegen der Schwäche der heimischen Banken kommt dem Zufluss von ausländischem Kapital große Bedeutung zu. Finanzmittel fließen nicht nur durch den Marktzutritt ausländischer Banken sondern auch durch die Kreditvergabe ausländischer Banken im Rahmen so genannter Projektfinanzierungen zu. Zunächst überrascht die Vergabe von

nahezu ungesicherten Krediten an Schuldner mit einem hohen Ausfallrisiko. Die theoretische Analyse zeigt aber, dass die Banken dadurch den besten Anreiz erhalten, das politische Risiko zu reduzieren.

Entgegen der theoretischen Vorhersagen, wonach sich Wettbewerb positiv auf die Effizienz aber negativ auf die Stabilität des Bankensystems auswirkt, zeichnen sich die Transformationsländer sowohl durch geringe Effizienz als auch durch Instabilität aus.

Implikationen für die Politik

Der Verbesserung des institutionellen Umfeldes, wie dem Rechtssystem, kommt besondere Bedeutung zu.

Regulierungsmaßnahmen sollten die Unzulänglichkeiten im institutionellen Umfeld stärker berücksichtigen. Dies spielt bei der Übernahme von Regulierungsstandards der bestehenden Europäischen Union eine wichtige Rolle.

Kapitel 7

Perspektiven der Währungsbeziehungen zwischen der Europäischen Währungsunion (EWU) und den mittel- und osteuropäischen EU-Beitrittskandidaten

Hermann Clement / Roman Cech / Richard Frensch

Die Währungen der MOE-Länder unterliegen einem realen Aufwertungstrend, der auf fundamentale, z.T. transformationsspezifische Ursachen zurückgeht und auch nach der EU-Integration dieser Länder noch andauern wird. Wegen dieses realen Aufwertungstrends werden sie die nominalen Kriterien einer EWU-Mitgliedschaft auch nach der Aufnahme in die EU auf Dauer nicht gleichzeitig erfüllen können. Es gibt deshalb einen trade-off zwischen nominaler Wechselkursstabilität und Inflation. Bei einem festen nominalen Wechselkurs impliziert dies eine Beziehung zwischen realer Aufwertung und Inflation. Vermutet wird, dass dieser trade-off auf einer grundlegenden, also vom realen Wechselkurs und dem Wert des nominalen Wechselkurses unabhängigen länderspezifischen Beziehung zwischen der realen Wechselkursentwicklung und der Inflationsrate beruht. Die zukünftigen Währungsbeziehungen zwischen den MOE-Ländern und der EWU müssen deshalb zumindest auch länderspezifisch gestaltet werden.

Dabei sind folgende konkrete Fragen zu stellen:

- Wie beeinflusst der volatile nominale Wechselkurs den realen Wechselkurs und andere realen Variablen wie den Output, das Preisniveau und die gesamtwirtschaftliche Wohlfahrt?
- Wie wirken die Finanzmärkte und ein möglicher Beitritt zur Europäischen Währungsunion auf den Output, die Preise und die gesamtwirtschaftliche Wohlfahrt in kleinen offenen Volkswirtschaften der Beitrittskandidaten?
- Unter welchen Bedingungen kann in kleinen offenen Volkswirtschaften der Balassa-Samuelson-Effekt zum Problem werden?

Die Untersuchungsmethode war auf die Risikoaversion, einem Terminus technicus zur Vermeidung Risikobelasteten Verhaltens, als bestimmendem Faktor für das Verhalten der Individuen ausgerichtet. Das erlaubt eine fundierte mikroökonomische Begründung und verbindet die makroökonomischen Veränderungen direkt mit den Entscheidungen der Konsumenten und Unternehmen.

Allgemeine Gleichgewichtsanalyse für eine Wirtschaftspolitik mit Zukunftsmärkten

Zunächst wurde als Basis der Analyse ein Modell entwickelt. Dies ist auf seine Weise einzigartig.

In diesem Modell besteht die Bevölkerung aus Individuen, die sich nur im Grad ihrer Risikoaversion unterscheiden. Die untersuchte Wirtschaft hat zwei Industriezweige, jeder von ihnen produziert ein bestimmtes Produkt, jedes Individuum konsumiert beide Produkte.

Um die Konsumgüter kaufen zu können, muss jede Person ihr Geld in einem der beiden Unternehmenszweige verdienen. Während die Produktion in einer Industrie berechenbar ist, unterliegt der andere Zweig einem zufälligen Produktionsschock. Dieser Schock besteht seinerseits aus zwei Komponenten: die generelle Komponente betrifft alle Produzenten gleichermaßen – so wie die Gesamtwetterlage alle Bauern gleichermaßen trifft. Die spezielle Komponente betrifft jeden Akteur ganz individuell: So wie ein nur regionaler Regen bei den einen Bauern zu überdurchschnittlichen, bei den anderen zu unterdurchschnittlichen Erträgen führt. Entsprechend führt ein positiver oder negativer allgemeiner Schock zu einem höheren oder geringeren industriellen Output, während der spezifische Schock keinen Einfluss auf die Gesamtproduktion hat, weil die positive Wirkung bei einigen Firmen durch die negative bei den anderen ausgeglichen wird.

Wenn die Produzenten unterschiedlicher Industriezweige ihre Güter auf dem Markt tauschen, kommt es zu einem Gleichgewicht der relativen Preise. Intuitiv ergibt sich, dass wenn die gesamte Produktion der Risikobeladenen Seite niedrig ist, ihr relativer Preis hoch und wenn die Produktion hoch ist, sind die Waren relativ billig. D.h. das generelle Gleichgewicht führt zu einem sehr realistischen Ergebnis, bei dem die Produktionsrisiken durch Preisanpassungen von einer Industrie auf die gesamte Wirtschaft übertragen werden. Während als Konsumenten die gesamte Bevölkerung dasselbe Preisrisiko trägt, müssen diejenigen, die mit höherem Risiko produzieren, das Risiko eines zusätzlich verringerten Einkommens auf sich nehmen – als eine Folge eines zufälligen Produktionsschocks. In dieser Hinsicht können wir diesen Industriezweig als risikoreicher bezeichnen.

Ganz intuitive gehen die weniger risikoscheuen Personen in den riskanteren Industriezweig, während die anderen den Zweig ohne Produktionsunsicherheiten wählen werden. Je größer der zufällige Schock ist, desto weniger Personen entscheiden sich für die Risikobeladene Industrie. Je weniger Personen aber in diese "riskanten" Industriezweige einsteigen, desto geringer wird die Produktion und desto höher der relative Preis der Waren, die in diesem Industriezweig produziert wird. Das aber bedeutet, dass diejenigen, die ihre Waren mit höherem Risiko herstellen, ihre Produktion zu höheren Preisen verkaufen, damit mehr verdienen und mehr konsumieren können. Sie erhalten für die Bereitschaft, mehr Risiko einzugehen, also eine Art immanenter Risikoprämie.

Werden in einer solchen Wirtschaft Zukunftsmärkte zugelassen, erhalten die Individuen die Chance das Preisrisiko zu beherrschen. Die eher Risikoscheuen entscheiden sich für die "long positions", um sich gegen einen möglichen Preisanstieg ihrer erwünschten Waren abzusichern. Andererseits glauben die weniger Risikoaversen, ihr Risiko nicht zu vergrößern, wenn sie die "short position" übernehmen. Das Gleichgewicht der Zukunftspreise räumt dann den Zukunftsmarkt.

Das allgemeine Gleichgewicht, das sowohl den Gütermarkt als auch den Zukunftsmarkt räumt, ist durch folgende wichtige Merkmale gekennzeichnet:

- Der Zukunftsmarkt, der den Individuen die Chance gibt, das Preisrisiko zu vermindern, lockt mehr risikoscheue Personen in risikobehaftete Industrien. Das verändert die relative Größe der beiden Industrien und macht die "riskanten Produkte" relativ billig. Dies ist ein wichtiges Ergebnis, weil es in sehr einfachem Zusammenhang zeigt, dass Finanzmärkte die wirtschaftliche Entwicklung beeinflussen. Ihre Einführung und ihr Funktionieren beeinflusst Entwicklung von Unternehmen, die relativen Preise und die gesamtwirtschaftliche Wohlfahrt.
- Weil die weniger risikoscheuen Personen dazu tendieren "short positions" zu übernehmen und die eher risikoaversen sich für "long positions" entscheiden, handeln Individuen mit einem mittleren Grad von Risikoaversion wenig oder gar

nicht. Dieses eindeutige Ergebnis erklärt die erstaunliche Beobachtung, dass viele Produzenten sich überhaupt nicht auf Warenterminmärkten absichern, trotz deren zunehmender Verfügbarkeit.

- Die meisten Menschen sind also mit dem System der Terminbörse besser gestellt, weil sie das Risiko, dem sie sich aussetzen, auf ein beherrschbares Niveau begrenzen können. Trotzdem wird sich die Wohlfahrt einer bestimmten Gruppe verringern, und zwar derjenigen, die in risikobehafteten Unternehmen produzieren und sich gegen eine Absicherung am Zukunftsmarkt entscheiden. Trotz der Tatsache, dass sie nicht handeln, werden sie vom Zukunftsmarkt betroffen. Er lockt mehr Menschen in die risikobehaftete Industrie und führt dadurch zu einem relativen Preisverfall der Produkte dieser Industrie. Im Ergebnis müssen diejenigen Produzenten, die nicht am Zukunftsmarkt sich absichern, ihre Produktion zu einem niedrigeren Preis verkaufen, verdienen damit weniger Geld und sind eindeutig schlechter dran.

Das wichtigste Ergebnis der Analyse aufgrund dieses Modells besteht also in dem überzeugenden Argument, dass Finanzmärkte die reale wirtschaftliche Entwicklung beeinflussen: Sie verändern Struktur und relative Größe der Unternehmen, das relative Preisniveau einer Volkswirtschaft, und sie beeinflussen den Lebensstandard jeder einzelnen Person, auch derjenigen, die nicht einmal weiß, dass Finanzmärkte überhaupt existieren.

Der folgende Abschnitt zeigt uns, wie dieser auf der Annahme der Risikoaversion basierende Ansatz es uns ermöglicht, die Effekte unterschiedlicher Wechselkursregime im Prozess des Beitritts zur Währungsunion zu verstehen.

Eine kleine offene Wirtschaft im Aufnahmeprozess in die Währungsunion

Im zweiten Schritt untersuchten wir, wie eine kleine offene Volkswirtschaft, wie sie die meisten Beitrittskandidaten darstellen, sich unterschiedlichen Wechselkurssystemen anpasst, die zur Mitgliedschaft in der Währungsunion führen. Aber statt uns auf die üblichen Aspekte der Geldpolitik und die Leistungsbilanzprobleme zu konzentrieren, schauen wir auf die Mikrostruktur des Wirtschaftssystems. Veränderungen, die mit der Entwicklung der Finanzmärkte und der Mitgliedschaft in der Währungsunion verbunden sind, haben starke Auswirkungen auf die Risiken, mit denen Unternehmer rechnen und planen müssen. Dieses veränderte Risiko beeinflusst die relative Größe der Sektoren, ihre Preise und damit die Terms of Trade. Ein Ergebnis: Nicht jedem wird es besser gehen. Es wird Individuen geben, die – zumindest kurzfristig – durch den Beitritt zur Eurozone negativ beeinflusst werden.

Die Bevölkerung eines kleinen EU-Beitrittslandes besteht, wie schon in der vorhergehenden Analyse, auch in diesem Beispiel wieder aus Personen mit unterschiedlichem Risikoverhalten. Jede Person kann sich für die Produktion von handelbaren oder nichthandelbaren Gütern entscheiden. Beide, die handelbaren als auch die nichthandelbaren Güter werden mit derselben Energie (z. B. Rohöl), die für Dollar importiert werden muss, hergestellt. Alle Produzenten sind damit demselben Wechselkursrisiko ausgesetzt, egal was sie produzieren.

Die Hersteller von Nichthandelsgütern verkaufen ihre Produkte auf dem Inlandsmarkt für heimische Währung. Handelsgüter dagegen werden teils exportiert, teilweise zuhause konsumiert. Ihr Inlandspreis bestimmt sich daher durch den Preis in dem Land, in das sie exportiert werden (also z.B. in Deutschland) und dem schwankenden Wechselkurs der

nationalen Währung gegenüber dem Euro. Nehmen wir an, dass die Exportwerte den Importwerten entsprechen, so wird der Gleichgewichtspreis für die Nichthandelsguter dadurch bestimmt, wie viel Menschen sich für die Produktion von Handelsgutern und Nichthandelsgutern entscheiden. Diese Entscheidung hängt aber wiederum von der individuellen Risikoaversion ab. Einfach gesprochen: während diejenigen, die Handelsgüter produzieren, ein Einkommen verdienen, das allein vom Preis dieser Güter abhängig ist, ist das Einkommen derjenigen, die Nichthandelsguter produzieren, in doppelter Weise abhängig: vom Dollar und vom Eurokurs. Das Gleichgewicht der Industriestruktur und der Preise, die den Markt räumen und bei denen die Leistungsbilanz ausgeglichen ist, hängt dann von allen oben genannten Faktoren ab: Produktivität, Wechselkursschwankung und Risikoaversion. Dies erlaubt uns, die Effekte eines Wechsels im Wechselkursregime auf die reale Wirtschaft zu untersuchen.

Zuerst untersuchten wir den Effekt von Finanzmärkten. Wenn die Produzenten Zugang zu Märkten für Wechselkursderivate haben, können sie ihre Risikoposition absichern. Da dann mehr Menschen sich dafür entscheiden, in die risikoreichere Produktion von Handelsgutern zu gehen, führt dies zu einem höheren Angebot bei diesen Waren. Als Ergebnis sinken die Preise dieser Güter.

Der Einfluss der Finanzmärkte auf den Wohlstand ist zweischneidig: während alle Hersteller von Handelsgutern besser gestellt werden, schneiden manche der Produzenten für Nichthandelsguter schlechter ab. Dies sind diejenigen, die sich gegen eine Nutzung der Terminbörse entscheiden. Weil die Finanzmärkte für sie keinen Vorteil bringen, liegt deren Wirkung ausschließlich im Sinken der Preise für ihre Produkte.

Schließlich erlaubt das Modell den Einfluss der Produktivitätsveränderung auf die Preise zu analysieren. Nach empirischer Beobachtung steigt die Produktivität für Handelsgüter schneller als für Nichthandelsguter. Die Analyse zeigt somit das überzeugende Ergebnis, dass die Preise für Nichthandelsgute schneller steigen als für Handelsgüter. Zusammenfassend ergibt sich daraus das wichtige Ergebnis, dass das relativ schnelle Wachstum der Produktivität bei der Produktion von Handelsgutern zu einem steigenden Preisniveau führt. Dies ist der bekannte Balassa-Samuelson-Effekt. Die Bedeutung unseres Ergebnisses liegt darin, dass wir dies in einem Modell erhielten, mit endogen sich entwickelnden Wirtschaftsstrukturen, in dem die Preise ein allgemeines Gleichgewicht generieren.

Es ist ebenfalls erwähnenswert, dass trotz der Erhöhung des Preisniveaus aufgrund des Belassa-Samuelson-Effekts die Einkommen aller Produzenten noch schneller wachsen. Damit stellen sich alle Teilnehmer im Markt bei einer Produktivitätssteigerung besser. Da die Preise für Nichthandelsguter schneller steigen als für Handelsgüter, verbessern sich die Terms of trade: Handelsgüter und Importe werden relativ billiger.

Migrationsentscheidungen unter Bedingungen von Unsicherheit und Risikoangst

(gemeinsam mit Barbara Dietz)

Im dritten Schritt schließlich wurde die oben beschriebene Methode zur Untersuchung der Ost-West-Migrationen nach der Erweiterung angewandt. Während fast die gesamte Literatur sich hier auf die Rolle der Einkommensunterschiede zwischen Gastland und Herkunftsland konzentriert, gehen wir davon aus, dass es sich bei der Migrationsentscheidung vor allem um eine Risikoabwägung handelt. Zunächst ganz unwissenschaftlich gefragt: Wenn ein osteuropäischer Bürger im Westen ein um vielfach höheres Einkommen

als zuhause verdienen kann, warum ist der Arbeitsmarkt nicht längst massenhaft von osteuropäischen Arbeitskräften überschwemmt?

Einflussfaktoren wie Familienbindung, Sprachbarrieren, kulturelle Unterschiede und administrative Beschränkungen allein geben noch keine befriedigende Antwort auf diese Frage. Wir bestreiten nicht, dass bei der Migrationsentscheidung von Ost nach West die Einkommensdifferenzen eine wesentliche Rolle spielen. Das eigentliche Dilemma einer solchen Entscheidung liegt aber in der Möglichkeit, zuhause über ein geringes, aber sicheres Einkommen zu verfügen oder bei einer Migration im Aufnahmeland entweder sehr viel oder aber überhaupt nichts zu verdienen.

Individuen, die sich im Grad ihrer Risikoaversion unterscheiden, treffen daher andere Auswanderungsentscheidungen. Sie treffen ihre Entscheidung auf Basis dieses Vergleichs. Daraus ergeben sich *einfache Konsequenzen*:

- Eine Person, die bezüglich Emigration völlig unentschieden ist, wird sich bei geringer Risikoscheu für die Emigration bei hoher Risikoaversion dagegen entscheiden.
- Mit einem heimischen Lohnniveauanstieg sinkt die Migrationstendenz
- Je höher die Lohndifferenz zwischen eigenem und Gastland, desto höher die Migrationsrate.

Das alles sind erwartete und nachvollziehbare Ergebnisse. Das letzte Ergebnis aber, das ein neues Licht auf Wanderungsverhalten wirft, ist erstaunlich:

Unterstellen wir ein niedriges heimisches Lohnniveau und die gegebene Jobunsicherheit im Gastland, dann gibt es einen bestimmten Prozentsatz in der Bevölkerung, der niemals auswandern wird, ganz egal wie hoch die möglichen Einkommen im Gastland sind.

Das bedeutet, die Bevölkerung besteht aus zwei unterschiedlichen Gruppierungen. Die eine, die ihr Verhalten an der Höhe der Einkommensdifferenz orientiert und einer anderen, deren Mitglieder einfach niemals auswandern werden. Anders ausgedrückt: die Risikoscheu einer Bevölkerung bildet die natürliche Grenze für die Anzahl der Emigrationen. Das heißt nicht, dass die Wanderungsbewegungen nicht den üblichen Anreizen folgen würden, also eben der Einkommensdifferenz zwischen Heimat- und Gastland. Nein, die Analyse zeigt, dass die Migrationen zwar nach den altbekannten Motiven erfolgen, es aber eine bestimmte Grenze gibt, was die Zahl der Auswanderungen betrifft. Diejenigen, die auswandern, stammen alle aus einer zahlenmäßig begrenzten Gruppe von Personen mit geringer Risikoscheu.

Dahinter steht eine höchst einfache Erkenntnis: wir alle neigen dazu, bei der Auswertung einer ungewissen Prognose zunächst die negative Seite zu betonen. Das ist sinnvoll, um die riskante Seite einer noch so verlockenden Zukunft nicht aus den Augen zu verlieren. Ein gutes Beispiel für dieses Verhalten ist die Gelegenheit, eine nennenswerte Summe Kapital in ein brandneues Internet-Start-Up-Unternehmen zu stecken. Eine solche Investition kann sich in wenigen Wochen in ein Vermögen verwandeln. Aber die meisten von uns werden das Risiko nicht auf sich nehmen, egal wie verlockend die mögliche Gewinnspanne sein mag, weil sie das Risiko scheuen.

Kreditvergabe unter unvollständigen und asymmetrischen Informationsbedingungen

(in Kooperation mit Christa Hainz)

Die Untersuchung eines Aspekts des Bankensektors war die vierte Komponente des Projekts.

Die Situation im Bankensektor, wird durch das zusätzliche Risiko des Wechselkurses und die asymmetrische Information, die heimische und ausländische Banken unterschiedlich betrifft, zusätzlich kompliziert. Diese Unterschiede bestimmen Struktur und Umfang des Bankensektors. Besonders interessant ist die Rolle ausländischer Banken bei der Beschaffung wirtschaftlich relevanter Daten, wenn bei den meisten der zu finanzierenden Unternehmen auf keinerlei Kreditgeschichte zurückgegriffen werden kann.

Eine ausländische Bank, die in einem osteuropäischen Land ihre Arbeit aufnimmt, verfügt normalerweise über zuwenig Information über das dortige Geschäftsklima. Erfolg oder Misserfolg der Unternehmen dort hängen von der allgemeinen wirtschaftlichen Lage ab, die auf die eine oder andere Weise alle Firmen beeinflusst. Ein weiterer Erfolgsfaktor ist die firmenspezifische Situation und schließlich das verfügbare Kapital. In unserer Analyse unterstellen wir, dass die Wahrscheinlichkeit des Erfolgs mit dem Grad der Kapitalisierung einer Firma wächst.

Die Bank beginnt ihre Aktivitäten in einer Volkswirtschaft in der das Geschäftsklima für sie entweder gut ist oder seine Chancen für einen Erfolg vermindert. Sie sieht sich folgenden Entscheidungsalternativen gegenüber. Vergibt sie nur geringe Kredite, um das Risiko eines möglichen Verlustes aufgrund von Kreditausfällen zu verringern, wird es sehr schwierig sein zu unterscheiden, ob das Scheitern eines Unternehmens am geringen Finanzierungsspielraum lag oder am schlechten Wirtschaftsklima. Hohe Kredite bieten im Fall des Ausfalls zwar einen Informationsgehalt über das allgemeine Wirtschaftsklima, die Informationen sind aber teuer erkaufte.

Natürlich wird eine Bank, die sich nur auf die Minimalisierung eines kurzfristigen finanziellen Verlusts konzentriert, davor zurückschrecken, höhere Kredite zu geben. Eine Bank, die im Gegensatz dazu jedoch langfristig denkt, wird die Kredite erhöhen, um Informationen über das Wirtschaftsklima (und damit weitere Planungsdaten) zu erhalten. Sie wird nach einem entsprechenden Lernprozess in der Lage sein, ihre Kreditvergabe anzupassen und den erwarteten Profit zu erhöhen. D.h. diese Bank wird auf einen Teil des kurzfristigen Profits verzichten, erhält aber wichtige Informationen, um den künftigen Profit zu erhöhen.

Das Gerüst dieses Forschungsprojekts waren die Annahmen, dass Individuen sich durch ein spezifisches Risikoverhalten unterscheiden. Sie können über ihren Konsum und die Wahl des Arbeitsplatzes frei entscheiden und haben die Möglichkeit, ihr Risikoniveau über Zukunftsmärkte selbst zu steuern. In dem konstruierten "Spielfeld" steht jede Person denselben Risiken, Chancen und Entscheidungsmöglichkeiten gegenüber. Es ergibt sich ein faszinierend unterschiedliches Verhaltensrepertoire, das z.T. althergebrachte Erfahrungen bestätigt, z.T. aber auch ein erstaunlich anderes Verhalten belegt. Diese unerwarteten Verhaltensweisen erklären bisherige "Unregelmäßigkeiten" im erwarteten Verhalten. Die Ergebnisse geben konkrete Anhaltspunkte für das Verhalten der Politik und der Firmen, indem sie ein differenzierteres Wissen über die Auswirkungen der EU-Annäherung auf ausgewählten Gebieten bereitstellen.

Teil II: Kulturen im Postsozialismus: Voraussetzungen und Veränderungen

Walter Koschmal

Einführung

Die wirtschaftlichen, rechtlichen und politischen Veränderungen in den postsozialistischen Ländern stehen in aller Regel im Mittelpunkt der Berichterstattung und damit des öffentlichen Interesses. Ihre unmittelbare Bedeutung, etwa bei Rechtsunsicherheit in wirtschaftlichen Transaktionen mit Osteuropa, aus der sich ja schnell größte Risiken für die beteiligten Partner entwickeln können, steht außer Zweifel.

Trotzdem darf die – häufig nicht so spektakuläre - Bedeutung kultureller Veränderungen für wirtschaftliche, rechtliche und politische Fortschritte in den postsozialistischen Staaten nicht unterschätzt werden. Kulturelle Veränderungen werden meistens "nur" mittelbar wirksam und wahrgenommen und deshalb gerne unterbewertet. Doch wie wenig z.B. neue Verfassungsnormen mit der Rechtswirklichkeit der untersuchten Länder zu tun haben, erklärt sich aus der Tradition, aus überkommenen Denkstrukturen und Verhaltensweisen. Mangelndes Vertrauen in Institutionen oder etwa die nachgeordnete Rolle von Parteien, die demokratischen Entwicklungen entgegensteht, lässt Unwägbarkeiten bei politischen, rechtlichen und wirtschaftlichen Kontakten ins Unerträgliche steigen. Und gerade weil diese Faktoren oft schwer greifbar und in Zahlen auszudrücken sind, werden sie häufig unterschätzt und viel zu spät in die politische Gestaltung einbezogen bzw. Gegenmaßnahmen ergriffen.

Die forost-Arbeitsgruppe zu den kulturellen Voraussetzungen und Veränderungen erforscht deshalb Kontinuitäten und Diskontinuitäten der gesellschaftlichen Entwicklung. Dabei kommt heute der Herausbildung von Merkmalen moderner Zivilgesellschaften in den Transformationsländern eine zentrale Rolle zu. Erst stabile Zivilgesellschaften vermögen langfristig die Stabilität der wirtschaftlichen, rechtlichen und politischen Beziehungen zu den Transformationsländern zu garantieren, nicht Verfassungen allein, solange sie keiner politischen und gesellschaftlichen Wirklichkeit entsprechen. Erst wenn die in der Geschichte vorhandenen Traditionen der civil societies, aber auch deren aktuelle Defizite und (neue) Gefährdungen aufgezeigt werden, können berechenbare Partner in Interaktion treten und politische und wirtschaftliche Unterstützung gezielt eingesetzt werden.

Der Kernbereich der Forschung umfasste deshalb die Zivilgesellschaften und den aktuellen Identitätswandel in den "Transformationsländern". Identität basiert auf Konstrukten von Eigen- und Fremdwahrnehmung. Es sind Bilder von der eigenen, wie auch der anderen Kultur, auf die Werte und Verhaltensweisen aufbauen. Von Bedeutung ist im vorliegenden historischen Prozess der Bruch, aber auch die Kontinuität von sozialistischer und postsozialistischer Wahrnehmung.

Die einzelnen forost-Projekte haben die neuen Zivilgesellschaften und den Identitätswandel innerhalb der Länder, außerhalb, etwa in der Emigration, aber auch in der Interaktion zwischen den Ländern untersucht. Drei Aspekte bzw. Ziele standen im Vordergrund:

1. Identitätswechsel auf dem Weg zur Zivilgesellschaft: das Individuum in seinem Wandel vom Objekt staatlichen Handelns zum Subjekt (religiös-ethische, historische Identität; individuelle Wahrnehmung des anderen).
2. Konfliktpotentiale und Konfliktvermeidung: Spannung zwischen nationaler und postnationaler (zivilisatorischer) "Wiedergeburt" (Pluralismus der Kulturtypen, der Kirchen, Sprachen, Geschichtskonzepte).
3. Individuell-differenzierte Sicht der 'Transformationsländer' durch den Westen (Evolution wechselseitiger Wahrnehmungen West/ Ost; Ende nationaler Stereotypen)

Mit einer besonderen Anforderung sieht sich die Gruppe - wohl im Unterschied zu den anderen Gruppen - auch darin konfrontiert, dass die Forschungsergebnisse von forost auf ihre Praxisrelevanz hin ausgerichtet und überprüft werden sollen. Aus allem bisher Gesagten ergibt sich, dass die Praxisrelevanz bei dieser Thematik ebenso mittelbar sein wird, wie schon die Wahrnehmung der Problematik. Die "Anwendung" der Ergebnisse muss vor allen in den Köpfen von Menschen stattfinden und das ist erheblich schwieriger als etwa politische Empfehlungen auszusprechen.

Eine sehr konkrete Anwendung der Ergebnisse lag darin, sie direkt in universitäre Lehrveranstaltungen einzubeziehen. Damit konnte das Anliegen des Forschungsverbunds nicht nur nach außen getragen werden, sondern es wurde dem Verbund auch eine neue Dimension eröffnet, die vielleicht sogar in einen Lehrverbund münden könnte.

Grundlegung der Forschungsarbeiten

In fast allen Projekten mussten zunächst die Grundlagen der Projektarbeit geschaffen werden. Nur auf dieser soliden Grundlage lassen sich gesicherte Forschungsergebnisse erwarten. Die stabile Grundlegung der Forschung hat damit einen nicht unwesentlichen Teil der bisherigen Arbeit ausgemacht. Diese Grundlegung erstreckt sich in den Teilprojekten auf vier Bereiche:

1. Sie betrifft zum Teil die *Kooperationspartner*, die bei internationalen Kooperationen oft erst gefunden werden mussten.
2. Zum anderen musste in vielen Fällen zunächst die *Materialgrundlage* gesichtet werden, d. h. die Literatursituation in Bibliotheken und zum Teil in Archiven. Deshalb wurden in mehreren Teilprojekten zunächst Bibliographien erstellt.
3. Ein dritter Bereich der Grundlegung ist der *methodische Bereich*: Nicht nur Begrifflichkeiten, sondern auch das empirisch-methodologische Vorgehen musste geklärt werden, ehe die Befassung mit dem eigentlichen Objekt beginnen konnte.
4. Schließlich bedarf die Erforschung gegenwärtiger und aktueller Entwicklungen meist der Erforschung und Darstellung der jeweils relevanten *historischen Ausgangslage*, auf deren Hintergrund Kontinuität oder Bruch der Entwicklungen in der Gegenwart deutlicher hervortreten und erst verständlich werden.

Anforderungen und Voraussetzungen des Forschungsverbunds sind recht spezifisch, so dass auch der eigene Ausgangspunkt reflektiert wird: Synergieeffekte und Praxisbezug dürften die beiden zentralen, zumindest die am häufigsten an uns herangetragenen Forderungen sein. Der Praxisbezug wurde gerade in der Gruppe II, die dieser Forderung vermeintlich am fernsten steht, in Geschichte und Philologien, als besondere Herausforderung gesehen und angenommen. Auch darin liegt bereits ein Ergebnis dieser Gruppenarbeit.

Die vielfach eingeforderten Synergien sind sehr differenziert zu sehen. Es wäre unangemessen, sie nur auf der Ebene des gesamten Verbundes oder im Rahmen nur einer Gruppe zu sehen. Synergien sind in unserer Gruppe gerade auch innerhalb mancher Projekte entstanden. Das heißt Synergien entstehen auf den verschiedensten Ebenen und bringen den letztlich intendierten wissenschaftlichen Mehrwert hervor.

Neue Kulturmodelle im östlichen Europa

Das 20. Jahrhundert birgt im Hinblick auf den Wechsel zwischen Kulturen, aber auch im Hinblick auf die Konstanz und Dauerhaftigkeit kultureller Phänomene einen Schatz an Erfahrungen, wie wohl nur wenige Jahrhunderte zuvor. Die Kultur, besonders im östlichen Europa, steht am Ende des 20. Jahrhunderts in einem Spannungsverhältnis von Bruch und Kontinuität. Bruch und Kontinuität können sich ebenso auf die Migration von Menschen als auch auf deren Integration in andere Kulturen beziehen.

Ein wichtiges Ergebnis unserer Untersuchungen zu Kirchen (Konfessionen), Geschichtsschreibung, Kulturtypen, Literatur- und Kulturwechsel in Ländern und Gesellschaften wie Russland, Ukraine, Polen, Tschechien, Kroatien und schließlich bei den Sorben in Deutschland ist es dabei, dass es unangemessen wäre, nur von der einen Perspektive des Westens auszugehen. Vielmehr muss eine westliche von einer mittel-, ost- und südosteuropäischen Perspektive unterschieden werden. Es gibt nicht die eine Transformation, sondern es gibt viele Transformationen. Erst ein differenzierter Blick auf die jeweiligen Gesellschaften im östlichen Europa ist – wenn es das überhaupt gibt – Garant für ein Gelingen aller Wandlungsprozesse. Die Gruppenarbeit hat uns die Unabdingbarkeit dieses differenzierten Blicks gelehrt.

Bei allen Forschungen zu den Veränderungen im östlichen Europa nach dem Zeitalter des Sozialismus müssen - auch dies ein wichtiges gemeinsames Ergebnis – grundsätzlich zwei Aspekte oder Dimensionen des Wandels unterschieden werden.

Zum einen muss der jeweilige gesellschaftliche Wandel als historisches Phänomen untersucht werden. Doch lassen sich die jeweiligen konkreten Erscheinungen in ihrer Spezifik erst durch den Vergleich angemessen verstehen. Die herausragende Bedeutung des Vergleichs - auch das ein wichtiges Ergebnis - ist neu, spielte doch der Vergleich in den sozialistischen Einheitsgesellschaften und Einheitskulturen kaum eine Rolle. Ein Transformationsverständnis, das nicht je nach untersuchter Gesellschaft zu differenzieren bereit ist, könnte sich schnell dem Vorwurf einer totalitär anmutenden Einheitssicht ausgesetzt sehen.

Neben die Untersuchung der konkreten, historisch gebundenen Phänomene des Wandels und ihres Vergleichs muss aber - auf der nächst höheren Abstraktionsebene - die Analyse der Modellhaftigkeit dieser Prozesse treten. Die gewonnenen Modelle lassen sich weiter verallgemeinern. Auf diesem Wege gelangt man zu einer Typologie des gesellschaftlichen und kulturellen Wandels, die eine weitere Vermittlung erleichtert.

Jenes Stadium des Übergangs und Umbaus, in dem sich die genannten Gesellschaften und Kulturen befinden, wird meist als "Transformation" oder "Transition" bezeichnet. Aus westlicher Perspektive führt dieser Übergang zur Öffnung der Kulturen. Dies wird meist als verstärkte Orientierung östlicher Staaten am Westen verstanden. Allerdings dürfte darin auch ein gewisses Wunschdenken, ob kulturell oder ökonomisch motiviert, zum Ausdruck kommen. Die jeweiligen nationalen Phänomene des Wandels sind hochgradig heterogen. Ihre modellhafte Dimension muss damit ein breites Spektrum von Typen abdecken.

Die östliche Wertung aktueller "Öffnungsprozesse" ist nicht selten eine andere als die westliche. Man sieht darin durchaus auch oder vor allem die damit verbundenen Gefahren, auch im Hinblick auf die eigene Identität. Im Vordergrund stehen aus östlicher Sicht Entwicklungen wie die Selbstvergewisserung in Bezug auf die eigene Kultur, die eigene Nation, die Selbstbefreiung und - gegebenenfalls - auch die Staats- und Nationsbildung.

Diese Diskrepanz der Sichtweisen und Wertungen verdeutlicht, dass Länder des mittleren und östlichen Europa aus westlicher Sicht häufig als bloße Objekte, ja Produkte westlicher Einwirkung erscheinen und also solche in unangemessener Weise ihrer autonomen Existenz beraubt werden. Der Subjektcharakter und die Autonomie des eigenen Handelns und Wertens werden demgegenüber zu Recht eingefordert. Aus östlicher Sicht stehen der innere Wandel und die innere Kultivierung, d.h. die Kultur in einem wörtlichen Sinn, nämlich die Pflege eigener Werte, im Vordergrund.

Gerade in Zeiten radikalen Wandels kommt der Kultur deshalb heute in den Ländern des östlichen Europa eine ganz wesentliche stabilisierende Rolle zu, die vielleicht niemals in der Geschichte so groß war. Eine bloße Annäherung an den Westen, wie sie für Recht oder Wirtschaft propagiert wird, mag durchaus als zu einseitig, wenn nicht sogar destabilisierend und damit auch gefährlich erscheinen.

Die Beschränkung der Forschung auf ein westliches Verständnis von Transformation läuft Gefahr, den neuen Partnern in Europa ein kulturell autonomes Wirken abzusprechen. Sie könnte damit durchaus ein erwachendes Selbstwertgefühl und Selbstbewusstsein in gefährlicher Weise in Frage stellen. Diese Ergebnisse haben alle Projekte gerade auch wegen der Verschiedenheit der Länder und der Diskurse, der literarischen, kirchlichen oder historiographischen, gezeitigt. Mag sich auch im Export eines "wertorientierten Rechtsstaatsbegriffs" ein wünschenswerter "anthropozentrischer Grundansatz" spiegeln, so muss die individuelle Freiheit in den jeweiligen Gesellschaften auch als wünschenswertes Konzept akzeptiert sein. Von der Freiheit des Individuums als oberstem Wert kann aber nicht selbstverständlich ausgegangen werden. Auch Selbstverwirklichung ist noch ein primär westliches Phänomen.

Die westliche Perspektive lässt einen weiteren wesentlichen Aspekt der Transformation außer Acht, nämlich die Transformation im eigenen Land. So bewirken etwa Prozesse der Migration nicht nur eine Stigmatisierung des Fremden als fremd. Vielmehr lässt die Fremdheit der Migranten die spezifische Eigenart der Einheimischen erkennen (G. Simmel). Die sorbische Kultur in Deutschland im Zeitalter der Transformation ist ein Beispiel dafür. Ein Beispiel sind aber auch die in Projekt I untersuchten Migrationen der jüdischen Kontingentflüchtlinge, die die jüdischen Gemeinden in Deutschland bis Mitte der 90er Jahre erheblich verstärkten. Die Gewinne, die Vorteile, etwa für Deutschland sind hier - neben den Belastungen – besonders zu betonen.

Die offenen Kulturen, und als solche verstehen sich die westlichen Gesellschaften traditionell, laufen Gefahr sich durch einen wachsenden Ausschluss fremder Sichtweisen selbst geschlossenen Kulturen wie jenen im einstigen östlichen Europa anzunähern. Umgekehrt zeichnen sich deutliche Prozesse transnationaler Öffnung im östlichen Europa ab, wobei in Polen der Literatur, wie deutlich gezeigt wird, eine Vorreiterrolle bei der transnationalen Öffnung zukommt. Damit muss sich - im östlichen Europa - zum einen das Selbstverständnis von den eigenen Kulturen als offenen etablieren, zum anderen entsteht eine neue gesellschaftlich-kulturelle Konkurrenz, deren Folgen noch nicht absehbar sind. Sie erfordern ein Umdenken in Politik und Wirtschaft. Die Erfahrung des Sozialismus ist nicht nur eine zu überwindende, etwa im Hinblick auf die Einstellung zur Arbeit oder die Planwirtschaft. Die Auseinandersetzung damit, das Anknüpfen an eigene Werte, nicht nur

an fremde, stellt einen Faktor dar, der von einem Konzept, das nur von der "Transformation" der anderen ausgeht, nämlich des östlichen Europa, geflissentlich übersehen wird.

Die Beispiele des "Kulturwechsels" von Schriftstellern verdeutlichen, dass der homogenisierte, tendenziell monolithische Nationalstaat durch eine Vielfalt von kulturellen Modellen, durch Pluralisierung herausgefordert und auch in Frage gestellt werden kann. Der Kulturwechsel trägt so auch zur Herausbildung von Multikulturalität bei. Interkulturelle Austauschprozesse rücken zusehends in das Zentrum auch der östlichen Kulturen. Die verschiedenen Blickwinkel auf ein und dieselbe Erscheinung werden nicht nur zulässig, sondern notwendig. Die Vielfalt hält auf diesem Wege Einzug in alle europäischen Kulturen.

Lange Zeit wurden die östlichen Kulturen politisch instrumentalisiert. Die Fäden eigener kultureller Kontinuität wurden dadurch oft abgerissen. Heute wird versucht, sie wieder aufzunehmen und daran anzuknüpfen. Der Wert, insbesondere der identifikatorische Wert dieses Anknüpfens ist in seiner Bedeutung kaum zu überschätzen. Normative und präskriptive Formen von Sprache und Kultur etwa, die über lange Zeit herrschten, finden in den mittel-, ost- und südosteuropäischen Ländern vielfach ein Ende, allerdings nicht überall.

Von Gesellschaft zu Gesellschaft ist stark zu differenzieren. Darin unterscheiden sich unsere Ergebnisse nicht unerheblich von jenen der Gruppe I, wo etwa "die Probleme und Defizite der Justizsysteme" in den acht MOE-Ländern als ähnliche gesehen werden. Mag dies durchaus zutreffen, so sollten die Unterschiede in den gesellschaftlichen Rahmenbedingungen nicht unterschätzt werden. Dies beginnt bereits mit der Sprache, wenn man etwa an aktuelle Sprachentwicklungen im Kroatischen denkt. An die Stelle von Normierungen treten dort vielfach Differenzierung und Pluralismus. Aber auch die politische Instrumentalisierung der Sprache setzt sich fort. Diese Spannung von Wandel und Kontinuität offenbaren auch die in Moskau durchgeführten Befragungen von herausragenden Kulturträgern.

Mehrsprachigkeit wird als Wert erkannt, die Ausbildung der Kinder an den Schulen erfolgt - etwa in der Ukraine - nicht länger mit einem Lehrbuch in sämtlichen Schulen des Landes. Vielmehr findet eine Vielzahl verschiedener Lehrbücher Verwendung. Es bildet sich auch eine Vielfalt der Konfessionen und Religionsgemeinschaften heraus. Alle diese Faktoren verändern gemeinsam die Bewusstseinslage in der Gesellschaft. Auch diese Prozesse sind in jenen Ländern stärker ausgeprägt, in denen immer schon eine gewisse konfessionelle Vielfalt, wie in der Ukraine, herrschte. Die *eine* Interpretation der eigenen Geschichte weicht ebenfalls einem Auslegungspluralismus. Die Öffnung von Archiven fördert diese Prozesse. Es mag deshalb durchaus als fragwürdig erscheinen, wenn man meint, einheitliche westliche Standards in Recht oder Wirtschaft implementieren zu können, indem man sie einfach auf diese Länder überträgt.

Hybride (multiple) Identitäten werden möglich, so dass sich auch transnationale Konzepte von Identität entwickeln können und zunehmend entwickeln werden. Ihnen dürfte für die Zukunft, vor allem in Europa, eine besondere Bedeutung zukommen, auch wenn ein "bikultureller familiärer Hintergrund", etwa von jugendlichen Aussiedlern in Deutschland bisweilen zum "Integrationsrisiko" (vgl. Gruppe I) werden könne. Dies dürfte ein vorübergehendes Phänomen sein.

Der Grenze kommt dabei eine doppelte Funktion zu: Einerseits grenzt sie ab und stiftet damit Identität, andererseits verbindet sie Räume und hebt Abgrenzungen auf. Gerade die Grenze, der Grenzraum ist, auch dank seiner Multikulturalität, als Brücke, als Übergangsraum zur anderen, bislang fremden Kultur zu sehen. Die jüngste polnische

Literatur dokumentiert in ganz besonderer Weise die gewachsene Bedeutung von - regionalen - Grenzräumen als Übergangsräumen. Die Diskrepanzen zur jeweils anderen Kultur reduzieren sich dadurch. Ab- und Ausgrenzungen werden schwieriger. Die Beziehungen zwischen den Kulturen werden komplexer und differenzierter.

Am Beispiel der gegenwärtigen polnischen Literatur wird dies deutlich. In ihr bildet sich einerseits ein neues lokales, regionales Bewusstsein heraus und andererseits kommt es gleichzeitig - im selben Kulturraum - zu Prozessen der Deterritorialisierung, das heißt zur Aufhebung der traditionellen Einheit von nationaler Literatur und nationalem Territorium. Nationale Territorien und antinationale Kulturen verlieren an Bedeutung.

(Pseudo-)Transformationen zwischen Wandel und Konstanz

National gefasste Kriterien für kulturelles und gesellschaftliches Selbstverständnis, nationale Identitätskonzepte werden im östlichen Europa vielfach obsolet. In den - in der Gruppe II untersuchten -, historischen, konfessionellen und ästhetisch-literarischen Diskursen der Gegenwart wird dies deutlich, wenn auch nicht durchgehend. Das aber macht es fragwürdig, die "Transformationsstaaten" als national definierte Gesellschaften zu behandeln.

Abweichende Ergebnisse zeitigen die Untersuchung der Sprachsituation in Kroatien, aber auch jene der konfessionellen Lage in der Ukraine sowie die historiographischen Analysen in der Ukraine. Die Instrumentalisierung dieser Diskurse, die aus Zeiten des 'Sozialismus' vertraut ist, setzt sich vielfach fort, wenn auch mit umgekehrten Vorzeichen. Damit bestätigt sich der Befund der Kontinuität von Verhaltensweisen wie in Gruppe I. Doch weicht unser Ergebnis darin ab, dass wir in das Zentrum die neuen Funktionen der alten Verhaltensweisen rücken. Diese müssen ernst genommen werden und - aus Sicht unserer Gruppe - nicht nur unter dem Aspekt einer früheren oder späteren Beseitigung gesehen werden. In unserer Gegenwart dominieren nicht selten "nationalistische" bzw. (re-)mythisierende Zielsetzungen. Damit zeichnet sich ein großes Gefahrenpotenzial im Umfeld der so genannten Transformation ab. Die Transformation gibt sich aus diesem Blickwinkel nur als Pseudotransformation zu erkennen.

Es ist damit zu rechnen, dass das Anknüpfen an eigene Traditionen der Annäherung an fremde, westliche, auch im Bereich von Recht und Wirtschaft, den Rang ablaufen wird. Mag man in Gesetzen und Institutionen vielfach die Prinzipien von Rechtsstaatlichkeit und Marktwirtschaft implementieren können, so dürfte dem in der letztlich allein entscheidenden praktischen Umsetzung manches entgegenstehen. Einer - aus unserer Sicht - wenig angemessenen Transformationsgläubigkeit sollte nicht das Wort geredet werden. Vertretern der Politik wäre - nicht weniger als jenen der Wirtschaft - zu raten, eigenen Traditionen der Länder größere Aufmerksamkeit zuzuwenden und die Transformation weniger als einen Import aus dem Westen, denn als Mischung aus westlichen und östlichen Komponenten zu verstehen. Dieses transformatorische Denken sollte vorherrschen, nicht das einseitig-unidirektionale, das heute oft dominiert. Hinter dem heutigen Begriff "Transformation" steht ein den betroffenen Gesellschaften vielfach inadäquates Denken.

Politische und auch wirtschaftliche Diskurse, die von ethnisch, historisch oder staatlich getrennten Entitäten, also etwa Gesellschaften oder Rechtsverhältnissen, ausgehen, bedienen sich häufig tradiert Stereotypen. Sie stoßen damit in einer fremden Kultur schnell auf Unverständnis. In der eigenen Kultur dienen durchaus auch noch Verhaltensweisen, die dem 'Sozialismus' zugerechnet werden, oft aber ältere Wurzeln haben, zur Ausbildung eines neuen Selbstwertgefühls. So haben die Untersuchungen zur Funktion der Geschichts-

schreibung in der heutigen Ukraine gezeigt, dass diese eine die eigene Nation legitimierende ist. Dies sind wichtige Prozesse der Selbstwertfindung, die ernst genommen und nach Möglichkeit unterstützt werden müssen. Sie verlaufen jenseits aller Transformationen, können aber auch zur Abwehrreaktion gegen Transformation werden (die eigene Geschichte als Rückzugsgebiet des Nationalen), wenn diese als bloße Annäherung an westliche Standards und damit als Aufgabe eigener Standards verstanden wird.. Ganz ähnliche Ergebnisse zeigten sich ja auch in der Untersuchung zum Arbeitsbegriff und Alltagsverständnis im Postsozialismus (Roth, Gruppe I).

Selbst dort, wo die eigene Kultur in ihrer ethnischen oder nationalen Spezifik gefährdet erscheint, wird die transnationale kulturelle Einbindung durchaus auch als eine mögliche Perspektive für künftige Entwicklungen gesehen. Die Kultur der Sorben zeigt dies deutlich. Die eigene Kultur muss dabei aber immer in neue, 'transformierte' Zusammenhänge einfließen. Sonst ist eine Identifikation nicht mehr möglich.

Kategorien der Grenze, der Vermittlung (der Übersetzung) sind differenziert zu behandeln. Sie sind dann von untergeordneter Bedeutung, wenn sich eine Kultur (geschichtlich, aktuell) als kulturell offen, als pluralistisch versteht. Kleinere Kulturen könnten hierin einen Entwicklungsvorsprung bzw. einen typologischen Vorzug haben, weil ihnen die Notwendigkeit der Öffnung bisweilen stärker eingeschrieben, ihre Bilingualität oder Bikulturalität stärker ausgeprägt ist. Man kann dabei an die Zweisprachigkeit vieler Slowaken oder der Sorben denken. Es gibt aber auch Grenzen, die neu gezogen werden und die auch jetzt die Funktion der Abgrenzung haben. Eine die eigene Gesellschaft legitimierende Geschichtsschreibung gehört dazu. Solche Abgrenzungen mögen dabei durchaus als sinnvoll erscheinen und - so paradox dies zunächst klingen mag - trotz neuer Grenzziehung der Annäherung dienen. Man mag darin das Paradox der Transformation schlechthin sehen.

Um ein Paradox handelt es sich deshalb, weil die Transformation erst erfolgreich sein kann, wenn zwei in sich gefestigte, selbstbewusste Partner imstande sind, miteinander zu kommunizieren. Beide Prozesse, jener der Öffnung von Grenzen wie auch jener der Ziehung von Grenzen dürfte in diesem Fall einer Annäherung der Gesellschaften und Kulturen förderlich sein. Viele Kulturen der Pseudotransformation instrumentalisieren aber erneut die eigene Kultur, so wird etwa in Kroatien die Sprache instrumentalisiert, jedoch nun zu eigenen nationalen Zwecken.

Identität definiert sich in der Gegenwart vielfach neu, insbesondere transnational. Die Literatur, die Kunst allgemein, entwirft hierbei bisweilen richtungsweisende Utopien. Die Utopien verlangen bisweilen auch konkrete Handlungsoptionen, verlangen ein anderes Denken. Ein Dichter wie J. Gruša hat trotz der Zugehörigkeit zu bestimmten Territorien (Nationen), Tschechoslowakei oder Deutschland, immer ein die eigene Kultur in Richtung auf die andere und weitere Kulturen transgredierendes Kulturmodell propagiert. Rilke oder Schillers "Wallenstein" waren für ihn immer schon ebenso Teil eines nicht mehr national tschechisch zu definierenden Kulturmodells wie der deutsch dichtende Gruša selbst eines deutschen.

In anderen gesellschaftlichen und kulturellen Zusammenhängen, z.B. in der legitimierenden Geschichtsschreibung oder in den kroatisierenden, serbischen Spracheinflüssen abwehrend gegenüber stehenden Bestrebungen im heutigen Kroatien ergibt sich ein diametral entgegengesetztes Bild: Nationale Abgrenzung und Selbstfindung steht hier allein im Vordergrund oder spielt zumindest eine wichtige Rolle. Es wäre wohl irrig zu meinen, dass solche Faktoren der Beharrung nicht gleichermaßen in anderen gesellschaftlichen Bereichen wie Politik, Recht oder Wirtschaft zu finden sind, bildet die Gesellschaft doch

jeweils ein Ganzes. Das Beharren mag dabei - die Ergebnisse von Gruppe I zeigen dies überwiegend - als störend empfunden und damit als zu beseitigend bewertet werden.

Doch das ist nur die eine Seite. Die Funktion dieser gesellschaftlich-kulturellen Konstanz, das Bestehen auf der eigenen Entwicklung und die Einforderung der eigenen Werte sollten nicht nur ernst genommen, dem sollte auch weitgehend Rechnung getragen werden. Gesellschaftlicher und kultureller Wandel und gesellschaftliche und kulturelle Konstanz sind in den so genannten 'Transitionstaaten' spannungsvoll aufeinander bezogen. Es wäre falsch, diese Spannungen in die eine oder andere Richtung aufzulösen. Beiden Polen muss man gerecht werden, will man einen erfolgreichen gesellschaftlichen Wandel in Europa erreichen.

Die Ergebnisse der Gruppe I zur Migration machen etwa deutlich, dass ein Teil der Bevölkerung der "Sendeländer" niemals migrieren wird, da die Migrationsentscheidung auch eine Risikoentscheidung ist. Doch ist es aus unserer Sicht verkürzt, dieses Risiko auf "Lohndifferenzen" zwischen dem eigenen Land und dem möglichen Gehalt im Gastland herunterzurechnen. Vielmehr geht es hier um das Risiko, die eigene Heimat – zweifellos ein traditionell besonderer Wert in den vielfach besonders volksverbundenen Gesellschaften des östlichen Europa (man denke nur an die dortige Rolle der Folklore) –, die eigene Identität preiszugeben. Die Bereitschaft jener, die sich gegen Migration entscheiden, die aus gutem Grunde nicht gewählte Fremde dennoch im eigenen Land im Zuge einer Transformation zu akzeptieren, dürfte gering sein. Dies gilt es besonders zu berücksichtigen.

Der gerne gebrauchte Begriff Postsozialismus ist deshalb hoch problematisch. Er verfügt über eine suggestive Wirkung, die der kritischen Reflexion bedarf. Bloß zeitlich verstanden meint "Postsozialismus" die Gesellschaftsform nach dem Sozialismus. Er kann aber auch qualitativ als eine andere denn sozialistische Gesellschaftsform aufgefasst werden. Meist schwingen beide Bedeutungen mit, wobei letztere unangemessen ist.

Wenn in der Gruppe I vom "Umbau der sozialistischen Strukturen und Verhaltensweisen" die Rede ist, so muss in diesem Zusammenhang auch mit einem Anknüpfen an prä- oder nichtsozialistische Strukturen gerechnet werden. Die Vorstellung vom bloßen "Umbau" geht von einer "monodirektionalen" 'Anpassung' an die neuen, sprich westlichen "Bedingungen" aus. Altes muss in dieser Logik verschwinden. Es wurde bereits deutlich, dass diese Konzeption nicht zum Erfolg führen dürfte. Vielmehr sollte wohl auch langfristig von einer Synthese von Anpassung (Bruch, Wandel) und Fortführung eigener Verhaltensweisen (Kontinuität, Konstanz) ausgegangen werden.

Kulturelle Reflexion – ein Praxisbezug der eigenen Art

Praktische Verwendbarkeit wissenschaftlicher Ergebnisse, die Anwendungsbezogenheit ist ein wesentliches Merkmal von forost. Dieser Praxisbezug hat aber viele Dimensionen, seine Umsetzung eins zu eins könnte sich allerdings schnell als kontraproduktiv erweisen.

Modelle der Erkenntnis finden sich in den verschiedensten gesellschaftlichen und kulturellen Bereichen. Unterschiedlichste Diskurse mögen zum besseren Verständnis dieser komplexen Prozesse dienen. Es dürfte aber in die Irre führen, wenn man meint, nur der direkte Weg sei der angemessene, etwa bei der Analyse der vielfältigen Veränderungsprozesse im östlichen Europa.

Auf dem direkten Weg werden häufig die zuerst sichtbaren und für viele sogleich spürbar werdenden gesellschaftlichen Phänomene untersucht, also zum Beispiel die "Einführung"

von Demokratie und Marktwirtschaft. Konkrete politische, wirtschaftliche oder rechtliche Veränderungen, etwa Parteienbildung oder die Einführung rechtstaatlicher Institutionen. Diese schaffen meist grundlegende Voraussetzungen für das Leben und Überleben.

Diese Prozesse des Wandels und der Transformationen sind aber u.a. aufgrund des existenziellen Drucks, dem sich viele Menschen im Land ausgesetzt sehen, nicht selten eher oberflächlich und instabil. Mit der zunehmenden Verbreitung von Gerichten und ihrer Stützung von horizontalen Vertragsbeziehungen wird sicher auch der Boden für ein neues Rechtsbewusstsein bereitet. Doch dieser sollte nicht unabhängig von dem in der Kultur bereits vorhandenen Rechtsempfinden verankert werden. Nur wenn Ersteres auf Letzterem aufbaut, kann es zu stabilen rechtsstaatlichen und marktwirtschaftlichen Verhältnissen kommen. Parteien sind zum Beispiel ein Fremdkörper in Gesellschaften mit Einheitsparteien. Vielleicht auch deshalb bilden sie sich im heutigen Russland nur als Zweckverbände aus Anlass bevorstehender Wahlen.

Die Einführung rechtlicher Normen westlicher Staaten, etwa in der Ukraine, ist sicher von grundlegender Bedeutung. Zweifellos kann dieser Wandel aber nur dann dauerhafte Ergebnisse zeitigen, wenn die Kulturwissenschaften das historisch gewachsene Rechtsempfinden, etwa in der Ukraine, in seiner Spezifik und Wirkung reflektieren. Rechtsnormen müssen eine tiefe innere Akzeptanz finden. Sie haben - auch oder gerade, wenn sie aus dem Westen kommen - eine geringere Chance auf dauerhafte und wirksame Gültigkeit, wenn sie dem nationalkulturellen, historisch gewachsenen Rechtsempfinden zuwider laufen oder dies unberücksichtigt lassen. Die Instabilität im Bankensektor, die zudem mit geringer Effizienz einhergeht (vgl. Gruppe I), habe ihre Ursachen nicht in den neuen Konkurrenzverhältnissen. Erklärungen können und sollten hier u.a. in der national spezifischen Einstellung zum Eigentum gesucht werden.

Jene Bereiche des gesellschaftlichen Lebens, jene Menschen, die dem Transformationsdruck, ob er von außen oder von innen ausgeübt wird, in besonderer Weise ausgesetzt sind, handeln häufig aus einer konkreten, für sie eventuell auch punktuell vorteilhaften Situation heraus. Was aber zusätzlich nötig sein dürfte, ist die dauerhafte Implementierung des Wandels. Jene gesellschaftlichen Bereiche und Personen, die dieser existenziellen Abhängigkeit nicht ausgesetzt sind, dürften oft verlässlichere und stabilere Indikatoren für das Gelingen von Wandlungsprozessen sein. Dazu gehören sicher auch Künstler. Der Erforschung der Kultur kommt deshalb ein wesentliches relativierendes, ja korrigierendes Moment für die Erforschung von 'Transformation', d.h. von aktuellen Wandlungsprozessen zu. Diese Rolle der Kultur und ihrer Erforschung in diesen Funktionszusammenhängen wird nach wie vor unterschätzt. Eine gewisse Transformationsferne der untersuchten Phänomene dürfte bei der Erforschung der Prozesse des Wandels im östlichen Europa von unverzichtbarem Vorteil sein.

Die Literatur- und Kulturwissenschaften analysieren aber nicht die primären Phänomene des Wandels auf dem Bankensektor oder im rechtsstaatlichen System sowie deren unmittelbare Auswirkungen auf das gesellschaftliche Leben. Gegenstand der Kulturwissenschaften ist vielmehr die *Reflexion* dieser primären Phänomene in der Gesellschaft und die Erforschung der Potenziale ihrer dauerhaften Verankerung.

Das aber heißt, dass der Gegenstand unserer kulturwissenschaftlichen Analyse ein anderer ist. Es sind nicht - nur - die sichtbaren Veränderungen, sondern es sind bereits Deutungen dieses Wandels, die nicht den Wandel selbst, sondern das Verstehen des Wandels in seinen Ursachen und Folgen zum hauptsächlichen Gegenstand erheben. Diese haben immer einen größeren kulturellen Zusammenhang zu berücksichtigen. Damit bewegt sich die kulturwissenschaftliche Forschung auf einer anderen Reflexions- und Analyseebene als die

genannten Wissenschaftsdisziplinen. Diese Distanz zur praktischen Anwendung und die kulturwissenschaftlich geführte Reflexion der Prozesse des Wandels dürften den Kulturwissenschaften durchaus zum Vorteil gereichen. Damit wird nicht nur ein eventuell kurzsichtiger Praxisbezug relativiert, sondern ein gleichsam relativierender sekundärer Praxisbezug als unverzichtbare Komponente verankert.

Dieser Befund mag manchen als paradox erscheinen: Dem Paradox fügt sich in dieser Logik aber demnach das Paradox des Praxisbezugs an. Danach sind jene Diskurse, die aufgrund ihrer existenziellen Rolle in die Prozesse des Wandels so sehr eingebunden sind, dass es ihnen kaum möglich ist, auf reflektorische Distanz zu gehen, denkbar wenig geeignet, die Dauerhaftigkeit von Wandlungsprozessen zu garantieren. Die Objektebene des Wandels, etwa im Rechtssystem oder in der Marktwirtschaft, ist von der kulturwissenschaftlich fundierten reflektierenden Bewertung dieser Prozesse zu begleiten. Erst die Komplementarität beider schafft einen angemessenen Praxisbezug.

Im Land selbst - auch das sollte nicht vergessen werden - stellt die Anwendung der Forschungsergebnisse in der universitären Lehre einen Praxisbezug von anderer Natur dar. Das Vortragswesen ist darüber hinaus ebenfalls sinnvoll, allerdings vor allem dort, wo es sich nicht auf Vorträge im engen oder gar engsten forost-internen Rahmen beschränkt, sondern sich gezielt an Multiplikatoren und tatsächliche Anwender wendet.

Prozesse des Wandels im östlichen Europa bedingen - wie wir gesehen haben - immer auch Prozesse des Wandels im westlichen Europa. Prozesse der Vertrauensbildung im westlichen Europa müssen, wenn sie erfolgreich und dauerhaft sein sollen, im Rahmen des Forschungsverbundes immer im Kontext des Wandels im östlichen Europa gesehen werden. Dies gilt auch umgekehrt. Folgerichtig ergibt sich daraus die Notwendigkeit einer Reflexion und Selbstevaluation dieses Tuns.

Deshalb mag an dieser Stelle die Frage erlaubt sein, die sich aus dem eben Gesagten ergibt, für einen Forschungsverbund zum östlichen Europa aber eher blasphemisch anmuten mag. Wenn auch die westlichen Staaten vom Wandel im östlichen Europa so grundlegend betroffen sind, warum werden die Prozesse des Wandels nur im östlichen Europa untersucht, warum nicht auch im westlichen Europa, warum - vor allem nicht vergleichend zwischen hier und dort? Das Projekt zum Kulturwandel in der sorbischen Kultur hat dies in Gruppe II unternommen und im Vergleich interessante Wechselbeziehungen aufgezeigt.

Kapitel 8 Untersuchungen zum Sprachbewusstsein in Kroatien

Peter Rehder / Miloš Sedmidubský / Boris Neusius

Zielsetzung und Leitfragen des Projekts

Die Nachfolgestaaten des ehemaligen Jugoslawien weisen eine hohe Emotionalisierung und Politisierung der Sprachenfrage auf. In Kroatien trat das Kroatische die Nachfolge des früheren Serbokroatischen an. Aus der Sicht der jeweiligen Nationalphilologie, der politischen Eliten, aber auch großer Teile der veröffentlichten Meinung, ist diese Nationalsprache als eigenständige Standardsprachen zu betrachten. Diese sprachpolitische Zielsetzung steht vor allem für eine "Unterscheidbarkeit" der eigenen Nationalsprache bzw. für eine deutliche Abgrenzung von anderen, konkurrierenden Sprachformen – insbesondere dem Serbischen. Die Sprache und damit auch die Kommunikation unterliegen somit "Transformationsprozessen" die jeden berühren.

Welche Einstellungen, Bewertungen und Urteile über diese Veränderungen sind nun bei den einzelnen Bürgern dieses Landes zu finden?

Diese Einstellungen und Wertungen sind im Sprachbewusstsein aufgehoben. Im Rahmen dieser forost-Untersuchung wird Sprachbewusstsein als ein empirisch fassbares, alltagsweltliches, "naives" (vortheoretisches) Wissen um die Sprache verstanden.

Ob zwischen Sprachbewusstsein, Sprachpolitik, Sprachgebrauch und Kommunikationsverhalten ein Zusammenhang besteht, wurde in diesem forost-Projekt untersucht. Welches Sprachbewusstsein bringen die Menschen in Kroatien zum Ausdruck? Wie wirkt sich Sprachbewusstsein auf Sprachgebrauch und Kommunikationsverhalten aus, welche Rolle spielt die Sprache bei der (kulturellen bzw. nationalen) Identitätsbildung und welche Einstellungen bestehen gegenüber anderen Sprachformen und deren Sprechern? Und schließlich: an welchen Sprachkonzeptionen und Sprachideologien orientieren sich die Sprecher? Solche Fragen leiteten die Untersuchungen.

In diesem Sinne dient das Sprachbewusstsein:

- Als Mittel zur sprachlichen Integration in die Sprechergemeinschaft reguliert Sprachbewusstsein die Unterscheidung zwischen richtigem und falschem Sprechen.
- Im Sinne der Schaffung einer sprachlich begründeten sozialen und kulturellen Identität leistet es die Abgrenzung gegenüber Sprechern anderer Varianten der eigenen Sprache sowie gegenüber Sprechern anderer Sprachen.

Sprachbewusstsein spielt damit nicht nur eine große Rolle im Prozess des Sprachwandels, sondern eben auch in Bezug auf die Definition bzw. Herausbildung einer einzelnen Sprache.

Die Untersuchungen fanden mittels Einzel- und Gruppengespräche in der kroatischen Hauptstadt Zagreb statt. Als Untersuchungsmethode diente das so genannte halbstrukturierte, Leitfadenorientierte Tiefeninterview. Das ist ein Mittelweg zwischen vorgegebenen Fragen und völlig offenem Erzählenlassen (bzw. dem flexiblen Eingehen auf den Interviewpartner). Man versucht dabei, die Thematik in Breite und Tiefe möglichst

weitgehend abzudecken und so vielfältige aber trotzdem vergleichbare Informationen zu erhalten. Die Offenheit der Fragen bietet den Gesprächspartnern die Möglichkeit, die Antwort selbständig zu formulieren. Erst in der Auswertungsphase werden die Antworten dann bestimmten Kategorien zugeordnet. Diese Art der Fragestellung hat den Vorteil, dass unerwartete Bezugssysteme relativ schnell aufgedeckt werden können. Auch lässt diese Methode zu, dass der Gesprächskontakt und das Interesse am Interview nicht durch fixierte Fragebögen zerstört werden, denn diese Gesprächsform kommt einer natürlichen Gesprächssituation durchaus nahe. Sie setzt allerdings beim Interviewpartner hohe Motivation, gute Informiertheit über den Untersuchungsgegenstand und ein hohes Artikulationsvermögen voraus. Natürlich kann keine völlige Spontaneität der Gesprächsführung erreicht werden. Die Befragungssituation durch den Interviewer löst immer wieder themenfremde Effekte bei den Interviewpartnern aus, die z.B. wiederholt versuchten durch Gegenfragen die Antworterwartungen des Interviewers zu erkunden.

Dieses Verzerrungsrisiko scheint in Gruppendiskussionen geringer zu sein. Dort stellte sich aber das Problem, dass gruppenspezifische Selbstverständlichkeiten von den Gesprächsteilnehmern im Allgemeinen als bekannt vorausgesetzt und praktisch nie ausgesprochen werden. Gleiches gilt auch für die im bisherigen Zusammenleben der Gruppe herausgebildete Aktualisierung bzw. Vermeidung bestimmter Themen.

Wegen der genannten Vorzüge und Nachteile erwies sich die Kombination beider Verfahren — Einzel- und Gruppengespräche — als sinnvoll.

In der Auswertung wurden in einem ersten Schritt die vorhandenen Wissensbestände verglichen, d. h. erfasst, wo kollektive und individuelle Typisierungen identisch sind. Der nächste Schritt ist die Bestimmung jener Bereiche, in denen kollektive und individuelle Typisierungen Diskrepanzen aufweisen. Aus der Gegenüberstellung konnten folgende Fragestellungen beantwortet werden: Lassen sich in der Diskrepanz zwischen kollektiven und individuellen Typisierungen mögliche Konfliktquellen aufzeigen? Deuten diese Diskrepanzen einen möglichen zukünftigen Wandel an?

Im Detail wurden folgende Problembereiche abgefragt und analytisch ausgewertet:

- Fragen zur Sprachnormproblematik
- Angaben zur Frequenz, zum persönlichen Sprachgebrauch sowie Bewertungen von "falsch" und "richtig"
- Metasprachliche Bewertungen und kritische Einschätzung des eigenen Sprachgebrauchs; Welche Eigenschaften der Sprache werden wie bzw. mit Hilfe welcher Kategorien wahrgenommen?
- Fungiert Sprache als Symbol für die Abgrenzung gegenüber benachbarten Sprachgruppen (z.B. Verhältnis Kroatisch – Serbisch – Bosnisch)? Wenn ja, welche Faktoren werden zur Identifikation und Beschreibung von Unterschieden zwischen einzelnen Sprachen benutzt.
- Subjektive Sprachgrenzen: Welche geographischen/regionalen Grenzen geben die Informanten für ihre Sprache an?
- Welche Rolle weisen die Informanten der Sprache bei der Bestimmung ihrer eigenen Identität zu?
- Sprache als Bindeglied zur Vergangenheit (Entstehung und Geschichte der Sprache): Welche Vorstellungen gibt es hinsichtlich der historischen Entwicklung der

Sprache? Was wird über den Ursprung bzw. Entwicklung des Kroatischen angenommen?

Gesamtergebnis der Forschungsarbeit

Das Ergebnis der ausgewerteten Interviews bietet eine Momentaufnahme in einem länger andauernden Reflexionsprozess über Sprache in dieser Region. Eines der auffallenden Phänomene bei der Erstellung der Interviews war das meist überaus große Interesse, das die Informanten dem Untersuchungsgegenstand beigemessen haben. Gleichzeitig wurde der Umgang mit dem Thema Sprache als problematisch empfunden.

Besonderes Interesse zeigten die Informanten gegenüber den sprachlichen Veränderungen in Kroatien während der letzten Jahre. Diese Änderungen beziehen sich sowohl auf den persönlichen Sprachgebrauch als auch auf den Sprachgebrauch der kroatischen Sprachgemeinschaft insgesamt. Diese Entwicklung wird z.T. als Prozess der *sprachlichen wie auch nationalen Bewusstwerdung* (jezično osviješćenje) empfunden. Als Gründe für diese Sprachveränderungen werden vor allem extralinguistische Aspekte angeführt. Nicht selten bilden politische und ideologische Einstellungen und Wertungen den eigentlichen Hintergrund für die geäußerten Einstellungen und Bewertungen. Es wird auch häufig auf die sprachpolitischen Bestrebungen der "Rekroatisierung" Bezug genommen, deren Zielsetzung man mehr oder weniger wohlwollend akzeptiert. Der "ideale" Sprachgebrauch wird in Opposition zu anderen Sprechweisen gestellt, die ‚nicht kroatisch‘ bzw. ‚nicht rein kroatisch‘ sind.

"Gutes bzw. richtiges" Kroatisch wird vor allem vom Wortschatz bzw. der Wortwahl eines Sprechers abhängig gemacht. Richtig" ist, Serbismen zu vermeiden. Indirekt ist damit auch "schlechter", bzw. "falscher" Sprachgebrauch definiert. Im Hintergrund steht die Fähigkeit der Sprecher, eine bestimmte Spannweite national oder regional markierter Sprachformen als "zugehörig" oder "fremdartig" zu erkennen.

Ein großer Teil der Informanten lehnt die sprachpuristischen Bestrebungen allerdings ab, oder akzeptiert sie nur begrenzt. Dies überrascht insofern, als die Informanten bei zahlreichen anderen Phänomenen ganz mit den Anforderungen des institutionalisierten Sprachgebrauchs konform gehen. So wird die Nationalsprache von den meisten Informanten als wesentliches Kriterium zur Bestimmung der eigenen kulturellen Identität erlebt. Gleiches gilt für die Bestimmung des Kroatischen als Einzelsprache. Dies alles gilt selbstverständlich nur in Abstufungen.

Der aktuelle Sprachgebrauch in Kroatien wird von den meisten Gesprächspartnern negativ eingeschätzt. Das Bedauern, dass man heute in Kroatien "schlechtes Kroatisch" spreche, ist eines der Themen, das in vielen Interviews vorkommt. Verbunden damit ist eine gewisse *sprachliche Verunsicherung* feststellbar. Viele Informanten glaubten selbst Regelverletzungen zu begehen bzw. waren sich der geltenden Normen nicht sicher. Andererseits zeigte sich auch die Neigung zu einer gewissen "Überkorrektheit" im Sprachgebrauch bzw. zu einem kommunikativen Beharren auf bestimmten Ausdrucksformen.

Als ein weiteres Untersuchungsergebnis ist festzuhalten, dass die in den Interviews geäußerten Sprachbewusstseinsinhalte zum wesentlichen Teil in Form stark schematisierter Stereotypisierungen zum Ausdruck gebracht werden. Besonders deutlich zeigte sich das bei den Beschreibungen benachbarter Sprachformen, vor allem des Serbischen.

Deutlich erkennbar war bei allen Interviews das ausgeprägte Bedürfnis nach einer festen sprachlich-kulturellen Identität. Sprache dürfte in dieser Region, soviel zum Gesamt-

ergebnis, noch über längere Zeit eine starke symbolische und Identitätsstiftende Funktion ausüben.

Anwendungsfelder

Der Untersuchungsgegenstand ‚Sprachbewusstsein‘ erfasst den öffentlichen Raum wie auch beruflichen Alltag, Schule und Familie gleichermaßen. Von Gewinn kann die Untersuchung vor allem in folgenden Bereichen sein:

Der kritische Diskurs im öffentlichen Raum. Kritisches Sprachbewusstsein in Publikationen verschiedener Art überschreitet den eng gefassten Raum der wissenschaftlichen Auseinandersetzung und kann darüber mittelfristig ebenfalls institutionalisierte Wirkung zeigen.

Medien: Dies umfasst vor allem den kritischen, medialen Umgang mit den gesellschaftlichen Sprachgebrauch, wie auch mit dem Sprachgebrauch der politisch Handelnden, vor allem in Form von Sprachglossen etc. Hierin liegt sowohl die Möglichkeit für Propaganda wie auch für deren Bekämpfung.

Bildung und Erziehung: Die Anwendung der Ergebnisse in Institutionen der Erwachsenenbildung, Akademien, Volkshochschulen sowie Öffentlichkeitsabteilungen politischer Institutionen, wie z.B. Stiftungen sowie allgemein politische Bildungsarbeit kann ebenfalls zur Entideologisierung des Sprachbewusstseins beitragen.

All diesen Segmenten ist der Abbau negativer Einstellungen und Wertungen gemeinsam, was für ein dauerhaft friedliches Neben- und Miteinander in einem gemeinsamen Europa unerlässlich ist.

Kapitel 9

Die Rolle der Geschichte und des Geschichtsbewusstseins in der Ukraine nach dem Zerfall der Sowjetunion

Ekkehard Völkl / Christian Seidl

Zielsetzung und Leitfragen

Der komplexe Transformationsprozess derjenigen Staaten, die nach dem Zusammenbruch der kommunistischen Systeme erstmals ihre Unabhängigkeit erlangten, ist zusätzlich zu den Fragen des Systemwechsels auch mit einer Standortsuche konfrontiert. Es ist für diese Länder notwendig, sich einer kollektiven Selbstfindung und dem Aufbau eines gemeinsamen Selbstverständnisses als Volk und als Staat zu stellen. Der nationalen Geschichtsschreibung kommt dabei eine besondere Bedeutung zu, bietet sie doch ein breites Reservoir an Argumenten und Kriterien zur Auswahl und Interpretation und macht damit sowohl die Rekonstruktion eines geschichtlichen Hintergrundes, wie auch dessen Neu-Neukonstruktion möglich. Die Ukraine mit ihrer äußerst heterogenen Bevölkerung blickt zwar über viele Jahrhunderte sehr komplexer Vergangenheit zurück, aber das Fehlen einer einheitlichen Geschichtsschreibung macht die notwendige Identitätsfindung nach dem Systemwechsel zusätzlich kompliziert.

Dieses forost-Projekt überprüfte die historiographischen Perspektiven, wie sie ab 1991 in der Ukraine in dort erschienenen Zeitschriften und Journalen, fach- und populärwissenschaftlichen Monographien (auch solchen, die im Grenzbereich zwischen Zeitgeschichte und Politikwissenschaft angesiedelt sind), in Sammel- und Nachschlagewerken zum Ausdruck kommen. Eine insgesamt sehr zeitaufwendige Sammeltätigkeit, mit dem Ziel, die verstreuten und teilweise in einfachem Verfahren hergestellten Veröffentlichungen in der derzeitigen Unübersichtlichkeit des ukrainischen Verlags- und Publikationswesens überhaupt zu erfassen, aufzulisten und zu systematisieren.

Im nächsten Schritt wurde dieses Material daraufhin untersucht, welche Themen im Mittelpunkt des Interesses der Fachwissenschaft stehen und welche historischen Sichtweisen in der Ukraine nach 1991 vorherrschen:

- Werden bestimmte Geschichtsbilder für politische Zwecke "verwendet" oder gar missbraucht?
- Kann Geschichte den Menschen in der gegenwärtigen Umbruchsphase eine Orientierungshilfe bieten?
- Welchen Beitrag kann die Geschichtswissenschaft im Prozess von Nations- und Staatsbildung der Ukraine leisten?

Die Untersuchung dieser Fragen liefert nicht nur einen fachwissenschaftlichen Beitrag, sondern auch weiterreichende Erkenntnisse von allgemeinem Interesse über Geschichtsbilder und Vorstellungen in der gegenwärtigen Ukraine. Zumal ein solches Bild - in welcher Richtung es sich auch immer einpendelt und verfestigt - in politische Entscheidungen (Außen- und Sicherheitspolitik, aber auch in wirtschaftspolitische Fragen) einfließt bzw. deren Basis und Hintergrund für Außenstehende erst verständlich machen und in der Entwicklung politischer und kultureller Beziehungen als Orientierungshilfe dienen kann.

Selbstverständlich wurden wissenschaftliche Zuverlässigkeit, Quellengenauigkeit, Originalität, methodologische und konzeptionelle Ausrichtungen und kritisch-vorsichtiger Umgang mit Schlussfolgerungen sorgfältig überprüft.

Gesamtergebnis

Die Bestandsaufnahme der im Jahrzehnt nach der Unabhängigkeit in der Ukraine erschienenen geschichtswissenschaftlichen Literatur zeugt von einer äußerst regen und von den Fesseln des Interpretationsmonopols der kommunistischen Partei befreiten Publikationstätigkeit der ukrainischen Historiker. Neben konzeptionellen und methodologischen Neuerungen vollzog sich vor allem eine deutliche, von zahlreichen Brüchen wie auch Kontinuitäten gekennzeichnete Wende in der Beschreibung der ukrainischen Geschichte im 20. Jahrhundert. Die veränderten Schwerpunkte lassen sich allgemein in zwei größere Bereiche unterscheiden. Zum einen handelt es sich dabei um die Aufarbeitung der kommunistischen Herrschaft in der Ukraine, und damit auch mit den stalinistischen Massenverbrechen in der Ukraine. Z.B. sind in einer 2001 erschienenen Bibliographie zur Hungersnot 1932 - 1933 (Holodomor v Ukraïni) über 2.200 Titel für die Zeit seit 1991 verzeichnet. Studien dieser Art haben für die Bildung eines neuen, anderen, gemeinsamen ukrainischen Geschichtsbewusstseins zweifelsohne nicht zu überschätzende Bedeutung. Ein Zugang, der sich – verständlicherweise – stark auf Terror und Repression reduziert, blendet gleichzeitig viele wichtige Bereiche der kommunistischen Vergangenheit der Ukraine weitgehend aus. Die Diskussion über die Bedeutung und Interpretation der Sowjetherrschaft in der Ukraine sowie deren Historisierung – in ihrer Nachhaltigkeit etwa mit der Fischer-Kontroverse oder dem Historikerstreit bei uns vergleichbar – ist bisher bezeichnenderweise ausgeblieben. Überwiegend werden kommunistische Herrschaft, und damit implizit auch das sowjetische Erbe in postsozialistischer Zeit, als von außen herangetragen betrachtet.

Der zweite große Themenkomplex bezieht sich auf den Prozess des sog. nation-building in der Ukraine. Als wichtigste Kristallisationspunkte im 20. Jahrhundert gelten hier die ukrainische Revolution 1917 - 1921, die Ukrainisierung in den 20er Jahren und die Zeit des Zweiten Weltkrieges, die mit den Themenschwerpunkten OUN und UPA zunehmend als nationaler Befreiungskampf interpretiert und nicht selten zur Apologie übersteigert wird. Aspekte wie die ukrainische Kollaboration mit dem nationalsozialistischen Besatzungsregime allerdings werden noch deutlich vernachlässigt.

Andere interessante Themenbereiche wie z.B. die Geschichte der nationalen Minderheiten in der Ukraine oder etwa die Kirchengeschichte gewinnen zwar langsam an Bedeutung, warten aber noch immer auf umfassende Bearbeitung und Aufmerksamkeit.

Die Tatsache, dass Transformation im Fall der Ukraine nicht nur politischen, ökonomischen und gesellschaftlichen Systemwandel, sondern zugleich auch eine Staats- und Nationsbildung bedeutet, stellt nicht zuletzt auch für die Geschichtswissenschaft eine große Herausforderung dar. Die gegenwärtige Umbruchphase beginnt sich von der sowjetisch-marxistischen und "großrussischen" Geschichtskonzeption zu emanzipieren und ermöglicht eine Öffnung nach innen (Zugänglichkeit von bisher verschlossenen Archivmaterialien) und nach außen (Kontakte und Kooperationen mit ausländischen Fachkollegen und deren Publikationen).

Aber auch jetzt ist zu berücksichtigen, dass Vergangenheitsbewältigung immer "in die Machtfrage als ein Mittel eingebunden ist, um eine neue Ordnung fest zu verankern und zu legitimieren" (Lutz-Dieter Behrendt). Gerade jüngste Veröffentlichungen zum zehnjährigen Jubiläum der staatlichen Unabhängigkeit weisen in der Interpretation dieser Zeit eindeutig Züge einer Legitimationswissenschaft auf. Der, zumindest anfänglich, relativ

unkritischen Rezeption der westlichen und in besonderem Maße der exil-ukrainischen Fachliteratur, folgte bei der Mehrheit der ukrainischen Historiker die Übernahme eines vorwiegend national-ukrainischen Forschungsparadigmas. Eindringlichstes Beispiel hierfür ist die Konstruktion eines "nationalen Mythos" (Andreas Kappeler) von einer "tausendjährigen staatlichen Tradition der Ukraine". Bezeichnenderweise ist diese Auffassung schon in der Unabhängigkeitserklärung von 1991 festgeschrieben.

Trotzdem ist die Öffnung der Archive für die wissenschaftliche Forschung für die weitere Entwicklung der ukrainischen Geschichtswissenschaft von weitreichender Bedeutung. Dies trifft besonders für die Bereiche der ukrainischen Geschichte zu, deren wissenschaftliche Bearbeitung zu Sowjetzeiten entweder gänzlich unmöglich oder lediglich unter dem Diktat der Interpretation der kommunistischen Partei möglich war. Jetzt bietet sich die Gelegenheit, die bisherigen Forschungsdefizite nach und nach zu beheben. Neben dem Archivstudium selbst ist die Edition von bisher unter Verschluss gehaltenen Dokumenten für eine Weiterführung der Forschung entscheidend. Inzwischen sind für Zeit der Sowjet-ukraine mehrere Quellensammlungen – vorwiegend mit Schwerpunkt auf den stalini-stischen Massenverbrechen oder auch der UPA – publiziert worden, für die überwiegende Mehrheit anderer historischer Aspekte des 20. Jahrhunderts fehlen allerdings noch immer fundierte Quelleneditionen, die auch nur annähernd etwa mit neuen Quellensammlungen aus russischen Archiven vergleichbar wären.

Auch ukrainische Geschichtsschreibung wird durch die zahlreichen und vielfältigen Probleme und Widersprüche des gesamten ukrainischen Transformationsprozesses beeinflusst. Z.B. durch die schwierige ökonomische Entwicklung in der Ukraine. Demokratie und Rechtsstaatlichkeit, Marktwirtschaft und Zivilgesellschaft sind wesentliche Ziele, die für den Transformationsprozess formuliert werden. Am Beispiel der Geschichtswissenschaft aber, die sich im Spannungsfeld von Wissenschaft und Politik befindet, werden Herausforderungen und Gefahren der Transformation in den postkommunistischen Staaten Osteuropas deutlich sichtbar. In Staaten, die nach der Zeitenwende von 1989/91 erstmals ihre Unabhängigkeit erlangt haben, laufen gerade Historiker – ob bereitwillig oder gegen ihren Willen – Gefahr, für die Legitimation politischer Herrschaft instrumentalisiert zu werden.

Anwendungsfelder

Die genannten Ergebnisse wurden auf diversen wissenschaftlichen Tagungen und Konferenzen präsentiert, aber auch informeller Austausch zwischen ukrainischen und deutschen Doktoranden und Nachwuchswissenschaftlern am Rande dieser Veranstaltungen konnte zur Selbstreflexion historischen Denkens beitragen. Während des gesamten Projekts wurde Wert darauf gelegt kein isoliertes historisches Fachwissen zu produzieren, sondern sich mit den künftigen Akteuren und Eliten in einer im Wandel begriffenen politischen Gesellschaft über einen bedeutsamen kulturellen Teilbereich des Transformationsprozesses mit eminenten politischen Implikationen auseinander zu setzen. Gerade diese Kontakte und Kooperationen erwiesen sich nicht nur für die Projektarbeit als äußerst ertragreich, sondern versprechen in den meisten Fällen eine weitere Fortführung der Zusammenarbeit. Das umfasst eine gemeinsame Publikation von Forschungsergebnissen zur ukrainischen Geschichte in gleicher Weise wie die Durchführung von Lehrveranstaltungen an den Universitäten Kiev und Greifswald, die sich bereits in der ersten Vorbereitungsphase befinden. Von besonderer Bedeutung nicht nur für weitere Forschungsarbeiten, sondern vor allem für den internationalen wissenschaftlichen Austausch ist die Ausweitung der Kooperation auch auf Studenten, Doktoranden und Nachwuchswissenschaftler und die damit einhergehende Schaffung weiterer Perspektiven und Möglichkeiten für gemeinsame Projekte

Kapitel 10

Das Bild Europas in den Schulbüchern der Ukraine. Von den bisherigen Stereotypen zu neuen Sichtweisen

Ekkehard Völkl / Aleksandr Ivanov,

Zielsetzung und Leitfragen

Schülerinnen und Schüler der Ukraine erfahren im Geschichtsunterricht wesentlich mehr über (das westliche) Europa als umgekehrt. Damit bieten Schulbücher der Ukraine quantitativ ein breites Untersuchungsfeld zum Thema, während hinsichtlich der Darstellung der Ukraine in Schulbüchern des westlichen Europa ein solches Vorhaben "mangels Masse" wenig Sinn hat. Das Gewicht der europäischen Geschichte in den ukrainischen Schulbüchern hat zwei Gründe:

- Zum einen entspricht sie ihrer tatsächlichen Bedeutung für die östlichen Länder und im konkreten Fall für die Ukraine.
- Zum anderen liegt es an der "Doppelgleisigkeit" des dortigen Geschichtsunterrichts. "Universalgeschichte" und "Nationalgeschichte" laufen parallel, und deshalb steht eine höhere Stundenzahl zur Verfügung. Zusätzlich wurde "Geschichte" in das neu eingeführte Fach "Gesellschaftskunde" eingebunden, wahlweise vertieft in "Gruppenleistungskursen", eine Art Kollegstufe (neben ukrainischen Themen z. B. auch "Weltkulturen").

Während die Struktur auch nach der "Wende" grundsätzlich beibehalten blieb, kam Bewegung in die Inhalte, die diskutiert und abgewandelt wurden. Es geht um die Ablösung des für die gesamte Sowjetunion verbindlich vorgeschriebenen, einheitlichen Konzepts und um die Suche nach einem neuen Weg. Zu untersuchen, ob und wie weit die auf die europäische Geschichte bezogenen Textstellen von der neueren Entwicklung berührt wurden, war Thema dieses Projekts. Besonderes Augenmerk lag auf der Frage, ob neben den üblichen politischen und militärischen Ereignissen auch ideen- und geistesgeschichtliche Zusammenhänge (bis zur Gegenwart) in den Unterricht einbezogen werden.

Bedenkt man die in der Ukraine dynamisch vorangetriebene politische, wirtschaftliche und kulturelle Annäherung an Europa, wäre es hilfreich zu wissen, mit welchem Kenntnisstand der "Normalukrainer" bzw. die politische Elite an dieses Ziel herantreten und mit welchen Grundeinstellungen man in dieser Hinsicht zu rechnen hat.

Gesamtergebnisse

Sowohl in der Verlagspolitik als auch im Inhalt der Schulbücher für Geschichte zeigen sich in der Ukraine (dem Objekt der Forschung) für die Zeit seit der Unabhängigkeit eine Reihe von qualitativen Veränderungen. Die Abkehr des Staates von der totalitären Kontrolle sämtlicher Sphären des gesellschaftlichen Lebens, und insbesondere vom Monopol der kommunistischen Ideologie im Bildungssektor, führte zu Beginn der 90er Jahre zu einem Vakuum in der Versorgung mit neuer Schulbuchliteratur für Geschichte. Anfangs wurde dieses Vakuum durch die Bücher einiger ukrainischer Historiker der Diaspora (z. B. Orest

Subtel'nyj) gefüllt. Seit Mitte der 90er Jahre ist eine große Anzahl an neuen Geschichtsschulbüchern von ukrainischen Historikern und Pädagogen erschienen. Die Analyse dieser Schulbuchliteratur wie auch der normativen Dokumente, auf denen die Politik des gegenwärtigen ukrainischen Staates auf dem Gebiet der Schulbuchpolitik basiert, führte zu detaillierteren Ergebnissen.

Das Europabild in ukrainischen Schulbüchern hat sich deutlich von früheren sowjetischen Stereotypen abgewendet. Diese Standards sind größtenteils aus den Büchern verschwunden:

- die Darstellung Westeuropas als Feindbild,
- der unversöhnliche Gegensatz zwischen den beiden europäischen Gesellschaftssystemen – dem kapitalistischen im Westen und dem sozialistischen im Osten,
- die Dämonisierung der Rolle der katholischen Kirche (als "Quelle des Obskuran-tismus und der Reaktion"),
- die Idealisierung und Verherrlichung des Klassenkampfes und der Sozial-revolutionen,
- die Interpretation der kommunistischen Ideologie als höchster Entwicklungsstufe der europäischen Zivilisation

In ihrer Struktur, ihrem Stil, in der Form der Darstellung des Materials und vor allem in ihren didaktischen Prinzipien allerdings unterscheiden sich die neuen ukrainischen Schulbücher nur kaum von den sowjetischen. Die weitgehende Überwindung der alten Stereotype hat dagegen in der ukrainischen Geschichtsdidaktik neue dogmatische Haltungen entstehen lassen. Zu diesen neuen Stereotypen (oder alten Mythen) der ukrainischen Geschichtsdidaktik zählen in erster Linie Nation und Nationalstaat. Dies äußert sich einerseits in einem übermäßigen Ethnozentrismus und einer Mythologisierung der ukrainischen Staatlichkeit, andererseits in der Betrachtung der ukrainischen Geschichte außerhalb des europäischen Kontextes und der Relation zu den Ereignissen europäischer Geschichte und Weltgeschichte.

Anwendungsfelder

Das Thema konnte als Gegenstand der allgemeinen Diskussion in wissenschaftlichen Seminaren sowie einem "Runden Tisch" im November 2001 zum Thema "Ukrainische Bildungsgeschichte und ihr Stellenwert für Bildung und Erziehung heute" (vom Arbeitsforum Ukraine e. V. gemeinsam mit dem Osteuropa-Institut München und dem Institut für Slawische Philologie an der LMU München organisiert) öffentliche Aufmerksamkeit erreichen. Auch konnten die Forschungsergebnisse in Form einer wissenschaftlichen Eingabe bei der Referatsleitung der Abteilung für Geschichtsdidaktik des ukrainischen Bildungsministeriums und bei der Leitung des Zentrums für die Organisation der Publikation von Schulbüchern eingereicht werden. Eine Veröffentlichung der Resultate in der Zeitschrift "Istorija v školach Ukrainy" (Geschichte in ukrainischen Schulen) ist vorgesehen.

Im Zuge der Projektarbeit wurde ein Netz von Kontakten und Kooperationen zu Historikern und Slawisten sowohl in Deutschland als auch in der Ukraine aufgebaut. Als Beispiel für die Kooperation mit einem anderen Forschungsprojekt kann die Organisation von Seminaren im Rahmen des von der Volkswagenstiftung geförderten Projekts "Internationale Einflüsse – nationale Traditionen: die deutsche und ukrainische Geschichtswissenschaft im 20. Jahrhundert" von der Fakultät für Geschichte der

Nationalen Taras-Ševčenko Universität Kiev und der Abteilung für Osteuropäische Geschichte der Universität Köln sowie dem Goethe-Institut gelten. Auch die gemeinsame Organisation des Exkursionsprogramms für Studenten der Geschichte und der Soziologie der Konstanzer Universität zum Thema "Stadtkulturen und Erinnerungsorte in Ostmitteleuropa (Kiev-Lemberg-Krakau-Warschau" vom 20. September bis 1. Oktober 2002 verhalf den Ergebnissen zu breiterer Öffentlichkeit.

Kapitel 11 Sprach-, Literatur- und Kulturwechsel in Mittel- und Osteuropa (nach 1968) Kennwort: 'Kulturwechsel'

Walter Koschmal / Petra Huber / Dalibor Dobiáš

Zielsetzung und Leitfragen

Dieses Projekt untersucht Strategien der Überschreitung nationaler Grenzen im Bereich Sprache, Literatur und Kultur. Tschechisch-deutsch-tschechische Grenzüberschreitung beinhaltet das lyrische und essayistische Werk des Dichters Jiří Gruša, russisch-amerikanische Grenzüberschreitung die Lyrik und Essayistik des Russen Iosif Brodskij und sorbisch-deutschen Kulturwechsel die Lyrik der sorbischen Dichterinnen Marja Krawcec und Róža Domašcyna.

Im 20. Jahrhundert mussten oder wollten in Europa viele Menschen ihr Land, ihre Heimat in der Richtung von Osten nach Westen verlassen. Der Preis, den sie dafür zu bezahlen hatten, war meist hoch. Sie sahen sich gezwungen, den direkten Kontakt zu der ihnen vertrauten Kultur aufzugeben. Das Erlernen der neuen Sprache, die Integration in die andere Kultur sind zweifellos besonders schwierige, komplexe und langwierige Prozesse. Das 20. Jahrhundert birgt im Hinblick auf den Wechsel zwischen Kulturen einen Schatz an Erfahrungen wie wohl wenige Jahrhunderte zuvor.

Die Prozesse der Migration und der Emigration, insbesondere von Ost nach West, lassen sich v.a. bei jenen minutiös nachvollziehen und rekonstruieren, die ihre Erfahrungen und Empfindungen bei diesem Wechsel, ihre anhaltende Verbindung zur heimatlichen Kultur, aber auch die Aneignung der anderen Kultur eingehend reflektiert und diese Reflexionen aufgezeichnet haben. Dazu zählen in allererster Linie die Schriftsteller.

Der Kulturwechsel vollzieht sich am Ende des 20. Jahrhunderts in einem Spannungsverhältnis von Bruch und Kontinuität. Grundsätzlich sind zwei verschiedene Dimensionen des Kulturwechsels und seiner Untersuchung differenziert zu betrachten.

- Zum einen muss der Wechsel als konkretes historisches Phänomen untersucht werden. Die jeweils konkreten Erscheinungen lassen sich in ihrer Spezifik erst durch den Vergleich erkennen.
- Zum anderen sind aber die historisch gebundenen Besonderheiten des Wechsels zwischen Kulturen im Hinblick auf die Modellhaftigkeit dieser Prozesse zu analysieren. Auf der Grundlage dieser Modelle lassen sich weitere Typen des kulturellen Wechsels bestimmen.

In unserer Gegenwart ist es von ganz besonderer Relevanz über die Bedeutung des fremden Blicks, der fremden Wertungen nachzudenken, wie ihn die Migranten in die eigene Kultur einbringen. Fehlt dieser fremde Blick auf die eigene Kultur, so droht diese eventuell in Selbstgefälligkeit zu erstarren, bzw. in unangemessener Weise essenzialistisch verstanden zu werden. Die vielfältigen Gefahren der Abschließung der eigenen Kultur gegen die fremde sind evident. Offene Kulturen, und als solche verstehen sich die westlichen traditionell, laufen Gefahr sich durch einen wachsenden Ausschluss fremder Sichtweisen geschlossenen Kulturen wie den einstigen östlichen in Europa anzunähern. Sie

müssen deshalb noch lange nicht zu totalitären politischen Systemen mutieren. Jenen Dichtern, die aus den einen in die anderen gewandert und mit beiden vertraut sind, Iosif Brodskij und Jiří Gruša, darf für solche Entwicklungen eine besondere Sensibilität zugesprochen werden.

Der Kulturwechsel trägt auch zur Herausbildung von Multikulturalität bei. Interkulturelle Austauschprozesse rücken verstärkt in das Zentrum der Kulturen. Die verschiedenen Blickwinkel auf ein und dieselbe Erscheinung werden nicht nur zulässig, sondern notwendig. Vielfalt hält auf diesem Weg Einzug in die Kulturen.

Viele osteuropäische Länder versuchen die Fäden eigener kultureller Kontinuität, die zur Zeit des Sowjetkommunismus weitgehend abgerissen wurden, wieder aufzunehmen. Normative und präskriptive Formen von Sprache und Kultur etwa, wie sie über lange Zeit herrschten, finden in den mittel-, ost- und südosteuropäischen Ländern zusehends ein Ende.

Kulturwechsel und Grenze

Das von Georg Simmel 1908 (Simmel 1992, S.764-771) in "Exkurs über den Fremden" beschriebene Phänomen, dass der Fremde den Einheimischen die Selbstverständlichkeit ihrer Weltansicht nimmt und sie hinterfragt, ist grundlegend für jenen Prozess, der in den 90er Jahren des vergangenen Jahrhunderts v.a. in den Staaten Mittel-, Ost- und Südosteuropas um sich greift und unter dem Begriff "Transformation" figuriert. "Transformation" ist ein Begriff, der im Westen geprägt und dort auch in erster Linie verwendet wurde und wird. Die Migration, auch in der Wissenschaft hat sie seit den 90er Jahren erheblich zugenommen, verändert aber – im Sinne Simmels – auch den Westen. Diese Konsequenz wird häufig übersehen oder gering veranschlagt. Auch der Westen hat eine Transition und Transformation erfahren und ist weiter in die entsprechenden Prozesse eingebunden. Die kritische Reflexion des Begriffs Transformation vermag dies bewusst zu machen. Die eigene Kultur, u.a. auch die deutsche, bedarf angesichts der Wiedervereinigung einer kritischen Betrachtung. Aber auch die Tatsache, dass die sorbische Kultur gleichsam neu zu einem festen Bestandteil der deutschen Kultur geworden ist, hat Konsequenzen, die zu bedenken sind und die deutsche Kultur insgesamt verändern.

Indem Schriftsteller – auch bei den Sorben – bewusst in der Minderheitensprache, also Ober- oder Niedersorbisch schreiben (Stiehler 2000:6), leisten sie einen Beitrag zur Umkehrung der sprachlichen Dominanzverhältnisse. Es kann aber auch zu Sprachmischung oder zu Sprachexperimenten kommen. Die Autoren wählen die neue, die andere Sprache für ihre Dichtung. Bei Brodskij und Gruša trifft dies mit Englisch und Deutsch auch zu.

Der Wechsel von Personen der einen Kultur in eine andere führt zu Akkulturation (Burke 2000), wenn die ethnisch-kulturelle Vielfalt in der neuen Kultur bejaht wird, zu Assimilation, wenn die Paradigmen der fremden Kultur gar nicht mehr wahrgenommen, sondern Bestandteil der aufnehmenden Kultur werden.

Bei der Akkulturation herrscht eher kulturelle Heterogenität – bis hin zur Multikulturalität. Die Assimilation setzt sich hingegen die kulturelle Homogenität implizit als Ziel. Zu einer kulturellen Synthese kommt es in beiden Fällen, wenngleich in unterschiedlichem Maße. Konstitutiv für die Akkulturation ist die Hierarchie kultureller Werte in der jeweiligen Gesellschaft. Multikulturalität kann Ungleichheit verschleiern und tut dies, wenn die koexistierenden Kulturen unterschiedlich bewertet werden. In den USA der 1990er Jahre

kommt es häufig zum Abbau kultureller Hierarchien. Das Verschwinden der Hierarchie bedeutet aber noch keine multikulturelle Synthese.

Sprach-, Literatur- und Kulturwechsel werden in den Einzelbeiträgen des hier vorliegenden Bandes modellhaft am Beispiel von vier Schriftstellern untersucht: von Iosif Brodskij, Jiří Gruša sowie Róża Domaścyna und Marja Krawcec. Sie alle vollziehen reale Wechsel zwischen ethnischen bzw. nationalen semantischen Räumen. Das Verlassen des Landes, der Sprache bzw. Ethnie gehen dabei gewöhnlich mit dem Wechsel der Kultur, mit Integration in die neue und Vermittlung der alten Kultur einher. Aber auch auf einer höheren Ebene findet ein Wechsel statt und diese Metaebene wird in die Untersuchung einbezogen.

Kategorien wie "Grenze" und "Grenzüberschreitung", "Mittler" und "Vermittlung", "kulturelle Offenheit" vs. "Geschlossenheit" u.Ä. sind beiden Ebenen gemeinsam.

Schon der Parameter der Grenze gestaltet sich bei allen vier Personen sehr unterschiedlich. Die Grenze muss v.a. im Hinblick auf ihre Qualität, insbesondere bezüglich ihrer Durchlässigkeit, differenziert werden. Auf der realen Ebene ist diese Grenze für alle vier DichterInnen kaum durchlässig und deshalb nur schwer zu überschreiten. In zwei Fällen – Brodskij und Gruša – hat die Grenze eine betont politische Dimension. Es geht hier um die Grenzen zwischen politischem Totalitarismus und Nicht-Totalitarismus.

Auf der Metaebene aber gewinnt die Grenze eine ganz andere Qualität. Im Mittelpunkt steht nun die die Spannung von trennender und verbindender Funktion. In der Realität verankerte, objektivierbare politische oder auch sprachliche Grenzen müssen deshalb von subjektiven Grenzen in der Vorstellung der AutorInnen unterschieden werden. Die unterschiedlichen Qualitäten und Funktionen von Grenzen sind in jedem einzelnen Fall einzeln geklärt und vergleichend dargestellt.

Nur bei Iosif Brodskij (Russland/ Amerika) wird die Grenze konkret-räumlich lediglich in eine Richtung überschritten. Sie erscheint dabei als schwer überwindbar. In der Essayistik Brodskijs und in der dort konzipierten Ästhetik zeigt sich, dass gerade die Gegensätze (der Kulturen) betont werden. Daraus ergibt sich aber auch, dass die Notwendigkeit der Vermittlung zwischen beiden Kulturen in diesem Fall besonders dringlich ist. Den Dimensionen der Vermittlung von Kulturen kommt deshalb im Modell Brodskij eine herausragende Bedeutung zu. Brodskij agiert selbst als Vermittler seiner (russischen) Kultur, seiner eigenen Texte. Andere Personen lässt er in dieser Vermittlerrolle kaum zu. Er kontrolliert ihre Akte der Vermittlung ähnlich penibel wie vor ihm – in einem vergleichbaren Fall eines Kulturwechsels – Vladimir Nabokov. Die Integration der eigenen Person (Literatur) in die neue, die fremde Kultur hat deshalb einen besonders hohen Stellenwert, weil sie häufig mit der endgültigen Ausgrenzung des ursprünglich heimatlichen Landes verbunden ist. Zentraler Akt der Vermittlung ist für Brodskij die Übersetzung. Bei Brodskijs Vermittlertätigkeit zeichnet sich ein klar umrissenes Grundanliegen ab: Brodskij sucht zwei Kulturen ineinander zu schreiben, durch lyrische Dichtung und Essayistik miteinander zu verschränken.

Der reale Grenzübertritt, der tatsächliche Staatenwechsel ist für Gruša keineswegs jenes Ereignis, das die Vermittlung zwischen Kulturen plötzlich als besonders relevant erscheinen ließe. Gruša erfährt den Grenzübertritt, das Verlassen der Heimat eher als Kontinuität denn als Bruch. Er verlässt sie letztlich nur mehr physisch. Er handelt gemäß seinem Wahlspruch, den Hass zu hassen und nur die Wahrheit der anderen zu lieben. Damit begibt er sich auf eine abstraktere, allgemein menschliche Ebene. Dies erlaubt es ihm auch dem Kulturwechsel eine ästhetische Dimension, nämlich jene des Spiels abzugewinnen. Kontinuität ist ihm der Wechsel in die andere Sprache und Literatur aus mehreren Gründen. Bereits die tschechische Heimat ist aus Grušas Sicht mehrsprachig.

Das Konzept seiner literarisch-kulturellen Trans- bzw. Metanationalität richtet sich deshalb auch gegen die im Totalitarismus missbrauchten Stereotype, auch gegen nationale. Sein Werk kann schon deshalb nicht – nur – national geprägt sein. Er will mit seinen späteren Übersetzungen (z.B. Friedrich Schillers "Wallenstein") nicht in erster Linie sprachlich und stilistisch möglichst adäquate Textfassungen in einer anderen Sprache schaffen. Vielmehr geht es ihm um Adaptionen fremder Texte in dem jeweils anderen kulturellen Raum. Die Texte sollen der Kommunikation, dem Dialog in besonderer Weise genügen. Er schafft mit Blick auf die tschechische Rezeption weniger präzise Übersetzungen als vielmehr Nachdichtungen. Bei Brodskij genießt hingegen die sprachliche Exaktheit Vorrang.

Die beiden sorbischen Dichterinnen lassen sich den beiden zunächst dargestellten, recht heterogenen Modellen des Kulturwechsels zuordnen. Marja Krawcec zieht – analog zu Brodskij – eine trennende Grenze zwischen eigener sorbischer und fremder deutschsprachiger Kultur. Sie tut dies v.a. vermittels der Sprache. Anders als Brodskij sucht sie aber nicht die sprachliche und kulturelle Vermittlung, sondern verweigert diese dezidiert. Sie schreibt nur Sorbisch. Sie beschränkt sich auch in ihren Themen, ihren Rezipienten und dergleichen ausschließlich auf die eigene Kultur. Darin reproduziert sie das tradierte sorbische, in seinem Ursprung v.a. ethnisch geprägte Abgrenzungsverhalten. Abgrenzung garantiert dem Kollektiv in diesem Rahmen traditionell Identität.

Doch Marja Krawcec versteht sich – ähnlich wie Gruša – nicht mehr als Bestandteil dieses identifikatorischen Modells. Sie zitiert es vielmehr, um es durch ihre eigene, individuelle Transformation zu zerstören: Folklore, Tradition, Ethnie, nationale Stereotypen erscheinen ihr – ähnlich wie Gruša – nicht mehr für die Abgrenzung geeignet. Diese Paradigmen werden nun selbst innerhalb der Kultur als Fremdkörper wahrgenommen.

Der Ausschluss, der bei Brodskij, aber auch bei Gruša ein politisch-territorialer ist, und nationale Grenzen überschreitet, vollzieht sich bei der Sorbin auf verschiedenen Ebenen innerhalb einer Kultur bzw. innerhalb einer Ethnie. Eine eingehende Analyse der gesamten Lyrik von Marja Krawcec, die nur drei schmale Gedichtbände umfasst, zeigt, dass die Kommunikation in diesen Texten von äußerstem Subjektivismus und Reduktion der Kommunikation geprägt ist. Der Dialog wird weitgehend negiert. Traditionelle, ethnisch bestimmte kulturelle Selbstbeschreibungen werden in Krawcec' Gedichten selbst aufgelöst. Ihre jeweiligen Lösungen sind dabei ganz subjektiv.

R. Domaścyna verkörpert insofern ein Gegenmodell, als sie jegliche ethnisch konzipierte Grenze als trennende ablehnt. Sprach- und Kulturwechsel werden ihr vielmehr zum Gegenstand eines poetischen Spiels. Darin steht sie dem Modell Grušas weit näher als M. Krawcec. Die Zwischenräume der "dritten Sprache" schaffen Distanz. Auf dieser Metaebene vermögen Kulturen zu ihrer vielleicht auch ursprünglich vorhandenen gemeinsamen Basis zurückzufinden. Auch darin gleicht R. Domaścyna dem Tschechen Gruša. M. Krawcec steht hingegen dem Modell Brodskij mit seinen klaren Grenzen näher. Alle vier Autoren thematisieren den Sprach- und Kulturwechsel aber auf Wegen, die für gegenwärtige und künftige Kulturwechsel beispielgebend sein können.

Gesamtergebnisse

Einige Aspekte lassen sich theseartig fassen:

1. National gefasste Kriterien für kulturelles, gesellschaftliches Selbstverständnis (nationale Identitätskonzepte) werden in den – hier untersuchten – kulturell-ästhetischen Diskursen der Gegenwart weitgehend obsolet.

2. Politische und auch wirtschaftliche Diskurse, die von ethnisch, historisch oder staatlich getrennten Entitäten ausgehen, bedienen sich häufig tradierter Stereotypen und stoßen damit in einer fremden Kultur schnell auf Unverständnis.
3. Selbst dort, wo die eigene Kultur in ihrer ethnischen oder nationalen Spezifik gefährdet erscheint, wird die transnationale kulturelle Einbindung als eine mögliche Perspektive für künftige Entwicklungen gesehen. Die eigene Kultur muss nicht um jeden Preis erhalten werden.
4. Kategorien der Grenze, der Vermittlung (der Übersetzung) sind differenziert zu werten. Sie sind dann von untergeordneter Bedeutung, wenn sich eine Kultur (geschichtlich, aktuell) als offen, als pluralistisch versteht. Kleinere Kulturen könnten hierin einen Entwicklungsvorsprung haben, bzw. einen typologischen Vorzug. Dies bedarf der Überprüfung durch andere wissenschaftliche Disziplinen, auch im Hinblick auf den Stellenwert der Vermittlung zwischen Kulturen.
5. Identität definiert sich in der Gegenwart vielfach neu. Sie definiert sich v.a. transnational, also nicht länger über Abgrenzung. Die Literatur entwirft hierbei vielleicht Utopien. Sie entwickelt aber auch konkrete Handlungsoptionen, die in anderen Zusammenhängen, z.B. in geschichtlichen oder rein sprachlichen, noch auf die Reichweite ihrer Gültigkeit zu überprüfen sind. Die prinzipielle Relevanz der von Dichtern entworfenen Optionen steht aber außer Frage.

Anwendungsbezogene Ergebnisse

Die Frage nach dem Anwendungsbezug wird auf die Frage nach der Gewinnung neuer Erkenntnisse ausgeweitet. Welche neuen Räume sind uns heute noch zu entdecken geblieben? Viele Antworten, die auf diese Fragen gegeben werden, lassen sich auf einen gemeinsamen Nenner bringen: Die Innovation vollzieht sich - so der Soziologe Ulrich Beck - nicht länger in nationalen Kulturen, sondern in "transnationalen Erfahrungsräumen", "Lebens- und Handlungsräumen". Die alten Vorstellungen von Nationalismus werden deshalb umso gefährlicher. Die Zusammenhänge zwischen dem Lokalen und dem Globalen, auch zwischen lokaler Sprache bzw. Kultur und globaler Kultur sind neu zu definieren. Auf diesem schwierigen Weg leisten transnationale Modelle wichtige Dienste.

Wenn die Analyse der vielfältigen Veränderungsprozesse im östlichen Europa sich auf die sichtbaren und für viele sogleich spürbaren gesellschaftlichen Phänomene reduziert, also zum Beispiel konkrete politische, wirtschaftliche oder rechtliche Veränderungen, Parteienbildung oder Prozesse der Demokratisierung, greift das Verständnis für Veränderung zu kurz.

Prozesse des Wandels und der vielfältigen Transformationen sind nicht selten eher oberflächlich und instabil. Man denke nur an das Phänomen der Parteienbildung im post-sovjetschen Russland. Parteien und ihre Bildung rücken zum Beispiel in Russland meist dann in den Mittelpunkt, wenn konkrete politische Entscheidungen wie Wahlen anstehen. Die Einführung rechtlicher Normen westlicher Staaten, etwa in der Ukraine, ist sicher von grundlegender Bedeutung. Zweifellos kann dieser Wandel aber nur dann dauerhafte Ergebnisse zeitigen, wenn die Kulturwissenschaften das historisch gewachsene Rechtsempfinden in der Ukraine in seiner Besonderheit und Wirkung reflektieren, auch die Adäquatheit importierter Rechtsnormen. Denn Rechtsnormen haben - auch aus dem Westen kommend - keine Chance, wenn sie dem nationalkulturellen, historisch gewachsenen Rechtsempfinden zuwider laufen.

Jene Bereiche des gesellschaftlichen Lebens, die dem Transformationsdruck nicht in dieser existenziellen Abhängigkeit ausgesetzt sind, dürften oft verlässlichere und stabilere Einsichten in Wandlungsprozesse und in die Dauerhaftigkeit von Transformationen erlauben. Dazu gehören unter anderem auch Kultur und Literatur. Eine gewisse Transformationsferne dürfte sogar von Vorteil sein.

Ein weiterer Aspekt ist zu berücksichtigen: Disziplinen wie Rechts-, Wirtschafts- oder Politikwissenschaften untersuchen die konkreten Phänomene gesellschaftlichen Wandels im jeweils relevanten gesellschaftlichen Umfeld. Die Literatur- und Kulturwissenschaften analysieren aber nicht diese primären Phänomene und ihre unmittelbaren Auswirkungen auf das gesellschaftliche Leben. Vielmehr analysieren die Kulturwissenschaften die Reflexion dieser primären Phänomene innerhalb der Gesellschaft. Das aber heißt, dass der Gegenstand literaturwissenschaftlicher Analyse ein anderer ist. Nicht die primären gesellschaftlichen Veränderungen, sondern bereits Interpretationen dieser Transformationen stehen im Zentrum, Erklärungen, die ihnen in einem größeren kulturellen Zusammenhang zugeschrieben werden. Die grundsätzlich veränderten Vorstellungen von einer neuen Realität fließen hier bereits ein. Damit bewegt sich die kulturwissenschaftliche Forschung auf einer anderen Reflexions- und Analyseebene, als die genannten Wissenschaftsdisziplinen.

Kapitel 12

Das Deutschland- und das Russlandbild in der polnischen Nachkriegsliteratur im Spannungsgefüge zwischen Bruch und Kontinuität

Heinz Kneip / Sylwia Jarzembowska

Zielsetzung und Leitfragen

Deutschland und Russland bzw. die Sowjetunion sind infolge der Kriegs- und Nachkriegsereignisse ein zentrales Thema der polnischen Literatur nach 1945. Im Bild vom anderen Volk spiegeln sich Einstellungen und Wertungen einzelner Autoren; im staatlich gelenkten und von der Zensur determinierten Literaturbetrieb tritt dieses vom Individuellen geprägte Bild hinter die Interessen der gesellschaftlichen Institutionen zurück. Im sozialistischen Literaturbetrieb kommen im Deutschland- und Russlandbild nahezu ausschließlich staatliche Interessen zum Ausdruck.

Die polnische Literatur nach 1945 ist maßgeblich durch politische Entwicklungen geprägt. Sie entfaltet sich in vier verschiedenen Formationen:

- als staatlich sanktionierte sozialistische Literatur (bis 1990),
- als Emigrationsliteratur,
- als Literatur im Untergrund (seit 1976)
- und seit 1990 als ein primär marktwirtschaftlich determiniertes Produkt.

Das hier in Angriff genommene Forschungsvorhaben hatte zum Ziel, einerseits die Grundzüge des Deutschland- und Russlandbildes aufzuzeigen, andererseits die Funktion und die Instrumentalisierung dieses Bildes durch staatliche kulturpolitische Interessen auszuleuchten. Auch wurde der Wandel dieses Bildes infolge der politischen Veränderungen nach 1948, 1956, 1968, 1981 und 1989 sowie seine charakteristischen Züge in den vier literarischen Formationen untersucht.

Die in der Dichtung präsentierte Realität wurde mit den Wahrnehmungsmustern der Gesellschaften von Deutschland und Russland gestellt, wie sie z.B. in Umfragen (seit 1969) oder im politischen Witz festgestellt werden können. Untersucht wurden vorrangig Werke mit repräsentativem Status sowie Werke, die Deutschland und Russland bzw. die Sowjetunion schwerpunktmäßig thematisieren - wie etwa Reportagen oder Memoiren – und solche, die den Massenleser erreichten, insbesondere als literarische Verfilmung.

Das Deutschland- und das Russlandbild werden in ihrem Wandel, der ja bis 1990 weitgehend ein Reflex politisch motivierter Manipulation ist, im Spannungsgefüge von Bruch und Kontinuität, Tradition und Innovation untersucht. Den Schwerpunkt bildet der vom Bruch geprägte Wechsel von der staatlich gesteuerten zur postsozialistischen Literatursituation.

Gesamtergebnisse

Ideologische Positionen, politische Interessen und historische Ereignisse bestimmen das Deutschland- und das Russlandbild in der polnischen Nachkriegsliteratur. In den vier

Grundformationen der polnischen Literatur nach 1945, zeichnen sich unterschiedliche Entwicklungen ab:

- In der staatlich administrierten Literatur der Jahre 1945 bis 1990 dominierten politisch-ideologische und militärische Faktoren. Das Deutschland- wie auch das Russlandbild wurden im Sinne einer ausgesprochen antiwestdeutschen und prosovjatischen Tendenz politisch instrumentalisiert und mittels der Zensur manipuliert.
- Die gleichen Faktoren bestimmten die zwischen 1945 und 1990 im westlichen Ausland publizierte Literatur, allerdings mit einer entgegengesetzten Grundtendenz, sie war prowestlich, antikommunistisch und antisowjetisch.
- Die dritte literarische Formation, die des sog. zweiten Umlaufs, stützt sich auf politisch-ideologische und wirtschaftliche Faktoren, sie war der Regierung gegenüber oppositionell eingestellt und antisozialistisch.
- In der vierten, der von marktwirtschaftlichen Grundsätzen geleiteten Literatur nach der Wende, dominieren soziale, wirtschaftliche und kulturelle Faktoren. Unverkennbar ist die Tendenz, die bis dahin vorherrschenden und zum Teil staatlich verordneten stereotypen Vorstellungen zu überwinden.

In den Jahren unmittelbar nach Kriegsende wird "der Deutsche" v.a. als Feind und Nazi gesehen. Vereinzelt trifft man auf positive Bilder: etwa der Deutsche im Widerstand, der Offizier als Beschützer polnischer Juden im Ghetto bzw. KZ. Das 1949 staatlich verordnete Bild vom guten Deutschen, nämlich dem aus der DDR, wird von der Literatur nicht aufgegriffen. In den 60er Jahren wird die Literatur seitens der Instanzen als Instrument der Meinungsbildung benutzt und propagandistisch missbraucht, und zwar im Dienste einer antiwestdeutschen Haltung, sie scheut vor Feindseligkeit nicht zurück. Die Unterzeichnung des deutsch-polnischen Vertrages (1970) leitet nur begrenzt eine Wende im Deutschlandbild ein. Filmserien, inzwischen mit Kultstatus, zeichnen weiter ein Feindbild, das der politischen Manipulation dient. Eine grundlegende Veränderung tritt nach Ausrufung des Kriegszustandes (1981) und der daraufhin folgenden spontanen humanitären Hilfe der Deutschen ein. Traditionelle stereotype Vorstellungen und Ressentiments werden überwunden, die Instrumentalisierung und Manipulation des Deutschlandbildes außer Kraft gesetzt. Insbesondere nach 1990 wird das Gemeinsame, das Verbindende herausgehoben. Pommern, Masuren und Schlesien werden als universale Orte, als Begegnungstätten der deutschen und polnischen Kultur thematisiert.

Der Vergleich der Literatur mit den Umfrageergebnissen zeigt, dass die Einstellung der polnischen Öffentlichkeit gegenüber den Deutschen sich in den 90er Jahren nicht so schnell und grundlegend ändert wie in der Literatur. Die Umfragen der 80er Jahre verzeichnen eine wachsende Sympathie für die Bundesrepublik und eine ständig sinkende für die DDR. Anders als beim Stereotyp des Russen überwiegen beim Deutschen positive Eigenschaften.

Die Besetzung Polens durch die Rote Armee, die Ermordung von über 4000 Offizieren in Katyń, die als Okkupation empfundene "Befreiung" Polens 1944/45 und die Installierung einer pro-sowjetischen Regierung erwiesen sich als unvereinbar mit der nach Kriegsende verkündeten Freundschaft zur Sowjetunion. Das Bild von Russland bzw. der Sowjetunion wird nach 1949 gemäß den Prinzipien des sozialistischen Realismus geprägt. Es ist extrem positiv, ja enthusiastisch. Die Verherrlichung des Sowjetmenschen erreicht im Stalinkult ihren Höhepunkt. Diesem Bild steht die Dichtung der Emigration diametral entgegen. Sie ist prinzipiell antisowjetisch, Russland wird als der größte Feind Polens angeprangert. Im sog. Polnischen Oktober (1956) weicht infolge der gelockerten Zensur das Russlandbild

vom propagandistischen Muster ab. Nach den studentischen Unruhen im März 1968 mit ihren antirussischen Akzenten wird das Russlandbild weitgehend mit Tabus belegt und erstarrt in seinem staatlich verordneten Korsett. Eine überaus populäre Filmserie mit einem märchenhaft anmutenden Geschehen soll die Erinnerung an die sowjetische Besetzung Ostpolens 1939-41 und die nach 1945 aus der Erinnerung verdrängen. Die 1976 im illegalen Untergrund entstehende Literatur bekundet dagegen offen ihre kritische Einstellung gegenüber der Sowjetunion. Der totalitäre Staat wird als ein System von Gefängnissen angesehen. Eine ähnliche Auffassung herrscht weiterhin in der Emigrationsliteratur. Mit der Ausrufung des Kriegszustandes 1981 wird die Überzeugung von Russland als dem Erzfeind Polens bestärkt. Nach der Wende geht das Interesse an Russland in der polnischen Literatur stark zurück.

Anwendungsfelder

Jeder Dialog mit Polen setzt die Fähigkeit voraus, das in der Gesellschaft vorhandene Länderbild abzufragen. Neben der Judenproblematik gehören das Deutschland- und das Russlandbild zu den sensibelsten Kategorien polnischer Identitätsfindung. Dieses Problemfeld zu erkennen und entsprechend einzuschätzen, ist Grundvoraussetzung im deutsch-polnischen Dialog. Im Sinne der fortschreitenden Völkerverständigung müssen stereotype Vorstellungen, bestehende Vorurteile und ihre Ursachen erkannt werden, denn nur auf dieser Grundlage kann ihnen begegnet, können sie abgebaut werden.

Kapitel 13 Kulturverständnis im postsozialistischen Russland: Modelle und Traditionen

Leonid Luks / Aleksei Rybakov

Zielsetzung und Leitfragen

Das Spannungsverhältnis zwischen der "autonomen" und der "utilitaristischen" Kulturauffassung in der russischen Geistesgeschichte und in der Gegenwart war Thematik dieser Forschungsarbeit.

Diese zwei Kulturparadigmen lassen sich in der russischen geistigen Tradition mit größerer Deutlichkeit unterscheiden als in Westeuropa. Die Frage, ob die Kultur für fremde Zwecke instrumentalisiert werden darf bzw. muss oder ob sie als ein Wert an sich zu betrachten ist, hatte in der russischen Geschichte immer eine Brisanz, die offensichtlich damit zusammenhängt, dass "zweckfreie" Kultur im "westlichen" Sinne erst im Zuge der petrinischen Reformen nach Russland "importiert" wurde und demzufolge jener Selbstverständlichkeit entbehrt, die sie im Westen genießt.

Innerhalb des traditionell dominierenden utilitaristischen Kulturparadigmas lassen sich wiederum Modelle unterscheiden, je nachdem zu welchem Zweck und von wem die Kultur instrumentalisiert wird. Ist der "Staat" die instrumentierende Kraft haben wir es mit der "imperialen", von der "nationalen" Ideologie mehr oder weniger geprägten Kultur zu tun. Wird als Akteur das ("einfache") "Volk" unterstellt, finden wir das Kulturmodell, das für die traditionelle russische "Intelligencija" typisch war. Die offizielle Kultur der Sowjetzeit stellt eine Verschmelzung beider Kulturmodelle dar. Die traditionellen, ursprünglich antistaatlichen Einstellungen und Präferenzen der "Intelligencija" werden in den Dienst des neuen "Reiches" gestellt und dadurch ad absurdum geführt. Dieser "Synthese" ging das revolutionäre bzw. avantgardistische Modell voraus, das sich, bei allen Unterschieden, offensichtlich in dem so genannten "Sozart" bzw. in dem heutzutage in Russland so einflussreichen "Postmodernismus" fortsetzt, der zwar nicht als direkt utilitaristisch zu bezeichnen ist (im Unterschied zur "klassischen Avantgarde"), der aber eine autonome Kultur nicht weniger entschieden leugnet und bekämpft.

Es ergeben sich also vier konkurrierende Kulturmodelle, wobei die große Trennlinie zwischen den (drei) "utilitaristischen" bzw. "antiautonomen" Kulturmodellen und dem "autonomen" Kulturmodell zu liegen scheint. Dieser autonomen Auffassung galt das Hauptinteresse der Untersuchung. Die "utilitaristischen" Modelle, ob unter gleichen Bezeichnungen oder nicht, sind relativ gut erforscht und beschrieben, während das "autonome" Kulturparadigma weitgehend unerforscht blieb. Für die Annäherung Russlands an westliche Werte ist die Verbreitung dieses alternativen Modells unverzichtbar. Weder ist das "Funktionieren" einer autonomen Kultur ohne die "Verwestlichung" des Landes möglich, noch eine Annäherung an den Westen ohne eine grundsätzliche "Autonomisierung" der Kultur.

Die Anfänge einer solcherart "autonom" verstandenen Kultur liegen im 19. Jahrhundert führen zu ihrer Entfaltung in der Emigration, und schließlich ihre Überlebenschancen in der Gegenwart.

Gesamtergebnisse

Auch wenn sogar Arbeiten neueren Datums das angebliche Ausbleiben der Ausdifferenzierung der Kunst in ein autonomes Subsystem in Russland thematisieren, konnte die Forschungsarbeit dieses Projekts deren Spezifika und steigende Tendenz deutlich aufzeigen. Das Projekt konnte diese Forschungslücke einigermaßen schließen und nachzuweisen, dass auch in der russischen Geistesgeschichte eine ("westliche") Alternative zum vorherrschenden (staatlichen oder antistaatlichen) Utilitarismus vorhanden ist, und diese alternative Linie der russischen Kultur, mit ihren unvermeidlichen Widersprüchen, an einigen paradigmatischen Beispielen zu beschreiben ist.

Da die grundsätzliche "Autonomisierung" der Kultur, ihre Befreiung von staatlicher Bevormundung, für die Integration Russlands in das System allgemein europäischer Wertvorstellungen unverzichtbar ist, bieten die Ergebnisse unserer ausführlichen Umfrage und der Analyse der Ergebnisse eine Möglichkeit, den Verlauf und die Perspektiven des gegenwärtigen Zustandes der russischen Kultur in der Zeit der Transformation einzuschätzen.

Kapitel 14

Kirchen im Spannungsfeld politischer Transformationen. Soziokulturelle Wirkungsgefüge der Kirchen in der Ukraine von 1944 bis zur Gegenwart

Horst Glasl / Katrin Boeckh

Zielsetzung und Leitfragen

Seit dem Ende der achtziger Jahre stiegen in der Ukraine die Zahlen aller religiösen Gemeinden sprunghaft an. Nach langen Jahren der strikten staatlichen Verfolgungen und Repressionen von Geistlichen und Gläubigen erlaubten die unter Gorbačev initiierten politischen Lockerungen des sowjetischen Systems auch religiöse Initiativen. Heute nehmen die Kirchen in der Ukraine – insbesondere die unierte Kirche und die orthodoxen Kirchen (die ukrainische orthodoxe Kirche unter Moskauer Jurisdiktion, die ukrainische orthodoxe Kirche des Kiewer Patriarchats sowie die kleinere und zeitweise gespaltene ukrainische autokephale orthodoxe Kirche) – einen wichtigen Platz im öffentlichen Leben der Ukraine ein und verfügen über ein gesellschaftliches Ansehen wie in kaum einem anderen europäischen Land. Gesellschaftliche Bedeutung kommt ihnen allerdings nicht erst seit der Proklamation der staatlichen Unabhängigkeit des Landes 1991 zu, sondern bestand bereits während der sowjetischen Herrschaft.

Von den staatlichen Repressionen waren die "ukrainischen" Kirchen – die unierte einerseits, die ukrainische autokephale orthodoxe Kirche andererseits – besonders betroffen, weil sie als Exponenten des ukrainischen Nationalismus galten, der von der Moskauer Zentralregierung nicht geduldet wurde. Trotz der Unterdrückung konnten die Kirchen in der Ukraine nach dem Ende der Sowjetregierung das Terrain für den unblutigen Systemwechsel vorbereiten, indem sie eine geistig unabhängige Plattform für Dissidenten, die nationale und die Bürgerrechtsbewegung schufen. Als supranationale Institution beeinflussen sie die soziokulturellen Strukturen des Landes und wirken dadurch als wichtige Förderer zivilgesellschaftlicher Prozesse.

Dieses kultur- und kirchengeschichtlich orientierte Projekt analysierte die aktuelle politische, rechtliche und kulturelle Situation der Kirchen in der Ukraine und ihre gesellschaftliche Rolle vor und nach der staatlichen Unabhängigkeit der Ukraine. Neben den mitgliederstarken Kirchen in der Ukraine, den orthodoxen Kirchen verschiedener Richtungen und der unierten Kirche, wurden auch Minderheitenkirchen wie die katholische Kirche, das Judentum, der Islam und Sekten untersucht, die in den letzten Jahren ebenfalls Mitglieder gewonnen haben. Gerade bei diesen eher kleinen religiösen Gemeinschaften lässt der neue rechtliche Freiraum eindeutiger Rückschlüsse auf das Verhältnis zwischen Kirchen und Staat zu als dies bei den "großen" Religionsgemeinschaften der Fall ist.

Ein wesentliches Motiv für die derzeitige Situation der Kirchen in der Ukraine liegt in den Existenzbedingungen der Gemeinden während der kommunistischen Zeit. Das Augenmerk der Untersuchung liegt deshalb auf den Entwicklungen der letzten fünf Jahrzehnte, in denen die Verfolgungen durch das sowjetische Regime Verständnis und Selbstverständnis von Kirchen und Gläubigen wesentlich prägten. Unter Einbeziehung der langfristigen Kirchenpolitik entstand so ein Bild von die Rolle der Kirchen als Katalysator politischen

Bewusstseins wie auch als Vermittler gesellschaftlicher Werte, wie sie im postsowjetischen Staatsaufbau und der Entwicklung einer Zivilgesellschaft zum Ausdruck kommen.

Leitfrage war deshalb das Verhältnis zwischen Staat und Kirchen in der sowjetischen bzw. postsozialistischen Ukraine. Die demokratisch gewählten Regierungen der Ukraine versuchen in unterschiedlicher Weise Kirchen zur Stärkung der staatlichen Einheit zu instrumentalisieren und sie neben anderen Faktoren für das noch nicht vollendete ukrainische nation building zu gewinnen. Da die ukrainischen Kirchen und ihre Repräsentanten auch internationale Verbindungen (zusätzlich zu denjenigen zu den Emigranten in der westlichen Welt) pflegen, enthält die Fragestellung auch eine außenpolitische Komponente. Die Visite des Papstes im Juni 2001 z.B. löste in der Ukraine, die Diskussion um die Kanonizität eines ukrainischen, von Moskau unabhängigen ukrainischen Patriarchates und die Rückkehr der muslimischen Tataren auf die Krim aus. Dies ist eine Auseinandersetzung mit weit mehr als nur religiöser Relevanz.

Die einzelnen Kirchen besitzen eindeutige Schwerpunkte in bestimmten Gebieten der Ukraine und spiegeln damit mittelbar auch die regionale Vielfalt des Landes wider. Die Untersuchung von Kirchengemeinden liefert dadurch auch Hintergrundinformationen über Gesellschaft und Staat in der Ukraine und ermöglicht Einblicke in das aktuelle politische Leben.

Die kritische Auswertung der vorhandenen Quellen, deren unterschiedliche Provenienz und Diversität in Abgleichung mit der vorhandenen Literatur liefern einen breiten Zugang zum Thema und bilden die Grundlage der Analyse. Aus Kiev wurden dabei die Unterlagen des Bevollmächtigten des "Rates für die Belange der Russischen Orthodoxen Kirche" bzw. des "Rates für die Belange der religiösen Kulte" im Staatsarchiv sowie Berichte des NKVD/NKGB über die Stimmung in der Bevölkerung in der ukrainischen Sowjetrepublik herangezogen. Entsprechende Vorgänge für die (untergeordnete) oblast'-Ebene wurden in Lemberg/L'viv, einem Mittelpunkt der unierten Kirche, sowie in Odessa eingesehen. Aus dem Moskauer Staatlichen Archiv der Russländischen Föderation (GARF) wurden Unterlagen der jeweils übergeordneten Behörden einbezogen. Der Wert dieser Parteiberichte ist zumeist von der Qualifikation und der persönlichen Haltung des Verfassers abhängig und somit in der Aussagekraft hinsichtlich des religiösen Lebens eingeschränkt. Trotzdem kommt in diesen Materialien deutlich zum Ausdruck, mit welchen Mitteln und Repressionsmechanismen die sowjetischen Organe die Gläubigen verfolgten. Auch die oftmals akkurat geführten Statistiken über Kirchen und Gemeinden liefern seltene Hinweise auf die Quantität der Religionsgemeinschaften, zumindest aus staatlicher Sicht.

Die Perspektive des kommunistischen Regimes, die sich aus den genannten Archivquellen ergibt, wird durch Erlebnisberichte betroffener Zeitgenossen relativiert, so z.B. aus einem "oral history"-Unternehmen des Instituts für Kirchengeschichte in Lemberg. Eine weitere Informationsquelle sind Zeitungen und Zeitschriften. Sowjetukrainische Presseberichte spiegeln hier einseitig die staatliche Haltung wider, Zeitungen der Diaspora vor allem deren antibolschewistische und national-ukrainische Grundeinstellung, Kirchenzeitungen schließlich zeichnen sich oftmals durch eine betont unpolitische bzw. theologische Einschätzung bestimmter Themen aus. Zusätzliches Material wurde kircheneigenen Veröffentlichungen, aber auch Einschätzungen internationaler Beobachter entnommen.

Gesamtergebnisse

Kirchen besitzen in der Ukraine aufgrund ihrer historischen Verankerung eine spezifische Funktion in Staat und Gesellschaft. Als nicht nur religiöser, sondern auch nationaler Faktor waren die Gläubigen in der Sowjetunion einer rigorosen Verfolgung ausgesetzt. Die in den Untergrund gezwungenen Kirchen, insbesondere die unierte Kirche in der Westukraine, wurde zur Plattform für politische Dissidenten, die die Ablösung der kommunistischen Herrschaft wesentlich beeinflussten. Aus dieser Position war es für ukrainische Geistliche selbstverständlich, sich auch nach der Wende in politische Diskussionen aktiv einzuschalten. Dennoch ist zu bemerken, dass diese Tendenz inzwischen von kirchlicher Seite her allmählich eingedämmt wird, wie die sich selbst auferlegte Zurückhaltung im Wahlkampf zu den Parlamentswahlen im März 2002 bei der mehreren Kirchengemeinschaften belegt.

Die einzelnen Kirchen in der Ukraine fanden sich in unterschiedlicher Weise in die neuen politischen Verhältnisse ein. Dabei fällt ihnen die Trennung von der staatlichen Interessenssphäre umso schwerer, je enger sie zu kommunistischer Zeit in das staatliche System eingewoben waren. Die Russische Orthodoxe Kirche z.B. betreibt in der Ukraine ihre eigene Politik, indem sie die Ablösung der Gemeinden in der Westukraine nicht zulässt und den katholischen Kirchen vorwirft, sie würden den Prosylethismus in der Ukraine (und in der Russischen Föderation) fördern. Unterstützung erhält die Russische Orthodoxe Kirche dabei durch die russische Staatsführung, die sich für ihre Belange in Kiev einsetzt und dadurch ihren eigenen Einfluss auf die Ukraine sichern will. Auch die unierte und autokephale orthodoxe Kirche in der Ukraine fühlen sich der nationalen Frage eng verbunden und wurden deshalb zu einer wichtigen politischen Dimension in der Ukraine, weil sie immer die Sache des ukrainischen Volkes vertraten. Der nationalstaatliche Bezug wird unter den neuen politischen Gegebenheiten nur schwer aufzubrechen sein, auch wenn die unierte Kirche durch ihr Oberhaupt, den Papst, über die Landesgrenzen hinaus beeinflusst wird und die Emigrantenkirchen auf die Orthodoxie in der Ukraine einwirken.

Die Untersuchung zeigt, mit welchen Repressionsmechanismen der sowjetische Staat nach dem Zweiten Weltkrieg wieder gegen Kirchen und Gläubige vorging und wie flexibel einzelne Zwangsmaßnahmen angewandt wurden, obwohl ständig parallel auf die negative Wirkung im westlichen Ausland zu achten war. Das enge und geheime Zusammenspiel zwischen dem "Rat für die Belange der Russischen Orthodoxen Kirche" bzw. dem "Rat für die Belange der religiösen Kulte" und den Organen des Innenministeriums sowie des Ministeriums für Staatssicherheit belegen die Quellen sehr deutlich.

In der Sowjetunion/Sowjetukraine waren zwar alle kirchlichen Gemeinden staatlicherseits einem unterschiedlichen Druck und Zwang ausgesetzt, die Untersuchung zeigt aber auch, dass Personen, die – von außen betrachtet – scheinbar bevorzugt wurden, ebenfalls streng kontrolliert wurden und in gleicher Weise von der Bildfläche verschwinden sollten. Die Auswirkungen der Atmosphäre permanenter Angst um das eigene Leben und um das der Angehörigen prägt das Verhalten der Gläubigen in der postsozialistischen Transformationsphase bis in die Gegenwart. Motiviert durch die Furcht vor der Wiederkehr eines autoritären kommunistischen Regimes und in der Hoffnung auf politische Selbstbestimmung, fiel kirchlichen Repräsentanten und Gläubigen bei der Demokratisierung der politischen Landschaft eine führende Rolle zu. Noch immer stoßen sie jedoch vielfach auf den Widerstand verharrender Kräfte und alter Eliten, die sich in der Ukraine nur schwer verdrängen lassen.

In der post-sowjetischen Ukraine erhielten die kirchlichen und religiösen Gemeinschaften erstmalig eine legale Basis. Mit Rücksicht auf ihre gesellschaftliche Bedeutung erhielten sie sogar eine bessere Ausgangsposition als andere Organisationen, beispielsweise bei der Rückstellung von unter der sowjetischen Herrschaft konfisziertem Eigentum. Noch immer aber wird von der Regierung der Anspruch vertreten, Kirchen mögen im Sinn des Staates wirken. Als Verbindungsglied wurde dafür das "Staatskomitee für Religiöse Angelegenheiten" eingerichtet. Dieses koordiniert kirchliche Aktivitäten und vermittelt zwischen Staat und Kirche. Beide bisher amtierenden ukrainischen Staatspräsidenten versuchten die Orthodoxie in der Ukraine als größte Religionsgemeinschaft in ihre Dienste zu stellen. Sowohl Präsident Kravčuk als auch sein Nachfolger Kučma scheiterten allerdings an der Tatsache, dass das Engagement für eine kirchliche Organisation unter Umständen die Gläubigen einer anderen abschreckt. Bisher jedenfalls wurde in der Ukraine noch keine Staatskirche wie in Russland proklamiert. Das hängt mit der inneren Zerstrittenheit und Fraktionierung der orthodoxen Kirche zusammen. Die Unfähigkeit der verschiedenen Richtungen, sich freiwillig zusammenzuschließen, hat ihre Ursache auch in der interventionistischen Politik Kravčuks, die zum Teil von Kučma aufgenommen wurde. Während eine einzige Staatskirche die Manipulation durch den Staat erleichtert, ist dies bei der bestehenden Vielfalt kirchlicher Gruppen in der Ukraine nicht so leicht möglich. Kirchen können also für das nation building nur eingeschränkt herangezogen werden.

Dennoch hat die Politik in der Ukraine nicht aufgehört, Kirchen zu instrumentalisieren. Die neueste Entwicklung geht dahin, kirchlichen Wünschen nun betont entgegenzukommen. Dazu gehört das gerichtliche Vorgehen gegen antisemitische Vorfälle ebenso wie die beschleunigte Restitution von Kircheneigentum, die erleichterte Einreise für ausländische Missionare und anderes. Nicht mehr durch Vorschriften, sondern durch demonstrative Berücksichtigung kirchlicher Interessen soll die Unterstützung von Gläubigen, Kirchenoberen und letztlich des Wahlvolkes sichergestellt werden.

Die Kirchen in der Ukraine werden allerdings auch ohne die Politik leben können, schon weil sie wegen der fehlenden Kirchensteuer finanziell nicht von ihr abhängig sind. Andererseits werden die Machthaber umso mehr auf Kirchen und ihre Repräsentanten zurückzugreifen versuchen, je länger sich die wirtschaftliche Sanierung des Landes hinauszögert. Dabei wäre viel gewonnen, wenn der traditionell entstandene und weiter wachsende kirchliche Pluralismus in der Ukraine berücksichtigt wird. Nur diese Vielfalt entspricht der Komplexität der Kirchengemeinden in der Ukraine, nicht jedoch die Einheitskirche. Das friedliche Nebeneinander unterschiedlicher kirchlicher Gemeinschaften darf nicht als Schwäche des Nationalstaats interpretiert werden. Für die Gläubigen bleibt die wichtigste Option in der Zukunft die weitere Garantie der Religionsfreiheit.

Anwendungsfelder

Während sich nach dem Zerfall der Sowjetunion viele Studien zu Osteuropa auf die politische und wirtschaftliche Entwicklung der Russischen Föderation konzentrieren, stand im vorliegenden Projekt die Ukraine als zweitgrößte ehemalige Sowjetrepublik mit über 50 Millionen Einwohnern, im Vordergrund. Die Zusammenstellung der ukrainischen Kirchenpolitik und -geschichte ist speziell für karitative und soziale Einrichtungen, aber auch für andere in der Ukraine tätige Organisationen von Interesse. Einblicke in die Besonderheiten der gesellschaftlichen Strukturen der Ukraine, die sich von westeuropäischen Gesellschaften insofern unterscheiden, als die Kirchen im öffentlichen Leben ein vielbeachteter Faktor sind, können ebenfalls für kirchliche und nichtstaatliche Akteure von Bedeutung sein. Im Unterschied zu Russland, wo die Orthodoxie de facto die Rolle einer

"Staatskirche" übernommen hat und so das öffentliche Bewusstsein insgesamt beeinflussen kann, ist in der Ukraine durch die Vielzahl unterschiedlicher kirchlicher Institutionen eine größere Vielfalt weltanschaulicher Überzeugungen zu finden.

Bayern unterhält nicht nur in politischer, sondern auch in kultureller und wirtschaftlicher Hinsicht eine Vielzahl unterschiedlicher Kontakte und Beziehungen zur Ukraine, die nach dem Ende der Sowjetunion auf eine neue Basis gestellt wurden. Hintergrundinformationen über Gesellschaft und Staat in der Ukraine liefern neue Einblicke in das aktuelle politische Leben. Die gewonnenen Erkenntnisse und Ergebnisse sind leicht und schnell abrufbar, da sie fast alle in schriftlicher Form ausgearbeitet und in allgemein zugänglichen Publikationen veröffentlicht werden bzw. wurden.

Die drei Ukraine-zentrierten Themenstellungen der Gruppe hatten sich gemeinsam vorgenommen, Kontinuitäten und Diskontinuitäten der gesellschaftlichen Entwicklung aufzugreifen und sie, ausgehend von deren historischen Dimensionen und tiefer liegenden Entwicklungsursachen, bis zur unmittelbaren Gegenwart zu führen. Dabei zeigte sich, dass für die Ukraine, dem immerhin flächenmäßig größten Staat Europas, trotz aller bereits eingeleiteten politischen und sonstigen Reformen der Weg zu einer civil Society nicht immer durch klare Zielsetzungen gekennzeichnet war, nach außen hin wirkt er vielmehr oft wenig verständlich. Besonders typisch ist hier die Übernahme "westlicher" Vorbilder bei gleichzeitigem Verharren bestehender Einstellungen sowie dem Aufspüren eigener vorsowjetischer Traditionen und einer daraus resultierenden eigentümliche Amalgamierung, die eine Weiterentwicklung, eine Verbesserung der Verhältnisse und Fortschritt eher hemmt als fördert.

Teil III: Nationale Identität, ethnischer Pluralismus und internationale Beziehungen

Gerhard Seewann

Einführung

Neun gemeinsame Veranstaltungen der Gruppe III – teils Kolloquien mit externer Beteiligung, teils intensive Gruppenarbeitstreffen - bildeten die organisatorische Ausgangsbasis für eine überaus fruchtbare Zusammenarbeit aller Projekte dieser Gruppe. Daraus resultierte eine wachsende Kooperation zwischen den Universitäten und eine weitgehende, auch technisch umgesetzte (EDV-) Vernetzung insbesondere der mit Datenbanken befassten Projekte. So bildete sich ein deutlich konturierter Datenbankschwerpunkt heraus, der eine Absprache hinsichtlich der Erschließung, Bearbeitung und technischen Aufbereitung bestimmter Themenbereiche im Sinne einer konkretisierten Arbeitsteilung unter den drei Projekten ebenso beinhaltete wie den konkreten Datenaustausch der erarbeiteten Ergebnisse. Austausch der Quellen, Diskussion der Methodik, Erfassungsmodalitäten und technologischen Möglichkeiten für Recherche und öffentlicher Zugänglichkeit zählten neben den eigentlichen thematischen Inhalten zu den relevanten Arbeitsschwerpunkten. Dies galt übergreifend für die Minderheitenfrage, Sprachkultur und Sprachpolitik.

Der gegenseitige Erfahrungsaustausch konzentrierte sich außerdem auf die Frage der Authentizität, des historischen Gewichts und der textlichen Überprüfung gesammelter Quellen, da aus dem Internet stammende Quellentexte oftmals sehr fehler- und lückenhaft sind. Im zweiten Jahr wurden vor allem anwendungsorientierte Methoden der Verknüpfung der einzelnen Datenbankbestände und deren Koordination erörtert und entwickelt.

Als Ergebnis ist besonders hervorzuheben, dass die gemeinsamen Veranstaltungen und Kooperationsschritte einerseits wesentlich zur Fokussierung innerhalb der einzelnen Projekte auf die jeweiligen Projektziele, andererseits auch zur Verwirklichung dieser Ziele durch die Intensivierung arbeitsteiliger Projekte, insbesondere durch Informations- und Datenaustausch beigetragen haben. Gerade in Bezug auf Anwendungsorientierung und Methodik der Einzelprojekte war die Zusammenarbeit für alle daran beteiligten sieben Projekte überaus fruchtbar. Die zahlreichen Synergieeffekte des Datenbankschwerpunkts wirkten über Forost hinaus auf die beteiligten Institute und deren eigene Netzwerke zurück. Forost hat damit belegt, dass interdisziplinäre und universitätsübergreifende wissenschaftliche Teamarbeit projektübergreifend höchst erfolgreich zu konkretisieren ist, wenn die dafür nötige organisatorisch-finanzielle Basis angeboten wird.

Kapitel 15

Datenbank zur Minderheitenproblematik und zu den ethnischen Gruppen Südosteuropas "Ethnodoc"

Gerhard Seewann / Edvin Pezo

Zielsetzung / Methodik und Leitfragen

Ziel dieses Projekts ist es, das gesamte Wissen über die Minderheitenprobleme in den Ländern Südosteuropas (Albanien, Bosnien-Herzegowina, Bulgarien, Griechenland, Jugoslawien und Nachfolgestaaten, Karpatenukraine, Österreich, Republik Moldau, Rumänien, Slowakei, Tschechien, Ungarn) in standardisierter und digitalisierter Form zur Verfügung zu stellen. Es geht darum, facts and figures über ca. 170 in einer Minderheitenposition befindliche, ethnisch, sprachlich oder religiös definierte Gruppen in 21 Ländern und Regionen zu sammeln, zu operationalisieren und die bestehenden (potentiellen oder tatsächlichen) Konfliktlagen solcher Minderheitengruppen mit den jeweiligen Staatsvölkern zu einem ganzheitlichen Bild zu vereinen. Dabei wird die durch die neuen Medien geschaffene Möglichkeit der gegenseitigen Verknüpfung extensiv genutzt.

Die Datenbank setzt sich aus folgenden Teilen zusammen:

<i>Literaturdokumentation</i>	bibliographisches Datenmaterial mit rund 20.000 Titeln (Monographien, Buch- und Zeitschriftenbeiträge) – Ergebnis: SQL-Datenbank
<i>Lexikalischer Teil</i>	analytische Textbeiträge, die den Forschungsstand zu einzelnen Teilbereichen zusammenfassen und mit Links zu grundlegenden Beiträgen versehen werden. Letztere werden als Volltext-Dateien angeboten – Ergebnis: Textdatei mit Hintergrundverschlagnwortung;
<i>Quellenteil</i>	Volltext-Versionen der relevanten Quellentexte zur Minderheitenproblematik (Gesetze, Verordnungen, Programme, Manifestationen der einzelnen ethnischen Gruppen, Lageberichte von Regierungen und NGOs etc.) –Ergebnis: Textdatei mit Hintergrundverschlagnwortung;
<i>Statistischer Teil</i>	Ergebnisse der Volkszählungen von 1900-2000/ 2002, und anderer statistischer und soziologischer Erhebungen, relevante Wahlergebnisse auf kommunaler Ebene – Ergebnis: Excel-Tabelle,
<i>Kartographischer Teil</i>	digitalisierte Landkarten, bezogen auf Länder, Regionen und den Siedlungsgebiete der einzelnen ethnischen Gruppen – Ergebnis: SQL-Datenbank.

Die quantitativen Ergebnisse dieser Einzelteile (Stand 30. Januar 2003) sind in folgender Übersicht zusammengefasst:

Tab. 1 Quantifizierte Ergebnisübersicht:

Ergebnis Land	Bibliographische Datensätze	Quellen, Dokumente (Seiten)	Statistik (Seiten)	Karten ^{x)}	Lexikon- Artikel (Zahl/ Seiten)	Summe (Seitenzahl /Datensätze)
Jugoslawien 1918-1991	1256	270	210	3	11/55	535/1256
Slowenien	656	180	12	1	4/45	237/656
Kroatien	330	220	12	1	15/55	287/330
Bosnien	502	160	12	1	7/34	206/502
Montenegro	172	40	12	1	5/20	72/172
Serbien	230	385	20	2	8/42	447/230
Vojvodina	1065	135	20	12	10/50	205/1065
Kosovo	385	200	25	2	12/48	273/385
Albanien	105	110	14	1	11/24	148/105
Makedonien	1733	220	12	2	12/28	260/1733
Griechen- land	1162	80	6	2	12/25	111/1162
Bulgarien	1468	55	85	3	17/36	176/1468
Rumänien	3112	306	360	10	15/66	732/3112
Moldawien	1305	900	90	23	7/70	1060/1305
Ungarn	2842	530	600	12	15/72	1202/2842
Slowakei	1985	150	86	3	8/42	278/1985
Karpaten- Ukraine	605	88	10	1	7/27	125/605
Österreich	547	27	86	4	6/16	129/547
Italien	461	300	10	1	7/46	356/461
Allgem. Teil	564					-/564
Region SOE	1342	150	20	1	9/30	200/1342
Summe	21827	4506	1702	86	187/831	7039/21827
Davon noch nicht digita- lisiert	4827 =22,1%	2806 =62,2%	400 =23,5%	61 =70,9%	50/217 ^{xx)}	3317/4827 =47,1%/22,1%

x) Nicht identisch mit dem Teil 5: Kartographische Darstellung und Umsetzung statistischer Daten, der zu 90% fertig gestellt ist. Die hier aufgelisteten zusätzlichen Karten geben einen länderweisen Überblick über die ethnische Struktur der Siedlungsgebiete bzw. der Siedlungsgebiete einzelner Minderheiten.

xx) Diese Artikel sind in Ostsprachen abgefasst und müssen noch übersetzt werden.

Die Fülle des gewonnenen Materials sowie dessen Heterogenität hat die zur Verfügung stehende Digitalisierungskapazität zunächst überfordert. Trotzdem konnten im letzten Jahr alle geplanten Teildatenbanken mit einer entsprechenden Systematik entwickelt, in die die digitalisierten Texte bzw. die Datensätze jetzt zügig und sinnvoll integriert werden können. Zusätzlich wurde als sechste Teildatenbank eine Access-Datenbank der minderheitenrelevanten Websites aufgebaut, die in einem ersten Ausdruck unter dem Titel "Südosteuropa-Minderheiten im Internet" als forost-Arbeitspapier Nr. 4 im Juni 2002 der Öffentlichkeit zugänglich gemacht wurde.

Unter dem Aspekt der ursprünglichen Zielsetzung wurde

- die Sammlung der Materialien zu 90% (die noch fehlenden 10% betreffen vor allem den allgemeinen Teil der Grundlagenforschung zu Minderheitenfragen und die länderübergreifenden Abschnitte zur Region Südosteuropa sowie vereinzelte Ergänzungen bei verschiedenen Ländern)
- die Operationalisierung bzw. Digitalisierung der Texte zu 53%,
- die Eingabe der Datensätze in die Literaturdatenbank zu 78% erreicht.

Zwar wurde die ungeheure Menge besonders der Volltextsammlung zu Projektbeginn unterschätzt und das Projekt konnte realiter auch erst im Juli 2001 die Arbeit aufnehmen, die Ergebnisse sind aber trotzdem zufrieden stellend. Dies gilt umso mehr, als die zeitintensive Basisarbeit abgeschlossen und die Dateneingaben jetzt zügig vorgenommen werden können, denn die Strukturentwicklung der Teildatenbanken konnte zu 100% abgeschlossen werden, so dass jetzt ein strukturiertes DB-Gesamtsystem für Ethnodoc mit seiner Einbindung in den Münchner Osteuropa-Server⁸ entworfen und ausgeführt werden kann.

Grundsätzlich ist hier anzumerken, dass ein so anspruchvolles Projekt wie Ethnodoc nur durch Kooperation zahlreicher Experten verwirklicht werden kann. An Ethnodoc arbeiten – forost und nicht-forost zusammengezählt – an die 30 Wissenschaftler aus dem In- und Ausland mit. Neben den forost-internen Projekten und Institutionen sind hier insbesondere zu nennen:

Deutschland:

- Osteuropa-Institut der FU Berlin, (Ulrich Büchsenschütz: Länderkapitel Bulgarien)
- Institut für Slawistik der Uni Bochum (Prof. Dr. Rašid Durić: Länderkapitel Bosnien und Montenegro)
- European Center for Minority Issues, Flensburg (Florian Bieber: Länderkapitel Serbien)
- SFB 541 der Uni Freiburg: "Identitäten und Alteritäten. Die Funktion von Alterität für die Konstitution und Konstruktion von Identität. Nationbuilding-Prozesse und ethnisch-nationaler Gegensatz in Südosteuropa" (Dr. Sevasti Trubeta und Dr. Christian Voss)

Italien:

- Europäische Akademie in Bozen, (Dr. Eva Moar, Dr. Günther Rautz: Länderkapitel Italien)

Österreich:

- Österreichisches Ost- und Südosteuropa-Institut (Dr. Thede Kahl <früher Uni Münster>, Länderkapitel Makedonien und Griechenland)
- Carinthian Institute for Ethnic Minorities, Villach (Kärnten), (Dr. Albert Reiterer: Länderkapitel Österreich)

Bulgarien:

- IMIR – International Centre for Minority Studies, Sofia (Dr. Antonia Zeljazkova: Publikations- und Datenaustausch)

⁸ Siehe www.vifaOst.de

Kroatien:

- Institute for Migration and Ethnic Studies, Zagreb (Dr. Mirjana Domini, Länderkapitel Kroatien)

Rumänien:

- Institut für Geschichte der Rumänischen Akademie der Wissenschaften in Jassy (Dr. Flavius Solomon: Länderkapitel Republik Moldau)

Russland:

- Institute for international Politics of the Russian Academy of Sciences (Dr. Ljuba Šišelina, Bearb. russ. Quellen und Fachliteratur)

Slowakei:

- Historisches Institut der Slowakischen Akademie der Wiss. (Dr. Elena Mannová)

Slowenien:

- Institute for Ethnic Studies, Ljubljana (Dr. Boris Jesih, Länderkapitel Slowenien)

Ungarn:

- Mitteleuropa-Institut der Teleki-Stiftung Budapest (Dr. Péter Dippold: Hauptkooperationspartner bei der Erstellung der Literaturdatenbank, der Kartendatenbank Ethnograf, verantwortlich für die Bearbeitung der Länderkapitel Ungarn, Rumänien, Slowakei, Karpatenukraine, Vojvodina)
- Minderheitenforschungsinstitut der Ungarischen Akademie der Wissenschaften (Dr. László Szarka)

USA:

- Prof. Dr. John C. Swanson, Syracuse Univ., NY.

Mit folgenden bereits bestehenden bzw. im Aufbau befindlichen Datenbanken besteht eine Vereinbarung über Kooperation und gegenseitigen Datenaustausch:

- MIRIS Minority Rights Information System, der Europäischen Akademie in Bozen (Frau Evamaria Haberland)
- ECMI – European Center for Minority Issues (McKinley), Flensburg
- MINELRES – Minority Electronic Resources, Riga

Dieses Netzwerk der am Projekt beteiligten Wissenschaftler und Institutionen funktioniert bereits jetzt als Forum eines Wissenschaftsdiskurses zum Themenbereich Minderheiten und Ethnopolitik und wird auch in Zukunft für gemeinsame wissenschaftliche Tagungen und Forschungsarbeiten gepflegt und weiter ausgebaut werden.

Gesamtergebnis der Forschungsarbeit

Die Datenbank Ethnodoc bietet eine systematische Erfassung und digitalisierte Präsentation sowohl des international erreichten Forschungsstandes zur Minderheitenfrage als auch der relevanten Materialien (Rechtsnormen, Dokumente, Statistiken, Karten) und wichtiger Einzelfakten. Die bis dahin nirgends erreichte Breite des Angebots hat damit für die Minderheitenforschung ein virtuelles Forum geschaffen, das anwendungsorientiert als

unentbehrliche Ausgangsbasis für weitere Forschungen einerseits und als Informationsmedium für eine breite Öffentlichkeit andererseits dienen kann. Durch die Zusammenfassung der in allen minderheitenrelevanten Forschungsdisziplinen (Geschichte, Politikwiss., Rechtswiss., Soziologie, Kulturwiss., Sprachwiss. etc.) erbrachten Forschungsleistungen in einem gemeinsam Pool und durch die angebotenen Verknüpfungsmöglichkeiten von Forschung und Datenmaterial wird eine gleichermaßen interdisziplinäre wie multimediale Qualität erreicht. Darin liegen völlig neue Anwendungsmöglichkeiten in für Wissenschaft und Praxis (für Politik, Wirtschaft und Gesellschaft), weil in sehr kurzer Zeit sehr komplexe Themen sowohl analytisch wie auch deskriptiv und statistisch abgefragt und dargestellt werden können. Das Forschungsinstrument Ethnodoc kann (und wird) in Zukunft weiter verfeinert, verbessert, modifiziert und aktualisiert werden. Über den oben erwähnten Osteuropa-Server der Staatsbibliothek München ist bereits jetzt eine öffentliche Nutzung möglich.

Als inhaltlich breit gefächertes und durch vielfältige Verknüpfungen anwendungsorientiertes Informationsmedium kann Ethnodoc wertvolle und sofort abrufbare Informationen für Politik, Wirtschaft und Massenmedien liefern und durch sein Informationsangebot indirekt zur Prävention und Lösung ethnischer Konflikte in einem Subkontinent Europas beitragen, die aufgrund potentiell noch immer bestehen und schnell wieder virulent werden könnten. Im Rahmen der europäischen Integration kann ethnischer Pluralismus bereichernd und kreativ wirken; allerdings nur dann, wenn er positiv aufgenommen und sensibel mit ihm umgegangen wird. Zur Sensibilisierung der mit dem ethnischen Pluralismus schon aus historisch-politischen Gründen verbundenen Probleme kann und wird Ethnodoc erheblich beitragen.

Kapitel 16

Informationsserver "Quellen und Materialien zur Beziehungs- und Integrationsgeschichte in Ostmittel- und Südosteuropa im 20. Jahrhundert unter besonderer Berücksichtigung Ungarns, der Minderheitenfrage und der europäischen Integration"

Ralf Thomas Göllner / Andreas Schmidt-

Zielsetzung / Methodik und Leitfragen

Das Projekt entstand vor dem Hintergrund der deutschen und internationalen Bestrebungen zur Digitalisierung von Bibliotheksbeständen, deren erklärtes Ziel, "die Nutzung der neuen Kommunikations- und Publikationstechniken zur Verbesserung der wissenschaftlichen Arbeitsbedingungen beim Zugriff und bei der Verarbeitung von Literatur sowie von wissenschaftlichen Daten und Informationen verstärkt zu fördern" auch in diesem Projekt Anwendung findet. Elektronische Texte sollen direkt am Arbeitsplatz des Wissenschaftlers zur Verfügung stehen, damit "in einem Kernbereich der Förderung wissenschaftliche Forschungsliteratur aus den Beständen von Bibliotheken digitalisiert und über Kommunikationsnetze zugänglich gemacht werden"⁹.

Ziel dieses Serverprojekts war die digitale Volltextfassung und strukturierte Aufarbeitung von schriftlichen Quellen (internationale Verträge, Protokolle, Resolutionen, nationale Gesetze und Verordnungen, Memoiren usw.) und Materialien (Statistiken, Landkarten usw.), denen eine zentrale und aussagekräftige Bedeutung für die Beziehungs- und Integrationsgeschichte im ostmittel- und südosteuropäischen Raum im 20. Jahrhundert zukommt. Sowohl der Forschung als auch politischen Entscheidungsträgern und auch der interessierten Öffentlichkeit wird damit ein inhaltlich vielseitiges, redaktionell zuverlässiges, wissenschaftlich geprüftes und über das Internet recherchierbares und beständiges Fachinformationsangebot zur Verfügung gestellt werden.

Herausragendes inhaltliches Augenmerk lag bei der Durchführung des Projekts auf den Quellen und Materialien,

- die Ungarn bzw. den Donau-Karpatenraum unmittelbar oder mittelbar betreffen,
- die Fragen der europäischen Integration Ostmittel- und Südosteuropas behandeln,
- sich mit der Minderheitenproblematik dieses Raumes befassen,
- die zum Verständnis gegenwärtiger politischer und sozialer Probleme und Konfliktsituationen beitragen und
- den historischen Wandel und die Kontinuität besonders deutlich zum Ausdruck bringen.

Aufschlussreiche Quellen in diesem Sinne bildeten beispielsweise

- die Friedensverträge nach den beiden Weltkriegen,

9 Bericht der Arbeitsgruppe Technik zur Vorbereitung des Programms "Retrospektive Digitalisierung von Bibliotheksbeständen" im Förderbereich "Verteilte Digitale Forschungsbibliothek". DFG. www.sub.uni-goettingen.de/ebene_2/vdf/endfas.pdf.

- internationale Minderheitenschutzverträge,
- bilaterale Grundlagenverträge,
- Verträge zur regionalen wirtschaftlichen und politischen Integration,
- nationale Minderheitengesetze,
- Verträge der Europäischen Gemeinschaft bzw. Union mit den Transformationsstaaten,
- minderheitenpolitisch bedeutsame Denkschriften,
- Resolutionen internationaler Organisationen (Völkerbund, Vereinten Nationen, KSZE/ OSZE)
- sowie Bevölkerungs- und Wirtschaftsstatistiken und Landkarten zu Grenzveränderungen.

Der mit dem Projekt angestrebte Informationsserver soll aufgrund des Angebots der Volltextfassung und der vielfachen Rechercheoptionen weit über die Möglichkeiten eines herkömmlichen Bibliothekskatalogs und einer gedruckten Quellenedition hinausgehen. Das System soll nicht nur die Möglichkeit einer dokumentenübergreifenden, wortbezogenen Volltextrecherche bieten, sondern – aufgrund der wissenschaftlichen Aufarbeitung und Strukturierung der Quellen und Materialien – auch die Suche nach stich- und schlagwortabhängigen, inhaltlich sowie fachlich spezifizierten Auswahlkriterien ermöglichen. Diese genügen allen Rechercheanforderungen und sind zugleich so offen, dass mögliche technologische Weiterentwicklungen nachträglich implementiert werden können. Besonderes Augenmerk liegt auch auf der Darstellbarkeit der diakritischen Zeichen, umgesetzt im Unicode-System. Um den technischen und internationalen Standards genüge zu leisten und einer späteren Skalierbarkeit Rechnung zu tragen, sollen die Quellen gegebenenfalls zusätzlich mittels der Auszeichnungssprache XML (Extended Markup Language) strukturiert werden.

Literaturrecherchen

Im ersten Abschnitt der Projektarbeiten, wurde mittels einschlägiger Handbücher, Chronologien und Fachbücher eine Datenbank mit zentralen Daten und Fakten zur Beziehungs- und Integrationsgeschichte Südost- und Ostmitteleuropas erstellt. Auf dieser Grundlage wurde das zu bearbeitende Quellenmaterial ausgewählt. Zentrale Gesichtspunkte waren hierbei

- das historische Gewicht bzw. die aktuelle politische Bedeutung der Quelle (inhaltlicher Aspekt)
- die Frage der Verfügbarkeit des Dokuments
- seine qualitative Beschaffenheit und die urheberrechtliche Situation (formaler Aspekt).

Bei den für die Bearbeitung ausgewählten Quellen handelte es sich der Form nach im wesentlichen um multilaterale oder bilaterale internationale Verträge, Statuten, Resolutionen und Communiqués internationaler Organisationen, nationale Gesetze, Verordnungen und Regierungsprogramme. Inhaltlich unterscheiden sich die ausgewählten Dokumente hinsichtlich ihrer völkerrechtlichen und beziehungs geschichtlichen "Reichweite", d.h. sie betreffen unterschiedliche Ebenen der internationalen Politik. Die folgende Zusammenstellung soll auch einen strukturierten Überblick über den inhaltlichen Umfang des Projekts geben:

- globale Ebene (z.B. UN-Resolutionen, Friedensverträge nach den Weltkriegen)
- gesamteuropäische Ebene (z.B. KSZE/OSZE-Dokumente, Resolutionen des Europarats)
- Ebene der (einstigen) Ostintegration (z.B. RGW-Verträge, Protokolle des Warschauer Pakts)
- Ebene der Westintegration (z.B. Abkommen mit der NATO)
- Ebene der europäischen Integration (z.B. Europa-Abkommen)
- regionale Ebene (z.B. CEFTA-Abkommen, Erklärung von Visegrád)
- bilaterale Ebene (z.B. Freundschaftsverträge zwischen zwei Staaten)
- nationale Ebene (z.B. Gesetze)
- ethnische Ebene (z.B. Minderheitenschutzbestimmungen, Erklärungen von Minderheitenvertretungen)
- Recherche im Internet und Beschaffung gedruckter Quellen

Im zweiten Abschnitt der Projektarbeiten wurden bereits digitalisierte Quellen recherchiert. Zahlreiche historische und aktuelle Dokumente wurden auf den Homepages internationaler Organisationen, von Regierungen, Parteien und Minderheitenverbänden in Ostmitteleuropa und Südosteuropa aufgefunden und – nach Überprüfung der Urheberrechte – teilweise übernommen. Diese Dokumente wurden also von den Urhebern der Quellen selbst veröffentlicht und stellen keine Bearbeitung durch eine zweite Stelle dar.

Die im Internet frei verfügbaren Dokumente fielen allerdings häufig durch redaktionelle Fehler, in einigen Fällen auch durch inhaltliche Unzulänglichkeiten auf. Dieser Umstand sowie die Tatsache, dass nur die gedruckte Vorlage als authentische Quelle gilt, machte eine Überprüfung der aus dem Internet übernommenen Dokumente am verfügbaren gedruckten Original notwendig. Lediglich bei sehr aktuellen Materialien, für die noch keine gedruckte Version zum Bearbeitungszeitpunkt vorlag, wurde vorläufig das Internetmaterial übernommen und dabei streng auf die zuverlässige Herkunft des Dokumentes geachtet. Diese Quellen wurden in der letzten Bearbeitungsphase erneut anhand des gedruckten Originals überprüft.

Auf die Verwertung von Dokumenten, die auf Informationsservern von Universitäten und wissenschaftlichen Institutionen (z.B. Avalon-Projekt der Universität Yale, Deutsches Historisches Museum in Berlin) bereits veröffentlicht wurden, wurde in den meisten Fällen verzichtet: Bei Quellen aus "zweiter Hand" ist die Urheberrechtslage häufig unklar. Außerdem sind Dokumente im Internet oftmals fehlerhaft, so dass der Bearbeitungsaufwand unter Umständen höher ist, deren Neuerfassung.

Wegen dieser offensichtlichen Mängel der Internet-Quellen stand die Beschaffung und Digitalisierung von gedruckten Quellen im Mittelpunkt. In den Münchener Bibliotheken, insbesondere in der Bayerischen Staatsbibliothek, der Bibliothek des Geschwister-Scholl-Instituts für Politische Wissenschaften und in der Bibliothek des Instituts für Völkerrecht konnte umfangreiches Quellenmaterial ausfindig gemacht und kopiert werden. Von besonderer Bedeutung bei der Literaturrecherche waren "Urquellen" wie z.B. offizielle Amtsblätter oder authentische (konsolidierte) Vertragssammlungen (z.B. League of Nations. Treaty Series, United Nations. Treaty Series) Verwendung fanden darüber hinaus auch wissenschaftliche Quellenpublikationen.

Digitalisierung und Verwaltung der Dokumente

Bis Ende Januar 2003 konnten rund 686 Quellen bearbeitet werden. Dies bedeutet, dass sie eingescannt bzw. – in seltensten Fällen und nur aus zuverlässiger Originalquelle – aus dem Internet übernommen, in Word-Dateien (rtf-Dateiformat) umgewandelt und nach einheitlichen, möglichst einfachen Gestaltungskriterien vorformatiert wurden. Die inhaltliche Gliederung des Originals blieb jedoch unberührt. Anschließend wurden die digitalisierten Quellen anhand der ursprünglichen Vorlage auf Übereinstimmung geprüft. Insgesamt umfasst das bisher vorbearbeitete Material 3.729 Seiten und nimmt einen Speicherplatz von 48,14 MB (im PDF-Format) ein (Stand 28. Januar 2003). Gegenwärtig werden weitere rund 200 Dokumente vorbearbeitet. Beim Einscannen und beim Textvergleich der digitalisierten Version wird jedes Dokument mindestens zwei- bis dreimal überprüft, um die Übereinstimmung mit dem Original zu garantieren und dem Anspruch der Zitierbarkeit und Wissenschaftlichkeit zu genügen. Die im Rahmen des Projekts bearbeiteten Quellen unterscheiden sich hinsichtlich redaktioneller Qualität und Zuverlässigkeit deutlich von den bereits im Internet vorhandenen rudimentären Sammlungen, und werden Wissenschaft und Öffentlichkeit ein *zuverlässiges Rechercheinstrument* zur Verfügung stellen können.

Die mehrfach bearbeiteten Quellen werden in einer hausinternen Access-Datenbank erfasst, um den Stand der Bearbeitung zu dokumentieren, den Überblick über das Quellenmaterial zu gewährleisten, eine Stichwortvergabe zu ermöglichen sowie eine mehrfache Bearbeitung, auch durch Kooperationspartner, auszuschließen. Insbesondere in der Zusammenarbeit mit dem Projekt ETHNODOC erwies sich diese Vorgehensweise als sehr fruchtbar, da die Mitarbeiter jenes Projekts auf die Datenbank zurückgreifen konnten und dadurch sowohl gezielt Dokumente suchen, als auch eine parallele Bearbeitung vermeiden konnten.

Zusätzlich zu den höchst fruchtbaren Kooperationen mit den anderen forost-Projekten (insbesondere den Datenbankprojekten aus Gruppe III), wurde die Zusammenarbeit mit wissenschaftlichen Partnern in Ungarn mit Blick auf nur dort verfügbare Quellen und Materialien eingeleitet. Bei der Quellenerschließung zeigte sich Dr. Péter Sipos vom Geschichtswissenschaftlichen Institut der Ungarischen Akademie der Wissenschaften mit Literaturhinweisen und mit der Bereitstellung von Quellensammlungen behilflich.

Auch der Generaldirektor der Ungarischen Nationalbibliothek, Dr. István Monok, konnte für die intensive Erschließung und Beschaffung ungarischsprachiger Quellen gewonnen werden. Die Zusammenarbeit mit dem Ungarischen Institut und diesem Projekt bekräftigte Dr. Monok auf der Tagung des Ungarischen Instituts "Wissenschaftliche Ungarnkunde in den bayerisch-ungarischen Kulturbeziehungen" im Februar 2002 und vermittelte auch erste Kooperationsgespräche mit Mitarbeitern der ungarischen Parlamentsbibliothek. Auf diese Weise fördern derartige Projekte nachhaltige Netzwerke, die tragfähig sind und weit über die ursprünglich verabredete Zusammenarbeit hinausgehen.

Am 12. Juni 2002 konnte das Ungarische Institut München eine Kooperationsvereinbarung mit der Ungarischen Nationalbibliothek und der Bayerischen Staatsbibliothek schließen, in der unter anderem auch die dokumentarische Kooperation und die Zusammenarbeit in der Beziehungsgeschichtsforschung vereinbart wurde.

Es werden gegenwärtig Möglichkeiten und Plattformen zur Veröffentlichung der umfangreichen Dokumenten- und Quellensammlung sondiert. Dabei stehen technische und finanzielle Fragen im Mittelpunkt.

Darüber hinaus wurden Kooperationsgespräche mit dem Siebenbürgen-Institut in Gundelsheim am Neckar geführt und eine enge Partnerschaft in der Erschließung und Digita-

isierung von Quellen und Dokumenten etabliert. Am 5. Juli 2002 wurde eine entsprechende Kooperationsvereinbarung zwischen dem Siebenbürgen-Institut und dem Ungarischen Institut München geschlossen und bereits erste Dokumente und Quellen getauscht. Auch bei der fachlichen Bewertung und gegenseitigen Information, Sammlung und Digitalisierung wurden Synergien geschaffen, die in einer gemeinsamen Tagung beider Institute im Herbst 2003 publikumswirksam präsentiert werden.

Gesamtergebnis der Forschungsarbeit

Im Verlauf der Forschungs- und Digitalisierungsarbeiten hat sich wiederholt der begründete Bedarf an digitalisierten Quellen gezeigt. Gerade wegen der wenigen bereits existierenden digitalen – zumeist fehlerhaften – Quellensammlungen ist ein zuverlässiges, redaktionell und fachlich geprüftes Informationsmedium, wie es das vorliegende, zwingend notwendig. Angesichts der stetig wachsenden Bedeutung des Internets als Publikations- und Rechercheinstrument besteht wachsende Gefahr des unkritischen Zitierens fehlerhafter Quellen aus redaktionell ungeprüften Internetseiten. Die Recherchen haben gezeigt, dass Quellen in den meisten Fällen ohne buchstabengetreue und fachliche Prüfung digital publiziert und damit in den Wissenschaftskreislauf und die breite Öffentlichkeit gebracht werden. Diesen nicht zitierfähigen Sammlungen muss dringend ein zitierfähiges Medium entgegengestellt werden, das den Ansprüchen der Wissenschaftlichkeit genügt und den zugrunde liegenden Raum sowie die thematische Fragestellung weitgehend erschließt.

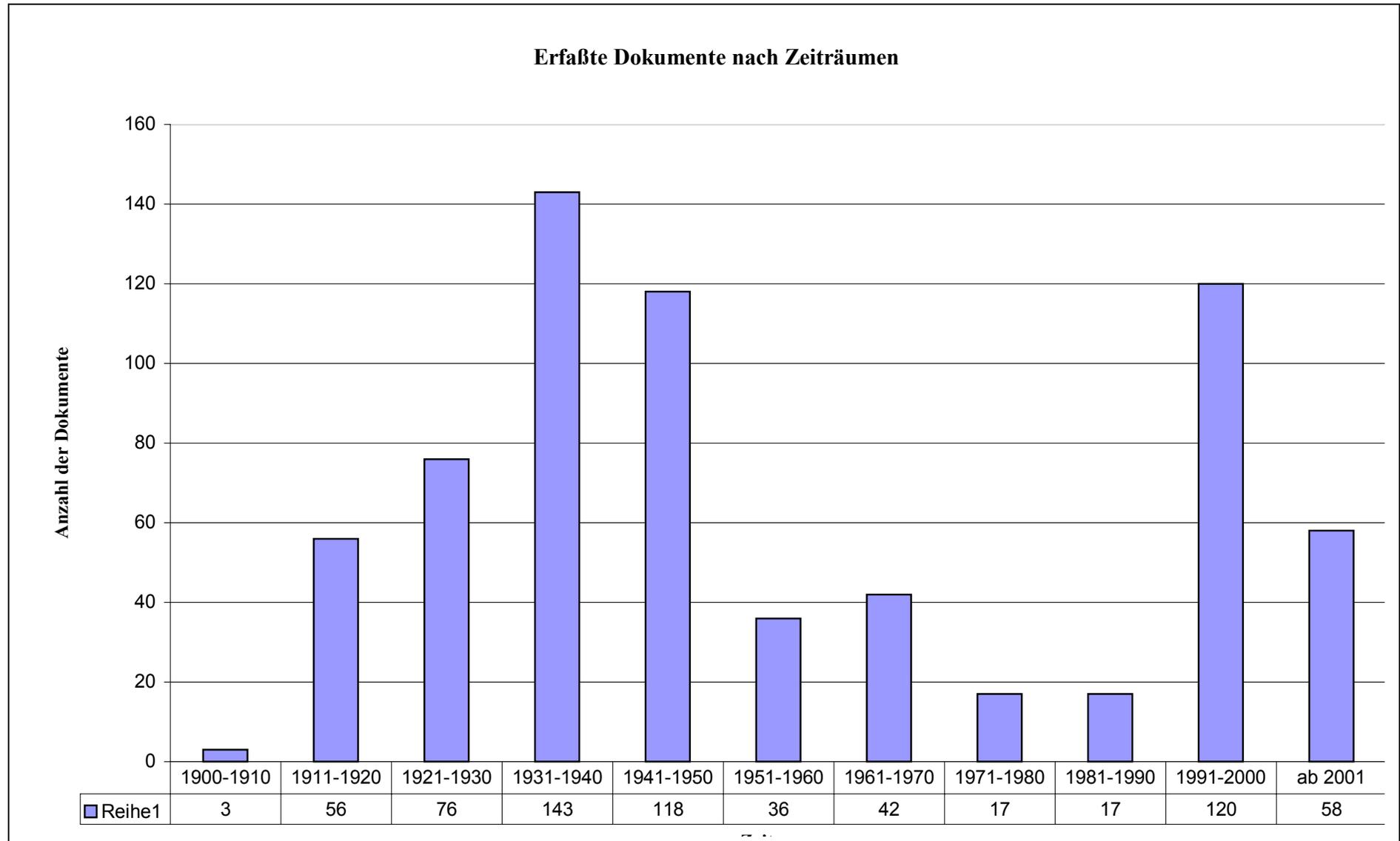
Mit den angestrebten Such- und Auswertungsmöglichkeiten werden die bestehenden rudimentären Sammlungen auch in technologischer Hinsicht bereichert bzw. übertreffen: In den meisten Fällen sind Dokumente in kaum erschließbaren Listen erfasst. Ein moderner Informationsserver hingegen stellt den Benutzern ein kontrolliertes und leicht verständliches Informations- und Recherchemedium bereit.

Bis Ende Januar 2003 wurden bereits 686 Quellen digitalisiert, bearbeitet, mehrfach und durch verschiedene Bearbeiter am Original überprüft und abgespeichert. Insgesamt umfasst das bisher bearbeitete Material 3.729 Seiten, wobei noch weitere rund 140 Dokumente in verschiedenen Bearbeitungsstadien vorliegen und bis Ende Februar noch bearbeitet werden. Um die bereits digitalisierten und geprüften Dokumente – zumindest innerhalb von forost – bereits nutzen zu können, sind die bisherigen Daten für andere forost-Projekte über eine CD-ROM verfügbar, die alle bisher bearbeiteten Dokumente im PDF-Format und eine Inhaltsübersicht enthält. Die Inhaltsübersicht gliedert die Dokumente grob in Zehn-Jahresschritten; dies vereinfacht die Suche nach Dokumenten, gibt jedoch nicht den endgültigen Publikationsstand wieder, weil mit den vorhandenen Mitteln die internettauglichen Suchfunktionen nicht implementiert werden konnten. Eine Volltextrecherche in den pdf-Dokumenten ist jedoch möglich und wurde mit Hilfe eines vom Ungarischen Institut angefertigten Indexes auch schon realisiert. Die erfassten Quellen sind also über die Titel und mittels einer flexiblen Stichwortrecherche zu recherchieren.

Die bisherigen Forschungsarbeiten werden mit Dr. Meinolf Arens als neuem Mitarbeiter fortgeführt und wurden inhaltlich unter anderem um die Themen des interkonfessionellen Dialogs und kirchenpolitischer Fragen und Entscheidungen erweitert. In der zweiten Förderungsphase soll den Anforderungen einer breiteren Quellenbasis, insbesondere zum Themenbereich der Minderheiten und der Beziehungsgeschichte, Rechnung getragen werden und durch die thematische Ausweitung tiefere Einblicke in das Verhältnis Mehrheit zu Minderheiten ermöglicht werden. Damit soll eine große Zahl aussagekräftiger Dokumente vorgelegt werden, die dem Serverprojekt eine herausragende Rolle in der

Sammlung und Digitalisierung entsprechender Quellen zuweisen werden. Bis 2005 soll die Sammlung eine "kritische Masse" erreichen, um als selbständiges Referenzmedium zu gelten, das in der Folgezeit weiter ausgebaut werden kann. Wissenschaft und Öffentlichkeit wird damit ein zitierfähiges Recherche- und Informationsmedium an die Hand gegeben, dessen Reichweite über den Bereich der Geistes- und Sozialwissenschaften weit hinausgeht. Dafür müssen allerdings die technologischen und materiellen Voraussetzungen geschaffen werden, um eine digitale und recherchierbare Veröffentlichung der Quellen zu gewährleisten und die elektronischen Vernetzungen mit den anderen beiden forost-Datenbanken etablieren zu können.

Grafische Darstellung der digitalisierten Quellen, Stand 28. Januar 2003



Kapitel 17 Sprachkultur und Sprachkultivierung in Osteuropa: Analyse und paradigmatischer Vergleich

Albrecht Greule und Nina Janich / Ludmila Teslia

Zielsetzung / Methodik und Leitfragen des Projekts

Thema dieses Projekts war die Analyse der Sprachsituation in Osteuropa und die Überprüfung sprachkultivierender Maßnahmen besonders mit Blick auf die Veränderungen, die der politische Systemwechsel bewirkte.

Dabei standen folgende Fragen im Mittelpunkt:

- Wo bestehen aufgrund sprachinterner bzw. sprachexterner Gegebenheiten Gemeinsamkeiten und Unterschiede hinsichtlich der Maßnahmen und dem Grad der *Institutionalisierung von Sprachkultivierung*?
- Inwiefern sind diese Gemeinsamkeiten/Unterschiede *abhängig von der politischen und gesellschaftlichen Situation* und ihrer Vorgeschichte?
- Innerhalb welcher Länder spiegeln sich weiter bestehende ethnische Konflikte in der *Konkurrenz oder gar Etablierung neuer Einzelsprachen* (vgl. die Sprachsituation in Rest-Jugoslawien)?

Auf der Grundlage einer ausführlichen Dokumentation, die durch Handbuchbeiträge ausgewiesener Experten sowie eigene Literatur- und Internetrecherche erstellt wird, ist es möglich, die konkrete Abhängigkeit der Sprachsituation und Sprachkultur von politischen, gesellschaftlichen und kulturellen Rahmenbedingungen (insbesondere auch von gegenseitigen nachbarschaftlichen Einflüssen) zu untersuchen und sich ein Bild davon zu machen, inwiefern sich ost- und westeuropäische Länder nach dem Fall des Eisernen Vorhangs auch auf sprachlich-kommunikativer Ebene näher gekommen sind.

Die Ergebnisse wurden nicht nur Philologen zur Verfügung gestellt, sondern in Form eines Handbuchs auch Vertretern von Wirtschaft und Politik zur Information über die sprachliche und sprachpolitische Situation osteuropäischer Länder angeboten. Die Angaben zu Spracheinstellung, Sprachgesetzgebung, Minderheitensprachen u.Ä. vermitteln einen Einblick in nationale und kulturelle Mentalitäten, dienen dem besseren Verständnis anderer Kulturen und ihrer Haltung ihren Nachbarn gegenüber und erleichtern somit den Kontakt mit politischen und wirtschaftlichen Partnern.

Die Analyse verlief in drei Stufen:

- Herausgabe eines *internationalen Handbuchs "Sprachkulturen in Europa"*, das unter internationaler Beteiligung und in Form standardisierter Artikel zu jeder europäischen Einzelsprache einen Gesamtüberblick bietet.
- Übertragung der Daten aus den Handbuch-Artikeln speziell für die ost- und südosteuropäischen Sprachen in eine *Datenbank*, die durch zusätzliche Informationen aus Literatur und Internet ergänzt und weiter aktualisiert wurde und wird. Damit ist eine differenziertere Recherche z.B. nach Ländern statt nach Sprachen möglich.

- Parallel zu Schritt 1 und 2 Auswertungen im Sinne eines Sprachvergleichs unter verschiedenen Fragestellungen (insbes. mit Blick auf eine gesamteuropäische Sprach(en)politik)

In Handbuch und Datenbank sind in Einzel- und Sammelartikeln folgende ost- und südost-europäische Sprachen besprochen (neben den übrigen europäischen Einzelsprachen!):

Albanisch	
Bosnisch/Bosniakisch	
Bulgarisch	
Estnisch	
Finnisch	
Griechisch	
Jiddisch	
Kroatisch	
Lettisch	
Litauisch	
Makedonisch	
ostseefinnische Sprachen	= Karelisch, Ingrisch, Wepsisch, Wotisch, Livisch
permische Sprachen	= Komi, Udmurtisch
Polnisch	
Rumänisch	und Aromunisch
Russisch	
Samisch	
Serbisch	
Serbokroatisch	
slawische Kleinsprachen	= Banater Bulgarisch, Burgenländisch-Kroatisch, Kaschubisch, Moliseslawisch, Pomakisch, Resianisch, Russinisch/Ruthenisch, Westpolessisch
Slowakisch	
Slowenisch	
Sorbisch	
Tschechisch	
Türkeitürkisch	
Ukrainisch	
Ungarisch	
Weißrussisch	
wolgafinnische Sprachen	= Mari, Mordwinisch

Die Artikel im Handbuch sind folgendermaßen gegliedert (Ausnahmen bilden hier notwendigerweise Sammelartikel sowie Artikel zu besonderen Sprachverhältnissen wie z.B. der als historisch zu lesende Artikel "Serbokroatisch"):

Sprachtypus und Verbreitung:

Neben knappen Angaben zum Sprachtyp geht es vor allem um die Länder bzw. Regionen, in denen die betreffende Sprache gesprochen wird, ihren Status innerhalb dieser Gebiete (Nationalsprache, Amtssprache, politisch anerkannte/ nicht-erkannte Minderheitensprache) sowie die Sprecherzahlen. Zur Frage der Sprachbezeichnungen/Glottonyme nahmen die Autorinnen/Autoren nach eigenem Ermessen Stellung. Auf entsprechende Detailkarten, die sich im Anhang des Handbuchs befinden, wird jeweils in den Minder-

heitenssprachartikeln verwiesen. Die Nationalsprachen sind zur ersten Orientierung dagegen nur in einer Europa-Überblickskarte erfasst (s.u.).

Kodifikation:

Je nach Stand der Kodifikation werden hier mehr oder weniger ausführlich Grammatiken, Wörterbücher, ggf. auch Schwierigkeitenwörterbücher, Sprachratgeber, Zeitschriften und Arbeiten zur Sprachkulturforschung vorgestellt und/oder die besonderen Bedingungen und Probleme der Kodifikation diskutiert (z. B. Streit um verschiedene Orthographien oder gar als Standard konkurrierende Varietäten). Bereits an dieser Stelle entsteht ein erster Eindruck, wie stark gesteuert Kodifizierungsprozesse ablaufen (z. B. durch staatliche Akademien) bzw. ob sich Sprachkultivierung überhaupt schon auf eine vollständige Kodifizierung stützen kann.

Geschichte der Sprachkultivierung

An dieser Stelle wird Sprach-, unter Umständen auch Siedlungsgeschichte so detailliert rekonstruiert, wie es für ein Verständnis der heutigen sprachkulturellen Situation notwendig und angemessen ist. Substrat- und Superstrateinflüsse werden ebenso bedacht wie die Anfänge der schriftlichen Überlieferung, das Interesse an der Sprache bei ausländischen Sprachforschern bzw. bei der einheimischen Bevölkerung, frühe Institutionengründungen und nationalromantische "Spracherneuerungs"-Bewegungen oder der Einfluss der politischen bzw. konfessionellen Verhältnisse (z.B. Reformation) auf Sprachentwicklung und -behauptung.

Heutiger Stand der Sprachkultivierung:

Mit Abschnitt 3 ist übergeleitet zur aktuellen Situation. Je nach Sprache spielen Sprachgesetzgebung, die Haltung der Sprachgemeinschaft gegenüber offizieller und/oder inoffizieller Sprachkultivierung und Sprachkritik, die Beteiligung von Bildungsinstitutionen wie Schule und Universität an der Sprachkultivierung, die Arbeit verschiedenster Institutionen sowie massenmediale Aktivitäten der unterschiedlichsten Art eine Rolle. Bei plurinationalen Sprachen, Sprachen mit unterschiedlicher regionaler Verteilung oder Nationalsprachen, die in anderen Ländern als Minderheitensprachen fungieren, wird oft eine Splittung in unterschiedliche Kapitel vorgenommen, um den verschiedenen Sprach(kultur)situationen Rechnung zu tragen. Da es um lebende Sprachen geht, wurde an dieser Stelle auf größtmögliche Aktualität Wert gelegt; doch die Sprachkultivierungsprozesse laufen weiter, so dass nach Erscheinen des Handbuchs weitere Entwicklungen in der Datenbank (siehe Projektziel 2) erfasst werden sollten. Nichtsdestoweniger sind die Grundzüge der Situation am Beginn des neuen Jahrtausends erfasst: Die Ausblicke vieler Autorinnen und Autoren weisen zudem den Weg weiterer erwartbarer Entwicklungen.

Literatur (Primär- und Sekundärliteratur)

Dieses Material diente als Basis für den Aufbau einer XML-Spy Datenbank speziell zu den ost- und südosteuropäischen Sprachen, wie sie im Handbuch dargestellt sind.

Datenbank-Struktur (in runden Klammern jeweils untergeordnete Felder):

I Sprachdaten

Sprachbezeichnung
Verbreitung (Status, Sprecherzahl)
Dialekte

II Kodifikation

Einordnung (Sprachfamilie, Sprachtypus)
Kennzeichen (Phonetik, Morphologie, Syntax, Schrift)
Kodifikationsgeschichte
Personen [im Sinne von Initiatoren u.Ä.]
Publikationen (Grammatiken, Wörterbücher, Orthographien, Weiteres)

III Geschichte

Sprachperioden
Textzeugnisse
Personen
Politik
Statusänderungen
Sprachkontakte
Sprachpurismus

IV Sprachkultur heute

Sprachpolitik (Konstellationen, Staatsorgane, Sprachgesetze, Sanktionen)
Sprachförderung (Bildungsinstitutionen, Aktionen)
Institutionen
Medien
Verweise
Spezifika

Verbunden damit war

- die ständige Aktualisierung von Daten zu Sprecherzahlen, Sprachstatus und Sprachgesetzgebung,
- weitere Recherchen zu vorhandenen Sprachen (z.B. zu den slawischen Kleinsprachen) und Informationsergänzungen (besonders zu Sprachkontakten, Textzeugnissen, Sprachperioden, Institutionen, Medien),
- Bearbeitung und erste Eingabe von Sprachen, die im Handbuch noch nicht behandelt sind: Baschkirisch, Gagausisch, Tatarisch, Armenisch, Kalmückisch, Romanes, Tschuwaschisch; geplant sind evtl. weitere Splittergruppen wie Krimtatarisch, Karaimisch u.a. sowie ggf. Georgisch).

Begleitend zu Handbuch-Redaktion und Datenbank-Aufbau wurden die Ergebnisse zu den einzelsprachlichen Sprachkulturen verglichen und mit Blick auf eine vergleichende Sprachkulturforschung bzw. Überlegungen zu einer europäischen Sprachpolitik ausgewertet.

Gesamtergebnis der Forschungsarbeit und Ausblick

Mit dem internationalen Handbuch "Sprachkulturen in Europa" (Tübingen 2002) liegt eine öffentlich zugängliche Dokumentation zu Sprachsituation, Sprachpolitik und Sprachkultivierungsinstitutionen/-maßnahmen für fast alle europäischen Einzelsprachen vor. Sie kann von Wissenschaftlern (bes. Philologen, Kulturwissenschaftlern, Juristen und Politologen) zur Information und zu Forschungszwecken genutzt werden.

Die auf Osteuropa spezialisierte Erweiterung der Sammlung in Form einer Datenbank ermöglicht es, neueste Informationen (zum Beispiel zu aktuellen Entwicklungen in Sprachgesetzgebung und Sprachpolitik) jederzeit aktuell zu ergänzen und nach spezialisierten Fragestellungen systematisch abzufragen und auszuwerten.

Erste Vergleiche der Ergebnisse aus Handbuch und Datenbank haben zum Entwurf eines Forschungsprogramms für eine vergleichende Sprachkulturforschung wie auch verstärkter Diskussion anwendungsbezogener Perspektiven geführt (siehe forost-Arbeitspapier Nr. 7). Dabei haben sich die folgenden Fragestellungen als besonders zentral erwiesen:

- Erarbeitung von Kriterien auf der Basis von Sprachvergleichen für die Charakterisierung einzelner Sprachkulturen. Damit wäre eine mehrdimensionale Skalierung und Graduierung der unterschiedlichen Ausprägungen von Sprachkultur möglich;
- Erforschung von Wechselwirkungen durch Sprachkontakt in Vergangenheit und Gegenwart, besonders auf politischer und kultureller Ebene, und Systematisierungsversuche ihres allgemeinen Konflikt- und ihres speziellen Einflusspotentials auf die einzelsprachlichen Ausprägungen von Sprachkultur;
- Erforschung der (z.B. in Europa) relevanten Fragen und Problemkreise, vor die sich die gegenwärtige Sprachkultivierung gestellt sieht, und Erarbeitung konkreter Lösungsmodelle, indem die Maßnahmen, die in einzelnen Sprachgemeinschaften bereits ergriffen wurden, analysiert und verglichen werden.

Die Datenbank wird weiter gepflegt und ergänzt, um sie zu einem Instrument für Forschung und Anwendung zu machen, das über die Möglichkeiten eines Handbuchs hinausführt (größere Aktualität, breitere Datenbasis, erweiterte Nutzungs- und Auswertungsmöglichkeiten). Die Postulate einer vergleichenden Sprachkulturforschung könnten mit Hilfe dieser Instrumente konstruktiv angegangen werden.

Handbuch und Datenbank sind auch für die unmittelbare Anwendung in Politik und Wirtschaft gedacht. Das Handbuch ist im Buchhandel zu erwerben und deckt ganz Europa ab. Die Datenbank ist auf ost- und südosteuropäischen Sprachen spezialisiert und soll nach weiterem Ausbau und ständiger Aktualisierung ebenfalls in einer noch zu diskutierenden Form öffentlich zugänglich gemacht werden.

Handbuch und Datenbank stellen für die bayerische Wirtschaft und Politik

1. konzentriert allgemeine und grundlegende Information über Nachschlagewerke (Grammatiken, Wörterbücher, Lehrwerke), Institutionen, die Sprachberatung anbieten oder innerhalb der betreffenden Sprachgemeinschaften Norminstanzen darstellen, sowie über die Existenz, den Inhalt und die Ausführungsbestimmungen von Sprachgesetzen bereit.

Die Dokumentationen versprechen

2. erste Orientierungshilfen zu Sprachsituation, Sprachkonfliktpotential und die Sprach Einstellungen in osteuropäischen Regionen und damit zu den Ausgangsbedingungen

potentieller Kooperation, die unter folgenden Aspekten ausgewertet und verglichen werden können:

- Wie verhält es sich in der betreffenden Sprachgemeinschaft mit Fremdsprachenpolitik und Fremdsprachenkenntnissen (*lingua franca*, erste und zweite Fremdsprache)?
- Wo bestehen welche Erwartungshaltungen in Bezug auf Sprachwahl bzw. Sprachanpassung?
- Bestehen länder- und sprachübergreifende Verständigungsmöglichkeiten aufgrund struktureller Ähnlichkeiten von Sprachen?
- Wo herrschen dagegen (auch und gerade) bei strukturell sehr ähnlichen Sprachen Antipathien, Empfindlichkeiten, Vorurteile?
- Wo verschärfen sich diese evtl. zu Autonomiebestrebungen und Sprachkonflikten?
- Welche Bedeutung hat die Sprache für das jeweilige kulturelle Selbstbewusstsein bzw. die kulturelle Identität?
- Wie umfassend und differenziert ist der Domänenausbau, wie ausgearbeitet sind Terminologien und Fachsprachen innerhalb einer Einzelsprache?

Für die Politik spielt das respektvolle Eingehen auf den Anderen, z.B. durch Wissen über seine Sprachgebräuche, eine wichtige Rolle. Doch auch im wirtschaftlichen Bereich ermöglichen trotz der Dominanz des Englischen Fremdsprachen- und Kulturkenntnisse neben leichterer Verständigung die Demonstration von Höflichkeit und Identifikation mit dem Kunden/ Partner und haben damit auch verkaufs- und verhandlungspsychologische Bedeutung.

Besonders mittelständische Unternehmen, die nur mit einem oder zwei osteuropäischen Partnern kooperieren, könnten die Chance besser nutzen, auf fremde Kulturen (auch sprachlich) einzugehen und die Zusammenarbeit durch gegenseitigen Respekt der Kultur und Sprache des jeweils Anderen zu optimieren.

Die Datenbank wurde in Absprache mit anderen forost-Datenbankprojekten (Seewann, Göllner) eingerichtet, um eine technische und inhaltliche Kompatibilität zu gewährleisten. Ihre inhaltliche Betreuung und Erweiterung profitiert außerordentlich von den forost-internen Kontakten. Wie die Datenbank in Zukunft öffentlich nutzbar ist, muss noch geklärt werden. Folgende Optionen kommen in Frage:

- Möglichkeit von Anfragen an eine noch einzurichtende "Arbeitsstelle für Sprachkultur", d.h. nur bedingt freier Zugang zur Datenbank;
- Kommerzialisierung in Form einer CD-ROM, z.B. als Beilage zu einer zweiten Auflage des Handbuchs "Sprachkulturen in Europa";
- mehr oder weniger freier Zugang via Internet, z.B. durch Einbindung der Datenbank in einen Osteuropa-Server oder im Rahmen des Regensburger Europäums.

Kapitel 18

Die deutsch-bulgarischen Wirtschaftsbeziehungen 1918-1944 und ihre Bedeutung für die Kooperation zwischen der Bundesrepublik und dem postsozialistischen Bulgarien

Edgar Hösch / Markus Wien / Vladimir Zlatarski

Zielsetzung / Methodik und Leitfragen

Dieses Projekt liefert einen historischen Überblick über die deutsch-bulgarischen Wirtschaftsbeziehungen des 20. Jahrhunderts. Ausgehend von den Beziehungen vor dem Ersten Weltkrieg wird die Entwicklung der Wirtschaftsbeziehungen zwischen den beiden Weltkriegen auf breiterer Quellengrundlage unter Einbeziehung der verfügbaren statistischen Zahlenmaterials und des politischen Hintergrundes dokumentiert. Der Hauptteil der Untersuchung befasst sich mit den Aktivitäten einzelner deutscher Firmen sowie ihrem koordinierten Vorgehen innerhalb gemeinsamer Dachorganisationen - konkret dem "Mitteleuropäischen Wirtschaftstag" (MWT) - befassen. Als Ergebnis ergibt sich ein konkretes und anschauliches Bild von der Rolle deutscher Firmen und Investoren im bulgarischen Wirtschaftsleben und innerhalb der Gesamtproblematik der sozioökonomischen Modernisierungsbemühungen in Bulgarien. Ein Ausblick auf die deutsch-bulgarischen Wirtschaftsbeziehungen zwischen 1944 und 1989 liefert schließlich mögliche strukturelle Parallelen zwischen Vergangenheit und Gegenwart, zwischen der Zusammenarbeit in der Zwischenkriegszeit und der Wiederaufnahme der Wirtschaftskontakte unter den Bedingungen der postsozialistischen Zeit. Ein besonderer Schwerpunkt liegt auf den Auswirkungen historischer Verbindungen oder Traditionen auf die heutigen deutsch-bulgarischen Beziehungen. Diese Zusammenhänge werden allerdings nicht nur in Form direkter Fortführung deutscher Firmenpräsenz in Bulgarien gesucht, sondern auch untersucht inwieweit die in der Zwischenkriegszeit von der deutschen Wirtschaft entwickelte Strategie, sich durch gezielte Modernisierung der bulgarischen Volkswirtschaft selbst den Boden für erfolgreiches Engagement zu bereiten, unter den heutigen Voraussetzungen noch als Leitbild wirken kann.

Markus Wien hat sich dabei vorwiegend den längerfristig wirksamen sozioökonomischen und politischen Rahmenbedingungen der deutsch-bulgarischen Wirtschaftsbeziehungen gewidmet. Vladimir Zlatarski befasste sich in mehreren Einzeluntersuchungen mit den deutsch-bulgarischen Wirtschaftskontakten zur Zeit ihres Höhepunktes am Vorabend und während des Zweiten Weltkrieges (1938-1944). Der Akzent liegt sowohl auf Vereinbarungen auf Regierungsebene, als auch auf der Tätigkeit verschiedener deutsch-bulgarischer Unternehmen im Tabakhandel und Finanzwesen wie auch auf die Vertretungen deutscher Firmen in Bulgarien.

Zentrale Bedeutung bei den durchgeführten Recherchen waren zwei Archiv- und Bibliotheksrecherche. In Sofia wurden sowohl im Staatsarchiv als auch in der Nationalbibliothek Materialien zu Aspekten des Arbeitsalltags, des Arbeitsrechts und den Strukturen des Arbeitsmarktes mit Blick auf das bilaterale Verhältnis recherchiert. In Berlin konnten im Bundesarchiv und im Politischen Archiv des Auswärtigen Amtes umfangreiche Unterlagen zu außenwirtschaftspolitischen und wirtschaftsstrategischen

Fragen – besonders bezüglich des MWT – eingesehen und erschlossen werden. Im Einzelnen handelt es sich dabei um Schriften

- zu grundlegenden Fragen der bulgarischen und der deutschen Wirtschaftspolitik vor dem Hintergrund des außenpolitischen und weltwirtschaftlichen Geschehens,
- zum sozialen und rechtlichen Rahmen des bulgarischen Arbeitslebens und
- zu den Grundlagen und Strategien, die das deutsche wirtschaftliche Vorgehen gegenüber Bulgarien bestimmten.

Die Ergebnisse sind in einem knapp 70seitigen Papier über die Rahmenbedingungen der deutsch-bulgarischen Wirtschaftsbeziehungen zusammengefasst.

Gesamtergebnis der Forschungsarbeit

Die deutsch-bulgarischen Wirtschaftsbeziehungen der Zwischenkriegszeit und der ersten Kriegsjahre entwickelten sich im Spannungsfeld der sozioökonomischen Entwicklungsunterschiede zwischen beiden Ländern. Diese Diskrepanz war die Triebfeder für ihre rasche Wiederaufnahme nach dem Ersten Weltkrieg und für die Intensivierung nach 1931. Sie war die Grundlage für das beiderseitige Interesse an einer engen Zusammenarbeit.

Der Ursprung der jeweiligen Interessen war jedoch unterschiedlich gelagert:

Bulgarien lag vornehmlich daran, durch den Anschluss an den Welthandel das nötige Kapital zur Modernisierung und Stabilisierung der eigenen Volkswirtschaft zu erwirtschaften – ein Ziel, das freilich aufgrund der inkonsequenten Politik nicht erreicht wurde.

Deutschland wollte durch die Schaffung eines von ihm abhängigen Großwirtschaftsraumes sowohl außenwirtschaftliche Unabhängigkeit, also Autarkie, erreichen als auch auf diesem Wege den Großmachtstatus zurückgewinnen.

Der beide Länder belastende Devisenmangel führte sie über den Clearing-Handel zusammen. Aus der Erkenntnis, dass sich die Kooperation nur bei einem deutlichen Anstieg von Produktivität und Lebensstandard in Bulgarien langfristig fruchtbar gestalten ließe, wurde die Modernisierung der bulgarischen Volkswirtschaft zumindest in der Sicht der deutschen Unternehmerschaft zu einem Ziel in beiderseitigem Interesse, das erst in der Endphase des Zweiten Weltkrieges unter dem Druck der nationalsozialistischen Führung aufgegeben werden musste.

Deutsche Firmen haben ab Beginn der 30er Jahre ihr Engagement in Bulgarien und in ganz Südosteuropa koordiniert. Unter dem Dach des "Mitteleuropäischen Wirtschaftstages" wurden wirtschaftliche Initiativen umfassenden abgestimmt und koordiniert, was offenbar unter den gegebenen Voraussetzungen für notwendig gehalten wurde. In einer für damalige Verhältnisse klaren Kenntnis der sozioökonomischen Bedingungen in Südosteuropa versuchte die deutsche Wirtschaft, sich den Boden für umfangreiche Investitionen und eine Erweiterung des Handels selbst zu bereiten. Es wurden konstruktive Modernisierungskonzepte entwickelt, die den weitgehend vorkapitalistischen und agrarisch geprägten Verhältnissen Bulgariens Rechnung trugen. In den betroffenen Ländern selbst und insbesondere in Bulgarien wurden sie überwiegend positiv aufgenommen.

Die Analyse der sozioökonomischen Verhältnisse und ihrer Entwicklung im vorsozialistischen Bulgarien, den bestehenden Modernisierungsproblemen und ihrer Wechselwirkung mit dem deutschen wirtschaftlichen Engagement vermitteln ein besseres Verständnis für die gesellschaftlichen und ökonomischen Wurzeln der heutigen Investitionshemmnisse. Das sozioökonomisch wie auch politisch bedingte Fehlen marktwirtschaftlicher Traditio-

nen aus der Zeit vor 1944 macht ein direktes Anknüpfen an jene Epoche bzw. die Wiederbelebung alter Verbindungen und Strukturen für ausländische Investoren weitgehend unmöglich. Damals wie heute zeigt sich jedoch, dass eine wirtschaftliche und gesellschaftliche Modernisierung Bulgariens und anderer Balkanländer als Voraussetzung für Investitionen stark von ausländischem, langfristig angelegtem Engagement abhängt. Die beschränkten Erfolge, die speziell in Bulgarien auf diesem Gebiet seit 1989 erzielt wurden, lenken den Blick auf einen Vergleich mit den Aktivitäten der deutschen Wirtschaft unter Leitung des Mitteleuropäischen Wirtschaftstages vor 1944. Hier findet sich ein einmaliger Versuch an den Grundlagen anzusetzen und Südosteuropa langfristig und von externen Wirtschaftspartnern organisiert zu modernisieren. Aus den damaligen Konzepten können, ungeachtet aller Unterschiede der historischen Bedingungen, Anregungen für die Gegenwart gezogen werden. Besonders im Hinblick auf die beabsichtigte Integration Südosteuropas in die EU können diese Erkenntnisse und Erfahrungen von Nutzen sein und den bisher eher schleppenden Bemühungen wirtschaftliche Entwicklungsprozesse anzuregen, neue Impulse geben.

Ausblick:

Die Zielsetzung des Projektes, einen Beitrag zur Interpretation und zum tieferen Verständnis der sich seit 1989 vollziehenden sozioökonomischen Transformation Ost- und Südosteuropas und ihrer Wechselwirkungen mit den westlichen Industriegesellschaften zu leisten, regt zu weiteren Forschungen im Rahmen dieses Themenkomplexes an. Ein Bereich, dem im Zusammenwirken mit wirtschaftlichen Aspekten für die Beziehungen Ost- und Südosteuropas zum Westen große Bedeutung zukommt, ist das Rechtswesen. Die Erkenntnis, dass auch und gerade die wirtschaftliche Zusammenarbeit nicht nur durch Unzulänglichkeiten in der Gesetzgebung, sondern auch durch einen viel beklagten Mangel an Rechtssicherheit in den betroffenen Ländern gestört wird, lässt es lohnend erscheinen, die Grundlagen und historischen Voraussetzungen dieser Problematik zu beleuchten. Hierbei handelt es sich nicht um eine juristische Fragestellung im engeren Sinne; vielmehr geht es darum, die Mentalitäten und Wertvorstellungen, von denen sich Juristen in Bulgarien bei der Anwendung der Gesetze leiten lassen, in ihren geschichtlichen Wurzeln und ihrer Entwicklung zu untersuchen. Die gegenwärtige Transformationsproblematik könnte unter Einbeziehung ihrer historischen Tiefendimension um eine Dimension bereichert werden und vielleicht sogar zu nachhaltigen Lösungsstrategien im Hinblick auf die europäische Integration beitragen.

Anhang

Veranstaltungen und Präsentationen im Rahmen der Projektarbeit des Forschungsverbundes

Gruppe I: Transformation vor dem Hintergrund der Osterweiterung der EU Leitidee: Vertrauen

1. Alltagskultur im Sozialismus; Praktiken und Strategien des Alltagslebens in den sozialistischen Ländern und ihre Folgen für die Transformation

3. - 6.1.2002 In Vorbereitung der Tagung fanden im Kreis der Mitarbeiter aus Ost- und Südosteuropa am Institut für Volkskunde/ Europäische Ethnologie *intensive Arbeitsbesprechungen* statt. Neben der Präsentation der einzelnen Forschungsverläufe und -ergebnisse wurden vor allem Methoden- und Quellenprobleme diskutiert sowie Gemeinsamkeiten und Unterschiede zwischen den einzelnen Transformationsländern herausgearbeitet. Ein wichtiges Ziel war hierbei, kleinere Gruppen mit gemeinsamer Thematik zu bilden bzw. bereits bestehende Vernetzungen zu intensivieren.

- 27.3.2002 Kirsti Jõesalu M.A. referierte auf der vom Estnischen Nationalmuseum und der NEFA (Nordic Ethnologists and Folklorists Association) veranstalteten *Tagung* über "Die Stimmen der Ethnologie" in Tartu über "Das informelle Kollektiv in den Behörden der ESSR", das Ergebnisse ihrer forost-Forschungen zur Diskussion stellte.

- 3.-4.6.2002 PD Dr. Milena Benovska-Säbkova hielt auf der vom Ethnographischen Institut der BAW organisierten *Tagung* "The Culture of Wine" einen *Vortrag* über "Eating and Drinking at the Place of Work During Socialism in Bulgaria".

- 7.-8.6.2002 Auf unsere Anregung wurde am Ethnographischen Institut der BAW in Sofia von Prof. Radost Ivanova und Dr. Račko Popov eine *Tagung* zum Thema "Der Sozialismus: Wirklichkeit und Illusion" veranstaltet. Prof. Dr. Klaus Roth war mit seinem Referat "Looking at Socialist Everyday Life from the Inside and from Outside" vertreten, Dr. Petăr Petrov referierte über "Die Stimme des Volkes. Meinungen zum Alltagsleben im Sozialismus". Die Referate sind inzwischen in bulgarischer Sprache publiziert worden.

- 19.-20.9.2002 An der vom Institut für Ethnologie der Comenius Universität organisierten *Tagung* in Bratislava zum Thema "Tradition und gesellschaftspolitischer Wandel nach dem 2. Weltkrieg" referierten unsere forost-Mitarbeiterinnen Prof. M. Paríková ("Die Rolle der Tradition in den Wertorientierungen der Mittelschichten der städtischen Gesellschaft"), L. Herzánová M.A. ("A Closed Chapter? Recollections of Employees of a Publishing House in Bratislava"), Dr. M. Golonka-

Czajkowska ("We have always been together. Unity and Alientation in the Light of the Metallurgists Recollection") und Markata Spiritova M.A. ("Alltagskultur der Prager Intelligenz nach 1968"). Die Referate sind inzwischen in slowakischer Sprache publiziert worden.

- 21.-24.11.2002 An der *Jahrestagung* des Collegium Carolinum zum Thema "Sozialgeschichtliche Kommunismusforschung: Vergleichende Beiträge zur sozialen Entwicklung in der Tschechoslowakei, DDR, Polen und Ungarn 1948-1960" in Bad Wiessee waren präsentierten Dr. P. Lozoviuk und Marketa Spiritova M.A., mit ihren Beiträgen "Das Alte und das Neue in einer sozialistischen Musterstadt" (Lozoviuk) und "Repressionen im Alltagsleben der Intellektuellen in der Tschechoslowakei nach 1968" (Spiritova) Ergebnisse aus forost.
- 12.-15.6.2003 *Tagung* zum Thema "Arbeitswelt - Lebenswelt im Sozialismus und Postsozialismus" an der Universität Tartu (mit Unterstützung der Estnischen Akademie der Wissenschaften).

Allen obigen Referaten ging eine Vorstellung von forost voraus.

- 3.1.2003 "Observing Socialist Culture", *Vortrag* Prof. Dr. Klaus Roth an der New Bulgarian University in Sofia.
- Februar 2002 zwei *Fernsehauftritte* von 10-15 Minuten von Dr. P. Marković zum Thema "Der Arbeiterstaat: Mythos und Realität im Sozialismus".
- 27.9.2002 *Vortrag* zum Thema "Arbeit und Arbeitsleben im sowjetischen Estland – was und wie wird es heute bewertet?", K. Jõesalu M.A. am Estnischen Nationalmuseum.
- 11.-14.4.2002 *Tagung* "Arbeit im Sozialismus Arbeit im Postsozialismus". Präsentation der Ergebnisse unter Teilnahme von internen und externen forost-Partnern sowie von Partnern außerhalb von forost. 24 Vorträge.
- 18.-20.10.2002 *Tagung* der Fachkommission für Volkskunde des J.G. Herder-Forschungsrats unter der Leitung von Prof. Dr. Klaus Roth an der Universität Breslau zum Thema "Sozialistische und post-sozialistische Alltagskultur im östlichen Mitteleuropa". Von den Mitarbeitern referierten: Prof. L. Dziegiel über "Bureaucratic Discouragement. Passport Formalities in Communist Poland", Prof. M. Paríková über "Arbeitswettbewerbe im Sozialismus" zwischen Realität und Formalismus" am Beispiel der "Brigaden der sozialistischen Arbeit", L. Herzánová M.A. über "Die Bedeutung von Arbeit für Rentner in der sozialistischen Zeit", Dr. J. Bar über "Die Frauenwelt in Polen im Wandel" und Markata Spiritova M.A. über "Nischen als Strategie zur Alltagsbewältigung in der sozialistischen Tschechoslowakei". Die Publikation der Referate ist geplant.
- SoSe 2001 *Seminararbeiten* zur "Sozialistischen Alltagskultur" im Rahmen des Hauptseminars "Volkskultur Südosteuropas im Wandel" von Prof. Dr. Klaus Roth, Universität München.
- Dezember 2001 Doz. Dr. V. Popkov führte an der Universität Kaluga im ein *Kolloquium* zum Projektthema durch.

- WiSe 2002/03 *Hauptseminar* zum Thema "Alltagskultur West Alltagskultur Ost" von Prof. Dr. Klaus Roth mehrere Referate zur sozialistischen Alltagskultur. Die *Seminararbeiten* sind in Vorbereitung.
- K. Jõesalu M.A. *Vortrag* zum Thema "Arbeit im Sozialismus" an der Universität Tartu im Rahmen des Magisterkolloquiums.
- 2001/2002 Im Rahmen eines *interdisziplinären Diskurses* der Universität Belgrad, "Das ökonomische und kulturelle Erbe der sozialistischen Arbeitswelt" zwei Einführungsvorträge Dr. P. Marković, (in Kooperation mit den wirtschaftswissenschaften des Instituts für Europäische Studien, Belgrad).
- SoSe 2002 *Vorlesung* von Dr. P. Marković, Universität Belgrad, am Forschungsinstitut Petnica, über theoretische und methodologische Probleme der sozialistischen Alltagskulturforschung.
- WiSe 2002/03, *Seminar* zum Projektthema (Ethnographie des sozialistischen Alltags) am Institut für Ethnologie der KU Prag und am Institut für Sozialwissenschaften der Universität Pardubice, Dr. P. Lozoviuk, Karls-Universität Prag,. Einige der sehr engagierten Studenten nahmen an den Forschungen aktiv teil und legten ihre Ergebnisse in *Seminar-* und *Magisterarbeiten* nieder.
- Vorlesung* zum Thema "Alltagsleben im kommunistischen Polen". am Ethnologischen Institut der Universität Krakau, Prof. L. Dziegiel. Auch am Institut für Ethnologie und Anthropologie der Universität Ljubljana hielt er eine *Vorlesung* zum Thema.
- PD Dr. M. Benovska-Säbkova veranstaltete an der New Bulgarian University in Sofia und am Ethnologischen Institut in Fribourg/Schweiz ein *Seminar* mit dem Titel "Anthropology of Transition: Case Studies from Southeast Europe. The Ethnology of Socialism".
- Prof. M. Paríková leitete an der Comenius Universität in Bratislava ein *Seminar* über "Determination der sozialistischen Entwicklung in der 2. Hälfte des 20. Jahrhunderts", in dessen Rahmen 15 *Seminararbeiten* entstanden sind.

2. Neue Migrationen aus Osteuropa und den Nachfolgestaaten der UdSSR nach Deutschland: Ursachen, Tendenzen und Konsequenzen

- 19.11.2001 Barbara Dietz: Zum Lebenskontext jugendlicher Spätaussiedler. *Vortrag* für die Landeszentrale für Gesundheit in Bayern, Fachtagung ‚Sucht und Migration‘, Augsburg.
- 26.-27.4.2001 Barbara Dietz: Die Integration von Zuwanderern in Deutschland: Aspekte der Politik und des Arbeitsmarktes. *Vortrag* auf der 64. *Jahrestagung* der Arbeitsgemeinschaft wirtschaftswissenschaftlicher Institute (ARGE), Berlin.
- 3.7.2001 Barbara Dietz: Lebenslagen von Kindern und Jugendlichen aus Aussiedler- und Migrantenfamilien als spezifische Anforderungen für die Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe. *Vortrag* für das sozialpolitische Kolloquium ‚Migration und Multikulturalität‘ der Gesamthochschule Kassel.

- 8.-10.9.2001 Barbara Dietz: New Migrations from Eastern Europe and the former Soviet Union to Germany: Quantity, Quality and Labor Market Implications. *Vortrag* bei der 4th Pan-European International Relations Conference veranstaltet vom European Consortium for Policy Research (ECPR) in Canterbury, UK.
- 4.-5.10.2001 Barbara Dietz: Die Integration jugendlicher Spätaussiedler. *Vortrag* bei der *Tagung* ‚Wohin geht die 2. Migrantengeneration in Europa?‘ der Evangelischen Akademie Bad Boll.
- 26.-28.10.2001 Barbara Dietz: Ost-West Arbeitsmigrationen nach Deutschland: Ausmaß und Struktur seit der politischen Wende in Osteuropa. *Vortrag* bei der 2. *Tagung* der Fachkommission für Volkskunde, ‚Volkskundliche Aspekte der Arbeitsmigration im östlichen Mitteleuropa und in Südosteuropa‘, München.
- 11.-13.4.2002 Barbara Dietz: East-West Migration and its Impact on East European Migrant Populations: the German Case. *Vortrag* bei der 7th Annual World Convention of the Association for the Study of Nationalities (ASN), New York.
- 14.5.2002 Barbara Dietz, Präsentation des Forschungsvorhabens am Osteuropa-Institut München.
- 24.6.2002 Barbara Dietz, Präsentation des Forschungsvorhabens bei der Initiative Münchener Osteuropa-Forscher (IMO), Arbeitskreis 4 Migration, Integration, Kulturtransfer, Multikulturalität.
- 4.-7.6.2002 Barbara Dietz: East-West Migration Patterns in an Enlarging Europe *Vortrag* bei der Special Convention of the Centre for Central Eastern Europe and the Balkans (CECOB), Forli, Italien.
- 9.7.2002 Barbara Dietz: Ost-West-Migration nach der Transformation in Osteuropa: das Beispiel Deutschland. *Vortrag* im Rahmen der Vorlesung "Transformationsökonomie" von Professor Monika Schnitzer, München.
- 26.9.2002 Barbara Dietz: Osterweiterung der EU - neuer Qualifizierungs- und Integrationsbedarf für Zuwanderer aus Mittel- und Osteuropa? *Vortrag* beim Forum Migration 2002 der Otto Benecke Stiftung (OBS), Bonn.
- 9.10.2002 Barbara Dietz: Moderation der *Podiumsdiskussion*: Interkulturelle Kompetenz - Konfliktmanagement oder Marketingstrategie? beim Semester-schwerpunkt Migration der Volkshochschule (VHS) München, München.
- 17.-18.10.2002 Barbara Dietz: Historische, politische und sozialwissenschaftliche Aspekte der Einwanderung von Aussiedlern. *Vortrag* beim *Seminar* ‚Aussiedler als Klientel der Straffälligenhilfe‘ beim Fachverband für Soziale Arbeit, Strafrecht und Kriminalpolitik (DBH), Bielefeld.
- 29.11.2002 Barbara Dietz: Als Deutsche unter Deutschen leben.. - Ende einer Fiktion? *Vortrag* bei der Experten-Anhörung der grünen Fraktion im Bayerischen Landtag zum Thema ‚Zuwanderer mit deutschem Pass - Zur Integration von (Spät)Aussiedlern in Bayern‘, München.
- 4.2.2003 Barbara Dietz: Ost-West-Migrationen nach Deutschland - Hintergründe, Strukturen und Tendenzen im Kontext der EU-Osterweiterung

(zusammen mit Roman Cech). *Vortrag* bei der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde e.V., Zweigstelle München, München.

Es wurden verschiedene *Interviews* mit dem Bayerischen Rundfunk (Bayern 2 und Bayern 5) zu Fragen der Ost-West-Migration und der Aussiedlerintegration geführt.

3. Die Bedeutung der Verfassungsgerichtsbarkeit

- März 2001 *Vortrag* und *Seminar* an der Universität Oxford "Die EU-Grundrechtecharta und ihre rechtliche Bedeutung" (in Englisch).
- März 2001 *Vorträge* an der Universität Paris II (Panthéon-Assas), Institut für Rechtsvergleichung, "Die Entwicklung des Rechts der Persönlichkeit durch die deutsche Verfassungsrechtsprechung" sowie am Institut für Europäisches Recht derselben Universität, "Die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts zur Entwicklung des EU-Rechts" (in Französisch).
- April 2001 Madrid, Universität Complutense: "Die Kompetenzverteilung zwischen EU und Mitgliedstaaten in der künftigen Perspektive" (*Vortrag* in Spanisch).
- Rom, Universität La Sapienza: Verfassungsgerichtsbarkeit und Europäische Union (4 *Vorträge* in Italienisch).
- Mai 2001 Prag, Karls-Universität: Tschechische Gesellschaft für Internationales Recht (Bundesverfassungsgericht und Vorlage an den Europäischen Gerichtshof als Problem des gesetzlichen Richters, 6.2001); Einführung in das deutsche Kommunalrecht (*Vorträge* in Deutsch).
- Mai 2001 Universität Warschau, Juristische Fakultät: Die Europäische Grundrechtecharta und ihre rechtliche Beurteilung (*Vortrag* in Deutsch; poln. Übersetzung); Vorlesungsreihe zum Europarecht (Deutsche Rechtsschule) (10.2001) (*Vortrag* in Deutsch).
- Juli 2001 Würzburg: Die Rolle der Mitgliedstaaten in einer künftigen europäischen Verfassungsordnung *Vortrag* .
- 15./16.10.2001 Brüssel, Mitorganisation und Teilnahme, Chairman für Europäische Verfassung, Veranstalter Kommissionspräsident Prodi.
- Oktober 2001 Moskau, Staatsuniversität Lomonossov, Die künftige Rechtsgestalt der Europäischen Union (*Vortrag* in Russisch).
- Oktober 2001 Valladolid: Der Grundrechtsschutz in der Europäischen Union (*Vortrag* in Spanisch).
- 2002 *Vorträge* in der Tschechischen Republik: über das Verhältnis der EMRK, der Grundrechte-Charta von Nizza und der Grundrechtsverbürgungen in den Nationalverfassungen, in Deutsch; über die Kompetenzverteilung zwischen EU und Mitgliedstaaten, in Englisch.
- Februar 2002 Deutsch-tschechisches *Seminar*.
- 03 / 09.2002 *Vorträge* an der Universität Paris I (Panthéon-Sorbonne), u.a. zur Verfassungsgerichtsbarkeit in Deutschland, in Französisch. *Vortrag* in

- Toulouse: Vereinigung der Französischen Verfassungsrechtler, über die Thematik der Europäischen Verfassung, in Französisch.
- April 2002 Moskau, Institut für Öffentliche Politik und Recht: *Vortrag* zur Bindungswirkung von Verfassungsgerichtsentscheidungen in rechtsvergleichender Sicht, in Russisch.
- April 2002 *Vortrag* an der Universität Granada: Kollision von Rechtsordnungen (im Bundesstaat und im Verhältnis von EU und Mitgliedstaat), in Spanisch. *Vortrag* an der Universität Málaga zur gleichen Thematik, in Spanisch.
- April 2002 Barcelona: Grundrechtsschutz in der Bundesrepublik Deutschland (*Vorlesungsreihe*), in Spanisch.
- April 2002 *Vortrag* zur Europäisierung und Konstitutionalisierung des Verwaltungsrechtes, Universidad Central de Barcelona, in Spanisch.
- April 2002 deutsch-polnisches *Seminar*.
- April 2002 Vorlesungsreihe von Prof. Awakjan, Moskau, an der Universität Regensburg zu aktuellen Entwicklungen im russischen Verfassungsrecht.
- Mai 2002 *Vortrag* an der Universität Breslau: Der Europäische Konvent und die Osterweiterung der EU.
- Mai 2002 *Seminar* zur Entwicklung des russischen Wirtschaftsrechts (Prof. Suchanov, *Seminar*- und Arbeitsaufenthalt von 2 Wochen).
- Juni 2002 *Vortrag* in Montreal: McGill International Conference über Föderalismus, in Englisch. *Vortrag* in Athen: Internationale Vereinigung für Verfassungsrecht, über Staat und Religion, in Französisch.
- Juni 2002 Internationale *Konferenz* zum Einfluss von Europäischer Menschenrechtskonvention und EG-Recht auf die Verfassungsordnungen in Mittel- und Osteuropa (Regensburg) unter Teilnahme von Professoren und Verfassungsrichtern aus diesen Staaten.
- September 2002 Santonia, span. Fernuniversität, Thematik des neuen Ausländerrechts in der Bundesrepublik Deutschland, in Spanisch.
- Oktober 2002 Vorlesungen zum Europarecht an der Deutschen Rechtschule der Universität Warschau.
- Oktober 2002 Weitere *Vorträge* an diesem Institut über den Begriff der Sozialgemeinschaft, in Russisch, und über die Bedeutung der EMRK in der Universitätslehre (Dezember 2002), in Russisch.
- Vorlesungen* zum Deutschen Recht an der Lomonossow Universität Moskau in Deutsch (jeweils eine Woche im September, Oktober, Dezember 2002 und Januar 2003).
- November 2002 *Vorträge* in Bologna, Akademie der Wissenschaften, zum Notstandsrecht des Staates, in Italienisch.
- Weitere *Vorträge* in Bologna zur Verfassungsgerichtsbarkeit und zum Verhältnis zwischen EU-Recht und dem Recht der Bundesrepublik, in Italienisch.

- Vorträge* an der Universität Verona und am Internationalen Kongress in Como (Universität Mailand) über aktuelle Föderalismusprobleme, in Italienisch.
- Dezember 2002 deutsch-tschechisches Kolloquium zur regionalen und kommunalen grenzüberschreitenden Zusammenarbeit, *Vortrag* von Prof. Hendrych, Karls-Universität Prag.
- 2002 *Seminar* zur Position Russlands gegenüber der Europäischen Integration an der Universität Regensburg, Prof. Maslov, Moskau.
- Vortrag* Dr. Bananzkiewicz zur aktuellen Entwicklung der polnischen Verfassungsrechtsprechung.
- Vortrag* Prof. Otto Pfersmann, Paris/Oxford, zum Begriff der Verfassungsgerichtsbarkeit im Rechtsvergleich unter Einbeziehung mittel- und osteuropäischer Verfassungen.
- Internationales *Seminar* mit Prof. Cruz Villalón, ehem. Präsident des spanischen Verfassungsgerichts, und Prof. Bognetti, Mailand, zu Fragen einer Europäischen Verfassung (mit Bezug zu Mittel- und Osteuropa in der Diskussion).
- Januar 2003 *Vortrag* Prof. Timsit, Paris, zur Thematik der Verfassungsauslegung als rechtstheoretisches Problem (mit Bezugnahme auf Mittel- und Osteuropa in der Diskussion).
- Februar 2003 Die Europäische Verfassung und die Demokratisierung der EU mit Blick auf die Osterweiterung, Vereinigung der Tschechischen Europarechtler, Olmütz), in Tschechisch.

4. Justizreformen in Osteuropa als Teil der Systemtransformation

- 3.5.2002 interdisziplinäres Treffen aller forost-Projekte der Gruppe I (Initiative des IOR) während dieses Treffens im IOR wurden mit dem Projekt Arnold konkrete Vernetzungsergebnisse ausgetauscht und die Grundlagen eines gemeinsamen forost-Arbeitspapiers zum Thema Verfassungsrechtlicher Rechtsstaatsbegriff und seine Realisierung in der Transformation der Justiz besprochen. Die Bearbeitung dieses Kooperationspapiers wurde von den Mitarbeitern des IOR Mitte 2002 abgeschlossen.
- 12.-14.4.2002 *Tagung* zur Arbeit im Sozialismus – Arbeit im Postsozialismus, im Internationalen Begegnungszentrum der LMU München (Solotych);
- 26.6.2002 Deutsch-Rumänischer Wirtschaftstag, Industrie- und Handelskammer München (Leonhardt);
- Frühjahr 2002 *Vortrag* (Bohata) beim Collegium Carolinum München: "Die Rolle der Justiz bei dem Aufbau eines Rechtsstaats in der ČR"
- 26.2.2002 OWK-Brühl: Die Beitrittsfähigkeit der Tschechischen Republik zur EU am Beispiel der Justiz *Vortrag* (Bohata);

- 22.3.2001 "Justiz und Rechtspflege in Russland", *Vortrag* und eintägiges *Seminar* für deutsche Richter und Staatsanwälte im Ost-West-Kolleg Brühl (Solotych);
- 11.4.2002 Regierung von Oberpfalz Regensburg: Reformprozess in der Tschechischen Republik in der Rechtswirklichkeit *Vortrag* (Bohata);
- 14.4.2002 *Tagung* zur Arbeit im Sozialismus – Arbeit im Postsozialismus, im Internationalen Begegnungszentrum der LMU München *Vortrag* zu den arbeitsrechtlichen Aspekten in der postsozialistischen Russland (Solotych);
8. bis 16.6.2002 *Vortragsreihe* "Einführung in die Wirtschafts- und Rechtsordnungen der Staaten Osteuropas" für postgraduierte Studenten der Fachhochschule Würzburg-Schweinfurt (Referenten: P. Bohata, E. Gralla, A. Gyulai-Schmidt, P. Leonhardt, T. Pintarić, St. Solotych).
12. Oktober 2002 *Konferenz* an der Universität Greifswald "Polens Rechtsstaat am Vorabend des EU-Beitritts" vom 11.-12.10.2002 (Leitung: Classen/H. Heiss): Das polnische Beamtenrecht als institutioneller Aspekt des polnischen Rechtsstaats *Vortrag* (v. Redecker).
- 20.-22. 3.2003 internationale *Fachtagung* über die Justizreformen in Mittel- und Osteuropa.

5. Auswirkungen der Privatisierung von Staatsbetrieben in der Tschechischen Republik und Ungarn

- 29.-31.4.2001 Teilnahme an *Konferenz* zum Thema: Perspektiven der deutsch-tschechischen Wirtschaftsbeziehungen, Veranstalter Prof. Dr. J. Möller, Regensburg.
- 8.-10.11.2001 Teilnahme an der zweiten internationalen *Konferenz* des Bereiches Regionalgeographie der Tschechischen Geographischen Gesellschaft (GS): The Regional Geography & Regional development. The Research of the Border region in the Regional geography, Veranstalter: Dr. J. Dokoupil, Prachatice, Tschechische Republik.
- 22.3.2002 Durchführung eines Expertenkolloquiums zum Verlauf und Auswirkung der Privatisierung in Ungarn. Veranstaltungsort: Ungarische Akademie der Wissenschaften, Budapest. Teilnehmer: Prof. Dr. Cséfalvay (Wirtschaftsministerium), Prof. Dr. Rechnitzer (Regionalforschungszentrum Nordwesttransdanubien), Prof. Dr. Bérenyi (Ungarische Akademie), Dr. E. Kiss (Ungarische Akademie), Dr. E. Izsák (Eötvös Universität Budapest), E. Zsubor (Pázmány Universität Budapest), B. Lukas, Prof. Dr. Drs. h.c. Maier, P. Schläger-Zirlik (Universität Bayreuth).
- 18.4.2002 Durchführung eines Expertenkolloquiums zum Verlauf und Auswirkung der Privatisierung in der Tschechischen Republik. Veranstaltungsort: Ministerium für Industrie und Handel, Prag. Teilnehmer: Dr. L. Kopačka (Geographisches Institut, Karls-Universität), Prof. Dr. Drs. h.c. J. Maier (Universität Bayreuth), Prof. M. Mejstřík (Institute of Economic Studies), Dr. J. Patočka (University of Economics) J. Piša (Ministerium

- für Industrie und Handel), Dipl.-Geogr. F. Schaft (Universität Bayreuth), Dr. A. Slepíčka (University of Economics).
- 27.5.2002 Kolloquium zum Thema Privatisierung in Osteuropa, Diskussion der Gruppenergebnisse, Veranstalter: Prof. Arnold, Universität Regensburg, Regensburg.
- 16.-19.9.2002 Teilnahme und *Vortrag* an internationaler *Konferenz* zum Thema: Settlement Dynamics and its spatial impacts, Veranstalter: Prof. Dr. A. Aubert (Geographisches Institut, Universität Pécs), Szombathely, Ungarn.
- 17.9.2002 Schaft, F.: Transformationsprozesse in Osteuropa: Die Privatisierung in der Tschechischen Republik und ihre Auswirkungen. *Vortrag* auf der internationale *Konferenz* zum Thema: Settlement Dynamics and its spatial impacts, Veranstalter: Prof. Dr. A. Aubert (Geographisches Institut, Universität Pécs), Pécs, Ungarn.
- 17.9.2002 Schläger-Zirlik, P.: Entwicklungswege von privatisierten Industriebetrieben im Großraum Budapest. *Vortrag*.
- 15.10.2002 Schaft, F. (2003): Transformationsprozesse in Osteuropa: Die Privatisierung von Staatsbetrieben in der Tschechischen Republik und ihre Auswirkungen. Dargestellt am Teilaspekt Absatz und Beschaffung. *Vortrag* an internationaler *Konferenz* zum Thema: Regio 2002 Veranstalter: Mag. J. Ježek, Westböhmisches Institut, Karlsbad, Tschechische Republik.
- 15.10.2002 Schläger-Zirlik, P.: Privatisierte Industriebetriebe im Großraum Budapest – Versuch einer Typisierung. *Vortrag*.
- 15.10.2002 Teilnahme und *Vortrag* an internationaler *Konferenz* zum Thema: Regio 2002, Veranstalter: Mag. J. Ježek (Westböhmisches Institut Pilsen), Karlsbad, Tschechische Republik.

6. Rolle des Bankensektors für die Unternehmensfinanzierung und -restrukturierung in den Transformationsländern

Prof. Dr. Monika Schnitzer

- Mai 2002 Universität Heidelberg; *Vortrag*: Disorganization and Financial Collapse.
- Sept. 2002 Pressekonferenz im Rahmen der *Jahrestagung* des Verein für Socialpolitik zum Thema Privatisierung.
17. – 20.9.2002 *Jahrestagung* des Vereins für Socialpolitik, Innsbruck; Plenumsvortrag: Privatisierung in Osteuropa – Strategien und Ergebnisse.
- Dezember 2002 Universität Nürnberg; *Vortrag*: Disorganization and Financial Collapse.
- Juni 2003 Nordrheinwestfälische Akademie der Wissenschaften; *Vortrag*: Privatisierung in Osteuropa – Strategien und Ergebnisse.

Als Mitglied des wissenschaftlichen Beirats beim Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit bringt die Projektleiterin ihr Wissen und ihre Erkenntnisse in den politischen Entscheidungsprozess ein.

Dr. Christa Hainz

23. – 26.6.2001 CEPR/ WDI-Konferenz über Transformationsökonomie, Portorož. *Vortrag:* Effects of bank insolvency and strategic uncertainty on corporate restructuring in transition economics.
25. – 29.8.2001 Europäische *Jahrestagung* der Econometric Society, Lausanne; *Vortrag:* Effects of bank insolvency and strategic uncertainty on corporate restructuring in transition economics
3. – 8.9.2001 Summer School am Europäischen Universitätsinstitut, Robert Schumann Center, Florenz; *Vortrag:* Bank Competition and Credit Markets in Transition Economies
25. – 28.9.2001 *Jahrestagung* des Verein für Socialpolitik, Magdeburg; *Vortrag:* Projektfinanzierung in Transformationsländern
- 26.4.2002 Österreichische Nationalbank, Wien; *Vortrag:* Are Transition Countries Overbanked?
21. – 23.6.2002 CEPR/ WDI-Konferenz über Transformationsökonomie, Riga, Diskutant des *Vortrages* von Steven Fries, Damien Neven, Paul Seabright mit dem Titel "Bank performance in transition economies"
25. – 28.8.2002 Europäische *Jahrestagung* der Econometric Society, Venedig; *Vortrag:* Are Transition Countries Overbanked?
5. – 8.9.2002 *Jahrestagung* der European Association for Research in Industrial Economics, Madrid; *Vortrag:* Are Transition Countries Overbanked?
17. – 20.9.2002 *Jahrestagung* des Vereins für Socialpolitik, Innsbruck; *Vortrag:* Are Transition Countries Overbanked?
25. – 26.10.2002 *Konferenz* "The Economics of Organisation and Corporate Governance Structures", München; *Vortrag:* Are Transition Countries Overbanked?
- 3.12.2002 Teilnahme am Round Table-Gespräch mit V. Potanin, auf Einladung des Verbands der Bayerischen Wirtschaft.

Am Lehrstuhl von Prof. Dr. Monika Schnitzer wurden mehrere Diplomarbeiten angefertigt, die sich mit dem Bankensektor in den Transformationsländern beschäftigen:

- Laura Opris: Die Altschuldenproblematik der Banken in den Transformationsländern.
- Helge Münkler: Die Regulierung des Bankensektors in den Transformationsländern.
- Natalia Gass: Die Transformation des Bankensektors in Russland vor und nach der Finanzkrise.
- Rudolf Kreitmair: Markteintrittsstrategien multinationaler Banken in Mittel- und Osteuropa.

- Corina Christian: Auswirkungen der Transformation auf die Rechnungslegung in Mittel- und Osteuropa.
- Ingrid Türk: Die Rolle ausländischer Banken in den Transformationsländern.

Darüber hinaus fließen die Erkenntnisse aus der Forschung ständig in die Lehrveranstaltungen "Transformationsökonomie" und "Außenwirtschaftliche Beziehungen der Transformationsländer" mit ein. Im Rahmen der Veranstaltung "Außenwirtschaftliche Beziehung der Transformationsländer" hat Dr. Barbara Dietz im Sommersemester 2002 einen Vortrag zum Thema Migration gehalten.

7. Perspektiven der Währungsbeziehungen zwischen der Europäischen Währungsunion (EWU) und den mittel- und osteuropäischen EU-Beitrittskandidaten

- 16.11.2001 *Seminar at the Department of Economic Theory, Bratislava Economic University, Slovakia.*
16. Januar 2002 *Seminar an der wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät der Universität Heidelberg.*
- 2.12.2002 *Seminar at the Department of Economic Theory, Bratislava Economic University, Slovakia.*
- 4.2.2003 Zusammen mit Dr. Barbara Dietz wurden die gemeinsamen Ergebnisse bei einer Veranstaltung der Deutschen Gesellschaft für Osteuropa-Kunde, Zweigstelle München, am in der Siemensstiftung in München vorgetragen.

Die Ergebnisse der Forschung gehen in die Beratungstätigkeit des Osteuropa-Instituts für die Bayerische Staatsregierung und die Bundesregierung ein.

Gruppe II Kulturen im Postsozialismus: Voraussetzungen und Veränderungen

8. Untersuchungen zum Sprachbewusstsein in Kroatien

- 28.6.2002 *Tagung zum Thema ‚Minderheiten: Brücke oder Konfliktpotential im östlichen Europa?‘, Regensburg. Vortrag Boris Neusius zum Thema ‚Sprachpolitik in Bosnien und Hercegovina.*
- 15.5.2002 Vorstellung von forost, seiner Arbeitsweise und Zielsetzungen am am Institut für Slavische Philologie der LMU München.
- 8.11.2002 *Tagung "Kultur und Sprache in den Transformationsländern Ost- und Südosteuropas" am an der Universität München (6 Vorträge)*

9. Die Rolle der Geschichte und des Geschichtsbewusstseins in der Ukraine nach dem Zerfall der Sowjetunion

10. bis 13.2.2002 Interdisziplinäre wissenschaftliche Nachwuchstagung zu dem Thema: "Aktuelle Forschungsvorhaben zu Geschichte, Politik und Literatur der

- Ukraine und Weißrußlands", veranstaltet von der Ost-Akademie Lüneburg zusammen mit der Deutschen Assoziation der Ukrainisten in Lüneburg. *Vortrag* Seidl zu dem Thema "Die Nationalitätenpolitik der ukrainischen Sowjetregierung in der Zwischenkriegszeit (1922/23-1941)" und Vorstellung des Forschungsverbunds.
5. - 7.4.2002 *Workshop* "Kulturmodelle und Kulturkonstanten in der russischen Geschichte und Gegenwart" vom, veranstaltet vom Zentralinstitut für Mittel- und Osteuropastudien der Katholischen Universität Eichstätt im Rahmen des Bayerischen Forschungsverbundes "Osteuropa" (forost); *Vortrag* Seidl: "Das russische imperiale Kulturparadigma und das Kulturverständnis in der Ukraine. Ein Beitrag zur Entwicklung der ukrainischen Nationalbewegung". ein Abdruck dieses Aufsatzes wurde in Nr. 9 der forost-Arbeitspapiere "Die Ukraine im Aufbruch: Historiographische und kirchenpolitische Aspekte der postsozialistischen Transformation" aufgenommen).
26. -29.8.2002 V. Weltkongreß der Ukrainisten (veranstaltet von der Internationalen Assoziation der Ukrainisten); *Vortrag* Seidl:"Die Ukrainische Revolution 1917 - 1921 in der ukrainischen Historiographie nach 1991. Anmerkungen zu einigen Neuerscheinungen".
10. Das Bild Europas in den Schulbüchern der Ukraine. Von den bisherigen Stereotypen zu neuen Sichtweisen
- September 2001 eine auf vergleichender Basis angelegte Veranstaltung zum Bildungssystem der Ukraine und der BRD und zur ukrainischen und deutschen Geschichte. Im Rahmen der *Vorlesung* (Prof. Ivanov) "Aktuelle Probleme der sozio-ökonomischen Entwicklung der BRD", gemeinsam mit Christian Seidl und einer Doktorandin an der historischen Fakultät der Kiewer Universität, Ol'ga Vols'ka. Diese Veranstaltung konnte bei den weiteren Aufenthalten von Christian Seidl (Mai-Juni und September-Oktober 2002) in Kiev fortgesetzt werden.
- 15.11.2001 Teilnahme an einem "*runden Tisch*" in Kiev zum Thema "Ukrainische Bildungsgeschichte und ihr Stellenwert für Bildung und Erziehung heute", veranstaltet vom Arbeitsforum Ukraine e. V. gemeinsam mit dem Osteuropa-Institut München und dem Institut für Slawische Philologie an der LMU München.
- 12./13.4.2002 *Vortrag* am *Workshop* "Internationale Strömungen - Nationale Traditionen: Die ukrainische und die deutsche Geschichtswissenschaft im 20. Jahrhundert" in Kiev für den ukrainischen wissenschaftlichen Nachwuchs. Thema des *Vortrags*: "Bisher verborgene Seiten der gemeinsamen Geschichte – Perspektiven für junge ukrainische und deutsche Wissen". Veranstaltet wurde der von der Volkswagenstiftung geförderte *Workshop* von der Fakultät für Geschichte der Nationalen Taras-Shevchenko Universität Kiev und der Abteilung für Osteuropäische Geschichte der Universität zu Köln sowie dem Goethe-Institut.
- Mai 2002 *Seminar* für Studenten und Doktoranden zum Thema "die Rolle der Geschichte im Transformationsprozess in der Ukraine" im Zentrum für

Ukrainekunde der Universität Kiev mit Teilnahme von Direktor Prof. Dr. V. Serhijčuk und Christian Seidl.

September 2002 *Seminar* an der historischen Fakultät der Kiewer Taras-Ševčenko Universität für Studenten des Magisterstudienganges zum Thema "Vergangenheitsbewältigung in der ukrainischen und der deutschen Geschichtswissenschaft im 20. Jahrhundert" im Rahmen des forost-Projektes gemeinsam mit Christian Seidl.

11. Sprach-, Literatur- und Kulturwechsel in Mittel- und Osteuropa (nach 1968)

5. Mai 2001 *Vortrag* Dr. Walter Koschmal im zu M. Krawcec bei internationaler sorabistischen *Konferenz* in Bautzen zum Thema "Im Wettstreit der Werte. Sorbische Sprache, Kultur und Identität auf dem Weg ins 21. Jh."

Oktober 2001 *Vortrag* von Dalibor Dobias bei internationalen Studentenkonzern in Prag "Wallenstein im deutsch-tschechischen Dialog. Neueste Übersetzungen von J. Gruša".

Dezember 2001 Prof. Dr. Walter Koschmal: Festvortrag am Klinikum der Universität Regensburg zum Thema "Deine Minderheit, meine Minderheit: Die Sorben im transformierten Europa" vor fachfremdem Publikum unter erneutem ausdrücklichem Hinweis auf forost .

April 2002 *Vortrag* Petra Huber bei der Eichstätter *Konferenz* Internationale und interdisziplinäre *Tagung* zum Thema "Kulturmodelle und Kulturkonstanten in der russischen Geschichte und Gegenwart".

April 2002 *Vortrag* Dalibor Dobiáš bei der *Konferenz* junger Philologen in Tartu zu Brodskij und Gruša mit dem Zitat-Titel: "Die einzige Pflicht des Dichters besteht darin, gut zu schreiben".

März/April 2003 Weitere Veranstaltungen im Bereich der Forschung mit Schwerpunkt Kulturaustausch.: zwei internationale *Konferenzen* an der Universität Regensburg: "Nazidichter zwischen Böhmen und Bayern: Hans Watzlik" (März) und "Juden zwischen Tschechen und Deutschen" (April). Beide *Konferenzen* wurden durch anderweitig angeworbene Drittmittel (Robert-Bosch-Stiftung, Vielberth-Stiftung) finanziert. In beiden Fällen standen Fragen des Literatur- und Kulturwechsels im Zentrum.

Dalibor Dobiáš reiste regelmäßig zum Botschafter J. Gruša nach Wien, um über Wochen hin ein umfangreiches Interview zu führen.

12. Das Deutschland- und das Russlandbild in der polnischen Nachkriegsliteratur im Spannungsgefüge zwischen Bruch und Kontinuität

27.9.2002 *Vortrag* Prof. Dr. Heinz Kneip bei einer *Konferenz* des Staatlichen Forschungsinstituts Instytut Śląski in Oppeln am (Pracownicy polskiej książki i prasy w Niemczech): Die Polonistik an deutschen Universitäten nach 1945. Vorstellung des Regensburger forost-Projekts.

- 28.-31.1.2003 Treffen der Projektgruppe in Łódź zusammen mit den polnischen Partnern (Prorektore der Universität Łódź, Prof. Dr. H. Piekarski und Prof. Dr. P. Daranowski) Schwerpunkt bildete die am 28. Januar abgehaltene *Tagung* zum Projekt-Thema. Alle Mitarbeiter hielten einen *Vortrag* aus ihrem Arbeitsbereich. Alle Vorträge und auch die Diskussion wurden in Polnisch abgehalten.
- WS 2001/2002 *Hauptseminar* zum Thema Das Deutschland- und das Russlandbild in der polnischen Literatur. Untersucht wurden u.a. die historischen, politischen, wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Faktoren, die auf die Entstehung und Ausformung von Stereotypen einwirkten. Behandelt wurden ferner die Kategorien Mythos, Vorurteil und Feindbilder. Im Mittelpunkt stand die Frage der Bedeutung von Fremdbildern in der Literatur, sowie das Bild vom Anderen aus literaturwissenschaftlicher Sicht.

13. Kulturverständnis im postsozialistischen Russland: Modelle und Traditionen

- 30.11.-1.12.2001 *Arbeitstagung* "Zum Stand der historischen Aufarbeitung kommunistischer Diktaturen", organisiert vom Institut für Zeitgeschichte, München, Außenstelle Berlin. Bericht Luks über den Stand des Forschungsprojekt und über forost berichtet.
- 5.-7.4.2002 Eichstätt: Internationale und interdisziplinäre *Tagung* zum Thema "Kulturmodelle und Kulturkonstanten in der russischen Geschichte und Gegenwart". (10 Vorträge). Durchgeführt vom Zentralinstitut für Mittel- und Osteuropastudien der KU im Rahmen des Bayerischen Forschungsverbundes "Osteuropa" (forost), finanziert von der Volkswagen Stiftung, Wolfsburg. Alle *Tagungsbeiträge* sind, bzw. werden, in der Zeitschrift "FORUM für osteuropäische Ideen- und Zeitgeschichte", 2002 Heft 2 und 2003, Heft 1, veröffentlicht. Die Beiträge von Christa Ebert, Petra Huber, Vladimir Kantor, Leonid Luks und Alexei Rybakov erscheinen 2003 in der Zeitschrift "Voprosy filosofii" (Moskau).
24. - 25.7.2002 Gießen-Berkley *Workshop* "Personenkulte im Stalinismus: Praktiken, Erfahrungen, Bedeutungen", Gießen, (Teilnahme Rybakov). Bericht über das Forschungsprojekt und forost.

Folgende Lehrveranstaltungen an der Katholischen Universität Eichstätt hingen mit der Thematik des Projekts zusammen und haben durch die Beschäftigung mit dem Projekt wichtige Impulse bekommen:

- SS 2002 "Russische Kulturgeschichte des 19. Jahrhunderts: Ein Überblick", *Proseminar*, (Rybakov).
- WS 2002-2003 "Zwischen "Taufwetter" und "Stagnation". Die Sowjetunion in den Jahren 1953-1985", *Proseminar*, (Luks).
- SS 2003 " Geschichte der «ersten» russischen Emigration 1920 - 1940", *Proseminar*, (Rybakov).
- 4.-7.10.2001 *Intensivseminar* des Zentralinstituts für Mittel- und Osteuropastudien "Russlands Weg ins 21. Jahrhunderts", Eichstätt,.

- Vortrag* von Alexei Rybakov "Russische Denktraditionen und ihre Auswirkungen auf Politik und Gesellschaft" (veröffentlicht in der Zeitschrift "FORUM für osteuropäische Ideen- und Zeitgeschichte", 2001).
- Vortrag* von Leonid Luks "Russland und der Westen – Zur Geschichte eines ‚schwierigen‘ Verhältnisses" (im Druck).
- 22.1.2003 *Symposium* an der Katholischen Universität Eichstätt-Ingolstadt "Globalisierung und europäische Identität", Eichstätt, *Vortrag* von Leonid Luks "Gehört Russland zu Europa? Anmerkungen zu einer Diskussion".
14. Kirchen im Spannungsfeld politischer Transformationen. Soziokulturelle Wirkungsgefüge der Kirchen in der Ukraine von 1944 bis zur Gegenwart
- September 2001 Internationaler *Kongress* Renovabis "Konfrontation oder Kooperation? Ökumene in Mittel- und Osteuropa", Freising, (Teilnahme; gemeinsam mit Dr. Turij).
- 1.- 4.11.2001 *Konferenz* im Rahmen des "Historikerprojekts" der Deutschen Bischofs-Konferenz, Augsburg (Diskutant).
- 11.10.2001 Begegnung mit ehemaligen Zwangsarbeitern aus Weißrußland, organisiert durch das Regensburger Stadarchiv, Regensburg, (Podiumsteilnahme).
- Intervju/*Interview* in: Povijesni Prilozi. Historical Contributions 20 (2001) S. 275-282.
- 2001 9. Internationale *Tagung* "Geschichte der Religion in der Ukraine" – *Vortrag* "Katholiken in der gegenwärtige Ukraine: Identifikationsprobleme" (L'viv).
- 2001 Internationale *Tagung* "Christ und Politik" – *Vortrag* "Historische Beziehungen zwischen Staat und Kirche in der Ukraine aus der gegenwärtigen Perspektive" (L'viv).
- 2001 "Identitätswandel und nationale Mobilisierung in Regionen ethnischer Diversität. Ein regionaler Vergleich zwischen Westpreußen und Galizien am Ende des 19.und Anfang des 20. Jahrhunderts" (Marburg) – *Vortrag* "Kirche, Staat und Nation in Galizien zwischen 1867 und 1914".
- 2001 "Ukraine – 10 Jahre Unabhängigkeit: eine Zwischenbilanz" (Wien) – Korreferat der Plattform "Bildung und Kultur im Kontext der ukrainischen Übergangsgesellschaft".
- 2001 "Grenzen. Gesellschaftliche Konstitutionen und Transfigurationen" (Düsseldorf) – *Vortrag* "Grenzüberwindung? Das Verhältnis von Unierten und Katholiken im 19.und 20. Jahrhundert".
- 2001 "Die Rolle der Kirchen angesichts der Europäisierung Europas (EU-Osterweiterung)" (Erfurt).
- 2001 Arbeitstagung der Fachgruppe Religion der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde e. V. "Nationale und religiöse Identität in Osteuropa: das Beispiel Ukraine" (Berlin) – *Vortrag* "Die griechisch-katholische

- „unierte“ Kirche und die Bewahrung der ukrainischen Identität in Galizien".
- 2001 Internationale *Tagung* "Bürgerliche Gesellschaft und soziale Veränderungen in der Ukraine" (L'viv) – *Vortrag* "Der Beitrag der Kirchen am Aufbau einer bürgerlichen Gesellschaft".
- Juni 2002 *Vortrag* im Rahmen des internationalen Projekts der "European Science Foundation" über die NS-Besatzung in europäischen Ländern und ihre Folgen auf die betroffenen Kirchengemeinschaften (Titel: Occupation in Europe: the Impact of National Socialist and Fascist Rule, Arbeitsgruppe 3: The Continuity of the Churches) in Ljubljana.
- 31.10.–3.11.2002 *Projekttagung* "Die Kirchen im früheren Jugoslawien" der Deutschen Bischofskonferenz, (München), (Diskutant).
- 2002 *Workshop* "Eine multikulturelle Gesellschaft: Polen, Ukrainer und Juden in Galizien 1772-1918" (Wien) – Korreferat.
- 2002 *Tagung* "Vid cviatyn' do doskonakosti" (L'viv) – *Vortrag* "Ukrainische Kirchengeschichte: zwischen Konzeptualisierung und Personifizierung".
- 2002 Internationale *Tagung* PRO ORIENTE (Wien) – *Vortrag* "Entstehung und historische Hintergründe der Union von Brest".

Gruppe III: Nationale Identität, ethnischer Pluralismus und internationale Beziehungen

Gruppenveranstaltungen:

- ⇒ 18.04.2001 1. Gruppentreffen, Südost-Institut München
- ⇒ 07.07.2001 2. Gruppentreffen, Uni Regensburg
- ⇒ 16.01.2002 3. Gruppentreffen, Südost-Institut München
- ⇒ 15.03.2002 Datenbank-*Workshop* der Gruppe III in Regensburg
- ⇒ 04.05.2002 4. Gruppentreffen, Südost-Institut München
- ⇒ 28.06.2002 *Tagung* "Minderheiten: Brücke oder Konfliktpotential im östlichen Europa" Uni Regensburg
- ⇒ 28.06.2002 5. Gruppentreffen, Uni Regensburg
- ⇒ 08.11.2002 6. Gruppentreffen, Südost-Institut München
- ⇒ 08.03.2003 *Tagung* "Nationale Sprachpolitik und europäische Integration" am Collegium Carolinum in München.

15. Datenbank zur Minderheitenproblematik und zu den ethnischen Gruppen Südosteuropas "Ethnodoc"

- 05.-08.3.2001 Zwei *Projektworkshops* in Budapest mit dem ungarischen Partner (Dr. Péter Dippold und Mitarbeitern der Teleki-Stiftung).
- 14.5.2001 *Fortbildungstagung* des KAAD (Katholischen Akademischen Austauschdienstes), Ort: Katholische Akademie in Lingen an der Ems, *Seminar* zum Thema: "Nationen und Nationalitäten Ostmitteleuropas: Gibt es eine gemeinsame Zukunft?" Seewann: Nation – Nationsbildung – Nationalität: Zur Minderheitenproblematik in Ost- und Südosteuropa. *Vortrag* mit *Seminar*.
- 03.7.2001 LMU *Postgraduiertenkolleg* des Historischen *Seminars*; Pezo: Bildungspolitik im Königreich Jugoslawien unter Berücksichtigung des Mehrheit-Minderheitenproblems.
- 05.10.2001 Historisches *Seminar* der LMU, Abt. Didaktik der Geschichte, *Lehrerfortbildung* der LMU: Münchner Kontaktstudien für Geschichtslehrer. Seewann: Die deutsche Ostsiedlung.
- 15.10.2001 TU Dresden, *Vortragsreihe* Deutsche in Ungarn – Ungarn und Deutsche; Seewann: Zur Identität der Ungarndeutschen.
- 17.11.2001 Uni Freiburg, *Tagung* des SFB 541: Genozid, Vertreibung und ethnische Säuberung; Seewann: Typologische Grundzüge der Vertreibung der Deutschen aus dem östlichen Europa.
- 24.10.2001 *balkaNet* (=Initiative der an Südosteuropa interessierten Münchner Studenten), *Vortrag* Pezo: Vorstellung des Projekts Ethnodoc.
- 13.12.2001 Budapest, *Forschungsprojekt* der Katholischen Universität Eichstätt, Lehrstuhl Prof. Dr. Waltraud Schreiber, Thema: Reflektiert mit Geschichte umgehen als Ziel des Geschichtsunterrichts im Fach Minderheitenkunde in Ungarn; Seewann: Ungarische Minderheitenpolitik von 1945 bis heute.
- 24.1.2002 Akademie für Politische Bildung Tutzing, *Lehrerfortbildungsseminar*. Seewann: Die politische und wirtschaftliche Situation der Balkanländer unter Berücksichtigung des Minderheitenproblems
- 01.2.2002 *Deutsch-Ungarische Gesellschaft* Berlin, Seewann: Die Situation der südosteuropäischen Zigeuner.
- 20.2.2002 Budapest, *Ungarische Akademie der Wissenschaften*, *Vortrag* Seewann: Die Vertreibung der Deutschen aus dem östlichen Europa.
- 26.2.2002 *Internat. Symposion des Ungarn-Instituts*, Bayer. Akad. d. Wiss. München, *Vortrag* Seewann: Die Datenbank zur Minderheitenproblematik und zu den ethnischen Gruppen Südosteuropas.
- 15.3.2002 *Workshop der forost-Gruppe III* zum Thema "Arbeiten mit Datenbanken" an der Uni Regensburg (Raum PT 1.0.7) (11 Teilnehmer, Schwerpunkt auf den technischen Aspekten bei Anlage, Aufbau und Implementierung von Datenbanken).

- 10.04.2002 *Initiative Münchner Osteuropaforscher (IMO) München, Gastvortrag von Dr. Sevasti Trubeta (SFB 541 der Uni Freiburg): Zur Ethnisierung von Minderheiten. Muslimische Zigeuner auf dem Balkan.*
- 08.5.2002 *31. ABDOS-Tagung in Liberec/Reichenberg, Seewann: Powerpoint-präsentation der Ethnodoc-Datenbank.*
- 16.5.2002 *Akademie für Politische Bildung Tutzing, Lehrerfortbildungsseminar. Seewann: Konfliktherd Balkan – politische, wirtschaftliche und ethnische Probleme.*
- 03.6.2002 *Initiative Münchner Osteuropaforscher (IMO) München, Dr. Ralf Göllner: Kooperation und/oder Defektion im Minderheitenschutz.*
- 13./14. 06 .2002 *Workshop des Projekts Ethnodoc am SOI München (22 Teilnehmer, ausführliche Besprechung und Diskussion der inhaltlichen Schwerpunkte, der technischen Abläufe, der Terminvorgaben und der Datenbankaspekte.*
- 28.6.2002 *Tagung der forost-Gruppe III an der Uni Regensburg: "Minderheiten – Brücke oder Konfliktpotential im östlichen Europa", Seewann: Einleitung mit Bericht über die forost-Projekte der Gruppe III.*
- 01.7.2002 *Initiative Münchner Osteuropaforscher (IMO) München, Gastvortrag von Prof. Dr. John C. Swanson: Zwischen Staat und ethnischer Gemeinschaft. Ungarndeutsche Identität 1918-1939.*
- 20.9.2002 *Donauschwäbisches Zentralmuseum in Ulm, Seewann: Präsentation des Projekts Ethnodoc.*
- 17.10.2002 *Collegium Carolinum München, Arbeitstagung: Die Slowakei im Blickpunkt der neueren historischen Forschung. Seewann: Der Aspekt der Multiethnizität.*
- 10.11.2002 *Interview mit der Redakteurin S. Lettenbauer (WDR) über das Projekt Ethnodoc (für eine geplante Sendung der Wissenschaftsredaktion).*
- 11.11.2002 *Initiative Münchner Osteuropaforscher (IMO) München, Dr. Thede Kahl (Wien): Minority building – das Beispiel der Aromunen in Südosteuropa.*
- 12.11.2002 *GWZO Leipzig, Seewann: Jüdische Identität in Ungarn nach dem Holocaust.*
- 12.11.2002 *Institute for Advanced Studies der Uni Leipzig, Präsentation Seewann: forost und das Projekt Ethnodoc – Informationen und Erfahrungsbericht (zum Plan des Landes Sachsen, einen vergleichbaren Forschungsverbund aufzubauen).*
- 28.11.2002 *"Interkulturelle Begegnung mit Bosnien-Herzegowina" des Nymphenburger Gymnasiums, Exkursion zum SOI, Pezo: Ethnien in Bosnien.*
- 09.12.2002 *Initiative Münchner Osteuropaforscher (IMO) München, Dr. Wim van Meurs: Ethnisch-territoriale Konflikte zwischen den EU-assozierten Ländern des östlichen Europa.*
- 10.2.2003 *Initiative Münchner Osteuropaforscher (IMO) München, Dr. Konrad Clewing: Minority building and "shrinking": Die Albaner in Jugoslawien und "danach".*

- 08.3.2003 *Tagung* der forost-Gruppe III: "Nationale Sprachpolitik und europäische Integration", IBZ der LMU München mit 6 Vorträgen.
16. Informationsserver "Quellen und Materialien zur Beziehungs- und Integrationsgeschichte in Ostmittel- und Südosteuropa im 20. Jahrhundert unter besonderer Berücksichtigung Ungarns, der Minderheitenfrage und der europäischen Integration"
25. - 26.2.2002 "Wissenschaftliche Ungarnkunde in den bayerisch-ungarischen Kulturbeziehungen. Aktuelle Strukturen, Arbeitsschwerpunkte und Vernetzungen", wissenschaftliches *Symposium*, Ungarisches Institut München, in Verbindung mit der Bayerischen Akademie der Wissenschaften.
- Februar 2002 *Präsentation* des Projektes im Rahmen der offenen Tür des Historicums der Ludwig-Maximilians-Universität .
- 15.3.2002 Datenbank-*Workshop* in Regensburg
- 28.6.2002 Datenbank-*Workshop* in Regensburg. Die Ergebnisse der *Tagung* "Minderheiten: Brücke oder Konfliktpotential im östlichen Europa?" mit Referenten aus Berlin, München, Saarbrücken und Wien wurden in den forost-Arbeitspapieren Nr. 8 (2002) veröffentlicht.
- 8.3.2003 öffentliche *Tagung* der Gruppe III mit dem Titel "Nationale Sprachpolitik und europäische Integration".
17. Sprachkultur und Sprachkultivierung in Osteuropa: Analyse und paradigmatischer Vergleich
- 15.3.2002 forost-interner *Workshop* zum Thema "Arbeiten mit Datenbanken", Veranstaltungsort: Universität Regensburg;
- 28.6.2002 Öffentliche *Tagung* zum Thema "Minderheiten: Brücke oder Konfliktpotential im östlichen Europa?", Veranstaltungsort: Universität Regensburg; Die Vorträge dieser *Tagung* sind im forost-Arbeitspapier Nr. 8 veröffentlicht.
- 08.2.2003 Öffentliche *Tagung* zum Thema "Nationale Sprachpolitik und europäische Integration", Veranstaltungsort: Internationales Begegnungszentrum der LMU München;
- Albrecht Greule:*
- 20.3.2001 Universität Opole (Polen), "Deutsch fürs Leben'. Aspekte einer Linguistik der Sprachratgeber" (*Vortrag*).
- 07.5.2001 Universität Göttingen, "Sprachkultur im europäischen Vergleich" (*Vortrag*).
- 05.-07.9.2001 Finnische Germanistentage, veranstaltet von der Åbo Akademi University und der University of Turku, Turku, Vortragsthema "Deutsch am Scheideweg: National- oder Internationalsprache?" (Vorabdruck im forost-Arbeitspapier Nr. 7)

- 12.-14.9.2001 36th *Colloquium* of Linguistics, Ljubljana, Vortragsthema "Europäische Sprachkulturen. Aspekte einer vergleichenden Sprachkultur-Forschung" (Vorabdruck im forost-Arbeitspapier Nr. 7)
- 26.-27.11.2001 Internationale *Konferenz* der Gesellschaft für deutsche Sprache "Deutsch im vielsprachigen Europa", Goethe-Institut Brüssel, Vortragsthema: "Deutsch am Scheideweg. National- oder Internationalsprache? Neue Aspekte der Sprachkultivierung" (Plenarvortrag) (s.o.)
- 29.11.2001 *Symposium* "Bairisch stirbt aus?", Universität Regensburg, Vortragsthema: "Sprachpflege"
- 12.2.2002 Universität Gießen, "Deutsch am Scheideweg. National- oder Internationalsprache? Neue Aspekte der Sprachkultivierung" (*Vortrag*).

Nina Janich:

- 23.-24.8.2002 weites Interdisziplinäres *Symposium* der Forschungskooperation "Europäische Kulturen in der Wirtschaftskommunikation": Dynamik, Entwicklung und Prozessualität in der Wirtschaftskommunikation, Wirtschaftsuniversität Aarhus, *Vortragsthema*: "Vergleichende Sprachkulturforschung – und was sie der Wirtschaft bietet" (Vorabdruck im forost-Arbeitspapier Nr. 7)

Diane Mehlich:

- 08.2.2003 forost-*Tagung* (Gruppe III) "Nationale Sprachpolitik und europäische Integration", in München: *Vortragsthema*: "Was ist Sprachpolitik? Theoretische Aspekte"
18. Die deutsch-bulgarischen Wirtschaftsbeziehungen 1918-1944 und ihre Bedeutung für die Kooperation zwischen der Bundesrepublik und dem postsozialistischen Bulgarien
- 23.7.2001 München, Deutsch-Bulgarische Vereinigung in Bayern, *Vortrag* Wien: Antisemitismus in Bulgarien während des Zweiten Weltkrieges.
- 25.-28.10.2001 Sofia, *Konferenz* "Politische Kultur in Bulgarien seit 1878, Deutschland und Südosteuropa", Veranstalter: SOG, Goethe-Institut, Collegium Germania, *Vortrag* Hösch: Auf der Suche nach Gemeinsamkeit: die deutsch-bulgarischen Beziehungen und ihre Bedeutung für die politische Kultur Bulgariens in der Zwischenkriegszeit und *Vortrag* Wien: Wirtschaftspolitische Kultur in Bulgarien während der Zwischenkriegszeit.
- 10.-11.12.2001 Florenz, *Tagung* "Contemporary History Research", Veranstalter: EHI Florenz, Prof. Milward (London School of Economics) *Vortrag* Wien: German-Bulgarian economic relations in the interwar-period.
- 30.1.2002 München, Deutsch-Bulgarische Vereinigung in Bayern, *Vortrag* Hösch: Deutschland und Bulgarien – Das besondere Verhältnis Deutschlands zu Bulgarien.

- April 2002 München, *Konferenz "Arbeit im Sozialismus"*, *forost*, SOG, Institut für Volkskunde der LMU, *Vortrag* Wien: Arbeitsbeziehungen in Bulgarien vor 1944.
- Juni 2002 München, *Konferenz "Geschichtsbilder"*, Veranstalter: Historisches Kolleg der Bayerischen Akademie der Wissenschaften, Prof. Altrichter (Universität Erlangen), *Vortrag* Wien: Die bulgarische Monarchie.
- Oktober 2002 Florenz, *Konferenz "Aspects of European Economic History"*, Europäisches Hochschulinstitut, *Vortrag* Wien: The "Mitteleuropäischer Wirtschaftstag" – an Example of "Friendly" Imperialism?
- November 2002 Berkeley/USA, University of California, *Konferenz: Power and Power Relations in Eastern Europe*, *Vortrag* Wien: State Power and Modernisation in Bulgaria.

forost Publikationsverzeichnis:

2001

Arbeitspapier Nr. 1 **Wandel und Kontinuität in den Transformations-
ländern Ost- und Südosteuropas:**
Übersicht über laufende Projekte
September 2001

2002

Arbeitspapier Nr. 2 Barbara Dietz, Richard Frensch
**Aspekte der EU-Erweiterung: Migration und
Währungsbeziehungen.**
März 2002

Arbeitspapier Nr. 3 **Jahresbericht 2001**
Mai 2002

Arbeitspapier Nr. 4 Edvin Pezo
Südosteuropa – Minderheiten im Internet
Kategorisierte Datenbank der Websites von Minder-
heitenorganisationen und –institutionen
Juli 2002

Arbeitspapier Nr. 5 Richard Frensch / Christa Hainz
**Transition Economies: Cyclical Behaviour, Tar-
iffs and Project Financing**
August 2002

Arbeitspapier Nr. 6 Petr Bohata / Andrea Gyulai-Schmidt / Peter Leon-
hardt / Tomislav Pintaric / Niels v. Redecker / Stefa-
nie Solotych
**Justiz in Osteuropa:
Ein aktueller Überblick**
September 2002

Arbeitspapier Nr. 7 Albrecht Greule / Nina Janich
**Sprachkulturen im Vergleich: Konsequenzen für
Sprachpolitik und internationale Wirtschafts-
kommunikation**
Oktober 2002

- Arbeitspapier Nr. 8 R. Ch. Fürst / R. Marti / B. Neusius /
A. Schmidt-Schweitzer / G. Seewann /
E. Winkler
**Minderheiten: Brücke oder Konfliktpotential im
östlichen Europa**
Oktober 2002
- Arbeitspapier Nr. 9 Kathrin Boeckh / Aleksandr Ivanov /
Christian Seidl
Die Ukraine im Aufbruch
Historiographische und kirchenpolitische Aspekte
der postsozialistischen Transformation
November 2002
- 2003
- Arbeitspapier Nr. 10 Friedrich-Christian Schroeder
**Die neue russische Strafprozessordnung – Durch-
bruch zum fairen Strafverfahren?**
Dezember 2002
- Arbeitspapier Nr. 11 Dalibor Dobiáš / Petra Huber / Walter Koschmal
**Modelle des Kulturwechsels –
Eine Sammelmonographie**
Februar 2003
- Arbeitspapier Nr. 12 Ursula Trettenbach
**Die neue tschechische Verwaltungsgerichts-
ordnung – Einführung und Übersetzung**
März 2003
- Arbeitspapier Nr. 13 Franziska Schaft / Patricia Schläger-Zirlik /
Monika Schnitzer /
**Privatisierung in Osteuropa: Strategien, Entwick-
lungswege, Auswirkungen und Ergebnisse**
März 2003
- Arbeitspapier Nr. 14 Peter Leonhardt
Justizreform in Rumänien
Juli 2003
- Arbeitspapier Nr. 15 Roman Cech / Christa Hainz
**General Equilibrium Model of an Economy with a
Futures Market /
Are Transition Countries Overbanked?
The Effect of Institutions on Bank Market Entry**
Oktober 2003

Arbeitspapier Nr. 16

Petr Bohata

**Justizreformen in der Tschechoslowakei und ihren Nach-
folgestaaten**

November 2003

Arbeitspapier Nr. 17

Helga Schubert (Hrsg.)

**Wandel und Kontinuität in den Transformationsländern
Ost- und Südosteuropas. Ergebnisbericht**

Dezember 2003